

ZUR RECHNUNGSLEGUNG DER GESELLSCHAFTEN
IN ENGLAND - DIE COMPANIES ACTS
1948 UND 1967 IM VERGLEICH ZUM
DEUTSCHEN AKTIENGESETZ 1965

WERNER WURM

München 1970

ZUR RECHNUNGSLEGUNG DER GESELLSCHAFTEN IN ENGLAND

- DIE COMPANIES ACTS 1948 UND 1967 IM VERGLEICH

ZUM DEUTSCHEN AKTIENGESETZ 1965

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
einer Hohen Staatswirtschaftlichen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität
zu München

vorgelegt von

Werner Wurm

1971



Referent: Prof. Dr. P. Scherpf

Korreferent: Prof. Dr. O. Hintner

Tag der mündlichen Prüfung: 14. 12. 70

Vorbemerkung

Am 27. Juli 1967 wurde in England¹⁾ ein neuer Companies Act²⁾ erlassen, der wesentliche Änderungen der bis dahin geltenden Vorschriften über die Rechnungslegung der Gesellschaften enthielt. Dies gab den Anstoss für einen Vergleich mit den Rechnungslegungsbestimmungen des deutschen Aktiengesetzes 1965³⁾.

Es konnte dabei nicht genügen, die gesetzlichen Vorschriften in beiden Ländern darzustellen, ohne auf die Praxis der Rechnungslegung einzugehen. Dabei ergaben sich neben technischen Schwierigkeiten der Darstellung oft unterschiedlicher Vergleichstatbestände Probleme insbesondere aus dem Umstand, dass sich in England eine einheitliche Beurteilung auf vielen Gebieten nicht herausgebildet hat. Wenn zumeist Stellungnahmen des Berufsstands der Abschlussprüfer herangezogen wurden, darf dies nicht den Eindruck erwecken, dass im Einzelfall nicht auch andere Ansichten praktiziert werden könnten.

Beim Umfang der Themastellung wurde versucht, in einem breit angelegten einführenden Teil die Kriterien aufzuzeigen, die die Grundlage für die Beurteilung der Vergleichstatbestände bilden. Dies erlaubt es, bei der Einzeldarstellung weitgehend auf eine wiederholte Anführung der Vergleichsmassstäbe zu verzichten.

Die Ausführungen befassen sich nicht mit Ausnahmeregelungen für Banken, Versicherungen und Schifffahrtsgesellschaften, die weitgehende Privilegien geniessen⁴⁾. Ebenso ist der Bereich der Rechnungslegung in Konzernen ausgespart.

1) England steht in den folgenden Ausführungen grundsätzlich für das Vereinigte Königreich von Grossbritannien und Nordirland, auf dessen Bereich sich die Bestimmungen des Gesetzes mit wenigen unbedeutenden Ausnahmen erstrecken.

2) Companies Act 1967, Chapter 81

3) Aktiengesetz vom 6. September 1965, BGBl. I, S. 1089

4) Vgl. SCH. 2, 23.- 25.- C.A. 1967

Inhaltsverzeichnis

<u>Erster Teil:</u>	<u>Allgemeines Aspekte der</u>	<u>Seite:</u>
	Rechnungslegung und Grundzüge des englischen Gesellschaftsrechts	1
A)	Zwecke und Formen unternehmerischer Rechnungslegung	1
I)	Festlegung des Begriffs der Rechnungslegung	2
II)	Rechnungslegungszwecke	3
1)	Rechnungslegung zur Information der Eigentümer	4
a)	Typologie der Eigentümer	4
b)	Informationsbedürfnisse der Eigentümer	8
2)	Rechnungslegung zur Information der Gläubiger	12
3)	Rechnungslegung als Informationsgrundlage zur Wahrnehmung von Belegschaftsinteressen	15
4)	Rechnungslegung zur Information der Öffentlichkeit	17
III)	Bestimmungsgründe der Rechnungslegungsformen	20
1)	Der Einfluss der Rechtsform und Unternehmensgrösse	20
2)	Der Einfluss der Rechenschaftsempfänger	21
IV)	Zweckorientierte Ausgestaltung der Rechnungslegung	23
1)	Allgemeine Grundsätze für die Rechnungslegung	23
2)	Die Ausgestaltung der Rechnungslegung in der Praxis	25
a)	Der Jahresabschluss	26
b)	Der Geschäftsbericht	27
c)	Andere Formen der Rechnungslegung	28
B)	Rechtsformen der Unternehmen in England	30
I)	Einzelunternehmen und Personengesellschaften	30
II)	Gesellschaften mit eigener Rechtspersönlichkeit (Companies)	31
1)	Typisierung der Gesellschaften	31
2)	Rechtsverhältnisse und Verfassung	35
a)	Public Companies	38
b)	Private Companies	38
III)	Statistik der Rechtsformen	40

C) Quellen der Rechnungslegung in England	41
I) Die im Berufsstand der Abschlussprüfer entwickelten Grundsätze der Rechnungslegung	41
II) Die Companies Acts als Quelle der Rechnungslegung	44
1) Ursprünge und Entwicklung des Gesellschaftsrechts in England	44
2) Das geltende Gesellschaftsrecht	46

<u>Zweiter Teil:</u> Die Rechnungslegungsvorschriften der Companies Acts 1948 und 1967 für die Einzelgesellschaft im Vergleich zum Aktiengesetz 1965	48
--	----

A) Der Jahresabschluss	48
I) Die Generalklausel gemäss Sect. 149(1) C.A. 1948	48
1) Allgemeines	48
2) Wesen und Problematik allgemein anerkannter Bilanzierungsgrundsätze	51
3) Die wichtigsten Grundsätze für den Jahresabschluss	55
a) Allgemeine Ordnungsprinzipien	55
b) Bewertungsprinzipien	57
II) Die Jahresbilanz	59
1) Allgemeine Grundsätze für den Bilanzaufbau	59
a) Formale Gliederungsgesichtspunkte	59
b) Materielle Gliederungsprinzipien	61
c) Vergleichszahlen	64
2) Die Bilanzierung des Anlagevermögens	66
a) Bruttoprinzip oder Bilanzierung zu Restbuchwerten	66
b) Vertikale Gliederung	68
11) Sachanlagen	69
aa) Grundstücke	69
111) Grundstücke im Eigentum der Gesellschaft	70
222) Pachtgrundstücke	71
bb) Andere Sachanlagen	72
22) Immaterielle Anlagewerte	73
aa) Der Geschäfts- oder Firmenwert	74
bb) Patente, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	75

33) Finanzanlagen	76
aa) Begriff und Arten von Finanzanlagen	77
bb) Finanzanlagen in Form notierter oder nicht notierter Anteile	79
cc) Finanzanlagen bei einer Beteiligung von mehr als 10 %	81
dd) Der Ausweis der Konzernbeziehungen	83
c) Darstellung der Anlagenbewegungen	86
11) Allgemeines zur Darstellung der Anlagenentwicklung	86
22) Mengen- und wertmässige Veränderung des Anlagevermögens	87
d) Bewertung des Anlagevermögens	89
11) Sachanlagen	89
aa) Bewertungsgrundlagen	89
111) Die Anschaffungs- oder Herstellungskosten	90
aaa) Anschaffungs- oder Herstellungskosten in Normalfällen	90
bbb) Sonderfall - Subventionen und Zuschüsse	91
222) Zeitwerte	94
aaa) Allgemeines	94
bbb) Zweckmässiger Begriff des Zeitwertes	98
bb) Abschreibungen	102
111) Wesen und Aufgaben der Anlagenabschreibung	102
222) Abschreibungsmethoden	103
333) Planmässige Abschreibungen und Sonderabschreibungen	106
444) Abschreibungen auf Wiederbeschaffungskosten	108
555) Exkurs: Abschreibungen in steuerlicher Hinsicht	109
666) Unterlassung von Abschreibungen	110
cc) Zuschreibungen	111
22) Immaterielle Anlagewerte und Finanzanlagen	112
aa) Die Bewertung immaterieller Anlagewerte	112
bb) Die Bewertung der Finanzanlagen	115
3) Die Bilanzierung des Umlaufvermögens	118
a) Vorräte	118
11) Begriff und Abgrenzung	119
22) Darstellung der Vorräte in der Bilanz	122

33)	Bewertung der Vorräte	126
aa)	Allgemeines	126
bb)	Bewertung in Normalfällen	127
11)	Bewertungsprinzipien	128
aaa)	Das Imparitätsprinzip	128
bbb)	Der Grundsatz der Methodenfreiheit und Wertansatzwahlrecht	129
222)	Bewertungsmaßstäbe	130
aaa)	Anschaffungs- oder Herstellungskosten als primärer Maßstab für die Bewertung der Vorräte	131
1111)	Allgemeine Fragen der Bestimmung von Inhalt und Umfang der Anschaffungs- oder Herstellungskosten	131
2222)	Behandlung der Gemeinkosten	134
bbb)	Bewertungsmaßstäbe in Anwendung des Niederstwertprinzips	142
1111)	Begründung des Niederstwertprinzips und seine Anwendung auf das Vorratsvermögen	142
2222)	Konkretisierung des Niederstwertprinzips	144
333)	Verfahren zur Ermittlung der Anschaffungs- oder Herstellungskosten	152
444)	Exkurs: Zur steuerlichen Bewertung der Vorräte	157
cc)	Bewertung in Sonderfällen	159
111)	Bilanzierung zu Verkaufspreisen	159
222)	Gewinnrealisierung bei langfristigen Verträgen	160
333)	Bewertung zum eisernen Bestand	161
dd)	Änderungen der Bewertungsmethode	162
b)	Andere Gegenstände des Umlaufvermögens	163
4)	Andere Aktiva	167
a)	Abgrenzung zu Anlage- und Umlaufvermögen	167
b)	Inhalt der Anderen Aktiva	169
11)	Allgemeine Rechnungsabgrenzungsposten	169
22)	Sonderposten	172
aa)	Aufwendungen für die Gründung, Kapitalbeschaffung und Kosten der Ingangsetzung des Geschäftsbetriebs	172
bb)	Der Unterschiedsbetrag zwischen Ausgabe- und Rückzahlungsbetrag von Verbindlichkeiten sowie zwischen Ausgabe- und Nennbetrag von Aktien	175
5)	Die Bilanzierung auf der Passivseite	178
a)	Das Eigenkapital	178

11) Das Aktienkapital	179
aa) Aktiengattungen	180
bb) Ausweisvorschriften	181
22) Rücklagen	184
aa) Arten von Rücklagen	185
bb) Darstellung der Rücklagenbewegungen	188
b) Rückstellungen	191
11) Arten von Rückstellungen	192
22) Darstellung der Rückstellungsbe- wegungen	196
33) Der Ausweis der Steuern in der Bilanz	197
aa) Exkurs: Überblick über die Körperschaftsteuer (Corporation tax) einschliesslich der Be- steuerung von Veräusserungsge- winnen (Capital gains tax)	197
bb) Die Bilanzierung der Körper- schaftsteuer	200
111) Allgemeine Erfordernisse	200
222) Das Steuerabgrenzungskonto	201
cc) Die Bilanzierung anderer Steuern	203
c) Verbindlichkeiten	204
11) Gliederungsprinzipien nach dem Companies Act	205
22) Langfristige Verbindlichkeiten	207
33) Kurzfristige Verbindlichkeiten	210
d) Der Vermerk der Sicherung	214
e) Wertansätze der Passiva	215
f) Besondere Bilanzvermerke	218
11) Eventualverbindlichkeiten	218
22) Vertragliche Verpflichtungen aus Anlagenkäufen und geplante Investi- tionen	219
III) Die Gewinn- und Verlustrechnung	221
1) Allgemeine Gesichtspunkte für die Gliede- rung der Gewinn- und Verlustrechnung	222
a) Gliederung nach Arten und Bereichen	222
b) Gliederung nach Betriebs- und Unter- nehmenserfolg	222
c) Ausgliederung aussergewöhnlicher und periodenfremder Einflüsse	223
2) Rechnungstechnischer Aufbau der Gewinn- und Verlustrechnung	223
a) Brutto- oder Nettoprinzip	223
b) Konto- oder Staffelform	224
c) Umsatz- oder Leistungsrechnung	224

3) Die Vorschriften des Companies Act 1967 hinsichtlich der Gewinn- und Verlustrechnung	226
a) Allgemeine Bestimmungen	226
b) Vorschriften über den Ausweis von Komponenten des Betriebserfolgs	228
11) Umsatzerlöse	229
aa) Abgrenzung der Umsatzerlöse	229
bb) Einschränkungen der Publizität des Umsatzausweises	231
22) Aufwandskomponenten	232
aa) Abschreibungen	233
bb) Aufwendungen für Mieten oder Pachten von Anlagevermögen	234
c) Die Darstellung des Finanzergebnisses	235
d) Darstellung des ausserordentlichen Ergebnisses	239
e) Sonderposten	241
f) Der Ausweis der Steuern in der Gewinn- und Verlustrechnung	242
g) Gewinnverwendungsrechnung	244
B) Der Geschäftsbericht	245
I) Die Stellung des Geschäftsbericht im Rahmen der Rechnungslegung der Gesellschaften	245
II) Grundsätze der Berichterstattung	246
1) Die allgemeinen Berichtsgrundsätze	246
2) Die Schutzklausel	248
3) Der Umfang der Berichterstattung	250
a) Berichterstattung über die Geschäftstätigkeit und die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft	250
b) Berichterstattung über die Verhältnisse der Geschäftsführung	253
c) Berichterstattung über die Verhältnisse der Belegschaft	254
d) Erläuterungen zu Fragen des Jahresabschlusses	255
11) Die allgemeinen Abschlusserläuterungen	255
22) Sondererläuterungen nach dem Companies Act 1967	258
aa) Erläuterungen zur Jahresbilanz	258
111) Erläuterungen wesentlicher Änderungen beim Anlagevermögen	259
222) Angabe des Marktwertes von Grundstücken	260
bb) Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	262
111) Allgemeines	262
222) Umsatzanalyse	263
333) Spenden für wohltätige und politische Zwecke	265
444) Angabe der Ertrags	265

e) Sonderangaben	266
11) Ergebnisverwendungsvorschlag	266
12) Einzelangaben	267
aa) Kapitalverhältnisse	267
bb) Besondere Haftungsverhältnisse	269
cc) Angaben über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen und Erwerb von Beteiligungen	272

<u>Dritter Teil:</u> Die Publizität der Rechnungslegung nach den Companies Acts	274
---	-----

A) Kommunikation mit Aktionären und Obligationären	274
B) Veröffentlichung im Handelsregister	275
C) Einsichtnahme von Dokumenten am Geschäftssitz der Gesellschaft	277
D) Freiwillige Publizität der Rechnungslegung	278

<u>Vierter Teil:</u> Ergebnis der vergleichenden Untersuchung und Ausblick auf die zu erwartende Weiterentwicklung der Rechnungslegung der Gesellschaften	280
---	-----

Literaturverzeichnis	i - xii
----------------------	---------

Verzeichnis besonderer Abkürzungen

ACCA	The Association of Certified and Corporate Accountants
AG	Die Aktiengesellschaft (Zeitschrift)
AICPA	American Institute of Certified Public Accountants
AktG	Aktiengesetz
Ausg., Edn.	Ausgabe
BB	Der Betriebs-Berater (Zeitschrift)
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BFH	Bundesfinanzhof
BStBl.	Bundessteuerblatt
C.A.	Companies Act
Cohen Report	Report of the Committee on Company Law Amendment 1945
DB	Der Betrieb
Diss.	Dissertation
DJT	Deutscher Juristentag
EGAktG	Einführungsgesetz zum Aktiengesetz
ESTG	Einkommensteuergesetz
HGB	Handelsgesetzbuch
Hrsg., Ed.	Herausgeber
ICAEW (das Englische Institut)	The Institute of Chartered Accountants in England and Wales
ICAI (das Irische Institut)	The Institute of Chartered Accountants in Ireland
ICAS (das Schottische Institut)	The Institute of Chartered Accountants of Scotland
Jenkins Report	Report of the Company Law Committee
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
Ltd.	Limited
(o.V.)	ohne Verfasserangabe
RegE	Regierungsentwurf
RGBl.	Reichsgesetzblatt
SCH.	Schedule
Sch. 2	Schedule 2, Companies Act 1967
Sect.	Section
Sects.	Sections
Tz.	Textziffer
UEC	Union Européenne des Experts Con- tables Economiques Financiers
USTG	Umsatzsteuergesetz
Wpg	Wirtschaftsprüfung (Zeitschrift)
WP-Handbuch	Wirtschaftsprüfer-Handbuch 1968
ZfB	Zeitschrift für Betriebswirtschaft
ZfbF	Zeitschrift für betriebswirtschaft- liche Forschung
ZfhF	Zeitschrift für handelswissen- schaftliche Forschung

Erster Teil: Allgemeine Aspekte der Rechnungslegung
und Grundzüge des englischen
Gesellschaftsrechts

A) Zwecke und Formen unternehmerischer Rechnungslegung

Zwei Erscheinungen kennzeichnen hervorragend die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der Gegenwart: die Gesellschaft übt einen ständig wachsenden Einfluss auf die ihr angehörigen Individuen und Gruppen aus; im Gleichklang damit schreitet eine stetig zunehmende Funktionalisierung und Integration der einzelnen und der Gruppen in den gesellschaftlichen Prozess voran¹⁾. Dieser Integrationsprozess bei gleichzeitiger Funktionalisierung und Spezialisierung stellt höhere Anforderungen an die Kontrolle der Verantwortungsträger und die Kommunikation zwischen den sozialen Gruppen im Hinblick auf die gesellschaftspolitischen Ziele.

Die wirtschaftliche Entwicklung hat innerhalb der Unternehmen die Trennung zwischen Kapitalgebern, den primären Risikoträgern²⁾, Geschäftsführern und Mitarbeitern akzentuiert. Angesichts dieser Konstellation ist es Aufgabe des Gesetzgebers, einen Ausgleich der Interessen zwischen den verschiedenen Gruppen herbeizuführen.

-
- 1) Eine exzellente Darstellung dieser Vorgänge findet sich bei Ortega y Gasset, J., *Rebelión de las masas*, in: *Colección Austral* Nr. 1, 15. Ausg., Madrid 1961, insbesondere S. 35 ff. und 96 ff.
 - 2) Vgl. Mayer, L., Mayer, L., *Bilanz- und Betriebsanalyse*, Wiesbaden 1960, S. 121; auch Heigl, A., *Zielvorgaben und Aufgabenstellung der aktienrechtlichen Prüfung*, in: *DB* 1970, S. 1039

Da die einzelne Wirtschaftseinheit nach aussen in Erscheinung tritt, gilt es gleichermassen, externe Interessen zu berücksichtigen. Verantwortung und Kommunikation der wirtschaftenden Subjekte werden nach Massgabe der gesellschaftspolitischen Prioritäten einer Volkswirtschaft festgelegt.

Somit resultiert die unternehmerische Rechnungslegung als das Produkt eines Kompromisses zwischen einer Vielzahl oft gegensätzlicher Vorstellungen und Machtpositionen.

I) Festlegung des Begriffs der Rechnungslegung

Rechnungslegung ist Ausfluss der Tätigkeit der Geschäftsführung eines Unternehmens als Verwalter fremden Vermögens¹⁾. Damit stellt die Rechnungslegung ein Kommunikationsinstrument zwischen Unternehmer und den Empfängern der Rechenschaftsablage dar. Die mitgeteilten Informationen sind für einen unbestimmten Kreis verschiedenster Empfänger von Interesse; in diesem Sinne ist die Rechnungslegung öffentlich.

Für die Zwecke der vorliegenden Arbeit wird der Begriff entsprechend den gesellschaftsrechtlichen Bestimmungen auf die periodische Rechnungslegung in Form des Jahresabschlusses (Accounts) als terminus technicus für Jahresbilanz und Erfolgsrechnung und des Geschäftsberichts (Directors' Report) festgelegt, ohne dass dabei verkannt wird, dass weitere Formen der Rechnungslegung möglich sind²⁾ und die traditionellen Media vielmehr einer kritischen Beurteilung anhand der Informationsbedürfnisse der Empfänger nicht in vollem Umfang gerecht werden³⁾.

1) Vgl. Deutscher Bundestag, Drucksache IV/171, Begründung zum Entwurf eines Aktiengesetzes (in folgenden zitiert als Begründung zum Regierungsentwurf - RegE), Bonn 1962, S. 165

2) Vgl. die Ausführungen S. 28 der vorliegenden Arbeit

3) Vgl. S. 4 ff.

Die Zweiteilung in Jahresabschluss und Geschäftsbericht, die sich sowohl aus dem Aktienrecht wegen der unterschiedlichen Publizität beider Instrumente¹⁾ wie aus den Companies Acts infolge der unterschiedlichen Prüfungserfordernisse²⁾ ergibt, soll nicht die Auffassung des Verfassers von der grundsätzlichen Gleichordnung von Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Berichterstattung als unternehmerische Rechnungslegungsobjekte präjudizieren³⁾.

II) Rechnungslegungszwecke

Rechnungslegung als Verantwortungs- und Kommunikationsinstrument⁴⁾ der Unternehmensführung muss den Empfängern zweckdienliche Informationen für ihre Entscheidungen

-
- 1) Nach § 177 Abs. 2 AktG ist der Jahresabschluss in den Gesellschaftsblättern bekannt zu machen, während der Geschäftsbericht zusammen mit dem Jahresabschluss zum Handelsregister des Sitzes der Gesellschaft einzureichen ist (§ 177 Abs. 1 AktG).
 - 2) Nach Sect. 163 C.A. 1948 gehört der Geschäftsbericht nicht zu den prüfungspflichtigen Anlagen zum Abschluss (vgl. S. 247 der vorliegenden Arbeit)
 - 3) Gleicher Auffassung ist offensichtlich Stützel, W., Bemerkungen zur Bilanztheorie, in: ZfB 1967, S. 340, der schreibt: "Nicht nur der Jahresabschluss als solcher, sondern der Inbegriff von Jahresabschluss plus Geschäftsbericht muss (im Original kursiv) ... so entwickelt werden, dass die deutschen Aktionäre für ihre Bewertung mehr und bessere Information erhalten".
 - 4) Der Jahresabschluss bildet gleichzeitig die Grundlage für die Ergebnisverteilung. Dieser Aspekt ist jedoch für die Zwecke der vorliegenden Untersuchung nicht relevant.

liefern¹⁾. Der Kreis der autorisierten Empfänger²⁾ ist von Unternehmen zu Unternehmen entsprechend ihrer Grösse und Rechtsform verschieden. Somit ist eine Typisierung der Rechenschaftsempfänger und ihrer Interessen erforderlich.

1) Rechnungslegung zur Information der Eigentümer

Nicht der ursprünglich primäre Zweck³⁾, jedoch die in der Vergangenheit zumindest theoretisch am meisten beachtete und diskutierte Form der Rechenschaftslegung ist die Rechnungslegung der Geschäftsführer-Unternehmer gegenüber den Eigentümern. Sie wird heute überwiegend als "das notwendige Korrelat zur eingeschränkten Eigentümerstellung des Aktionärs"⁴⁾ bei Kapitalgesellschaften angesehen.

a) Typologie der Eigentümer

Rechnungslegung als Mittel zur Wahrung fremder Interessen⁵⁾ kann sich nur an Eigentümer wenden, die nicht an der Geschäftsführung teilhaben. Dies ist im privatwirtschaftlichen Bereich, der hier interessiert, in der Regel

-
- 1) Vgl. Tomkins, C.R., The Development of Relevant Published Accounting Reports, in: Accountancy 1969, S. 815
 - 2) Diese Terminologie findet sich bei Scherrer, G., Die Ausweitung der Rechnungslegungspublizität auf alle Grossunternehmen, Diss. München 1968.
 - 3) Die Idee von der öffentlichen Rechenschaftslegung gegenüber den Aktionären nahm erst Gestalt an, als liberales Denken in der Mitte des 19. Jahrhunderts zur Beseitigung des Konzessionssystems und zum Verzicht auf staatliche Beaufsichtigung führte (vgl. Caemmerer v., E., Publizitätsinteressen der Öffentlichkeit und Gesellschaftsrecht, in: Barz, C.H. und andere (Hrsg.), Das Frankfurter Publizitätsgespräch, Frankfurt am Main 1962, S. 143).
 - 4) Dies stellt auch den Tenor der Begründung der neuen Rechnungslegungsvorschriften im RegE dar (vgl. Kropff, B., Aktiengesetz, Düsseldorf 1965, S. 15).
 - 5) Vgl. Goerdeler, R., Die Publizität der Rechenschaftslegung, in: Barz, C.H., und andere (Hrsg.), Das Frankfurter Publizitätsgespräch, a.a.O., S. 211

nur bei Kapitalgesellschaften der Fall¹⁾. Gemeinsam ist dieser Form von Unternehmen, dass der Gesellschaft, die verselbständigt eine juristische Person verkörpert und in dieser Eigenschaft von den Kapitalgeberinteressen unterschiedliche, auf Kontinuität der Existenz gerichtete Ziele verfolgen kann²⁾, Eigenkapital in Form von Geldzahlungen oder Sacheinlagen als Vorleistung zugeführt wird, ohne dass Abmachungen über eine Mindestrendite oder Rückerstattung ausser im Falle der Beendigung des Unternehmens getroffen werden. Allein dieses gesteigerte Risiko und nicht die Eigentümerstellung, die juristisch streng genommen gar nicht besteht³⁾, leiten den Primat der Interessen der Eigenkapitalgeber ab.

Engagierte Aktionäre⁴⁾ sind Kapitalgeber, deren

-
- 1) Eine Zwischenstellung nimmt die Kommanditgesellschaft bzw. deren englisches Pendant die Limited Partnership ein.
 - 2) Vgl. Heinen, E., Das Zielsystem der Unternehmung, Wiesbaden 1966, S. 193
 - 3) Vgl. Pleyer, K., Eigentum und Wirtschaftsordnung, Betrachtungen zum Wirtschaftsrecht der Bundesrepublik und der sowjetischen Besatzungszone, in: JuS 1963, S. 9, führt an, es sei nicht ganz korrekt, vom 'Eigentum am Unternehmen' zu sprechen, "da das Unternehmen als organisatorische Einheit nicht Gegenstand eines Eigentumsrechts sein kann". Jedoch sei die Rechtsstellung des Unternehmers sehr stark der des Eigentümers angenähert. Vgl. auch Popham & Ivamy's Company Law, 13th edn., London 1967, S. 7
 - 4) Eine ähnliche wie die hier vertretene Auffassung, die weniger auf äussere Erscheinungsformen des Aktionärsverhältnisses, wie die Grösse der Kapitalbeteiligung, sondern die Zielvorstellungen als Kriterium für die Unterscheidung der Aktionäre abstellt, findet sich bei Fogarty, M., A Companies Act 1970 ?, in: PEP (Political and Economic Planning) Series, London 1967, S. 102ff., wo von "committed" und "un committed shareholders" die Rede ist.

Der Kreis der Eigenkapitalgeber umfasst nach deutscher Terminologie die Gesellschafter bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung und die Aktionäre bei Aktiengesellschaften. Das englische Recht kennt diese terminologische Unterscheidung bei den verschiedenen Gesellschaftsformen nicht. Da die nachfolgende Diskussion von den englischen Verhältnissen ausgeht, erscheint die Anwendung des Begriffs Aktionär als Übersetzung von "shareholder" zweckmässig.

wirtschaftliche Existenz mit dem Fortbestand des Unternehmens eng zusammenhängt. Sie verfügen in der Regel aufgrund der von der Rechtsordnung zuerkannten eigeñtñmer-ähnlichen Stellung über "ein Höchstmass an Einflussnahme auf den Zielbildungsprozess"¹⁾ der Gesellschaften. Insofern als sie - wie häufig als Grossaktionäre - mit das Schicksal des Unternehmens beeinflussen und unmittelbaren Zugang zu Informationen über das Unternehmen haben, sind sie nicht als Adressaten einer öffentlichen Rechnungslegung anzusehen²⁾.

Jedoch sind auch bei Grossaktionären die Möglichkeiten der Einflussnahme verschieden.

Charakterisierend für die Mehrheitsaktionäre sind Beherrschungsmöglichkeit und Beherrschungswille, wobei ihr Engagement in der Regel als auf die Dauer gerichtet anzusehen ist und sie in Ausübung ihrer Interessen die Gesellschaftsbelange berücksichtigen. Dies trifft jedoch zumeist nur in Fällen zu, in denen der Mehrheitsaktionär kein Unternehmer ist, dessen Aktionärsinteressen von den eigenen Unternehmenszielen beherrscht sind³⁾.

Unter Minderheitsaktionären sind solche Aktionäre zu verstehen, die zwar einen erheblichen Anteil am Aktienkapital besitzen, aber nicht in der Lage sind, bei der Gestaltung der Geschäftspolitik allein ihre eigenen Interessen durchzusetzen. Ihr Engagement ist schon deswegen in der Regel längerfristig, weil eine Veräusserung des Aktienpakets innerhalb kurzer Zeit zumeist nicht möglich oder wegen Rückwirkungen auf die Kursentwicklung zweckmässig ist.

Als engagierte Aktionäre sind nicht nur Grossaktionäre anzusehen, sondern auch Aktionäre, die aus anderen Gründen mit dem Schicksal des Unternehmens verbunden sind, wie Belegschaftsaktionäre.

1) Heinen, E., Das Zielsystem der Unternehmung, a.a.O., S. 203

2) Vgl. Rae Smith, D.D., Protection for Shareholders, in: The Accountant 1967, S. 585

3) Vgl. Bäumler, L., Aktionärs- und Gläubigerschutz in den Bestimmungen des Aktiengesetzes von 1965 über die Rechenschafts-

Gemeinsam ist den engagierten Aktionären das Interesse an einem kontinuierlichen Wachstum bei langfristiger Gewinnerwartung¹⁾.

Nicht engagierte Aktionäre stehen in einem rein kapitalistischen Verhältnis zum Unternehmen und unterscheiden sich in dieser Hinsicht kaum vom Rentengläubiger²⁾. Entsprechend ihren verschiedenen Interessen können Renditeaktionäre, Anlageaktionäre, Wachstumsaktionäre und Spekulationsaktionäre unterschieden werden³⁾.

Trotz des teilweise längerfristigen Charakters der Beteiligung der Erstgenannten ist ihre Bindung an das Unternehmen nur scheinbar. Sie wählen ihre Anlage in erster Linie nach Sicherheit Gesichtspunkten aus, d.h. auch im Hinblick auf die Möglichkeit, Aktien bei Nichterfüllung ihrer Vorstellungen schnell abstoßen zu können⁴⁾. Sie verfolgen die widersprechenden Ziele der Risikolosigkeit der Anlage verbunden mit einer möglichst hohen Verzinsung, wobei insbesondere bei Kleinaktionären meist das Sicherheitsstreben dominiert.

Spekulationsaktionäre sind gewöhnlich Gelegenheitsaktionäre, die in ihre Überlegungen weniger den vom Unternehmen erwirtschafteten Gewinn als den Spekulationsgewinn aus dem Kauf und Verkauf der Aktien einbeziehen. Der Ansicht Bäumlers⁵⁾, dass dem Spekulationsaktionär an der öffentlichen Rechnungslegung wenig gelegen sei, dass "extrem ausgedrückt ... eine Rechnungslegung der Verwaltung, die keinen oder einen geringen Einblick in die Vermögens- und Ertragslage des Unternehmens gewährt, seinen Interessen entgegen-

1) Vgl. dazu Heigl, A., a.a.O., S. 1039

2) Vgl. Bäuml, L., a.a.O., S. 69

3) Vgl. ebd., S. 70

4) Vgl. Tomkins, C.R., a.a.O., S. 816

5) Vgl. Bäuml, L., a.a.O., S. 71

kommt, da eine solche Rechnungslegung ein erhebliches Unsicherheitsmoment mit sich bringt und so seinen Spekulationsabsichten entspricht", dürfte aber kaum zu folgen sein.

b) Informationsbedürfnisse der Eigentümer

Der Grad der Abhängigkeit der Aktionäre von Information durch öffentliche Rechnungslegung ist durch die Höhe der Beteiligung an der Gesellschaft und die damit verbundenen Einflussmöglichkeiten bestimmt. Die Art von Informationen, die ein Aktionär vordergründig benötigt, hängt von den mit der Anlage verbundenen Zielen ab. Oberstes Ziel der Aktionäre ist es gewöhnlich, bei Befriedigung eines gegebenen Sicherheitsbedürfnisses das Verhältnis zwischen Kapitaleinsatz und Barwert des zukünftigen Kapitalrückflusses zu maximieren¹⁾.

Der gegenwärtige Wert des Kapitaleinsatzes ergibt sich aus dem Reinvermögen des Unternehmens²⁾. Unter Ausserachtlassung von Kursgewinnen ist der zukünftige Kapitalrückfluss eine Funktion der Umsatzüberschüsse der künftigen Perioden. Diese lassen sich unmittelbar aus finanzplanorientierten, prospektiven Kapitalflussrechnungen entnehmen³⁾, wobei jedoch eine Angabe über den Sicherheitsgrad der enthaltenen Informationen problematisch ist, insbesondere sofern sich solche Rechnungen über mehrere Perioden erstrecken. Da

-
- 1) Vgl. Tomkins, C.R., a.a.O., S. 816. Diese Feststellung mag nicht für gewisse Unternehmeraktionäre - vgl. S. 6 der vorliegenden Arbeit - gelten.
 - 2) Bei börsennotierten Unternehmen kann unterstellt werden, dass sich der Börsenkurs zumindest auf lange Sicht am Vermögen in Verbindung mit den erwarteten Erträgen orientiert (vgl. Tomkins, C.R., a.a.O., S. 816).
 - 3) Vgl. Moxter, A., Die Grundsätze ordnungsmässiger Bilanzierung und der Stand der Bilanztheorie, in: ZfbF 1966, S. 28 ff. sowie Busse von Colbe, W., Aufbau und Informationsgehalt von Kapitalflussrechnungen, in: ZfB 1966, 1. Ergänzungsheft, S. 109 ff.

die Rechnungslegung als Entscheidungsparameter der Unternehmensführung in deren Sinne manipulationsfähig ist¹⁾, wurden erhebliche Bedenken gegen Formen der Rechnungslegung unter Verwendung von Zukunftszahlen geäußert²⁾. Als interessante und m.E. praktikable Lösung wurde von Tomkins³⁾ die Veröffentlichung von geprüften Budgetabschlüssen für die laufende Periode in Verbindung mit einer Gegenüberstellung der Budget- und tatsächlichen Abschlusszahlen für die abgelaufene Periode unter gleichzeitiger Erläuterung der wichtigsten Abweichungen vorgeschlagen.

Vergangenheitszahlen als solche sind für die Entscheidungen der Aktionäre irrelevant, sofern sie sich nicht zur Extrapolation in die Zukunft eignen⁴⁾.

Diese Eigenschaft ist zwar von bilanztheoretischer Seite wegen deren Verzerrung durch dispositive Willkür⁵⁾ konventionellen Abschlüssen abgesprochen worden; in Verbindung mit Angaben über wichtige, die Abschlusszahlen beeinflussende Entscheidungen lassen sich jedoch insbesondere aus langfristigen Zahlenreihen wertvolle Rückschlüsse auf die zukünftige Entwicklung ziehen⁶⁾.

Die Entscheidungen der Aktionäre werden durch politische Erwartungen, die gesamtwirtschaftliche Entwicklung sowie die Möglichkeit von Alternativinvestitionen

-
- 1) Vgl. Heinen, E., Handelsbilanzen, 4. Aufl., Wiesbaden 1968, S. 74 f.
 - 2) Vgl. Chambers, R.J., The Role of Accounting, in: The Accountant 1969, S. 259
 - 3) Vgl. Tomkins, C.R., a.a.O., S. 816
 - 4) Vgl. Pankoff, L.D., and Virgil, R.L., On the Usefulness of Financial Statement Information: A Suggested Research Approach, in: The Accounting Review 1968, S. 270
 - 5) Vgl. Engels, W., Betriebswirtschaftliche Bewertungslehre im Licht der Entscheidungstheorie, Köln und Opladen 1962, S. 177 ff.
 - 6) Cowan, T.K. and McCloy, B.W., Historical Summaries: A Neglected Topic? in: Accountancy 1969, S. 579

beeinflusst¹⁾, doch sind diese Bereiche nicht der unternehmerischen Rechnungslegung zuzuordnen. Für die Beurteilung durch die Aktionäre sind bei im Einzelfall unterschiedlichen Prioritäten die traditionell im Mittelpunkt der Betrachtung stehenden monetären Grössen Vermögen und Ertrag ausschlaggebend.

Vermögen in Händen der Gesellschaft ist für den Aktionär primär nur insofern von Interesse, als daraus in der Zukunft Ertrag erzielt werden kann²⁾. Die Möglichkeit, bei einem Scheitern des Unternehmens im Liquidationsfall zumindest das eingesetzte Kapital erstattet zu bekommen, kann nur zweitrangig interessieren, da ein Zeitpunkt für die Auflösung gewöhnlich nicht festzulegen ist.

Neben den Fragen der Wertermittlung ist zur Beurteilung der Qualität der Geschäftsführung für die Aktionäre die Frage von Interesse, in welcher Form das beigetragene Kapital angelegt ist und ob die der Geschäftsleitung überlassenen Mittel eine rationelle Verwendung finden³⁾. In diesem Zusammenhang ist besonders die Trennung zwischen Vermögensteilen, die mit der betrieblichen Leistungserstellung in unmittelbaren oder mittelbaren Zusammenhang stehen, wichtig. Dies ist nach englischer Auffassung wegen der strengen Bindung der Gesellschaft an den Geschäftszweck im Zusammenhang mit der "Ultra-vires Doktrin"⁴⁾ aus juristischen Überlegungen heraus interessant. Ein wirtschaftliches

1) Von Bruns, W.J., Accounting Information and Decision-making, in: The Accounting Review 1968, S. 469 wurde zu Recht darauf hingewiesen, dass es erst einer Untersuchung bedürfe, ob die Rechnungslegung in Form veröffentlichter Jahresabschlüsse tatsächlich eine wichtige Rolle bei den Entscheidungen der Anleger spielt. Dies ist jedoch kein Argument gegen die deduktive Ableitung von relevanten Informationen für die Aktionäre durch die bilanztheoretische Literatur.

2) Vgl. Robson, Th.B., Vertreter des Institute of Chartered Accountants in England and Wales in: Board of Trade (Hrsg.), Minutes of Evidence taken before the Company Law Committee, London 1960, S. 1353

3) Vgl. Bäumler, L., a.a.O., S. 80

Interesse der Aktionäre besteht jedoch ebenfalls, denn "je mehr das eingesetzte Kapital ausschliesslich dem Betriebszweck dient, desto stabiler und nachhaltiger wird der Reinertrag sein, da das neutrale Ergebnis seiner Natur nach vorübergehend und schwankend ist ..." ¹⁾.

Neben der Rechenschaft über den Einsatz des zugeführten Eigenkapitals erwartet der Aktionär möglichst vollständige Aufklärung über erfolgte oder geplante Investitionen, vor allem wenn sie im Wege der Selbst- oder Fremdfinanzierung durchgeführt werden.

Die momentane und künftige Ertragssituation wird weniger durch die vorhandenen Vermögenswerte bestimmt als durch den Ablauf der Geschäfte, aus denen man Schlüsse auf die Dauerhaftigkeit des Gewinns ziehen kann ²⁾. Aus diesem Grunde ist ein Ausweis der Erfolgskomponenten zu fordern.

Die Art und Entwicklung der Umsatzerlöse gibt dabei den besten Hinweis darauf, ob es sich um expandierendes, stagnierendes oder rezessives Unternehmen handelt. Umsatzkennziffern liefern gleichzeitig gute Anhaltspunkte für die Beurteilung der Ertragskraft der Gesellschaft und der Dividendenfreudigkeit der Verwaltung ³⁾. Rückschlüsse auf die Risikobehaftung lassen sich dabei vor allem bei Aufspaltung der Umsatzerlöse nach den verschiedenen Geschäftsbereichen oder Produkten ziehen ⁴⁾.

1) Mellerowicz, K. und Jonas, H., Bestimmungsfaktoren der Kreditfähigkeit, 2. Aufl., Berlin 1957, S. 158

2) Vgl. Hax, K., Die Substanzerhaltung der Betriebe, Köln und Opladen 1957, S. 102

3) Vgl. Mertens, K.-H., Gegenstand und Zielsetzung einer Reform des Aktiengesetzes, Diss. Köln 1959, S. 292

4) Vgl. Rae Smith, D.D., a.a.O., S. 586

Voraussetzung für die Erfolgsbeurteilung ist in vielen Fällen auch die Kenntnis der betrieblichen Aufwandsstruktur. Vergangenheitswerte sind für die Extrapolation in die Zukunft nur dann von Nutzen, wenn sie den Erfolg des Geschäftsjahres aufzeigen, wie er unter normalen Gegebenheiten zustande kommt.

2) Rechnungslegung zur Information der Gläubiger

Öffentliche Rechnungslegung wurde insbesondere von juristischer Seite von jeher als Korrelat der Haftungsbeschränkung von Gesellschaften im Interesse der Gläubiger gefordert¹⁾. In der Tat erweisen statistische Zahlen über Unternehmenszusammenbrüche eine relativ hohe Anfälligkeit von Gesellschaften mit beschränkter Haftung der Kapitaleigner²⁾. Akzentuiert besteht das Gläubigerschutzbedürfnis im Verkehr mit Gesellschaften in England, wo es keine Bestimmungen über ein Mindestkapital oder ein Verbot der Rückgewähr von Einlagen gibt³⁾.

Der Diskussion um den Gläubigerschutz liegt zu-
meist die Vorstellung von einem Gläubiger zugrunde, dem es fern liegt, "irgendwelchen Einfluss auf die Geschäftspolitik des Unternehmens auszuüben, solange das Unternehmen seinen

1) Diese Auffassung wird in England weitgehend vertreten. So erklärte der President of the Board of Trade am 19. Mai 1968 vor dem Parlament: "Incorporation with limited liability is a privilege which carries obligations to the public" (zitiert in: The Accountant 1967, S. 543 in einem Artikel o.V. über "Companies Act 1967 - Unlimited Companies I"). Anderer Ansicht ist z.B. Scherrer, G., a.a.O., S. 143, der zu dem Schluss kommt, "dass die Bedeutung der Vollhaftung der Gesellschafter nicht so gross ist, dass die Zulassung der Haftungsbeschränkung an so schwere Anforderungen, wie die öffentliche Rechnungslegung geknüpft werden sollte".

2) Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart und Mainz 1970, S. 344; Board of Trade (Hrsg.), Report of the Company Law Committee, London 1962, S. 5, Tz. 20 (im folgenden zitiert als Jenkins Report)

3) Vgl. Jenkins Report, a.a.O., S. 7, Tz. 27

Zahlungsverpflichtungen nachkommt, zumal ihm dazu entsprechende Machtmittel fehlen¹⁾. Die Natur der Beziehungen zum Unternehmen ist grundsätzlich verschieden je nachdem, ob es sich um Kreditgläubiger oder Geschäftsgläubiger handelt.

Der Kreditgläubiger ist in der Regel nicht auf eine Verbindung zum Unternehmen angewiesen. Handelt es sich um eine Bank, so tritt ihr die Gesellschaft als Kreditsuchender gegenüber, der den Nachweis der Kreditwürdigkeit und oft zusätzliche Sicherheiten zu erbringen hat. Bei längerfristigem Engagement wird sich die Bank nicht nur davon überzeugen müssen, dass während der gesamten Laufzeit des Kredits dinglich gesichertes Vermögen zur Deckung ihres Verlustrisikos vorhanden ist, sondern dass eine Tilgung ihrer Kapitalforderung aus Gewinnen möglich erscheint²⁾.

Eine Art des Kreditgläubigers ist der Rentengläubiger, der sein Kapital in Form von Obligationen möglichst risikolos und zugleich ertragsbringend anzulegen trachtet³⁾. Er unterscheidet sich nur wenig vom Anlageaktionär. Der Rentengläubiger ist vorwiegend auf die öffentliche Rechnungslegung angewiesen, die für ihn zugleich Schutzfunktion und Informationsfunktion hat⁴⁾.

Da Obligationen auf dem Kapitalmarkt angeboten werden, stehen erweiterte Informationsquellen wie Prospekte⁵⁾ und Abschlüsse nach der von den Börsen verlangten Art⁶⁾ zur Verfügung.

1) Vgl. Bäumler, L., a.a.O., S. 46

2) Vgl. Hintner, O., Die Kreditwürdigkeit der Unternehmung, Sonderdruck aus: Der Österreichische Betriebswirt 1954, Wien 1954, S. 72 - 87, S. 73.

3) Vgl. Bäumler, L., a.a.O., S. 46

4) Vgl. ebd., S. 47

5) Der Companies Act 1948 enthält in Sects. 39-46 ausführliche Bestimmungen über Form und Inhalt von Prospekten.

6) Vgl. Rules of The Federation of Stock Exchanges in Great Britain and Ireland, abgedruckt in: Magnus, Q.C., Estrin, M., Companies - Law and Practice, London 1968, Appendix X

Die Forderungen von Geschäftsgläubigern beruhen in der Regel auf der Erbringung einer Leistung und nur in Ausnahmefällen auf der Zurverfügungstellung von Geldmitteln. Sie sind an der Erhaltung der Liquidität der Gesellschaft interessiert und können aus der laufenden Abwicklung des Zahlungsverkehrs gewöhnlich Schlüsse auf die wirtschaftliche Situation ihres Schuldners ziehen. Trotzdem erübrigt sich eine öffentliche Rechnungslegung nicht, da sie zumeist erst dann auf die Liquiditätsbeengung des Kunden durch schleppende Zahlungseingänge aufmerksam gemacht werden, wenn schon beträchtliche Verluste eingetreten sind¹⁾.

Die Stellung eines Grossgläubigers insbesondere bei monopoloidem Beschaffungsmarkt ähnelt weitgehend der eines Grossaktionärs, der über die Beteiligung seine eigenen Unternehmerinteressen zu sichern sucht²⁾. Er bedingt sich den Einblick in den Abschluss zumeist aus und ist nicht auf die öffentliche Rechnungslegung angewiesen³⁾.

Das AktG enthält verschiedene Vorschriften zur Sicherung der Gläubigerinteressen z.B. gegen Kapitalaushöhlung oder über die Nichtigkeit von Hauptversammlungsbeschlüssen nach § 241 Nr. 3 oder § 256 Abs. 1 Nr. 1 AktG⁴⁾. Subsidiär bieten die Bewertungsvorschriften automatisch einen gewissen Schutz der Gläubiger gegen einen stillschweigenden Entzug der Haftungssubstanz. Dazu gehören insbesondere die Höchstwertvorschriften der §§ 153 Abs. 1 und 155 Abs. 1 Satz 1, 1. Halbsatz verbunden mit dem Niederstwertprinzip des

-
- 1) Vgl. Moxter, A., Der Einfluss der Publizitätsvorschriften auf das unternehmerische Verhalten, Köln und Opladen 1962, S. 122 f.
 - 2) Bäumler, L., a.a.O., S. 50 weist zurecht darauf hin, dass in der Praxis Mehrheitsaktionär und Unternehmerngläubiger (gemeint sind dabei im allgemeinen Grossgläubiger) oft ein und dieselbe Person sind.
 - 3) Vgl. Leffson, U., Die Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung, Düsseldorf 1964, S. 63
 - 4) Vgl. Bergschneider, J., Zum Gläubigerschutz im Aktiengesetz, in: WPg 1969, S. 96 - 100

§ 155 Abs. 1 bis 3, aber auch Erfordernisse der Offenlegung bei Unternehmensbindungen, wie Mitteilungspflichten nach § 20, insbesondere die Pflicht zur Veröffentlichung gemäss § 20 Abs. 6 AktG.

Diese Bestimmungen sind jedoch nicht angelegt, jedes Gläubigerrisiko zu beseitigen¹⁾.

Der Companies Act 1967 ist von der Idee geleitet, einen Gläubigerschutz durch weitgehende Offenlegung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Rahmen der allgemeinen Rechnungslegungsvorschriften zu erzielen²⁾. Dass dabei ein spezielles Interesse der Gläubiger auf eine möglichst umfassende Unterrichtung über die Vermögensgegenstände, auf die bei Insolvenzfällen zurückgegriffen werden kann, vorliegt³⁾, wird nicht verkannt.

Neben diesem besonderen Interesse der Gläubiger am Substanzwert des Unternehmens ist die Vermittlung von Liquiditätserkenntnissen für die Einschätzung des Risikogrades bei Kreditgewährung oder Kreditanpassungsentscheidungen wichtig.

Unter dem Gesichtspunkt der Liquiditätsdarstellung wäre eine an Zahlungsströme anknüpfende Rechnungslegung zu wünschen, die den Mittelzufluss und die Mittelverwendung bei Angabe der Verfügungs- bzw. Bindungsdauer aufzeigt.

3) Rechnungslegung als Informationsgrundlage zur Wahrnehmung von Belegschaftsinteressen

Das Interesse des einzelnen Arbeitnehmers am Unternehmen richtet sich auf seine künftigen Erwerbsmöglich-

1) Vgl. Scherrer, G., a.a.O., S. 138 f.

2) Vgl. die entsprechenden Forderungen bei Trade Indemnity Company Limited, Memorandum submitted to the Company Law Committee, in: Minutes of Evidence, a.a.O., S. 277. Dies ist auch im Sinne der allgemeinen Feststellung von Luckan, E., Schacht, K., Gläubigerschutz, Publizität und Haftung, in: DB 1970, S. 1451, dass der Gläubigerschutz durch die in substitutivem Verhältnis stehende Tatbestände Haftung und Publizität verwirklicht werde.

keiten im Betrieb und somit in erster Linie auf die Erhaltung und Sicherung des Arbeitsplatzes¹⁾. Dies hängt neben einer Vielzahl von persönlichen und sachlichen Umständen nicht zuletzt von der zu erwartenden wirtschaftlichen Entwicklung des Unternehmens ab. Somit ist er an Informationen interessiert, die ihm Anhaltspunkte über das zukünftige Fortbestehen des Unternehmens liefern. Weitergehende Informationen über die Ertragskraft werden ihn nur am Rande interessieren, da die Arbeitsplatz- und Verdienstverhältnisse gewöhnlich nicht stark mit der Ertrags-situation des Unternehmens korrelieren.

Für die Interessenvertreter der Belegschaft im Betrieb und auf überbetrieblicher Ebene sind weitergehende Informationen in Verfolgung ihrer Politik erforderlich.

Eine Mitwirkung an der unternehmerischen Willensbildung erfordert "die Teilnahme der Belegschaft am Informationsprozess der Unternehmensleitung"²⁾; damit erübrigt sich eine Unterrichtung über betriebliche Belange auf unternehmensexternem Weg³⁾.

Für die Gewerkschaften als Tarifpartner sind in der Regel einzelwirtschaftliche Tatbestände für die Verwirklichung ihrer Lohn- und Gehaltsforderungen nicht relevant, wohl aber Informationen über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung oder die Entwicklung in einzelnen Bereichen, wofür veröffentlichte Abschlüsse insbesondere von Grossunternehmeneine wertvolle Informationsgrundlage darstellen.

1) Vgl. Moxter, A., Der Einfluss der Publizitätsvorschriften auf das unternehmerische Verhalten, a.a.O., S. 136

2) Albach, H., Zum Einfluss der Belegschaft auf die Willensbildung in den Betrieben der Bundesrepublik Deutschland und der sog. Deutschen Demokratischen Republik, in: Systeme und Methoden in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Festschrift für Erwin von Beckerath, Tübingen 1964, S. 425 - 457, S. 430

3) Vgl. Scherrer, G., a.a.O., S. 125

4) Rechnungslegung zur Information der Öffentlichkeit

Angesichts der Unbestimmtheit des Begriffs des öffentlichen Interesses und der Schwierigkeiten der Abgrenzung der interessierten Öffentlichkeit wird in der Fachdiskussion gewöhnlich kein Versuch zur inhaltlichen Fixierung der genannten Begriffe unternommen, und man begnügt sich damit, die Existenz gemeinsamer Interessen aller rechtschaffenen Staatsbürger¹⁾ anzuerkennen. Diese Haltung ist unbefriedigend, zumal sich autorisierte Repräsentanten der Öffentlichkeit eindeutig bestimmen lassen.

Als Kriterium zur Abgrenzung der Öffentlichkeit von den oben beschriebenen Interessenten an der Rechnungslegung von Gesellschaften, nämlich Aktionären, Geschäftspartnern²⁾ und Belegschaftsmitgliedern, erscheint der juristische Tatbestand des Vorhandenseins vertraglicher Verbindungen zweckmässig. Hier steht ein unmittelbares Vermögensinteresse auf dem Spiel. Danach gehören potentielle Aktionäre, Geschäftspartner oder Belegschaftsmitglieder zum Bereich der interessierten Öffentlichkeit³⁾.

1) Vgl. Hofstätter, P.R., Die Öffentlichkeit als Adressat der Publizität, in: Barz, C.H. und andere (Hrsg.), Das Frankfurter Publizitätsgespräch, a.a.O., S. 74 - 87, S. 83

2) Wenn hier von Geschäftspartnern die Rede ist, so sollen auch die Schutzinteressen der Kunden nicht unerwähnt bleiben, die besonders bei langfristigen Geschäftsverbindungen, wie z.B. in der Bauwirtschaft, beträchtlich sein können. Gewöhnlich wird sich ein Unternehmen vor der Vergabe eines wichtigen Auftrags durch andere Mittel als öffentliche Rechnungslegung von der Leistungsfähigkeit des Vertragspartners überzeugen oder Sicherheiten, wie Stellung von Bankbürgschaften, verlangen. Eine eigene Behandlung der Interessen der Kunden im vorliegenden Zusammenhang erübrigt sich.

3) Scherrer, G., a.a.O., rechnet (in Übereinstimmung mit Heinen, E., Das Zielsystem der Unternehmung, a.a.O., S. 203) potentielle Aktionäre und Gläubiger zu den "Organisationsteilnehmern" im Gegensatz "Öffentlichkeit", die er unter dem Gesichtspunkt der Diskussion über die Ausdehnung der Publizität auf alle Grossunternehmen als "umfassendes Kollektiv" (S. 178), als lediglich vom Wirtschaftsraum abgegrenztes Publikum (vgl. S. 176) auffasst.

Neben diesen Gruppen besteht ein weiterer, schwer zu fassender Bereich der Öffentlichkeit, der für Interessen des Gemeinwohls steht, die sich an den gesellschaftspolitischen Prioritäten orientieren. Nach der hier vertretenen Auffassung werden jedoch die Interessen an den einzelnen Unternehmen in dieser unbestimmten Sphäre durch die Vertreter der obengenannten, näher fassbaren Gruppen gewahrt.

Für Vertreter der Öffentlichkeit, die in erster Linie mit geldwirtschaftlichen Fragen befasst sind, spielt der Kapitalmarkt eine wichtige Rolle. So dient die Rechnungslegung der Gesellschaften soweit sie sich an die Öffentlichkeit wendet, mit der wichtigen Aufgabe der Sicherung eines stabilen und funktionsfähigen Kapitalmarktes. Die Informationen, die aus den Abschlüssen der Gesellschaften hervorgehen, sind für private und institutionelle Anleger von entscheidender Bedeutung, gleichviel ob auf dem Aktien- oder Rentenmarkt.

Die Teile der interessierten Öffentlichkeit, die allgemeine Aufklärungsfunktionen im Geschäftsverkehr, also für potentielle Gläubiger oder Abnehmer ausüben, sind an Abschlussinformationen einzelner Gesellschaften sowohl als solchen wie als Hinweisquellen für die Entwicklung auf Teilmärkten interessiert¹⁾. Es handelt sich dabei um Wirtschaftsverbände, Fachgruppen oder Marktaufklärungsinstitute.

Schliesslich greifen die Gewerkschaften in ihrer Eigenschaft als allgemeine Vertreter der Arbeitnehmerschaft vor allem in Fragen der Tarifpolitik Informationen aus veröffentlichten Abschlüssen auf und ziehen sie bei der Fundierung ihrer Forderungen heran²⁾.

1) Verschiedentlich wird auf den "Signaleffekt" der Publizität besonders bei Grossunternehmen hingewiesen (vgl. Rittner, F., Die handelsrechtliche Publizität ausserhalb der Aktiengesellschaft, in: Verhandlungen des 45. DJT in Karlsruhe, Bd. I, Teil 4, hrsg. von der ständigen Deputation des DJT, München und Berlin 1964, S. 142, der jedoch in diesem Zusammenhang die negative Seite betont).

2) Vgl. Trades Union Congress, Memorandum submitted to the Company Law Committee, a.a.O., S. 989

Die Aufnahmekapazität für Informationen aus veröffentlichten Abschlüssen durch die Öffentlichkeit über die erwähnten Organisationen ist nahezu unbeschränkt¹⁾. Eine so verstandene Rechnungslegung im öffentlichen Interesse wendet sich vor allem an die Sachverständigen und die Wirtschaftspresse. Von ihr ist eher als von seiten entsprechender staatlicher Stellen oder privater Interessenvertretungen ein Interessenausgleich und damit eine umfassende und zutreffende Unterrichtung über die unternehmerischen Gegebenheiten zu erwarten²⁾.

Gerade in England ist die Bedeutung der Wirtschafts- und Finanzpresse gross. Die Übung, dass grosse Gesellschaften von sich aus ihre Abschlüsse an Wirtschafts- und Tageszeitungen zur redaktionellen Besprechung einsenden³⁾, führt dazu, dass, mehr als in Deutschland, schon verarbeitete Abschlusszahlen zur Verfügung stehen. In diesem Zusammenhang ist besonders auf die Praxis der Wochenzeitschrift "The Accountant" zu verweisen, die in jeder Ausgabe Analysen von Abschlüssen verschiedener börsennotierter Unternehmen bringt und jährlich Preise für die besten Abschlüsse verteilt⁴⁾.

1) Vgl. Hofstätter, F.R., a.a.O., S. 78

2) Vgl. Scherrer, a.a.O., S. 184

3) Vgl. Meinhardt, M., Der Jahresabschluss von Aktiengesellschaften in Grossbritannien, in: Ausschuss für wirtschaftliche Verwaltung (A.W.) (Hrsg.), Der Jahresabschluss von Aktiengesellschaften in Europa und USA, Berlin 1965, S. 65

4) Nähere Ausführungen darüber finden sich bei Derriman, J., Company-Investor Relations, London 1969, S. 60 ff.

III) Bestimmungsgründe der Rechnungslegungsformen

Eine zweckmässige Ausgestaltung der öffentlichen Rechnungslegung kann nur im Hinblick auf die Bedürfnisse der Empfänger erfolgen. Angesichts der Unterschiedlichkeit des Empfängerkreises und ihrer Interessen ist es Aufgabe der Gesetzgebung, einen Rahmen zu setzen, der ein möglichst ausgewogenes Verhältnis der Gruppeninteressen sicherstellt. Innerhalb dieses Rahmens sollte genügend Flexibilität belassen werden, um eine wünschenswerte Anpassung an die Verhältnisse des Rechenschaftsgebers zu ermöglichen.

1) Der Einfluss der Rechtsform und Unternehmensgrösse

Die Rechtsform eines Unternehmens bedingt eine unterschiedliche Stellung der interessierten Kreise. Da sich das Gesellschaftsrecht weder in England noch in Deutschland mit der Stellung der Arbeitnehmerschaft beschäftigt¹⁾, ist die Ausgestaltung der gesetzlichen Rechnungslegungsvorschriften weitgehend auf das Verhältnis von Geschäftsführung zu Kapitaleignern abgestimmt. Bei Kapitalgesellschaften mit einer weitgehenden Trennung beider Funktionen schreibt der Gesetzgeber eine Rechenschaft nicht nur über die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft vor, sondern auch eine Offenlegung der Verhältnisse der Geschäftsführung. Wegen des Fehlens eines eigenen Organs zur Überwachung der Geschäftsführung in England²⁾, geht die Rechenschaftspflicht der Geschäftsführung gegenüber den Aktionären dort weiter als in Deutschland.

Mit wachsender Unternehmensgrösse nimmt das Interesse der Öffentlichkeit zu. Deshalb kann es bei grossen Unternehmen nicht mehr genügen, dass die Pflicht zur Rechenschaftsablage

1) Eine Regelung dieser Fragen ist in Deutschland im Betriebsverfassungsgesetz vom 11. Oktober 1952, BGBI. I, S. 68, und für den Montanbereich im Mitbestimmungsgesetz vom 21. Mai 1951, BGBI. I S. 347, beide in der Fassung des § 40 EGAktG, BGBI. 1965, S. 1197, erfolgt. Bezüglich der Situation in England vgl. Trades Union Congress, in: Minutes of Evidence, a.a.O., S. 989; Fogarty, M., a.a.O., S. 76

2) Vgl. die diesbezüglichen Ausführungen S. 36 f.

und ihre Form an die Rechtsform des Unternehmens anknüpft; es sind andere Kriterien heranzuziehen. In diesem Zusammenhang sei das am 21.3. 1969 in Kraft getretene Gesetz über die Rechnungslegung von bestimmten Unternehmen und Konzernen¹⁾ (Publizitätsgesetz) hingewiesen, wonach bei Grossunternehmen und Unternehmensverbindungen andere Gesichtspunkte mitbestimmend sind, die deren gesamtwirtschaftliche Bedeutung berücksichtigen.

2) Der Einfluss der Rechenschaftsempfänger

Der Einfluss der Rechenschaftsempfänger richtet sich nach der eingeräumten rechtlichen oder faktischen Machtposition. Autorisierte staatliche Stellen, insbesondere die Steuerbehörden, bestimmen die Art der zu liefernden Informationen und legen die zu führenden Nachweise fest. Sie fallen insofern nicht unter die Empfänger der öffentlichen Rechnungslegung.

Die unterschiedlichen Stellenwerte bestimmter Informationen im Kalkül der Empfänger legen nahe, dass den diversen Interessenten verschiedene Formen der Rechnungslegung ("special-purpose reports") vorgelegt werden. Denkbar wären z.B. Liquiditätsdarstellungen für Geschäftsgläubiger, Darstellungen des Erfolgstrends und der Eigenkapitalverhältnisse, Vermögensstatus unter Fortführungs- oder Liquiditätsgesichtspunkten, Darstellungen der Entwicklung der Vermögenssubstanz unter Berücksichtigung von Kaufkraftveränderungen oder Managementuntersuchungen für Aktionäre in bestimmten Situationen²⁾.

Öffentliche Rechnungslegung mit unbestimmtem Adressatenkreis muss versuchen, den weitgehend übereinstimmenden Informationsbedürfnissen der Empfänger in einem geschlossen

1) Vgl. Einzelheiten dazu in : Bundesrats-Drucksache 296/68 sowie die Arbeit von Scherrer, G., a.a.O.

2) Vgl. Kennedy, R.D., McMullen, St.Y., Financial Statements - Form, Analysis and Interpretation, Homewood/Illinois 1968, S. 38 f.

formulierten Ganzen ("general-purpose reports") zu begegnen. Gleichzeitig veröffentlichte Sonderberichte, die unterschiedliche Akzente setzen, bergen die Gefahr der Verwirrung einzelner Empfänger¹⁾.

Der nicht institutionalisierte Einfluss der Empfänger auf allgemeine Formen der Rechnungslegung lässt sich nicht generell darstellen, da er stets von der konkreten Machtkonstellation abhängt. Wohl ist er auch indirekt, sofern er sich im Bemühen der Rechenschaft Leistenden um bestimmte Gruppen äussert²⁾.

In diesem Aspekt besteht eine latente Gefahr, falls der Rechenschaftsgeber zu sehr auf die Vorstellungen des Empfängers eingeht und dadurch ein im Hinblick auf dessen Erwartungen verzerrtes Bild entsteht.

Dies führt zu dem Ergebnis, dass der Einfluss der Rechenschaftsempfänger auf die Erarbeitung und Darstellung der Rechenschaft zugunsten neutraler Kontrollinstanzen, wie unabhängige Prüfer, eingedämmt werden sollte³⁾.

1) Vgl. Kennedy, R.D., McMullen, St.Y, a.a.O., S. 39 f.

2) Eine eingehende Untersuchung der Einflüsse der Unterrichtung verschiedener Rechenschaftsempfänger auf die Gestaltung der Rechnungslegung hat Moxter, A., Der Einfluss von Publizitätsvorschriften auf das unternehmerische Verhalten, a.a.O., angestellt.

3) In England wurde in jüngster Zeit darüber hinaus die Einführung von über Rechenschaftsgebern und Prüfern stehenden öffentlichen Schiedsrichtern gefordert (vgl. Stamp, E., The Public Accountant and the Public Interest, in: The Journal of Business Finance, Vol.1, No. 1, abgedruckt in: Stamp, E., Marley, Ch., Accounting Principles and the City Code: The Case for Reform, London 1970, S. 168 ff.

IV) Zweckorientierte Ausgestaltung der Rechnungslegung

Die Zwecke der Rechenschaftslegung erfordern die Beachtung bestimmter allgemeiner Gestaltungsprinzipien. Im Rahmen der verschiedenen Rechnungslegungsformen konkretisieren sich diese Postulate in Bilanzierungs- oder Berichtsgrundsätzen, die die Handhabung im Einzelfall präjudizieren.

1) Allgemeine Grundsätze für die Rechnungslegung

Aus der Aufgabe der "Kommunikation von wirtschaftlichen Informationen zur Ermöglichung fundierter Beurteilungen und Entscheidungen durch die Empfänger" lassen sich unter dem übergeordneten Postulat der Nützlichkeit folgende allgemein gültige Grundsätze für die Rechnungslegung ableiten¹⁾:

- (1) Relevanz
- (2) Verifizierbarkeit
- (3) Unverzerrtheit
- (4) Quantifizierbarkeit

Relevanz ist der oberste und umfassendste Grundsatz. Er verlangt, dass die dargebotene Information Rücksicht nimmt auf die Handlungen, die zu erleichtern sie bestimmt ist, oder auf die Ergebnisse, die erzielt werden sollen.

Bekannte oder angenommene Informationsbedürfnisse potentieller Empfänger sind von überragender Bedeutung²⁾.

1) Die folgende Darstellung lehnt sich in der Formulierung eng an eine Verlautbarung der American Accounting Association, A Statement of Basic Accounting Theory, Evanston 1966, S. 1 an, da sie dem Verfasser ein Beispiel an prägnanter Formulierung der wesentlichen Grundsätze für die Rechnungslegung erscheint. Darüber hinaus sind Gedanken einer Studie von Snively, H.J. (Accounting Information Criteria, in: The Accounting Review 1967, S. 223 - 232) in Erweiterung der von der American Accounting Association exponierten Gesichtspunkte aufgenommen.

2) Vgl. S. 25 , Fussnote 1)

Zur Einflussnahme oder möglichen Einflussnahme auf geplante Handlungen ist es auch erforderlich, dass genügend Information in entsprechender Form und zur richtigen Zeit verfügbar ist. Fragen der Form der dargebotenen Information schliessen die Kriterien der Verständlichkeit, die im wesentlichen auf Einfachheit der Darstellung, Vergleichbarkeit und begrifflicher Übereinstimmung mit dem Empfänger beruht, und der Signifikanz ein, die einen Massstab für die Wesentlichkeit von Informationen liefert.

Verifizierbarkeit verlangt, dass im wesentlichen ähnliche Schlüsse gezogen oder Massnahmen getroffen würden, wenn zwei oder mehrere qualifizierte Personen die gleichen Daten prüften. Verifizierbarkeit ist deswegen wichtig, weil die Rechnungslegung sich gewöhnlich an Personen wendet, die selbst keinen oder nur beschränkten Zugang zu den Daten selbst haben und die Empfänger manchmal entgegengesetzte Interessen vertreten.

Unverzerrtheit bedeutet, dass Fakten unparteiisch festgestellt und präsentiert werden müssen. Dies impliziert, dass Methoden anzuwenden sind, die frei von immanenten Verzerrungseffekten (built-in bias) sind.

Quantifizierbarkeit bezieht sich auf die Möglichkeit, Informationen in Zahlen auszudrücken. Geld stellt dabei den gebräuchlichsten, jedoch nicht ausschliesslichen Massstab dar. Wenn im Rahmen der Rechnungslegung nicht quantitative Informationen in Übereinstimmung mit den übrigen Grundsätzen präsentiert wird, soll nicht deren Messbarkeit unterstellt werden.

Für die Kommunikation der Rechnungslegung an Aussenstehende¹⁾ empfiehlt sich die Beachtung folgender ergänzender Grundsätze²⁾:

1) Unter Aussenstehende sind in diesem Zusammenhang alle Rechenschaftsempfänger zu verstehen.

2) Vgl. American Accounting Association, a.a.O., S. 14

- (1) Eignung für den erwarteten Gebrauch im konkreten Fall¹⁾
- (2) Offenlegung signifikanter Beziehungen
- (3) Einschluss von Information über begleitende Umstände (environmental information)
- (4) Einheitlichkeit der Methoden innerhalb und zwischen Wirtschaftseinheiten
- (5) Konsistenz der Methoden im Zeitablauf

Besonders die Anforderungen unter (2) und (3) setzen ein hohes Mass an Verantwortung seitens der Rechenschaftsgeber voraus, da erst durch ihre Beachtung die Rechnungslegung ihre Kommunikationsaufgabe angemessen erfüllen kann. Ein blosses Angebot von Zahlen, ohne sie in den rechten Zusammenhang zu stellen und entsprechend zu erläutern, kann keine wirkliche Einsicht in die Lage der Rechenschaft gebenden Gesellschaft vermitteln.

2) Die Ausgestaltung der Rechnungslegung in der Praxis

Die Aufgabe der Rechnungslegung, wirtschaftliche Informationen zu liefern, bedingt, dass über den Grad der Erreichung der Unternehmensziele berichtet wird.

Da diese Ziele vornehmlich monetär festgelegt sind²⁾, ergibt sich, dass die Rechnungslegung in erster Linie Aussagen über die Gewinn- bzw. Rentabilitätslage unter gleichzeitiger Ermöglichung einer Beurteilung der Liquidität als wichtigster Nebenbedingung machen oder zulassen muss³⁾. Jedoch auch die

1) Im Falle allgemeiner Rechnungslegungsanlässe ("general-purpose reports") ist der erwartete Gebrauch die Beurteilung der Lage des Unternehmens, der Qualität und der Geschäftspolitik der Unternehmensführung (vgl. Snavely, H.J., a.a.O., S. 231)

2) Vgl. Heinen, E., Die Zielfunktion der Unternehmung, in: Koch, H. (Hrsg.), Zur Theorie der Unternehmung, Festschrift zum 65. Geburtstag von Erich Gutenberg, Wiesbaden 1962, S. 18 ff.

3) Vgl. Kosiol, E., Die Unternehmung als wirtschaftliches Aktionszentrum, Hamburg 1966, S. 134 f.

Ziele anderer Gruppen, die auf den Zielbildungsprozess Einfluss nehmen, müssen bei der praktischen Ausgestaltung der Rechnungslegung mit dem ihnen von der Gesellschaftsordnung zuerkannten Stellenwert berücksichtigt werden; dazu gehören z.B. Informationen, die den sozialen Bereich des Unternehmens betreffen.

Als System der Aussagen über monetäre Grössen erscheint der Jahresabschluss, der eine zusammenfassende Auswertung des betrieblichen Rechenwerks bringt. Wesentliche Aufgaben der Darstellung von ergänzenden Hinweisen (environmental information¹⁾), sonstiger Informationen einschliesslich qualitativer Aussagen liegen in der Geschäftsberichterstattung.

a) Der Jahresabschluss

Der Jahresabschluss ist sowohl in Deutschland wie in England ein gesetzlich normierter Tatbestand. Er umfasst Jahresbilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Abschlussvermerke (Notes). Als Zahlenwerk bietet er die Möglichkeit zur weitgehenden Verdichtung und übersichtlichen Darbietung von Information. Seinem Wesen nach stellt er das Ergebnis der wirtschaftlichen Vorgänge der abgelaufenen Periode dar, wobei jedoch die Blickrichtung auf die Zukunft bei der Ausgestaltung nicht fehlen darf.

Da eine Auswertung von Zahlen des betrieblichen Rechnungswesens nur durch Vergleich im Zeitablauf oder mit anderen Wirtschaftseinheiten sinnvoll ist, soll die Herausstellung von Kennzahlen oder die Möglichkeit der Erarbeitung solcher Zahlen im Mittelpunkt der praktischen Bemühungen stehen. Da die Bilanz eine Momentaufnahme der Situation des Unternehmens an einem Stichtag darstellt²⁾, sind Vergleich-

1) Bezüglich der Bedeutung von "environmental information" vgl. American Accounting Association, a.a.O., S. 14

2) Jones, F.H., Guide to the Company Balance Sheets and Profit & Loss Accounts, 6th edn., Cambridge 1968, spricht in diesem Zusammenhang von "snapshot".

zahlen erforderlich, um Bezugspunkte für die Beurteilung zu schaffen. Ebenso enthält die Gewinn- und Verlustrechnung nur die Strömungsgrößen einer bestimmten Periode, die an den entsprechenden Größen anderer Perioden zu messen sind.

Je grösser der Empfängerkreis und je weiter damit der Abstand der einzelnen Informationsempfänger ist, desto mehr sollten relevante Informationen konzentriert und bereits vorverarbeitet präsentiert werden. In diesem Sinne ist eine Vereinfachung und grössere Verständlichkeit der Abschlussinformation erstrebenswert¹⁾.

b) Der Geschäftsbericht

Die Berichterstattung hat die Aufgabe, die im Jahresabschluss konzentriert dargebotenen Informationen mit dem erforderlichen Hintergrund zu erhärten, der weitgehend in nicht monetären Aussagen besteht. Insoweit soll sie nach der hier vertretenen Auffassung mehr zusätzliche Informationen liefern und weniger die Angaben im Jahresabschluss zu erläutern.

Als im wesentlichen Rechenschaftslegung der Geschäftsführung über ihre Tätigkeit und nicht so sehr Beschreibung der Entwicklung des Unternehmens als solchen²⁾, steht das persönliche Moment im Vordergrund, was zur Folge hat, dass als solche zu kennzeichnende Beurteilungsaussagen mit aufgenommen werden³⁾.

1) Vgl. die von Snavely, H.J., a.a.O., S. 231 aufgestellten Postulate; ICAEW, Terms used in published accounts of limited companies, in: Members' Handbook, Privatdruck für Mitglieder in Loseblattform, 2 Teile, London and St. Albans, Section S: Miscellaneous Technical Statements, (S 6), S. 3 f., Tz. 1; vgl. auch die Ausführungen bei Jones, F.H., Guide, a.a.O., S. 383 ff., insbesondere S.393 f.

2) Klar geht dies daraus hervor, dass nach englischem Recht der Geschäftsbericht (Directors' report) nicht im Zusammenhang mit dem Jahresabschluss, sondern bei den Rechtsverhältnissen der Gesellschaft unter den Pflichten der Geschäftsführung geregelt ist.

3) Vgl. Haas, G., Oechsner, L., Der Jahresabschluss nach Handels- und Steuerrecht, Bd. I, Grundsätze der Rechnungslegung, Wiesbaden 1958, S. 220 und 222

Besonders bietet sich der Geschäftsbericht für die Geschäftsführung als Medium an, ihre Politik den Empfängern der Rechnungslegung näher zu bringen und damit die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung im Sinne des Unternehmens zu beeinflussen.

c) Andere Formen der Rechnungslegung

Neben Jahresabschluss und Geschäftsbericht gibt es weitere, teils gesetzlich normierte, teils freiwillige Formen der Rechnungslegung.

Freiwillige Formen der Rechnungslegung, wie z.B. die Vorlage von Zwischenberichten in Gestalt vollständiger Zwischenabschlüsse oder der Veröffentlichung von repräsentativen Teilaussagen, wie Umsatz- oder Erfolgsentwicklung, Beschäftigtenzahl u.ä. können vor allem angesichts der zeitlichen Verzögerung der Veröffentlichung der gesetzlichen Rechnungslegung, wertvolle Informationen bieten; sie sind jedoch dann problematisch, wenn sie nicht der vorherigen Prüfung durch ein Kontrollorgan, wie den Abschlussprüfer, unterliegen¹⁾.

Zu gesetzlich normierten Formen der Rechnungslegung ausserhalb von Jahresabschluss und Berichterstattung zählt die Offenlegung von Belastungen des Vermögens der Gesellschaft (Register of Charges) in England²⁾. Auch gehört

1) Vgl. Rae Smith, D.D., a.a.O., S. 587 f.; Stamp, E., Marley, Ch., Accounting Principles and the City Code: The Case for Reform, London 1970, S. 121

2) Vgl. Sect. 95 C.A. 1948; näheres bei Topham & Ivamy's, a.a.O., S. 290 ff. sowie die Ausführungen S. der vorliegenden Arbeit

die Möglichkeit zur Einsichtnahme von Anstellungsverträgen von Mitgliedern der Geschäftsführung in England¹⁾ oder die Einreichung bestimmter Dokumente zu öffentlichen Registern (in England erfolgt dies in Form der Annual Returns²⁾, in Deutschland müssen bestimmte gesellschaftsrechtliche Vorgänge³⁾ zum Handelsregister angemeldet werden) zur Rechnungslegung.

Diese Formen der Rechnungslegung knüpfen zu-
meist an Sondertatbestände an und spielen bei der Be-
trachtung der periodischen Rechnungslegung eine nach o-
rdnungsgemäße Rolle.

-
- 1) Vgl. Sect. 26 C.A. 1967; näheres bei Magnus, Q.C., Estrin, M., The Companies Act 1967, London 1967, S. 213 ff.
 - 2) Vgl. Sects. 124 ff. C.A. 1948; näheres bei Magnus-Estrin, Companies - Law and Practice, a.a.O., S. 11 ff.
 - 3) so z.B. eine Abschrift des Hauptversammlungsprotokolls nach § 130 Abs. 5 AktG

B) Rechtsformen der Unternehmen in England¹⁾

Die allgemeine Konzeption der einzelnen Rechtsformen in England weist weitgehende Übereinstimmung mit dem deutschen Recht auf. Dennoch zeigen sich im Detail und vor allem in der Verbreitung der Rechtsformen teilweise erhebliche Unterschiede.

1) Einzelunternehmen und Personengesellschaften

Das englische Handelsrecht kennt keine Unterscheidung zwischen Nichtkaufleuten einerseits und Voll- oder Minderkaufleuten andererseits und daraus resultierende Konsequenzen für Buchführungspflicht und Rechnungslegung. Eine Registereintragung von Einzelunternehmen (Sole Traders oder Sole Proprietorships) oder Personengesellschaften (Partnerships) ist nur dann erforderlich, wenn die Firma, unter der das Geschäft betrieben wird, nicht mit den tatsächlichen Namen sämtlicher Inhaber (bzw. deren Firmen, wenn die Inhaber Gesellschaften mit eigener Rechtspersönlichkeit sind) ohne weitere Zusätze ausser den Vornamen oder Initialen übereinstimmen²⁾.

Die Rechtsverhältnisse von Personengesellschaften³⁾ richten sich nach dem Gesellschaftsvertrag (Partnership agreement) sowie ergänzend dem Partnership Act 1890.

-
- 1) Die nachstehende Typisierung befasst sich nur mit privatwirtschaftlich organisierten Betriebsformen. Die rechtliche Ausgestaltung anderer Wirtschaftsbereiche, wie die Verwaltung verstaatlichter Wirtschaftszweige oder gemeinnütziger Betriebe (z.B. Building Societies) wird in der Regel durch eigene Gesetze geregelt, deren Erörterung ausserhalb des Bereichs der vorliegenden Arbeit liegt.
 - 2) Vgl. Sect. 1 Registration of Business Names Act 1916, 6 & 7 geo. 5.L. 58.
 - 3) Entsprechend der englischen Terminologie wird im Rahmen der vorliegenden Arbeit der Begriff Gesellschaft grundsätzlich als Übersetzung für "Company under the Companies Acts" gebraucht. Partnerships sind demnach keine "Gesellschaften". Da im Deutschen ein dem Wort "Partnership" entsprechender Begriff fehlt, muss mit der Verwendung des Begriffs "Personengesellschaften" eine terminologische Inkonsistenz in Kauf genommen werden.

Neben der normalen Partnership, die der deutschen offenen Handelsgesellschaft entspricht, gibt es auch die Rechtsform der Limited Partnership¹⁾ als Pendant zur Kommanditgesellschaft. Die Form der Limited Partnership ist in England kaum anzutreffen, wohl aus dem Grunde, dass bisher infolge der Vorteile, die Private Companies boten, kein Bedarf für diese Rechtsform bestand²⁾.

Die einzige Beschränkung, der Gründung und Bestand von Partnerships unterliegen, ergibt sich aus Sect. 434 C.A. 1948: die Höchstzahl ihrer Gesellschafter ist im Falle gewöhnlicher Industrie- oder Handelsunternehmen auf zwanzig und im Fall von Bankgeschäften auf zehn beschränkt³⁾.

II) Gesellschaften mit eigener Rechtspersönlichkeit (Companies)

Die wichtigste Rechtsform der Unternehmen in England ist die Company, deren entscheidendes Charakteristikum die von der Rechtsprechung festgestellte eigene Rechtspersönlichkeit ist⁴⁾.

1) Typisierung der Gesellschaften

Gesellschaften, die unter den Bestimmungen der Companies Acts registriert werden können, unterscheiden sich durch eine Reihe von auf verschiedene Weise kombinierbaren Kriterien:

-
- 1) Vgl. Limited Partnerships Act 1907 (Einzelheiten s. bei Magnus-Estrin, Companies - Law and Practice, a.a.O., S. 606 ff.)
 - 2) Erst in jüngster Zeit befasst man sich wieder mit den Vorteilen der Limited Partnership (vgl. Pennington, R.R., The Case for Limited Partnerships, 2 Teile, in: Accountancy 1968, S. 482 - 483, 545 - 547)
 - 3) Wegen Ausnahmen für bestimmte Berufszweige vgl. Sect. 120 C.A. 1967
 - 4) Vgl. Fall Salomon v. Salomon & Co., Ltd. (1897) A.C. 22, H.L., (nähere Ausführungen hierüber bei Topham & Ivamy's, a.a.O., S. 7 f.)

(1) Das Kriterium des Zugangs zum Kapitalmarkt

Im wesentlichen bestimmend für die Unterscheidung zwischen Public Companies und Private Companies ist die Möglichkeit des Zugangs zum öffentlichen Kapitalmarkt. Während das Gesellschaftsrecht von der Public Company als Normaltypus ausgeht, charakterisiert der Companies Act 1948 Private Companies als Gesellschaften, bei denen

- (a) das Recht zur Übertragung von Anteilen nach der Satzung beschränkt ist (Sect. 28 (1)(a)),
- (b) die Zahl der Gesellschafter (ausser Gesellschaftern, die der Belegschaft angehören oder angehört haben) auf fünfzig beschränkt ist (Sect. 28 (1)(b)) und
- (c) eine öffentliche Einladung zur Zeichnung von Kapitalanteilen oder Obligationen verboten ist (Sect. 28 (1)(c)).

Diese drei Kriterien müssen stets gleichzeitig erfüllt sein; (a) und (b) können jedoch als dem Kriterium (c) untergeordnet bezeichnet werden, da erst letzteres den fundamentalen Unterschied zwischen Public und Private Companies determiniert¹⁾.

(2) Das Kriterium der Haftungsbeschränkung

Während das deutsche Gesellschaftsrecht mit Ausnahme des Sonderfalls der eingetragenen Genossenschaft mit unbeschränkter Haftung (eGubH) stets mit der Eigenschaft der Rechtspersönlichkeit das Kriterium der Haftungsbeschränkung der Gesellschafter verbindet, kennt das englische Recht die Form der Unlimited Company. Diese Rechtsform war bis zur Einführung des Companies Act 1967 relativ unbedeutend, sie wurde jedoch aufgrund der neuen Publizitätsbestimmungen des

1) Vgl. Board of Trade, Memorandum submitted to the Company Law Committee, in: Minutes of Evidence, a.a.O., S. 1567

Gesetzes stark in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt¹⁾. Der Companies Act 1967 führte die Möglichkeit der Umwandlung von Limited Companies in Unlimited Companies ohne Liquidation ein²⁾.

Die Unlimited Company bietet für die in Kauf zu nehmende unbeschränkte Haftung der Gesellschafter verschiedene Vorteile, wie die Befreiung von Teilen der Stempelsteuer bei der Ausgabe von Kapital³⁾, nach Sect. 66 C.A. 1948 die Möglichkeit der Kapitalherabsetzung ohne Gerichtsbeschluss, die Möglichkeit des Erwerbs eigener Aktien oder Kapitalrückzahlung an Gesellschafter⁴⁾; der wichtigste Vorteil liegt jedoch seit der Einführung des Companies Act 1967 darin, dass sie die einzige Gesellschaftsform darstellt, die nicht der Publizität der Rechnungslegung in Form der Einreichung zum Handelsregister unterliegt⁵⁾.

(3) Das Kriterium der Art der Haftungsbeschränkung
und Eigenkapitalbeschaffung

In Sect. 1 C.A. 1948 wird unterschieden zwischen Gesellschaften, bei denen die Haftung der Gesellschafter auf die Höhe des nicht einbezahlten Kapitals in Form von festen Anteilen (shares⁶⁾) festgelegt ist (Companies Limited by Shares) und solchen, bei denen die Gesellschafter nur für den Fall der

1) Vgl. (o.V.), Unlimited Companies, 3 Teile, in: The Accountant 1967, S. 543 - 545, 578 - 580, 610 - 611

2) Vgl. Sect. 44 C.A. 1967

3) Vgl. SCH. 3 C.A. 1967

4) Dies wurde im Fall Borough Commercial and Building Society, (1893) 2 CH. 242 entschieden (Hinweis bei Topham & Ivamy's, a.a.O., S. 19)

5) Vgl. Sect. 47 C.A. 1967 in Verbindung mit Sect. 127 C.A. 1948

6) Der Begriff "shares" deckt im wesentlichen die deutschen Begriffe "Aktien" und "Stammeinlagen" für Aktiengesellschaften bzw. Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Aus Praktikabilitätsgründen wird im folgenden "Aktie" als Äquivalent für "share" gebraucht.

Liquidation einen bestimmten Beitrag in Geld zu leisten haben, wenn das Gesellschaftsvermögen zu diesem Zeitpunkt die Schulden nicht deckt. Die Gesellschafter haben zu diesem Zweck für den Erwerb ihrer Mitgliedsrechte ein Zahlungsversprechen in Form einer Garantie oder Bürgschaft zu leisten, dessen Höhe sich nach dem Gesellschaftsvertrag richtet. Diese sogenannten Companies Limited by Guarantee bringen das notwendige Betriebskapital in Form der Fremdkapitalbeschaffung auf. Den Vorteil der Rechtspersönlichkeit der Vereinigung ohne die Notwendigkeit eines unmittelbaren Kapitalbeitrags durch die Mitglieder machen sich Clubs, Wirtschaftsverbände und Vereinigungen zur Förderung der verschiedensten Zwecke zu eigen¹⁾.

Durch Kombination der vorstehend aufgeführten Kriterien sind folgende Gesellschaftstypen als Gesellschaften nach den Companies Acts in England möglich²⁾:

- (1) Public Companies Limited by Shares
- (2) Private Companies Limited by Shares
- (3) Public Companies Limited by Guarantee
- (4) Private Companies Limited by Guarantee
- (5) Public Unlimited Companies
- (6) Private Unlimited Companies

1) Vgl. Topham & Ivamy's, a.a.O., S. 17

2) Der Vollständigkeit halber seien noch zwei weitere Arten von Gesellschaften mit eigener Rechtspersönlichkeit erwähnt, die nicht den Companies Acts unterliegen:

Companies Incorporated by Royal Charter stellen historische Formen von Vereinigungen dar, denen eigene Rechtspersönlichkeit verliehen wurde. Gewohnheitsrechtlich sind die Mitglieder gewöhnlich nicht für die Schulden der Gesellschaft haftbar (vgl. Topham and Ivamy's, a.a.O., S. 29).

Statutory Companies sind Gesellschaften, die durch Gesetz ins Leben gerufen wurden (Companies incorporated by special Act of Parliament). Es handelt sich dabei meist um Versorgungsunternehmen, die mit besonderen Vollmachten ausgestattet werden sollen. Die Verstaatlichung weiterer Bereiche des Versorgungssektors hat die Zahl der Statutory Companies erheblich reduziert (vgl. Topham and Ivamy's, a.a.O., S. 29).

Für die Belange der nachfolgenden Diskussion sind nur Companies Limited by Shares von Bedeutung. Das Interesse verteilt sich dabei gleichmässig auf Public und Private Companies, da beide Gesellschaftsformen grundsätzlich denselben Rechnungslegungsvorschriften unterliegen. Ein Vergleich nur mit dem AktG ist deshalb statthaft, da nach überwiegender Auffassung die Rechnungslegungsvorschriften des AktG als Grundsätze ordnungsmässiger Bilanzierung im wesentlichen auch für Gesellschaften mit beschränkter Haftung gelten¹⁾ und zudem der vorliegende Referentenentwurf eines Gesetzes über die Gesellschaften mit beschränkter Haftung sich in der inhaltlichen Ausgestaltung eng an die aktienrechtliche Regelung anlehnt²⁾.

2) Rechtsverhältnisse und Verfassung

Neben den zwingenden Vorschriften der Companies Acts sind die Rechtsverhältnisse der Gesellschaften durch eine zweigeteilte Satzung festgelegt, wobei das Memorandum of Association³⁾ mit Bestimmungen über Firma, Sitz, Gegenstand und Höhe des Kapitals im wesentlichen die externen Beziehungen regelt und die Articles of Association, die sich mangels andersartiger Vereinbarungen nach Table A C. A. 1948⁴⁾ richten, das Innenverhältnis determinieren.

1) Vgl. jedoch die differenzierende Haltung bei Adler-Düring-Schmaltz, Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft, 4. Aufl., Bd. 1, Rechnungslegung, Stuttgart 1968, § 149, Tz. 96

2) Vgl. Bundesministerium der Justiz (Hrsg.), Referentenentwurf eines Gesetzes über Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Köln 1969, S. 284

3) Vgl. Sect. 2 C.A. 1948

4) Vgl. Sect. 6 C.A. 1948 in Verbindung mit SCH. 1, Table A C.A. 1948

Die Aktionäre, deren Mitgliedschaftsrechte in der Regel in Namenspapieren verkörpert sind¹⁾ und über deren Identität und Beteiligungsverhältnisse spezielle, öffentlich zugängliche Register geführt werden müssen²⁾, üben ihre Rechte in der Generalversammlung (General Meeting³⁾) durch Mehrheitsbeschluss aus.⁴⁾ Der Minderheitenschutz bezieht sich u.a. auf bestimmte Sperrminoritäten bei wichtigen Fragen der Gestaltung oder Veränderung der Rechtsverhältnisse der Gesellschaft und der Möglichkeit der Anrufung des Board of Trade in bestimmten Fällen⁵⁾.

Die Geschäftsführung und Vertretung der Gesellschaft liegt in Händen der Direktoren⁶⁾. Da es ein Kontrollorgan in

-
- 1) Aktionäre (members, shareholders) sind grundsätzlich Namensaktionäre, insofern als von der Gesellschaft für die Anteile auf den Namen lautende Aktienzertifikate (share certificates) ausgegeben werden; nur unter bestimmten Voraussetzungen können für voll einbezahlte Aktien Inhaberzertifikate (share warrants) ausgestellt werden. Streng genommen ist ein Inhaber von share warrants kein Gesellschafter ("member" gemäss Sect. 26 C.A. 1948), obwohl in der Praxis häufig aktionärsähnliche Rechte eingeräumt werden (vgl. hierzu Topham & Ivamy's, a.a.O., S. 163 f.).
 - 2) Dies ist ein allgemeines Aktienregister nach Sect. 110 (1) C.A. 1948 und ein Sonderregister für Anteile von 10 % und darüber nach Sect. 34 (1) C.A. 1967
 - 3) Neben der jährlichen Generalversammlung (Annual General Meeting) gibt es ein "Statutory Meeting" nach Gründung sowie ausserordentliche Generalversammlungen (Extraordinary general meetings) und Versammlungen für bestimmte Klassen von Aktionären (vgl. Topham & Ivamy's, a.a.O., S. 207 ff.)
 - 4) Vgl. Sect. 145 (2) C.A. 1948 für "ordinary resolutions". Daneben gibt es "extraordinary resolutions" (Sect. 141 (1) C.A. 1948) und "special resolutions" (Sect. 141 (2) C.A. 1948), die eine drei-viertel Mehrheit voraussetzen.
 - 5) Vgl. Sect. 164 (1) C.A. 1948. Der Jenkins Report (a.a.O., S. 70 - 82, Tz. 188 - 218) hatte umfangreiche Vorschläge zur Verbesserung des Minderheitenschutzes gemacht, die jedoch vom Companies Act 1967 nicht aufgenommen wurden.
 - 6) Der Ausdruck Direktoren, Geschäftsführung oder Mitglieder der Geschäftsführung sei im folgenden als Übersetzung des englischen Begriffs "directors" gebraucht.

Form eines Aufsichtsrats nicht gibt¹⁾, erlegt das Gesetz strenge Pflichten bezüglich der Qualifikation und Offenlegung der Interessennahmen der Direktoren auf²⁾. Daneben muss jede Gesellschaft einen "Secretary" bestimmen, dessen Aufgabe es ist, die Einhaltung der Vorschriften der Companies Acts zu überwachen³⁾. Seine Pflichten sind mehr formaler Natur und liegen keineswegs in der Kontrolle der Geschäftsführung, was sich schon daraus ergibt, dass er gewöhnlich von der Geschäftsführung ernannt wird⁴⁾.

Eine wichtige Rolle bei der Überwachung der Gesellschaften kommt dem Board of Trade (Wirtschaftsministerium) zu, der auf eigene Initiative oder Veranlassung von Aktionären jederzeit die Möglichkeit der Einsichtnahme in die Bücher der Gesellschaft und weiterer Nachforschungen hat⁵⁾.

Im Zusammenhang mit der Rechnungslegung der Gesellschaften ist der Board of Trade ermächtigt, generelle Verordnungen zur Änderung insbesondere der Erfordernisse des SCH. 2 C.A. 1967 zu erlassen⁶⁾ oder bestimmte Ausnahmen von Einzelbestimmungen nach SCH. 2 C.A. 1967 und Sonderregelungen für einzelne Gesellschaften zu treffen⁷⁾. Somit werden dem Board of Trade Funktionen eingeräumt, die sehr stark an ein Aktienamt erinnern⁸⁾.

1) In der Praxis grösserer Gesellschaften erfolgt jedoch gewöhnlich eine Funktionsteilung zwischen geschäftsführenden Mitgliedern des Board of Directors (managing directors) und anderen, die de facto eine aufsichtähnliche Stellung einnehmen (vgl. Fogarty, M., a.a.O., S. 129 f.).

2) Vgl. hierzu die Ausführungen S. 253 f.

3) Vgl. Sect. 177 (1) C.A. 1948

4) Dies ergibt sich mangels anderweitiger Festlegung aus Sect. 110, SCH. 1, Table A C.A. 1948. Einzelheiten vgl. Charsworth's Company Law, 8th edn. by Cain, T.E., London 1965, S. 207-209

5) Vgl. Die Zusammenfassung der Befugnisse des Board of Trade, in: 1 AS. The Companies Act 1967, Some Requirements and Implications, Edinburgh 1967, Nachdruck 1968, S. 28 ff.

6) Vgl. Sect. 454 C.A. 1948 sowie die entsprechenden Ermächtigungen in SCH. 2 C.A. 1967

7) Vgl. Sect. 149 (4) C.A. 1948; Magnus-Estrin, Companies - Law and Practice, a.a.O., S. 155

8) Vgl. Niehus, J., The Companies Act 1967, Zur Reform des Gesellschaftsrechts in England, in: WJg 1968, S. 1 - 10, S. 1

a) Public Companies

Die Public Limited Company entspricht weitgehend der deutschen Aktiengesellschaft mit Zugang zum öffentlichen Kapitalmarkt, Prüfungspflicht durch qualifizierte Prüfer und Pflicht zur Veröffentlichung von Jahresabschluss und Geschäftsbericht. Die Bezeichnung Public Company ist kein terminus legis sondern der Normalfall der Gesellschaft, auf die alle Vorschriften der Companies Acts zutreffen.

Zu ihren formalen rechtlichen Kriterien zählt das Erfordernis einer Mindestgründerzahl von sieben Personen; gleichzeitig muss die Gesellschaft stets eine Mindestaktionärszahl von sieben aufrecht erhalten¹⁾.

De facto gibt es trotzdem Einmann-Gesellschaften, da die erforderliche Mindestgesellschafterzahl durch Strohleute oder Treuhänder gewahrt werden kann²⁾. Der Jenkins Report hatte auf die Unwirksamkeit dieses formalen Kriteriums hingewiesen³⁾ und die Verminderung der Mindestzahl auf zwei empfohlen⁴⁾.

b) Private Companies

Die Private Limited Company ist eine Rechtsform, die in der Praxis Ähnlichkeiten mit der deutschen GmbH ausweist. Zum Unterschied von der Public Company fordert der Companies Act 1948 neben den eingangs erwähnten Kriterien⁵⁾ nur eine Mindestgesellschafterzahl von zwei (Sect. 1 (1)); im Gegensatz zur Public Company braucht nur ein Direktor bestellt zu werden (Sect. 176).

Zur Zeit der Einführung des Companies Act 1948 gab es in England ca. 230.000 Private Companies⁶⁾. Diese Zahlenver-

1) Vgl. Sect. 1 (1) und Sect. 31 C.A. 1948

2) Dies wurde im Fall Salomon v. Salomon & Co., Ltd. (1897) A.C. 22, H.L. entschieden (vgl. Topham & Ivamy's, a.a.O., S. 7 f.)

3) Vgl. Jenkins Report, a.a.O., S. 5 f., Tz. 21

4) Vgl. ebd., S. 8, Tz. 31

5) Vgl. S. 32

6) 1949 waren 231.443 Private Companies mit durch Aktien be-
stimmter Haftung registriert (Quelle: Jones, F.H., Guide,
a.a.O., S. 371)

hältnisse verdeutlichen, warum der Companies Act 1948 nicht unmittelbar die Publizität der Rechnungslegung für alle Gesellschaften einführt, sondern nach einer Kompromisslösung suchte und diese in Gestalt der "Exempt Private Company" vorstellte.

Neben der Befreiung von der Veröffentlichungspflicht für die Rechnungslegung gewährte die Exempt Private Company weitere Privilegien, wie die Befreiung vom Verbot der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsführung¹⁾ und die Möglichkeit, Geschäftspartner oder Angestellte von Direktoren und andere, nicht nach Sect. 161 (1)(a) C.A. 1948 anerkannte qualifizierte Prüfer als Abschlussprüfer einzusetzen.

Die Absicht des Gesetzgebers, kleine Familienunternehmen vom Zwang einer ihnen abträglichen Veröffentlichung auszunehmen, hatte zur Folge, dass sich mehr als 75 % der Private Companies in die Form der Exempt Private Company flüchteten²⁾, die hauptsächlich die Kriterien erfüllen mussten, dass keine juristische Personen Direktor oder Inhaber von Anteilen sein und keine Personen mit Ausnahme der Aktionäre oder Obligationäre ein wirtschaftliches Interesse an Aktien oder Obligationen haben durften³⁾.

Der Companies Act hat die Sonderform der Exempt Private Company wieder aufgegeben⁴⁾.

1) Vgl. Sect. 190 (1)(a) C.A. 1948

2) Vgl. Jenkins Report, a.a.O., S. 57 19 f., Tz. 57

3) Vgl. Sect. 129 C.A. 1948

4) Vgl. Sect. 2 C.A. 1967; siehe auch S. 47 der vorliegenden Arbeit

III) Statistik der Rechtsformen

Am 31. Dezember 1967 waren in England registriert¹⁾:

10.570	Public Limited Companies
4.777	Public Companies anderer Art
508.558	Private Limited Companies
1.341	Unlimited Private Companies

Die letzte im Statistischen Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland veröffentlichte Darstellung über die Verbreitung der Rechtsformen der Unternehmen zum Stichtag 31. Dezember 1963 umfasste²⁾:

2.732	Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien
34.658	Gesellschaften mit beschränkter Haftung
144.664	Offene Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften

Vor dem Hintergrund dieser Zahlen lässt sich am besten die Bedeutung der öffentlichen Rechnungslegung in England beurteilen, auch wenn man nicht übersehen darf, dass dort der Hang zur Gesellschaftsbildung grösser ist und viele Gesellschaften untätig sind oder blosse Mäntel darstellen³⁾.

1) Quelle: ICAEW-ICAS-ICAI-ACCA, Companies Legislation in the 1970's Supplement to The Accountant, March 29th 1969, S. 11 (ohne Gesellschaften in Liquidation)

2) Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1967, Stuttgart und Mainz 1967, S. 432 f. Am 31. 12. 1969 bestanden 2.317 Aktiengesellschaften und KGaA sowie 73.701 GmbH (Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart und Mainz 1970, S. 170 f.)

3) Vgl. die Ausführungen eines Vertreters des Board of Trade in: Minutes of Evidence, a.a.O., S. 1522 f.

c) Quellen der Rechnungslegung in England

1) Die im Berufsstand der Abschlussprüfer entwickelten Grundsätze der Rechnungslegung

Die lange Tradition und hohe Reputation des Berufsstandes der Abschlussprüfer(Chartered Accountants¹⁾) in der Öffentlichkeit haben dazu beigetragen, dass sich in England relativ früh fortgeschrittene und weithin anerkannte Rechnungslegungsgrundsätze entwickelt haben.

Während in Deutschland der Berufsstand der Wirtschaftsprüfer in seiner heutigen Form erst seit der Aktienrechtsverordnung von 1931²⁾ besteht, erhielten die Institute der Chartered Accountants in England und Wales sowie in Schottland bereits in den Jahren 1880 bzw. 1854 königliche Charter³⁾.

Die Chartered Accountants, die eine im wesentlichen praktische Ausbildung unter der Aufsicht der Institute genießen, nehmen heute nicht nur im Prüfungswesen, sondern auch in anderen Bereichen in der Wirtschaft einflussreiche Stellen ein. Während es in Deutschland am 1. Juli 1967 nur 2.196 Wirtschaftsprüfer⁴⁾

-
- 1) Neben den drei Instituten der Chartered Accountants (England und Wales, Schottland, Irland) sind z.Zt. nach Sect. 161 (1) C.A. 1948 noch Mitglieder der Association of Certified and Corporate Accountants als Abschlussprüfer vom Board of Trade zugelassen (vgl. ICAS, The Companies Act 1967, a.a.O., S. 84). Zur Zeit sind Bestrebungen zur Vereinheitlichung des Berufsstandes unter Einschluss anderer Accountants-Organisationen im Gang (vgl. (o.V.), Integration- The Final Stages, in: Accountancy 1970, S. 406). Vgl. jedoch die ablehnende Haltung der Mitglieder des ICAEW (o.V., After the Poll, in: Accountancy 1970 S. 634).
 - 2) Vgl. Erste Verordnung zur Durchführung der aktienrechtlichen Vorschriften der Verordnung über Aktienrecht, Bankenaufsicht und über eine Steueramnestie vom 15. Dezember 1931, RGBI. I, S. 760 und anliegende Ländervereinbarung.
 - 3) Zur geschichtlichen Entwicklung des Berufsstandes in England vgl. Stägmeyr, L.W., Das Revisionswesen in angelsächsischen Ländern, Diss. München 1963
 - 4) Quelle: Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (Hrsg.), Wirtschaftsprüfer-Handbuch 1968, Düsseldorf 1968 (im folgenden zitiert als WP-Handbuch), S. 39

gab, waren am 31. Dezember 1968 in England 36.863 Chartered accountants tätig, wovon 11.986 als unabhängige Prüfer arbeiten und 24.897 andere Funktionen zumeist im Rechnungswesen der Unternehmen ausübten¹⁾. Das Schottische Institut hatte zur gleichen Zeit etwa 8.400 und das irische Institut 2.400 Mitglieder²⁾.

Über die Kontrolle des beruflichen Verhaltens und durch laufende Stellungnahmen und Empfehlungen zu aktuellen Problemen des Rechnungswesen und der Prüfung sowie Fachzeitschriften (insbesondere Accountancy) üben die Institute einen erheblichen Einfluss auf die praktische Tätigkeit ihrer Mitglieder aus, der sicher höher einzuschätzen ist, als der des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland, wo der unabhängigen betriebswirtschaftlichen Fachdiskussion grösseres Gewicht zukommt als in England.

Die regelmässigen Verlautbarungen des englischen Instituts, die im Members' Handbook³⁾ veröffentlicht werden, umfassen hauptsächlich

- (1) Empfehlungen zu Grundsätzen der Rechnungslegung (Recommendations on Accounting Principles)
- (2) Verlautbarungen zu Prüfungsfragen (Statements on Auditing), die allgemeine Prüfungsgrundsätze sowie Einzelverlautbarungen zu Spezialproblemen⁴⁾ enthalten
- (3) Verschiedene Stellungnahmen zu Fragen des Berufsrechts und der Prüfungstätigkeit
- (4) Verlautbarungen zu Fragen des Gesellschaftsrechts, Steuerproblemen sowie Ausführungen über die Entwicklung der Buchführungstechnik und des Rechnungswesens im Dienste der Unternehmensführung (Management Accounting).

1) Quelle: ICAEW, List of Members, 1969, London 1969, S. 30

2) Quelle: (o.V.), Future Plans: The Free Debate, in: Accountancy 1968, S. 516

3) Vgl. ICAEW, Members' Handbook, a.a.O.

4) z.B. Verification of debtor balances: confirmation by direct communication (1967), Attendance at stocktaking (1967)

Die Institutsverlautbarungen haben keine bindende Kraft für die Mitglieder als unabhängige Prüfer¹⁾. Dies wird auch in England angesichts des gleichzeitigen Fehlens zwingender Bilanzierungsvorschriften auf weiten Gebieten von Ausserstehenden vielfach bemängelt²⁾. In der Praxis wird sich der Prüfer zur eigenen Abdeckung fast immer an die Instituts-empfehlungen halten³⁾; ein Abweichen von anerkannten Grundsätzen wird in der Regel begründet sein und häufig auch offen-gelegt werden⁴⁾. Allerdings sind Institutsempfehlungen bei weitem nicht zu allen strittigen Bilanzierungsfragen ergangen⁵⁾.

- 1) Vgl. Accountants' International Study Group, The Independent Auditor's Reporting standards in three Nations, Letchworth and London 1969, Tz. 49. So werden denn auch Empfehlungen des englischen Instituts gewöhnlich mit dem Satz eingeleitet: "... it is hoped that it will be helpful in advising, in appropriate cases, as to the best practice." (vgl. z.B. Recommendations N 18 und N 20, a.a.O.).
- 2) Vgl. die Äusserung des Ausschussmitglieds Lawson, W.H., anlässlich eines Hearings mit dem ICAEW, in: Minutes of Evidence, a.a.O., S. 1362
- 3) Vgl. Robson, Th.B., Vertreter des ICAEW, in: Minutes of Evidence, a.a.O., S. 1362
- 4) In einem im Januar 1970 vom englischen Institut veröffentlichten "Statement of Intent" über "Accounting Standards in the 1970's" (abgedruckt in: Accountancy 1970, S. 2-4) kommt allerdings die Absicht zum Ausdruck, zur Überwindung der Vielgestalt und Unsicherheit angewandter Bilanzierungsgrundsätze durch Formulierung möglichst allgemeiner definitiver Prinzipien beizutragen. Im einzelnen umfassen die wesentlichen Programmpunkte: 1. Die Förderung grösserer Einheitlichkeit der Bilanzierungspraxis, 2. Die Offenlegung der Bilanzierungsmethoden, 3. Die Offenlegung der Abweichungen von anerkannten Bilanzierungsprinzipien (vgl. auch Leach, R., Accounting for the results of Associated Companies - Proposed statement of standard accounting practice, in: Accountancy 1970, S. 495).
- 5) Das Institut hat die Absicht geäussert, in nächster Zeit Empfehlungen zu 19 Bilanzierungsproblemen abzugeben. In zwölf Fällen sei die Arbeit schon aufgenommen worden (vgl. (o.V.), Facts and Fallacies, in: Accountancy 1970, S. 407 f.).

II) Die Companies Acts als Quelle der Rechnungslegung

Die zweite Quelle der Rechnungslegung der Gesellschaften in England in ihrer heutigen Form stellt das Gesellschaftsrecht dar, das durch Einführung der Publizitäts- und Prüfungspflicht massgebend war für die Verbreitung des heutigen Rechnungslegungsstandards.

1) Ursprünge und Entwicklung des Gesellschaftsrechts in England¹⁾

Die Geschichte der englischen Gesellschaften reicht bis ins frühe 16. Jahrhundert zurück. Im 17. Jahrhundert entstanden berühmte Gesellschaften wie die East India Company, die Hudson's Bay Company oder die Bank of England²⁾, jedoch erst seit 1844 ist es möglich, Gesellschaften ohne besondere Gesetze (Private Acts of Parliament) oder königliche Oktroyierung (Royal Charter) zu gründen. Während zuvor die Gesellschafter nicht für die Schulden der Gesellschaften hafteten, wurde im Jahre 1825 für Companies Incorporated by Royal Charter das Prinzip der beschränkten Haftung der Gesellschafter eingeführt.

Eine umfassende Kodifizierung des Rechts der Gesellschaften erfolgte erstmals im Jahre 1862, wobei die Grundlage für das heute noch gültige Recht geschaffen wurde.

Der Companies Act 1862 enthielt keinerlei zwingende Vorschriften hinsichtlich Rechnungslegung und Prüfung, obwohl in einem fakultativen Teil teilweise modern anmutende Bestimmungen über Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung enthalten waren³⁾.

1) Vgl. zum folgenden: Magnus-Estrin, The Companies Act 1967, a.a.O., S. 1 f.; Jones, F.H., Guide, a.a.O., S. 1 ff.

2) Die Gründungen erfolgten in den Jahren 1600 bzw. 1670 und 1694 (Quelle: Jones, F.H., Guide, a.a.O., S. 1)

3) Die entsprechenden Ausführungen finden sich in Table A, C.A. 1862, auszugsweise abgedruckt bei Jones, F.H., Guide, a.a.O., S. 292 f.

Die wesentliche Neuerung des Gesetzes von 1862 war, dass alle Unternehmensgründungen mit mehr als zwanzig Beteiligten nach den Bestimmungen des Gesetzes unter gleichzeitiger Vorlage der Satzung und eines Gesellschafterverzeichnisses registriert werden mussten. Die Mindestmitgliederzahl war sieben.

Eine Novellierung im Jahre 1879 brachte die Prüfungspflicht für Banken und im Jahre 1900 wurde die allgemeine Prüfungspflicht für alle Gesellschaften eingeführt.

Der nächste konsolidierte Companies Act 1908 brachte als einschneidende Änderung die Unterscheidung zwischen Public und Private Companies und führte für erstere gleichzeitig die bis heute gültige Form der Publizität des Abschlusses in Form der Einreichung zum öffentlichen Handelsregister ein.

Eine weitere Neufassung des Gesellschaftsrechts erfolgte 1928. Das Gesetz enthielt verschiedene Bestimmungen hinsichtlich der Bilanz und verlangte, dass zusammen mit der Bilanz eine Gewinn- und Verlustrechnung der Generalversammlung vorgelegt werde. Hinsichtlich der Form der Gewinn- und Verlustrechnung und deren Prüfungspflicht hüllte sich das Gesetz in Schweigen.

Die wirtschaftliche Entwicklung seit 1908 hatte dazu geführt, dass mehr und mehr Public Companies ihre Geschäfte durch Private Companies abwickelten, um so der Publizitätspflicht zu entgehen¹⁾.

1943 wurde erneut ein Ausschuss mit dem Zweck der Anpassung des Gesellschaftsrechts gegründet. Die Empfehlungen des Ausschussberichts (Cohen Report²⁾) wurden vom Parlament

1) Vgl. Marshall, E.A., *Dangers Unlimited - An Historical Reflection on the Companies Act 1967*, in: *Accountancy* 1968, S. 2

2) Board of Trade (Hrsg.), *Report of the Committee on Company Law Amendment*, London 1945, Nachdruck 1964 (im folgenden zitiert als Cohen Report).

vollständig übernommen und erhielten im Companies Act 1947 Gesetzeskraft. 1948 wurde das bis dahin geltende Recht mit dem neuen Gesetz konsolidiert.

Der Companies Act 1948 brachte in wichtigen Bereichen eine vollständige Revision des Gesellschaftsrechts und war zusammen mit dem amerikanischen Securities and Exchange Act 1933¹⁾ über den angelsächsischen Bereich hinaus richtungsweisend für die Rechnungslegung in weiten Teilen der internationalen Wirtschaft. Es brachte neben der erwähnten Einführung der Exempt Private Company²⁾ detaillierte Vorschriften zu Jahresabschluss und Prüfung und führte die Pflicht zur Veröffentlichung von Konzernabschlüssen ein.

2) Das geltende Gesellschaftsrecht

Das heute geltende Gesellschaftsrecht umfasst den Companies Act 1948 als Hauptgesetz (Principal Act) und den Companies Act 1967 als Novellierung von Teilbereichen³⁾.

Der Companies Act 1948 enthält 18 Schedules⁴⁾, von denen Schedule 1 die Tables A bis E umfasst, die Mustervorschläge für Satzungen (Memoranda und Articles of Association) der verschiedenen Gesellschaftstypen enthalten.

Weitere wichtige Schedules sind Schedule 3 (Erklärung bei der Umwandlung einer Private in eine Public Company), Schedule 4 (Erfordernisse für Prospekte), Schedule 6 (Form der jährlichen Erklärung zum Handelsregister - Annual Return), und Schedule 8, das die Einzelbestimmungen über Inhalt und Form des Jahresabschlusses enthält.

- 1) Eine prägnante Zusammenfassung des amerikanischen Gesellschaftsrechts, besonders im Hinblick auf die Börsengesetzgebung, findet sich bei Gower, L.C.B., Corporate Law and Practice in the USA, in: Minutes of Evidence, a.a.O., S. 1052 - 1063.
- 2) Vgl. S. 39 der vorliegenden Arbeit
- 3) Dies stellt eine Eigentümlichkeit des englischen geschriebenen Rechts dar, wonach Änderungen zunächst nicht unmittelbar in das alte Gesetz eingearbeitet, sondern in eigenen Ergänzungsgesetzen (Amending Acts) unter Angabe der ausser Kraft gesetzten Teile des alten Rechts erlassen werden. Nach Erlass mehrerer Amending Acts erfolgt gewöhnlich eine Konsolidierung des geltenden Rechts.
- 4) Schedules stellen Anhänge zu den in Sections (Paragraphen) eingeteilten allgemeinen Bestimmungen des Gesetzes mit teilweise obligatorischem und fakultativem Charakter (in diesem

Der Companies Act 1967 enthält acht Schedules, wovon Schedule 1 die Novellierungen zu Schedule 8 C.A. 1948 beinhaltet und Schedule 2 eine konsolidierte Darstellung von Schedule 8 C.A. 1948 in der Fassung des Companies Act 1967 bringt.

Das neue Gesetz brachte in Teil I geänderte Bestimmungen für Gesellschaften im allgemeinen, wobei die Abschaffung der Exempt Private Company, die neuen Rechnungslegungsvorschriften und neue Möglichkeiten der Umwandlung von Gesellschaften von besonderer Bedeutung sind¹⁾.

Verschiedene, vom Jenkins Committee als reformbedürftig angesehene Bereiche, wie die Frage der Einführung nennwertloser Aktien, der "Ultra-vires Doktrin" und insbesondere des Minderheitenschutzes sind noch nicht in Angriff genommen worden.

Mehr als das AktG stellt das englische Gesellschaftsrecht die Selbständigkeit der Gesellschaft als juristische Person getrennt von der Gesamtheit der Gesellschafter heraus. In diesem Sinne ist auch die Stellung der Aktionäre relativ schwach, was in der vom Jenkins Report vertretenen Auffassung zum Ausdruck kommt, dass die Kontrollrechte der Aktionäre letztlich nur durch die Möglichkeit der Wahl der Geschäftsführung ausgeübt werden können²⁾, wofür nach allgemeiner Auffassung eine weitgehende Information der Aktionäre Voraussetzung sei.

Die Elastizität des Gesetzes besonders auf dem Gebiet der Rechnungslegung ist ein weiteres Charakteristikum, das das englische Recht erheblich vom AktG unterscheidet.

1) Teil II setzt sich mit dem Recht der Versicherungsgesellschaften auseinander, Teil III bringt erweiterte Vollmachten für den Board of Trade. Die Teile IV bis VI behandeln Randfragen, die mit der Einführung des neuen Gesetzes zusammenhängen.

2) Vgl. Jenkins Report, a.a.O., S. 37 ff., Tz. 100 - 116; Fogarty, M., a.a.O., S. 98 f.

2. Teil: Die Rechnungslegungsvorschriften der
Companies Acts 1948 und 1967
für die Einzelgesellschaft
im Vergleich zum Aktiengesetz 1965

A) Der Jahresabschluss

I) Die Generalklausel gemäss Sect. 149 (1) C.A. 1948

1) Allgemeines

Auf Empfehlung des Cohen Report¹⁾ wurde in die allgemeinen Bestimmungen des Companies Act 1948 die Generalklausel aufgenommen, der Jahresabschluss, bestehend aus Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung müsse ein "wahres und getreues Bild" von der Lage der Gesellschaft am Abschlusstichtag und dem im Geschäftsjahr erzielten Erfolg bieten²⁾.

Weder der Cohen Report noch später der Jenkins Report³⁾ haben es unternommen, eine Definition des Begriffes "true and fair view" zu geben.

Trotzdem lässt sich aus dem Zusammenhang des Cohen Report entnehmen, welche Vorstellungen mit der Bezeichnung verbunden waren. Darin wurde bei der Umschreibung der Auf-

1) Vgl. Cohen Report, a.a.O., S. 58

2) Der englische Text von Sect. 149 (1) und (2) lautet:

- (1) "Every balance sheet of a company shall give a true and fair view of the state of affairs of the company as at the end of its financial year, and every profit and loss account of a company shall give a true and fair view of the profit or loss of the company for the financial year.
- (2) A company's balance sheet and profit and loss account shall comply with the requirements of the Eight Schedule to this Act, so far as applicable thereto."

3) Vgl. Jenkins Report, a.a.O., S. 129, ff., Tz. 331 bis 334

gaben der Jahresbilanz ausdrücklich auf die Empfehlungen des Englischen Instituts hingewiesen¹⁾. Die zitierten Passagen definieren die Bilanz als "historisches Dokument", dessen Zweck nicht die Darstellung des Zeitwerts des Unternehmens oder des Liquidationswertes des Gesamtvermögens oder von Vermögensteilen sei²⁾. Wie Gewinn- und Verlustrechnung habe die Aufgabe einer "fairen" Darstellung des Periodenerfolgs auf der Grundlage der für die Jahresbilanz geltenden Prinzipien.

Der Jenkins Report setzte sich erneut mit der Generalklausel auseinander und bezeichnete sie als "befriedigenden Ausdruck eines erforderlichen Niveaus"³⁾ der Rechnungslegung. Besonders unterstrich er die Bedeutung der Generalklausel indem er ausführte: "Es scheint allgemein anerkannt, dass der Jahresabschluss in Übereinstimmung mit den Vorschriften des Companies Act ... keine der in Schedule 8 spezifizierten Informationen unterlassen kann; wir bezweifeln jedoch, ob es stets klar erkannt wird, dass ein Jahresabschluss allen Vorschriften des achten Schedule Rechnung tragen kann und trotzdem nicht den Erfordernissen einer wahren und getreuen Rechnungslegung entspricht⁴⁾".

Die Generalklausel ist die grundlegende Norm, an der der Jahresabschluss einer Gesellschaft gemessen wird⁵⁾. Sie nimmt damit eine andere Stellung ein als die Generalklausel des § 149 Abs. 1 AktG, die einen subsidiären Charakter hat, indem sie "einmal überall dort zur Anwendung kommt, wo es

1) Vgl. Cohen Report, a.a.O., S. 54 f., Tz. 98

2) Vgl. ebd., S. 55, Tz. 98

3) Vgl. Jenkins Report, a.a.O., S. 129, Tz. 332

4) Ebd., S. 129, Tz. 332

5) Im allgemeinen wird dabei der Ausdruck "overriding requirement of the Act" gebraucht (so z.B. ICAEW, Members' Handbook, a.a.O., Section U: Statements on Auditing, (U3), S. 18, Tz. 64; Jones, F.H., Guide, a.a.O., S. 22).

an speziellen Bewertungs- oder Gliederungsvorschriften fehlt, zum anderen Missbräuche verhindern soll"¹⁾.

Bei der Unbestimmtheit des Begriffsinhalts sowohl in England wie in Deutschland²⁾ lässt sich ein Unterschied in der Auffassung vollständig nur auf empirischem Weg der Untersuchung der praktischen Auswirkungen feststellen. Trotzdem sei vorweg angedeutet, dass die herrschende Meinung in Deutschland³⁾ tendenziell mehr die Geltung allgemeiner, universell anwendbarer Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung und Bilanzierung annimmt, während die noch herrschende englische Auffassung⁴⁾ davon ausgeht, dass angewandte Grundsätze in erster Linie den Umständen des Einzelfalls angemessen sein sollen⁵⁾.

1) Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 149, Tz. 1; gleicher Ansicht: WP-Handbuch, S. 475.

2) Vgl. Leffson, U., Die Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung, a.a.O., unter Hinweis auf verschiedene Quellen (S. 3) und in seiner Kritik der "herrschenden Lehre" (S. 24 ff.); er seinerseits sucht ein teleologisches, d.h. von den Zwecken der Buchführung und des Jahresabschlusses und den darin darzustellenden Sachverhalten bestimmtes System der Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung abzuleiten (S. 45 ff.); vgl. auch die Ausführungen S.

3) und übrigens auch den USA, wo die Bedeutung "allgemein anerkannter Grundsätze der Buchführung und Bilanzierung" ("generally accepted principles of accounting"), die inhaltlich den Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung entsprechen (vgl. Leffson, U., Die Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung, a.a.O. S. 3), besonders betont wird. So verlangt das Amerikanische Institut der Abschlussprüfer in: AICPA (Hrsg.), Statements on Auditing Procedure No. 33 - Auditing Standards and Procedures, New York 1963, Chapter 7, S. 40: "The report (gemeint ist der Bestätigungsvermerk - Anm. d. Verf.) shall state whether the financial statements are presented in accordance with generally accepted principles of accounting".

4) So führt das englische Institut bei den Gründen, die dazu führen können, dass der Abschluss kein wahres und getreues Bild von der Lage der Gesellschaft bietet, und damit eine Einschränkung (qualification) im Prüfungsvermerk (opinion) erfordern, an, dass der Abschluss nicht mit Bilanzierungsprinzipien übereinstimmt, die den Umständen und der Art des Geschäftsbetriebs der Gesellschaft entsprechen ("because in the auditor's opinion they do not conform to accounting principles appropriate to the circumstances and nature of the business") (ICAEW, Qualifications in auditor's reports (1966), in: Members' Handbook, a.a.O., Section U: Statements on Auditing, (U6) S. 3, Tz. 10). Vgl. jedoch S. 43 Fussnote 4)

5) Diese Ansicht vertritt z. B. auch Holmes, a.a.O., Going, going, gone, in: Accountancy, 1960, S. 64.

Ein bei der Interpretation der Generalklausel nicht zu übersehender Gesichtspunkt ist jedoch neben der betriebswirtschaftlichen Auffassung eine mögliche Beurteilung durch die Rechtsprechung, wobei es keinesfalls sicher ist, dass diese den Begriff "true and fair" stets in seinem technischen Sinn als in Übereinstimmung mit den Empfehlungen des Berufsstands oder den Grundsätzen bester Praxis auslegen wird. Es ist keineswegs ausgeschlossen, dass die Rechtsprechung eines Tages den Ausdruck wörtlich interpretiert, was hinsichtlich des Vermögensausweises, z.B. eine Bewertung zu Tageswerten bedeuten könnte¹⁾.

2) Wesen und Problematik allgemein anerkannter Bilanzierungsgrundsätze

Wenn das englische Institut verlautbart, dass ein wahres und getreues Bild die kontinuierliche Anwendung allgemein anerkannter Grundsätze impliziere²⁾, so ist dies im Sinne der vorherrschenden Interpretation der Generalklausel gemäss Sect. 149 (1) C.A. 1948. Eine Definition allgemein anerkannter Grundsätze unterbleibt freilich.

Die Situation in England wird gut charakterisiert durch die Feststellung von Holmes³⁾, der anlässlich der Aufzählung von in Amerika verbreiteten Bilanzierungsgrundsätzen schreibt: "Britischen Accountants⁴⁾ werden die darin zum Ausdruck kommenden Ideen einigermaßen vertraut sein, obwohl sie kaum je eine Untersuchung der Art angestellt haben, was die Amerikaner unter Theorie vom Rechnungswesen verstehen".

1) Vgl. Skinner, R.M., Generally Accepted Accounting Principles in: The Canadian Chartered Accountant, auszugsweise abgedruckt in: The Journal of Accountancy 1968, S. 52

2) Vgl. ICAEW, Presentation of balance sheet and profit and loss account (1958), in: Recommendations on Accounting Principles in Loseblattform, Nachdruck London 1968, (N18), S. 1, Tz. 4

3) Holmes, G.A., a.a.O., S. 690

4) Der Begriff "accountant" hat kein Pendant in Deutschland; am nächsten kommt ihm eine Umschreibung durch "mit dem Rechnungswesen im weitesten Sinne befasste Betriebswirte".

Aber auch eine Übernahme der amerikanischen Terminologie bei der Formulierung des Prüfungsvermerks bezüglich der Übereinstimmung des Abschlusses mit allgemein anerkannten Bilanzierungsgrundsätzen¹⁾, die verschiedentlich vorgeschlagen wurde²⁾, und der darin zum Ausdruck kommenden Haltung kann eine wirklich befriedigende Lösung des Dilemmas nicht bieten.

Skinner³⁾ äussert die Ansicht, es sei an der Zeit einzugestehen, dass in wichtigen Bereichen keine übereinstimmende Behandlung erzielt wurde und die daraus resultierende Unterschiedlichkeit ein beträchtliches Hemmnis für eine faire Kommunikation wirtschaftlicher Informationen darstelle.

Die Hauptursache hierfür mag darin begründet sein, dass nicht einmal Übereinstimmung hinsichtlich der Ermittlung der wichtigsten Bilanzierungsgrundsätze bestehen.

In Deutschland war es lange Zeit verbreitete Ansicht, dass sich die Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung aus der Anschauung ehrbarer und ordentlicher Kaufleute über eine ordnungsmässige Bilanzierung ergeben⁴⁾, die man im Zweifelsfalle durch statistische Erhebungen in der Praxis feststellen könne⁵⁾.

1) Vgl. S. 50 ,Fussnote 3)

2) Vgl. Edey, C., Memorandum submitted to the Company Law Committee, in: Minutes of Evidence, a.a.O., S. 193

3) Vgl. Skinner, R.M., a.a.O., S. 51

4) Wohlgemuth, M., Die Planherstellkosten als Bewertungsmaassstab der Halb- und Fertigfabrikate. Ein Beitrag zur handels- und steuerrechtlichen Bewertung in der Bilanz der Aktiengesellschaft, Diss. München 1968, S. 20, bezeichnet diese (z.B. durch Schmalenbach, E., Grundsätze ordnungsmässiger Bilanzierung, in: ZfhF 1933, S. 525 und Hertlein, A., Buchhaltung und Gesetzgebung, in: HWB, 2. Aufl., 1. Band, Stuttgart 1938, Sp. 1164, vertretene) Auffassung als herrschend. Neuerdings befürwortet offensichtlich Scherpf, P., a.a.O., Tz. 18 diese Ansicht.

5) Vgl. Trumpler, H., Die Bilanz der Aktiengesellschaft, Basel 1950, S. 80

Diese Meinung ist auch in England vorherrschend. So führte Baxter¹⁾ aus, "man sollte versuchen, zu einem statistischen Begriff (der Bilanzierungsgrundsätze - Anm. d. Verf.) zu gelangen anstatt zu fragen, was richtig oder falsch sei. Ich denke, wir können mit Recht annehmen, dass die überwältigende Mehrheit von Accountants gewöhnlich bestimmte Grundsätze oder Methoden anwendet, nicht notwendigerweise, weil sie richtig sind; und deshalb wird man im Einzelfall unterstellen dürfen, ein Abschluss sei nach dem Vorbild der Mehrzahl anderer Abschlüsse erstellt, es sei denn, es wird auf ein Abweichen hingewiesen".

Die Annahme des induktiven Charakters der Bilanzierungsgrundsätze ist in neuerer Zeit mehr und mehr auf Ablehnung gestossen. So könne von Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung nur dann gesprochen werden, wenn sie im Einzelfall zu einer sachgerechten, d.h. von der Zwecksetzung der Rechnungslegung her bestimmten Bilanzierung führen²⁾. Daraus folge, dass die Grundsätze in erster Linie deduktiv, durch "Nachdenken"³⁾ zu ermitteln seien, wobei die praktischen Möglichkeiten der Verwirklichung zu berücksichtigen sind⁴⁾.

Als Entscheidungshilfe bei der Deduktion kommen nach Adler-Düring-Schmaltz⁵⁾ Gesetz und Rechtsprechung, die gesicherten Erkenntnisse der Betriebswirtschaftslehre, Fachliteratur, gutachtliche Stellungnahmen des Instituts der Wirtschaftsprüfer und andere Stellen sowie die Bilanzierungspraxis in Betracht.

In England ist man gewöhnlich der Ansicht, dass die Institutsverlautbarungen, die zumeist einen induktiven Ausgangspunkt haben, die Bilanzierungsgrundsätze wesentlich

1) Baxter, W.T., in: Minutes of Evidence, a.a.O., S. 156

2) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 149, Tz. 20

3) Döllner, G., Grundsätze ordnungsmässiger Bilanzierung, in: WPg 1959, S. 656

4) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 149, Tz. 20; American Accounting Association, a.a.O., S. 1 ff.

5) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 149, Tz. 20

determinieren¹⁾. Es gilt jedoch, dass Verlautbarungen zu Fragen der Bilanzierungsgrundsätze nicht schlechthin allgemein anerkannte Grundsätze schaffen und die letztliche Verantwortung für eine faire Rechnungslegung bei der Geschäftsführung der Gesellschaft liegt²⁾.

Diese Ansicht wird durch jüngste empirische Untersuchungen erhärtet, die zu dem Ergebnis gelangen, dass einmal nebeneinander "anerkannte" Bilanzierungsgrundsätze bestehen, die bei gleichen Sachverhalten zu unterschiedlichen Ergebnissen führen, und zum anderen bei verschiedenen Gesellschaften unterschiedliche, oft von den Institutsempfehlungen abweichende Grundsätze angewandt werden und sich nicht einmal bei Unternehmen, die vom selben Abschlussprüfer geprüft wurden, übereinstimmende Grundsätze finden³⁾.

Angesichts dieser nicht zu entkräftenden Kritik erscheint ein im Jenkins Committee von Edey⁴⁾ vorgebrachter Lösungsvorschlag interessant, wonach eine Erläuterung der Bilanzierungsgrundsätze (Statement on Accounting Procedures) bei grundsätzlicher Freiheit in der Wahl der Grundsätze und Methoden Bestandteil der zum Handelsregister einzureichenden Rechnungslegung sein sollte.

Die mangelnde Publizität der blossen Registereinreichung und die Unzweckmässigkeit, ein in dem vorgeschlagenen Ausmass ausführliches Dokument anderen Formen der öffentlichen Rechnungslegung beizufügen, waren der Grund, dass die Anregung nicht aufgegriffen wurde.

Die Beschreitung des umgekehrten Wegs der Vereinheitlichung der anzuwendenden Bilanzierungsgrundsätze und die Formulierung eines geschlossenen Systems unter Festlegung der

1) In diesem Sinne äussert sich auch der Jenkins Report (a.a.O., S. 131, Tz. 334)

2) Vgl. Skinner, R.M., a.a.O., S. 52 f.; Stamp-Marley, a.a.O., S. 82

3) Vgl. Greener, M., Accounting Standards, 3 Teile, in: The Accountant 1969, insbesondere S. 416 ff.

4) Vgl. Edey, C., in: Minutes of Evidence, a.a.O., S. 192 f.

prioritäten verschiedener Rechnungslegungszwecke, scheint in England bei der verbreiteten ablehnenden Haltung auch im Berufsstand zur Zeit noch nicht gangbar¹⁾.

3) Die wichtigsten Grundsätze für den Jahresabschluss

Angesichts des Fehlens einer allgemeinen Empfehlung zu Grundsätzen der Buchführung und Bilanzierung in England gilt es, aus Einzelverlautbarungen der Institute, unabhängigen Stellungnahmen und der Praxis der Bilanzierung eine systematisierende Bestandsaufnahme anerkannter Prinzipien zu versuchen. Für die Zwecke einer solchen Systematisierung erscheint die Unterteilung in formale und materielle Ordnungsprinzipien und Bewertungsprinzipien angebracht.

a) Allgemeine Ordnungsprinzipien

Der oberste Grundsatz für die Erstellung des Jahresabschlusses ergibt sich aus der Generalklausel und kann als Grundsatz der vollen Offenlegung (Principle of full disclosure)²⁾ bezeichnet werden. Er ist gleichbedeutend mit dem Grundsatz des möglichst sicheren Einblicks in die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft³⁾. Ihn ergänzen die Prinzipien der Klarheit und Übersichtlichkeit, der Wesentlichkeit und der Bilanzkontinuität sowie das Stichtagsprinzip.

Angesichts der Gesetzeselastizität kommt diesen Ordnungsprinzipien in England eine grössere Bedeutung zu als in Deutschland.

Der Grundsatz der Klarheit und Übersichtlichkeit führt

1) Vgl. jedoch die auf S. 43, Fussnote 4) beschriebenen Tendenzen.

2) Auch der Cohen Report, a.a.O., S. 26, Tz. 50 bringt die allgemeine Gültigkeit dieses Prinzips zum Ausdruck, wenn er von dem Erfordernis der Verschaffung von "fullest information practicable about the affairs of companies" spricht.

3) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 149, Tz. 5

vor allem dazu, Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung soweit wie möglich vom Ballast ins Detail gehender Darstellungen über Zusammensetzung und Entwicklung einzelner Posten zu befreien und diese Bilanzanmerkungen zuzuweisen¹⁾. In der Praxis diskutiert wurden Formen der Abschlussdarstellung in Berichtform (Narrative Accounts) oder "Skeleton Accounts", bei denen nur Hauptgruppen in die Bilanz aufgenommen werden, so dass es möglich ist, die wichtigsten Relationen ohne weiteres zu erkennen²⁾.

Der Grundsatz der "Materiality" wird in Deutschland in keiner auch nur ähnlichen Form aufgestellt³⁾. Er besagt, dass Tatbestände aller Art bei der Aufstellung des Jahresabschlusses vernachlässigt werden können, wenn sie der Grössenordnung nach nur einen untergeordneten Einfluss auf das Jahresergebnis und die Rechenschaft im einzelnen haben. Das Englische Institut hat eine eigne Verlautbarung zur Interpretation des Begriffes "Materiality" erlassen⁴⁾. Als wesentlich gilt insbesondere alles, was die Vergleichbarkeit aufeinanderfolgender Jahresabschlüsse stört⁵⁾.

Als wichtigstes formales Ordnungsprinzip, das zugleich materiellen Einfluss auf die Bewertung ausübt, gilt der Grundsatz der Bilanzkontinuität (Principle of consistency). Während

-
- 1) Das ICAEW (Terms used in published accounts of limited companies, in: Members' Handbook, a.a.O., Section S: Miscellaneous Technical Statements, (S6), S. 3 f., Tz. 1) subsumiert unter Klarheit (clarity) die Begriffe Einfachheit (simplicity) und Offenlegung von Details (presentation of detail).
 - 2) Vgl. hierzu Derriman, J., a.a.O., S. 65, sowie Jones, F.H., Guide, a.a.O., S. 397 f., 399 ff. und 416 ff.
 - 3) Vgl. Leffson, U., Die Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung, a.a.O., S. 73
 - 4) Vgl. ICAEW, The interpretation of "material" in relation to accounts (1968) in: Members' Handbook, a.a.O., Section S: Miscellaneous Technical Statements, (S. 10)
 - 5) Vgl. Leffson, U., Die Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung, a.a.O., S. 73

das AktG nicht die Anwendung des Grundsatzes der materiellen Bewertungsstetigkeit fordert und dieser auch keinen Eingang ins Handelsrecht gefunden hat¹⁾, stellt er einen der wesentlichen Bilanzierungsgrundsätze in England dar. Jedes Abweichen ist im Jahresabschluss offenzulegen und in der Regel an ganz bestimmte Voraussetzungen geknüpft²⁾.

Als weiteres materielles Ordnungsprinzip ist der Grundsatz der Periodenabgrenzung (Periodicity principle) in Verbindung mit dem Stichtagsprinzip anzusehen. Die Betonung des Stichtagsprinzips in England³⁾, die in der gesetzlichen Formulierung der Generalklausel zum Ausdruck kommt, bleibt nicht ohne Konsequenzen für die Bewertung besonders des Vorratsvermögens, worauf gesondert einzugehen sein wird⁴⁾. "Die Bilanz soll möglichst genau die Verhältnisse am Bilanzstichtag widerspiegeln, und es wird weder als angebracht noch wünschenswert oder korrekt angesehen, veröffentlichte Abschlüsse im Lichte von Ereignissen nach dem Stichtag nachträglich zu ändern, insbesondere nicht bei Änderungen der Geschäftsaussichten oder allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung"⁵⁾

b) Bewertungsprinzipien

Die wesentlichen Bewertungsprinzipien der englischen Bilanzierungspraxis sind der Grundsatz der Bewertung unter Fortführungsgesichtspunkten (Going Concern Principle), der die Jahresbilanz vom Status unterscheidet und zum Ansatz betriebsindividueller Werte anstatt Liquidationswerte führt, und das Prinzip der Vorsicht.

Das Going Concern Prinzip, das in England zumindest in der theoretischen Forderung als oberstes Bilanzierungsprinzip

1) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 149, Tz. 29

2) Vgl. S. 162 f der vorliegenden Arbeit

3) Vgl. ICAEW, Events occurring after the balance sheet date (1957) in: Recommendations on Accounting Principles, a.a.O., (N 17)

4) Vgl. die Ausführungen S. 151 f.

5) Accountants' International Study Group, The Independent Auditors' Reporting Standards, a.a.O., Tz. 95

angesehen wird¹⁾, wird in der Praxis verschiedentlich durchbrochen²⁾, was teilweise zur Erkenntnis der Unzulänglichkeit des Konzepts der "allgemein anerkannten Bilanzierungsprinzipien" geführt hat³⁾.

Das Prinzip der Vorsicht⁴⁾, obwohl besonders in der deutschen Literatur häufig als oberstes Prinzip bezeichnet⁵⁾, stellt m.E. nur eine, allerdings unerlässliche Nebenbedingung der Bilanzierung dar, das Kontrollwerte in bestimmten Situationen liefert. Der Jenkins Report hat das Vorsichtsprinzip formuliert, indem er feststellte, "Gewinne sollten mit Rücksicht auf normale Erfordernisse kaufmännischer Vorsicht ermittelt werden"⁶⁾.

Im wesentlichen konkretisiert sich das Vorsichtsprinzip im Imparitätsprinzip, das bei der Pflicht zum Ausweis nicht realisierter Verluste den Ausweis oder zumindest die Ausschüttung unrealisierter Gewinne verbietet. Es ist jedoch auch schon an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass auch das Imparitätsprinzip nicht in allen Fällen gilt⁷⁾.

1) Vgl. Greener, M., a.a.O., S. 347; Jones, F.H., Guide, a.a.O., S. 17

2) Vgl. ebd., S. 348

3) Vgl. Skinner, R.M., a.a.O., S. 51

4) in Amerika als "Conservatism Concept" bezeichnet (vgl. Kennedy-McMullan, a.a.O., S. 30 f.)

5) Vgl. Wohlgemuth, M., a.a.O., S. 21

6) Im Originaltext schreibt der Jenkins Report (a.a.O., S. 131, Tz. 335): "... profits must be ascertained by reference to normal standards of commercial prudence"

7) Vgl. S. 128 der vorliegenden Arbeit

II) Die Jahresbilanz

1) Allgemeine Grundsätze für den Bilanzaufbau

Insbesondere seit Le Coutre auf die Bedeutung der Strukturaussagen durch die Bilanzgliederung hingewiesen hat¹⁾, wurde in der deutschen Fachdiskussion Fragen des Bilanzaufbaus neben den Bewertungsproblemen wieder stärkere Beachtung gezollt. Obwohl in der englischen Praxis nach wie vor der Bilanzgliederung gegenüber der Bestimmung des materiellen Inhalts einzelner Bilanzposten sekundäre Bedeutung eingeräumt wird, zeigen die erweiterten Rechnungslegungsvorschriften des Companies Act 1967 aber auch die von der amerikanischen Praxis her mehr und mehr durchdringenden Methoden, dass die Rolle des Bilanzaufbaus im Hinblick auf die Informationsfunktion der Rechnungslegung zusehens anerkannt wird.

a) Formale Gliederungsgesichtspunkte

Das Aktiengesetz beinhaltet in § 151 zwingende Gliederungsvorschriften, die gleichzeitig der Bilanzklarheit und Kontinuität des Ausweises dienen und zudem im Interesse eines zwischengesellschaftlichen Vergleichs liegen²⁾.

Unter dem Gesichtspunkt einer gesetzlich vorgeschriebenen Bilanzgliederung müssen an Abweichungen vom Standardschema strenge Maßstäbe angelegt werden, da sonst der beabsichtigte Zweck einer vergleichbaren Rechnungslegung leicht untergraben wird. So legt das AktG die Fälle, in denen vom Normalschema abgewichen werden kann oder muss, in § 151 Abs. 1 Satz 1 eindeutig fest. Dies ist dann der Fall, wenn der Geschäftszweig eine abweichende Gliederung bedingt oder wenn die Abweichung eine weitergehende Gliederung darstellt, die aber den Einblick in die Vermögenslage der Gesellschaft nicht verschlechtern darf oder zur Vermeidung von Fehlinterpretationen geboten scheint³⁾.

1) Vgl. z. B. Le Coutre, W., Was sagt mir die Bilanz, Stuttgart 1956, insbesondere S. 19 ff.

2) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 151, Tz. 1

3) Vgl. ebd., § 151, Tz. 8 ff.

Das englische Recht enthält kein Bilanzschema, wohl aber in SCH. 2, 2.- und 4.- Mindestausweisschriften, die einen Grundaufbau der Bilanz präjudizieren. Diese Vorschriften werden nach allgemeiner Ansicht für obligatorisch angesehen¹⁾.

Das Fehlen eines gesetzlich vorgeschriebenen Standardschemas erschwert, falls sich keine allgemein anerkannte Übung für den Aufbau der Bilanz herausbildet, einen zwischenbetrieblichen Vergleich. Weiterhin besteht die Gefahr, dass bestimmte Zusammenhänge verschleiert werden und das Niveau der Offenlegung von Gesellschaft zu Gesellschaft unterschiedlich ist.

Die englische Ablehnung eines Standardschemas mit der Begründung, es sei zweifelhaft, ob sich eine für alle Branchen passende Lösung finden liesse²⁾, erscheint nicht stichhaltig. Ein obligatorisches Bilanzschema, das sich lediglich auf den Ausweis von Bilanzgruppen zu beziehen bräuchte und dem Grundsatz der Wesentlichkeit Rechnung trüge, ist m.E. vorzuziehen.

Zu den formalen Gliederungsgesichtspunkten zählt die Frage, ob die Bilanz im Sinne einer komprimierten Darstellung nur die grundlegenden Tatsachen enthalten soll und die Zusammensetzung einzelner Bilanzgruppen oder sonstige Erläuterungen in Form von Anmerkungen ausserhalb der Bilanz erfolgen soll, oder

1) Dies geht aus der, durch den Companies Act 1967 jedoch inzwischen überholten Diskussion über die Frage hervor, ob alle Aktiva unter die in SCH. 8, 4.-(1) C.A. 1948 aufgeführten Bezeichnungen "Anlage- oder Umlaufvermögen" einzuordnen seien. Diese Frage wurde für so bedeutend gehalten, dass sich das Council of the Institute of Chartered Accountants in England and Wales an den Board of Trade um Stellungnahme wandte. Von diesem wurde ein Abweichen von der gesetzlich vorgeschriebenen Klassifizierung im Interesse einer "wahren und getreuen Darstellung" für zulässig erachtet. (Vgl. ICAEW, The Companies Act 1948, Council recommendations and the joint opinion of the counsel, in: Members' Handbook, a.a.O., Section O: Company Law, (20), S. 15, Tz. 34 - 38.

2) Vgl. Board of Trade, in: Minutes of Evidence, a.a.O., S. 1590

ob möglichst viele Einzelheiten in die Bilanz selbst aufgenommen werden sollen. Die englische Praxis neigt ersterer Auffassung zu¹⁾. Dies entspricht dem Prinzip der Relevanz und Offenlegung signifikanter Beziehungen²⁾ und ist besonders im Interesse der grossen Masse der privaten Anleger.

b) Materielle Gliederungsprinzipien

Die Anwendung von Gliederungsprinzipien und Offenlegung bestimmter Tatbestände in der Bilanz hat materielle Auswirkungen auf den Informationsgehalt der Rechnungslegung.

Unter Beachtung der an anderer Stelle angeführten allgemeinen Grundsätze für die Rechnungslegung³⁾ sind die Hauptziele der Bilanzgliederung die Kenntlichmachung

- (1) des finanziellen Aufbaus,
- (2) der Investitionen
- (3) der Liquidität
- (4) der geschäftlichen Beziehungen zu Gesellschaftern, zur Unternehmensführung und zu verbundenen Unternehmen sowie
- (5) der angewandten Bilanzierungsgrundsätze⁴⁾.

Die Kenntlichmachung des finanziellen Aufbaus erfolgt vor allem durch die Gliederung der Passiva ein Eigen- und Fremdkapital, die im Verhältnis zueinander und unter Berücksichtigung der Kapitalbindung im Vermögen (Anlagevermögen, Umlaufvermögen) beurteilt werden müssen. Wichtig für die Beurteilung der Finanzierung ist auch die Kenntnis dinglicher Belastung von Vermögensteilen.

Von grösster Bedeutung für die Offenlegung der Investitionen ist die Frage, ob das Anlagevermögen brutto unter

1) Vgl. Board of Trade, in: Minutes of Evidence, a.a.O., S. 1590 sowie S. 69 der vorliegenden Arbeit

2) Vgl. S. 25 und S. 27 der vorliegenden Arbeit

3) Vgl. die Ausführungen S. 23 ff.

4) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 151, Tz. 29 ff.

gesondertem Ausweis der aufgelaufenen Abschreibungen oder zu Restbuchwerten bilanziert wird.

Die Darstellung der Investitionen der abgelaufenen Periode erfolgt gewöhnlich durch eine horizontale Gliederung des Anlagevermögens. Dabei kommt jedoch meist nicht unmittelbar zum Ausdruck, in welchen Betriebsbereichen die Investitionen durchgeführt wurden.

Von eminenter Bedeutung nicht nur für die Beurteilung der zukünftigen Vermögensveränderung sondern auch der Bindung von Liquidität oder Notwendigkeit von Kapitalzuführung ist die Offenlegung geplanter oder beschlossener Investitionen und zu diesem Zwecke bereits abgeschlossener, aber noch nicht erfüllter Verträge.

Da sich, abgesehen von dem gerade erwähnten Fall oft keine Schlüsse über künftige Liquiditätsbeanspruchungen aus den Bilanzzahlen als solchen ermitteln lassen, wird sich die Aussagefähigkeit zumindest einzelner Bilanzen zumeist auf die Gewinnung statischer Liquiditätserkenntnisse, d.h. von Liquiditätsüberschüssen oder Fehlbeträgen zu bestimmten Zeitpunkten beschränken. Häufig lässt jedoch die Bilanz keine Aussage über die Liquidierbarkeit einzelner Vermögensteile im konkreten Fall zu.

Durch Gegenüberstellung von Vermögensteilen und Verbindlichkeiten gleicher Bindungsdauer sucht man Barreserven aufzudecken¹⁾. Viele Faktoren, die sich auf die Liquidität bereits kurz nach Bilanzstichtag auswirken können, wie nicht in

1) Die angelsächsische Bilanzierungspraxis räumt in diesem Zusammenhang dem Verhältnis von flüssigen Mitteln und kurzfristig zu verflüssigenden Vermögensteilen zu kurzfristigen Verbindlichkeiten (Net Current Assets/Liabilities oder Working Capital) und dessen Veränderungen im Zeitablauf grosse Bedeutung zu (vgl. z.B. Lee, G.A., Working Capital: a Theory of Control, in: Accountancy 1970, S. 504-508; Howard, L.R., Working Capital Statements for Managerial Purposes, in: Accountancy 1969, S. 268-271; Rayman, R.A., Is Conventional Accounting Obsolete?, in: Accountancy 1970, S. 422-429).

Anspruch genommene Kreditzusagen¹⁾ oder das laufende Bestell-obligo, sind nicht aus der Bilanz zu entnehmen.

Das Prinzip der Kenntlichmachung von Beziehungen zu Mitgliedern der Unternehmensführung ist insbesondere für die Wahrnehmung der Interessen der Aktionäre wichtig, während die Offenlegung von Beziehungen zu verbundenen Unternehmen zur Beurteilung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage der Gesellschaft durch Aktionäre und Gläubiger von entscheidender Bedeutung ist.

Da Jahresabschlüsse eine "Kombination aufgezeichneter Fakten, buchhalterischer Konventionen und Urteile" darstellen²⁾, ist die Kenntlichmachung der angewandten Konventionen, die sich vor allem auf Fragen der Bewertung beziehen, unerlässlich für eine vernünftige Nutzung veröffentlichter Bilanzen. Je mehr die Grundsätze der Bilanzierung vereinheitlicht und allgemein anerkannt sind, desto eher wird sich in Normalfällen, in denen eine bestimmte Methode geboten ist, die Darlegung der angewandten Methode erübrigen, wenn gleichzeitig gewährleistet ist, dass jedes Abweichen von normalen Grundsätzen aufgezeigt wird.

Inwieweit in beiden Ländern den angeführten Kriterien Rechnung getragen ist, soll die Einzeldarstellung der Bilanzierungsvorschriften und Rechnungslegungspraxis aufzeigen.

-
- 1) Nach dem in Amerika üblichen Buchungsverfahren, das in England jedoch nur vereinzelt angewandt wird, werden Kontokorrentkredite bei Erteilung in voller Höhe dem Konto des Bankkunden gutgeschrieben, der den Betrag im Umlaufvermögen und gleichzeitig gewöhnlich unter kurzfristigen Verbindlichkeiten bucht. Verfügungen vermindern die Höhe der ausgewiesenen Bankguthaben. Werden diese unsaldiert als Abzugsposten von Bankguthaben auf der Aktivseite ausgewiesen, so lassen sich aus der Bilanz Kontokorrentlimit und Inanspruchnahme unmittelbar entnehmen (vgl. Lee, G.A., a.a.O., S. 504)
 - 2) AICPA, Examination of Financial Statements by Independent Public Accountants, New York 1936, S. 1, zitiert bei Kennedy-McMullan, a.a.O., S. 7

c) Vergleichszahlen

Ein wesentlicher Beitrag zur Überwindung der Unzulänglichkeiten der stichtagsbezogenen Bilanzaussage besteht in der Gegenüberstellung von entsprechenden Zahlen anderer Perioden. Für die Bilanzanalyse stellt der Zeitvergleich ein wichtiges Instrument dar¹⁾.

Der Companies Act 1967 verlangt in SCH. 2, 11.-(11) und 14.-(5) die Angabe der Vorjahreszahlen für alle Posten des Jahresabschlusses. Dies gilt nach Sect. 22 C. A. 1967 auch für Angaben, die wahlweise im Geschäftsbericht gemacht werden können.

Damit besteht die Möglichkeit der Entwicklung von Beständedifferenzbilanzen²⁾ und bei Bruttoausweis der Anlagenentwicklung und Angaben über Aufnahme und Rückzahlung langfristiger Verbindlichkeiten und der Veränderungen der Kapitalkonten der Bildung aussagefähiger Bewegungsbilanzen³⁾.

Der Ausweis von Vorjahreszahlen stellt besondere Anforderungen an die Gliederungskontinuität und entsprechende Anpassung bei einer Änderung der Bilanzierung. Das ICAEW hat diesem Problem besondere Aufmerksamkeit gewidmet⁴⁾.

Das AktG verlangt abgesehen von der Angabe der Vorträge beim Anlagevermögen nicht den Ausweis von Vergleichszahlen. Eine Mittelherkunft-/Mittelverwendungsrechnung ist

1) Vgl. Mayer, L., Mayer, L., a.a.O., S. 13

2) Vgl. die Definition bei Busse v. Colbe, W., a.a.O., S. 85

3) Vgl. ebd., S. 83 - 86

4) Vgl. ICAEW, 'Presentation of balance sheet and profit and loss account, a.a.O., S. 9 f., Tz. 54 - 58

somit nicht möglich. Im Gegensatz zu England und vor allem den USA ist sie selten freiwilliger Bestandteil veröffentlichter Abschlüsse¹⁾.

Für die Beurteilung der langfristigen Entwicklung eines Unternehmens sind Vergleichszahlen über einen längeren Zeitraum hin ein hervorragendes Hilfsmittel. Solche Übersichten sind weder in Deutschland noch in England gesetzlich vorgeschrieben. Während sie in Deutschland kaum anzutreffen sind, finden sich in England Fünf- oder Zehnjahresvergleiche relativ häufig²⁾.

Obwohl in jüngster Zeit auch in Deutschland auf freiwilliger Basis verschiedentlich Vergleichszahlen gegeben werden, kann von einer allgemeinen Übung nicht die Rede sein. Das Fehlen einer entsprechenden Bestimmung im AktG stellt m.E. einen schwerwiegenden Mangel der aktienrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften dar.

1) Vgl. Busse von Colbe, W., a.a.O., S. 83 f.

2) Vgl. Jones, F.H., Guide, a.a.O., S. 410 f.; als Beispiele vgl. den Abschluss von Sutcliff, Speakman & Company Limited, in: The Accountant 1967, S. 270; sowie den Abschluss der Bryant Group of Companies, ebd. S. 659

2) Die Bilanzierung des Anlagevermögens

Die Darstellung des Anlagevermögens in der Bilanz soll primär einen Einblick in die Vermögensstruktur der Gesellschaft am Jahresende vermitteln; dem dient die vertikale Gliederung des Anlagevermögens. Von nicht minderer Bedeutung für die Beurteilung der Geschäftsentwicklung ist die unsaldierte Offenlegung der Anschaffungskosten und darauf vorgenommener Abschreibungen sowie der Veränderungen im Anlagevermögen im zurückliegenden Geschäftsjahr; zu letzterem Zweck bedient man sich in der Regel der horizontalen Darstellung der Anlagenbewegungen.

a) Bruttoprinzip oder Bilanzierung zu Restbuchwerten

Der Companies Act 1948 führte in SCH. 8, 5.-(3) für Sachanlagen die Pflicht zum unsaldierten Ausweis von Anschaffungs- oder Herstellungskosten und aufgelaufenen Abschreibungen ein. Diese Tatsache ist bei der sonstigen weitgehenden Neutralität in Ausweisfragen erstaunlich.

Als Hauptvorteil der indirekten Abschreibung gilt, dass sich der Gesamtbetrag der im Anlagevermögen investierten Geldmittel unmittelbar erkennen lässt¹⁾. Anhänger einer Geldwertveränderung berücksichtigenden Rechnungslegung führen dagegen an, dass die einzelnen Anlagegegenstände aus verschiedenen Zeiten stammen und damit ein nichtssagender Gesamtwert resultiere²⁾. Dies ist jedoch ein genereller Einwand gegen das Nominalprinzip und nicht speziell gegen das Prinzip des Ausweises von Wertberichtigungen gerichtet.

Ein unbestrittener Vorteil der indirekten Abschreibung ist die Möglichkeit, durch Bildung des Quotienten aus Anschaffungskosten und Wertberichtigung bei Schätzung der durchschnittlichen

1) Vgl. Jones, F.H., Guide, a.a.O., S. 26 f.

2) Vgl. die Darstellung der Argumente für und gegen das Bruttoprinzip bei: Bericht des Abgeordneten Dr. Wilhelmi, zu Drucksache IV/3296, Bonn 1965, S. 28 f.

Lebensdauer auf das Alter der Anlagen zu schliessen¹⁾. Das Bild kann allerdings durch die Anwendung nicht-linearer Abschreibungsverfahren verzerrt werden, die jedoch in England selten angewandt werden²⁾.

Als weiterer Vorteil der indirekten Abschreibungsmethode wird angeführt, dass die horizontale Anlagenentwicklung eine Darstellung der mengenmässigen Anlagenveränderung ermöglicht, da alle Spalten dimensionsgleich sind, während im Falle der Nettomethode dimensionsverschiedene Grössen, wie Anschaffungs- und Buchwerte, Zu- und Abschreibungen, Zu- und Abgänge nebeneinander stehen.

Das AktG lässt in § 154 Abs. 1 beide Verfahren zu. Mit massgebend für diese Entscheidung waren die Argumente, dass bei indirekter Abschreibung die Bilanz unübersichtlicher würde und nicht den Gegenwartswert der Anlagen zeige³⁾. Der Hauptgrund scheint jedoch darin zu liegen, dass ein Verbot der direkten Abschreibungen Übergangsschwierigkeiten mit sich gebracht hätte, da diese Abschreibungsform in Deutschland erheblich verbreiteter ist als die indirekte Abschreibung⁴⁾.

Das AktG verlangt in § 152 Abs. 6, dass die Darstellung der Wertberichtigungen, die nur zu Sachanlagen, zu Beteiligungen und zu Wertpapieren des Anlagevermögens⁵⁾ vorgenommen werden dürfen, in vertikaler und horizontaler Gliederung den bilanzierten Posten des Anlagevermögens entspricht.

Nach der hier vertretenen Ansicht spricht kein hinreichendes Argument für die Beibehaltung der Zulässigkeit des Restwertprinzips, da alle daraus zu entnehmenden Aussagen auch bei unsaldierter Bilanzierung erfolgen, diese aber ein

1) Vgl. Bericht des Abgeordneten Dr. Wilhelmi, a.a.O., S. 29

2) Vgl. die Ausführungen S. 105

3) Vgl. Bericht des Abgeordneten Dr. Wilhelmi, a.a.O., S. 29

4) Vgl. ebd.

5) sowie im Umlaufvermögen als Pauschalwertberichtigung wegen des allgemeinen Kreditrisikos zu Forderungen (§ 152 Abs. 6 Satz 1 AktG).

Mehr an Informationen bietet und dem Argument der Unübersichtlichkeit mit einer Ausgliederung der Anlageentwicklung aus der Bilanz und Darstellung in Form von Bilanzvermerken begegnet werden kann.

b) Vertikale Gliederung

Der Companies Act 1967 schreibt, wie seine Vorgänger, keine bestimmte Reihenfolge für die Gliederung des Anlagevermögens vor. Es gilt das allgemeine Gliederungserfordernis, dass Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten so aufzugliedern seien, dass deren allgemeine Natur offengelegt werde und die Gliederung den Erfordernissen des Geschäftszweiges entspreche¹⁾. Daneben verlangt das Gesetz eine Unterscheidung und weitergehend Aufgliederung von Sachanlagen, immateriellen Anlagewerten und Finanzanlagen²⁾. Spezifische Gliederungsvorschriften im Rahmen der Sachanlagen sind weiterhin für Grundstücke in das neue Gesetz aufgenommen worden³⁾. Die Ausgestaltung im Rahmen dieser speziellen Ausweisvorschriften ist Aufgabe der Bilanzierungspraxis.

Als allgemeine Richtschnur mag die Empfehlung des ICAEW über die Gestaltung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung gelten⁴⁾. Danach sind unbeschadet einer weiteren, durch den Geschäftszweig bedingten Gliederung gewöhnlich folgende Posten des Anlagevermögens getrennt auszuweisen:

- (a) Grundstücke und Gebäude im Eigentum der Gesellschaft
- (b) Pachtgrundstücke
- (c) Fabrikanlagen, Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung

1) Vgl. SCH. 2, 2.-1. Halbsatz und 4.- (1).

2) Dies ergibt sich aus SCH. 2, 5.-(2)(c) und (d).

3) Vgl. SCH. 2, 11.- (6C)

4) Vgl. ICAEW, Presentation of balance sheet and profit and loss account, a.a.O., S. 5f., Tz. 31

(d) Geschäfts- oder Firmenwert, Patente und ähnliche gewerbliche Schutzrechte

(e) Finanzanlagen.

In der Praxis ist häufig die Übung anzutreffen, dass Sachanlagen (die dann als "fixed assets" bezeichnet werden), Finanzanlagen (investments) und immaterielle Anlagewerte (goodwill, patents, trade marks etc.) getrennt als gleichgeordnete Posten des Anlagevermögens oder der langfristig gebundenen Vermögensgegenstände (long-term assets) ausgewiesen werden.

11) Sachanlagen

Ganz überwiegend ist es in England Bilanzierungspraxis, die Sachanlagen in der Bilanz weitgehend ungegliedert, zumeist in einem Posten auszuweisen und die entsprechenden Aufgliederungen in einer Anmerkung zur Bilanz zu geben¹⁾. Diese Übung wird sich im Hinblick auf die Vorschriften über die Darstellung der Anlagenentwicklung unter dem Companies Act 1967²⁾ noch weiter durchsetzen.

aa) Grundstücke

Wie in Deutschland ist es in England üblich, unter Grundstücken (land) auch Gebäude auszuweisen³⁾. Im Sinne der Bilanzklarheit wird dabei zumeist die Bezeichnung "land and buildings" verwendet. Verschiedene Unternehmen bevorzugen jedoch eine Trennung von Grundstücks- und Gebäudewert, was im Hinblick auf die Offenlegung der angewandten Abschreibungs-

1) Vgl. Russel, A.G., An Introduction to Company Accounts, London 1968, S. 13; ICAEW, Terms used in published accounts, a.a.O., S. 14, Tz. 55.

2) Vgl. S. 86 der vorliegenden Arbeit

3) Unter Anführung von Hansard, Standing Committee E, 6th April 1967, col.458, schreibt The General Educational Trust of the Institute of Chartered Accountants in England and Wales (Ed.), Guide to the Accounting Requirements of the Companies Acts 1948-1967, Nachdruck, London 1967, S. 12, Tz. 49: "Interests in land are regarded as including any buildings thereon".

grundsätze zu begrüßen ist. Das AktG hingegen verbietet eine gesonderte Zusammenfassung des Grundstückswertes der Positionen A 1 - 4, wogegen eine Trennung für die Posten A1 und A2 für zulässig erachtet wird¹⁾.

111) Grundstücke im Eigentum der Gesellschaft

SCH. 2, 11.-(6C) verlangt den getrennten Ausweis von Grundstücken und Gebäuden im Eigentum der Gesellschaft und Pachtgrundstücken (Leaseholds). Dies stellt eine Gliederung nach Rechtsverhältnissen dar.

Auch das AktG schreibt den gesonderten Ausweis von im Eigentum der Gesellschaft befindlichen Grundstücken und Gebäuden und von Bauten auf fremden Grundstücken vor, wobei bei letzteren insbesondere Bauten auf gepachtetem Grund und Boden in Frage kommen²⁾. Bei Grundstücken und Gebäuden im Eigentum der Gesellschaft sind auch grundstücksgleiche Rechte, also insbesondere Erbbaurechte und darauf errichtete Gebäude auszuweisen. In der Bilanz erscheint dabei nur der Gebäudewert, da Erbbaurechte zumeist nicht in einem Betrag, sondern durch laufende Erbbauzinsen abgegolten werden.

Der Companies Act gestattet nicht, dass den Erbbau-rechten vergleichbare "Leaseholds" mit bei Grundstücken aufgenommen werden, sondern verlangt deren gesonderte Bilanzierung.

Neben der Kenntlichmachung der Eigentumsverhältnisse war es insbesondere Anliegen des AktG 1965, eine Trennung zwischen dem Betriebsbereich (Pos. A1 Geschäfts-, Fabrik- und andere Bauten) und Grundstücken, die dem Betrieb des Unternehmens nur mittelbar dienen (Pos. A2 Wohngebäude) zu erreichen³⁾. Dies ist von nicht unerheblicher Bedeutung für die Betrachtung des Unternehmens unter Substanzwertgesichtspunkten,

1) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 151, Tz. 53

2) Vgl. ebd., § 151, Tz. 53

3) Vgl. ebd., § 151, Tz. 51

da erstere gewöhnlich auf die spezifischen Belange der Gesellschaft hin zugeschnitten und damit zumindest einzeln in der Regel schwerer veräußerlich sind und letztere sowie die Grundstücke ohne Bauten (Pos. A3) leichter liquidierbar sein dürften, da sie zudem häufig nicht betriebsnotwendig sind.

Weder das Gesetz noch die allgemein anerkannten Bilanzierungsgrundsätze in England fordern eine derartige Aufgliederung des unbeweglichen Vermögens in der Bilanz. Sie ist in der Praxis nicht üblich. Eine Erklärung für die somit relativ spärliche Information über Grundstücke im Jahresabschluss mag teilweise in den zusätzlichen Informationspflichten im Geschäftsbericht zu finden sein¹⁾, die aber die Nachteile der unzureichenden Offenlegung in der Bilanz nicht aufwiegen.

222) Pachtgrundstücke

Wahrscheinlich aufgrund der weitaus grösseren Verbreitung von Leaseholds in England hat der Gesetzgeber einen gesonderten Ausweis vorgeschrieben. Im Zusammenhang damit ist es häufig, dass Leaseholds zum überwiegenden Teil durch Zahlung einer Summe abgegolten werden, was dazu führt, dass auch der Grundstückswert in der Bilanz erscheint²⁾³⁾. Leaseholds, die für Grund und Boden, Gebäude und Gebäudeteile bestehen können, sind verkäuflich. Ihr Wert verringert sich gewöhnlich jährlich entsprechend der verminderten Laufzeit. Es kommt häufig vor, dass Leaseholds in einem Gebiet, in dem die Bodenwerte gestiegen sind, mit erheblichem Gewinn verkauft werden⁴⁾.

1) Vgl. die Ausführungen S. 259 ff.

2) Vgl. hierzu Rubinstein, R., John Citizen and the Law, 4. Aufl. Harmondsworth, 1958, S. 171 ff., insbesondere S. 173

3) Daneben werden noch geringe jährliche Pachtzinsen über die Laufzeit des Vertrages erhoben.

4) Vgl. Meinhardt, M., aa.O., S. 69 f.

Auf Empfehlung des Jenkins Report hin hat der Companies Act 1967 in SCH. 2, 11.-(6C) den gesonderten Ausweis von Pachtverträgen mit einer Restlaufzeit von über 50 Jahren (long leases) und unter 50 Jahren (short leases) vorgeschrieben. Diese Vorschrift ist unter zukunftsorientierter Betrachtungsweise von gewissem Interesse. Da aber insbesondere in der Gruppe unter 50 Jahren kein Hinweis auf die tatsächliche Restlaufzeit gegeben wird, ist die Information m.E. von nur sekundärer Bedeutung.

bb) Andere Sachanlagen

Zu anderen Sachanlagen zählen Maschinen- und maschinelle Anlagen (Plant and machinery), Betriebs- und Geschäftsausstattung (Equipment) sowie Anlagen im Bau und Anzahlungen auf Anlagen (Capital works in progress and advance payments).

Diese Bezeichnungen sind nur für normale Fertigungs- und Handelsbetriebe allgemein verwendbar. Bei den meisten anderen Branchen wird eine genauere Beschreibung der Art der Anlagen erforderlich sein, obwohl das ICAEW empfiehlt, allgemeine Ausdrücke technischen Bezeichnungen vorzuziehen¹⁾.

Es findet sich in England häufig, dass Kraftfahrzeuge, die sonst unter Equipment zu bilanzieren wären, gesondert ausgewiesen werden. Oft erfolgt auch eine Unterteilung der Position Equipment in Betriebs- und Geschäftsausstattung (letztere "office equipment"), was gewisse Anhaltspunkte für den Umfang des Verwaltungsbereiches im Vergleich zum Betriebsbereich bietet. Dadurch wird zumindest auch tendenziell ein Hinweis auf den Umfang spezifischer, d.h. neben "plant and machinery" für den Geschäftsbetrieb charakteristischer Vermögensgegenstände gegeben während allgemein verwendbare Anlagen, wie Kraftfahrzeuge und Geschäftsausstattung gesondert aufgeführt werden.

1) Vgl. ICAEW, Terms used in published accounts, a.a.O., S. 15, Tz. 61

Dadurch, dass das AktG grundsätzlich den Ausweis der oben genannten Positionen zwingend vorschreibt¹⁾, geht im Zuge der Standardisierung in gewissem Masse die Möglichkeit verloren, den individuellen Gegebenheiten Rechnung zu tragen. Das englische Recht lässt dagegen alle Möglichkeiten für eine möglichst aussagefähige Darstellung des Anlagevermögens offen. Andererseits darf nicht verkannt werden, dass die Gesellschaften nicht immer den Vorstellungen "besten Praxis" folgen, und oft eine äusserst spärliche Gliederung des Anlagevermögens übrig bleibt.

Die Position "Anlagen im Bau und Anzahlungen auf Anlagen" soll Auskunft über am Bilanzstichtag noch nicht abgeschlossene Investitionen geben. Da auf sie keine Abschreibungen entfallen, erleichtert ein gesonderter Ausweis die Beurteilung der Abschreibungspolitik bei den anderen Posten. Ein gesonderter Ausweis scheint in England eher die Ausnahme zu sein²⁾.

22) Immaterielle Anlagewerte

Nach SCH. 2, 8.- (1)(b) sind immaterielle Anlagewerte in der Bilanz gesondert auszuweisen. SCH. 2, 8.-(2) führt ausdrücklich aus, dass kein Zwang zum getrennten Ausweis von Geschäfts- oder Firmenwert und Patenten, gewerblichen Schutzrechten etc. abzuleiten ist. Entsprechend erfolgt gewöhnlich ein Ausweis in der Position "Goodwill, Patents and Trade Marks". Jedoch ist auch eine gesonderte Bilanzierung des Goodwill unter "Andere Aktiva" anzutreffen, was m.E. angesichts seiner Eigenart als "Bilanzausgleichsposten mit Agiocharakter"³⁾ vorzuziehen ist.

1) Hinsichtlich der Möglichkeiten einer abweichenden Gliederung siehe S. 59

2) Von zehn, in ausgewählten Ausgaben von The Accountant veröffentlichten Abschlüssen (von August bis November 1967) führte keiner diese Position auf. Dieses Ergebnis wird durch die Untersuchung des ICAEW, Terms used in published accounts, a.a.O., S. 14, Tz. 60 bekräftigt.

3) Heinen, E., Handelsbilanzen, a.a.O., S. 154

§ 151 AktG ermöglicht unter immateriellen Anlagewerten nur den Ausweis von "Konzessionen, gewerblichen Schutzrechten und ähnlichen Rechten sowie Lizenzen an solchen Rechten". Der Geschäfts- oder Firmenwert ist gesondert zu bilanzieren.

aa) Der Geschäfts- oder Firmenwert

Das AktG verbietet in § 153 Abs. 5 die Aktivierung eines originären Geschäfts- oder Firmenwerts, der theoretisch den Betrag darstellt, "um die der Ertragswert des Unternehmens die Summe der Zeitwerte aller aktivierbaren Vermögensgegenstände, vermindert um die Schulden, übersteigt"¹⁾.

Da sich zumeist weder der Betrag, der für den Aufbau eines Geschäfts- oder Firmenwerts aufgewendet wurde noch der Zeitwert mit einer für Bilanzierungszwecke hinreichenden Genauigkeit feststellen lässt, entspricht es in Deutschland seit jeher guter kaufmännischer Übung, hierfür nichts anzusetzen²⁾. Dies steht in Einklang mit der überwiegenden Bilanzierungspraxis in England³⁾, obwohl dort im Companies Act im Gegensatz zum AktG kein ausdrückliches Aktivierungsverbot für einen originären Geschäfts- oder Firmenwert ausgesprochen ist.

Für den Fall der entgeltlichen Übernahme eines Unternehmens ist es zulässig, den derivativen Firmenwert als Unterschied zwischen Kaufpreis und Reinvermögen zu Zeitwerten der einzelnen Vermögensgegenstände zum Zeitpunkt der Übernahme zu aktivieren⁴⁾.

Trotz des aktienrechtlichen Aktivierungswahlrechts wäre aus Überlegungen einer periodengerechten Aufwandsverteilung

1) Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 153, Tz. 129

2) Vgl. ebd.

3) Vgl. Spicer & Pegler's Book-Keeping and Accounts, a.a.O., S. 139 und 253

4) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 153, Tz. 135; Heinen, E., Handelsbilanzen, a.a.O., S. 160

eine Aktivierung zu befürworten, da ansonsten der Unterschiedsbetrag zwischen den Zeitwerten der einzelnen Vermögensgegenstände und dem Kaufpreis im Jahr des Erwerbs als Aufwand verbucht werden müsste.

Es darf nicht übersehen werden, dass der derivative Firmenwert ganz andere Faktoren einschliessen kann als der originäre Firmenwert. Beim Kauf eines Unternehmens zu einem höheren Preis als dem Zeitwert des übernommenen Reinvermögens können Überlegungen mitspielen, die keinen unmittelbaren Zusammenhang mit dem Ertragswert des Unternehmens haben, wie z.B. das Bestreben, Konkurrenz auszuschalten und nicht zuletzt das Verhandlungsgeschick der Parteien¹⁾.

bb) Patente, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte

Das Aktienrecht beinhaltet ein Verbot der Aktivierung von selbstgeschaffenen Patenten, gewerblichen Schutzrechten und ähnlichen Rechten (§ 153, Abs. 3 AktG). Entgeltlich von Dritten erworbene immaterielle Anlagewerte unterliegen demgegenüber einem Aktivierungswahlrecht, wobei sich das Wahlrecht auf die Bilanzierung eines jeden einzelnen Anlagegegenstandes bezieht²⁾.

Das englische Recht kennt kein Verbot der Aktivierung selbstgeschaffener Patente oder anderer gewerblicher Schutzrechte. Insbesondere wenn eindeutig zurechenbare Aufwendungen, die über die laufenden Grundlagenforschungs- und Entwicklungskosten hinausgehen, vorliegen, wird eine Aktivierung im Sinne einer periodengerechten Aufwandsverteilung angebracht sein³⁾.

1) Vgl. Jones, F.H., Guide, a.a.O., S. 152

2) Vgl. WP-Handbuch, S. 526; sowie Patze, O., Grundsatzfragen der Bilanzierung und Aktienrechtsreform, in: WFG 1965, S. 169; Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 153, Rz. 117; anderer Ansicht Scherpf, R., a.a.O., Rz. 142 mit der Begründung aus dem Grundsatz der vollständigkeit; Döllner, G., Rechnungslegung nach dem neuen Aktiengesetz und ihre Auswirkungen auf das Steuerrecht, in: BB 1965, S. 1408.

3) Vgl. auch die Ausführungen über die Bilanzierung der "Preliminary Expenses", S. 173

Auch ist die starke Betonung des Vorsichtsprinzips, die sich in der deutschen Praxis in der gewöhnlichen Abschreibung aktivierungsfähiger immaterieller Anlagewerte innerhalb von längstens fünf Jahren äussert¹⁾, nicht bekannt. So halten Magnus-Estrin²⁾ eine Abschreibung von Patenten während der Schutzdauer von 16 Jahren für zulässig. Betriebswirtschaftlich erscheint das aktienrechtliche Aktivierungsverbot nicht haltbar, da in den Jahren der Nutzung eine gesteigerte Rentabilität vorgespiegelt wird, wenn den resultierenden Mehrerlösen bzw. Aufwandsminderungen weder kapitalisiertes Vermögen noch entsprechende Abschreibungen gegenüberstehen³⁾.

33) Finanzanlagen

Während unter Sachanlagen und immateriellen Anlagewerten Vermögensgegenstände erfasst werden, die unmittelbar im eigenen Unternehmen eingesetzt sind, stellen Finanzanlagen Geldinvestitionen in fremden Unternehmen dar. Aus Grundsätzen der Bilanzklarheit ist bei dem unterschiedlichen Verwendungszweck ein getrennter Ausweis zu fordern. Diese Aufspaltung ist auch im Hinblick auf die Aufteilung des Erfolgs nach eigentlichem Betriebserfolg und neutralem Erfolg wünschenswert. Aufwendungen und Erträge aus Finanzanlagen gehören in der Regel zum neutralen Erfolg⁴⁾.

Dem trägt das AktG Rechnung, indem es die Aufgliederung des Anlagevermögens in Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte einerseits und Finanzanlagen andererseits verlangt. Auch das englische Recht erfordert einen getrennten Ausweis von Finanzanlagen (investments), wobei dieser Posten oft als gleichgeordnet mit Anlagevermögen (fixed assets) in der Bilanz erscheint⁵⁾.

1) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 153, Tz. 119

2) Vgl. Magnus-Estrin, Companies - Law and Practice, a.a.O., S. 454

3) Vgl. Christoffers, R., Die Problematik des § 153 Abs. 3 AktG aus betriebswirtschaftlicher Sicht, in: DB 1970, S. 165-170, S. 169

4) Vgl. Heinen, E., Handelsbilanzen, a.a.O., S. 163

5) Vgl. ICAEW. Terms used in published accounts. a.a.O...

aa) Begriff und Arten von Finanzanlagen

Der Begriff der Finanzanlagen impliziert, dass es sich um Geldinvestitionen handelt, die nicht nur vorübergehenden, sondern dauernden Charakter haben. Nur letztere Eigenschaft rechtfertigt einen Ausweis unter Anlagevermögen.

Das AktG verlangt in § 151 Positionen II. B 1 - 3 einen getrennten Ausweis von Beteiligungen, Wertpapieren des Anlagevermögens, die nicht Beteiligungen sind, und Ausleihungen mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren.

In England werden gemeinhin folgende Kriterien zur Unterscheidung von Kapitalinvestitionen in anderen Unternehmen verwendet:

- (1) Nach dem Gesichtspunkt der Dauer der Anlage sind langfristige und kurzfristige Kapitalinvestitionen zu unterscheiden und entsprechend beim Anlage- oder Umlaufvermögen zu bilanzieren¹⁾.
- (2) Kapitalinvestitionen, die unmittelbar dem Geschäftsbetrieb des Unternehmens (sog. Trade investments) und Investitionen, die nur mittelbar dem Unternehmenszweck dienen (Other investments).
- (3) Notierte oder nicht notierte Kapitalinvestitionen.
- (4) Investitionen in Konzernunternehmen (Holding and Subsidiary Companies), anderen Beteiligungsgesellschaften (Associated Companies) und sonstige Investitionen.

Während nach den englischen Bilanzierungsgrundsätzen unter dem Gesichtspunkt der Fristigkeit gewöhnlich kurzfristige Ausleihungen mit einer Restlaufzeit von weniger

1) Vgl. ICAEW, Treatment of investments in the balance sheets of trading companies (1958), in: Recommendations on Accounting Principles (N20), a.a.O., S. 1, Tz. 4 f.

als einem Jahr oder kurzfristige Teile langfristiger Kapitalanlagen im Umlaufvermögen auszuweisen sind¹⁾, sieht das AktG als Kriterium für die Bilanzierung im Anlage- oder Umlaufvermögen eine vereinbarte Laufzeit von mehr als vier Jahren vor²⁾. Ob damit das erstrebte Ziel eines verbesserten Einblicks in die Liquiditätslage³⁾ erreicht wird, erscheint zweifelhaft.

Der Companies Act 1948 hatte erstmals die Unterscheidung zwischen Trade investments und Other investments eingeführt. Mangels einer Legaldefinition umschrieb das ICAEW⁴⁾ Trade investments als

- (1) "Kapitalinvestitionen, die erworben und in erster Linie zu dem Zweck gehalten werden, um den Goodwill der Gesellschaft zu schützen oder den eigenen Geschäftsbetrieb zu erleichtern oder zu fördern, und nicht als Ertragsquelle oder im Hinblick auf zu erwartende Wertsteigerungen;
- (2) Kapitalinvestitionen, die einen bedeutenden, aber nicht beherrschenden Einfluss in einer anderen Gesellschaft oder Unternehmung einräumen, insbesondere, wenn die Gesellschaft die Möglichkeit hat, Vertreter in die Geschäftsführung des anderen Unternehmens zu entsenden⁵⁾.

An dieser Definition und der bestehenden Rechtsunsicherheit entzündete sich eine lebhafte Diskussion, die darin hinauslief, dass der Jenkins Report empfahl, die Unterscheidung zwischen "trade" und sonstigen Finanzanlagen aufzugeben⁶⁾.

1) Vgl. die Ausführungen S. 207 der vorliegenden Arbeit

2) Vgl. WP-Handbuch, a.a.O., S. 536

3) Vgl. Begründung zum RegE, a.a.O., S. 169

4) Vgl. ICAEW, Treatment of investments, a.a.O., S. 4 f., Tz.19

5) Letztere seien als "Investments in associated companies" auszuweisen (vgl. ebd.).

6) Vgl. Jenkins Report, a.a.O., S. 142, Tz. 364

Der Companies Act 1967 griff die Empfehlung auf. Gleichzeitig aber führte er neue Ausweisvorschriften ein, die, wenn auch in derer Richtung, vollständigere Informationen über Finanzanlagen liefern.

Nach den Bestimmungen des Companies Act 1967 sind, neben der gesonderten Identifizierung von Anteilen an Konzernunternehmen¹⁾ folgende Kriterien, die miteinander verbunden werden können, massgebend für die Behandlung von Finanzanlagen im Jahresabschluss:

- (1) Handelt es sich um notierte oder nicht notierte Werte? (SCH. 2, 8.- (1)(a))
- (2) Besitzt die bilanzierende Gesellschaft mehr als 10% des Nominalkapitals? (Sect. 4 (1))

An diese Kriterien sind verschiedene Rechtsfolgen gebunden.

bb) Finanzanlagen in Form notierter und nicht notierter Anteile

Für den Fall notierter Finanzanlagen verlangt SCH. 2, 11.-(8) die Angabe des Marktwertes und des Börsenkurses am Bilanzstichtag, falls ein höherer Marktwert angenommen wird.

Bei nicht notierten Finanzanlagen sind Angaben erforderlich

- (1) über Anschaffungskosten und darauf vorgenommene Abschreibungen (SCH. 2, 5.-(1))
- (2) im Falle von Aktien über die Gesamteinkünfte aus Dividenden, den Anteil der Gesellschaft am Gewinn oder Verlust des betreffenden Un-

1) Vgl. SCH. 2, 15(2)

ternehmens, sowie den Anteil an nicht ausgeschütteten Gewinnen abzüglich Verlusten seit Erwerb der Kapitalanlage und über die Methode, nach der Verluste im Abschluss der Gesellschaft behandelt wurden (SCH. 2, 5A.-).

Beide Erfordernisse können vermieden werden, wenn die Geschäftsführung an deren Stelle eine Schätzung des Einzel- oder Gesamtwertes der Investitionen geben¹⁾.

Der nunmehr geforderte getrennte Ausweis von notierten und nicht notierten Werten ist von grossem Wert für den Einblick in die Liquiditätsverhältnisse der Gesellschaft. Börsennotierte Werte sind, auch wenn ihre Klassifizierung im Anlagevermögen auf die Langfristigkeit des Engagements hindeutet, notfalls jederzeit leicht realisierbar.

Die Vermerkplichten, die an notierte und nicht notierte Kapitalinvestitionen geknüpft sind, sind äusserst interessant und haben kein Pendant in Deutschland. Bei beiden Positionen zielen sie darauf hin, den Verkehrs- bzw. Veräusserungswert offenzulegen. Dies ist zunächst vom deutschen Standpunkt aus überraschend, da für Anlagevermögen normalerweise nicht der Verkehrswert, sondern ein betriebsindividueller, d.h. Ertragswert als entscheidend angesehen wird.

Anders als bei abnutzbaren Sachanlagen steht bei Finanzanlagen der Anschaffungswert gewöhnlich in keinerlei Relation zum Zeitwert. Dies trifft insbesondere auf gestiegene Zeitwerte zu, die sich normalerweise im Gegensatz zu gesunkenen Werten in den Büchern nicht niederschlagen. Deshalb mag ein Hinweis auf die Zeitwerte entscheidend zur Offenlegung der Vermögensverhältnisse beitragen, was insbesondere auf Gesellschaften mit hohen Beteiligungen, wie Holding-Gesellschaften, zutrifft.

1) Vgl. SCH. 2, 5A.- Satz 1, sowie SCH. 2, 5.-(2)(c)

Trotzdem ist auf mögliche Nachteile eines Vermerks von Zeitwerten bei Finanzanlagen hinzuweisen, da die Bilanzempfänger leicht über Liquidierbarkeit des Gesellschaftsvermögens getäuscht werden können, wenn in den Finanzanlagen Beteiligungen enthalten sind, die lebenswichtig für den Geschäftsbetrieb der Gesellschaft und überhaupt nicht veräusserlich sind. Gerade dies ist bei Beteiligungen in der Art von "trade investments" häufig der Fall.

cc) Finanzanlagen bei einer Beteiligung von mehr als 10%

Über die unter dem Gesichtspunkt der Notierung oder Nichtnotierung erforderlichen Angaben hinausgehende Bestimmungen sind für den Fall getroffen, dass die bilanzierende Gesellschaft mehr als 10 % irgendeiner Gattung des Aktienkapitals eines anderen Unternehmens hält. Diese umschliessen nach Sect. 4 (1) C.A. 1967 die Angabe

- (1) der Firmen der Beteiligungsgesellschaften und des Landes ihres Sitzes,
- (2) der Art und Höhe der Anteile an den Beteiligungsgesellschaften. Dabei ist zu beachten, dass jede Art von Kapitalinvestitionen anzugeben ist, falls der Anteil am Aktienkapital¹⁾ 10 % übersteigt.

Diese Bestimmungen beziehen sich nur auf Anteile am Aktienkapital, nicht jedoch auf die Offenlegung von Darlehen, wie gross auch immer sie sein mögen. Das ICAS empfiehlt, dass Darlehen getrennt ausgewiesen werden, wenn sie das Beteiligungsunternehmen, wie dies oft der Fall ist, mit nicht unerheblichen Finanzierungsmitteln ausstatten²⁾.

1) Aktienkapital im Sinne dieser Bestimmung ist "equity share capital" gemäss Sect. 154 (5) C.A. 1948

2) Vgl. ICAS, The Company Act 1967, a.a.O., S. 38

Neben der Bestimmung des Ausweises von Anteilen von über 10 % an irgendeiner Aktiengattung, muss untersucht werden, ob nicht eine Beteiligung in Form von Aktien 10 % des Vermögens der bilanzierenden Gesellschaft übersteigt. Auch in diesem Fall sind obige Informationen zu geben (Sect. 4 (2) C.A. 1967). Wiederum betrifft dies nur Anteile am Gesellschaftskapital, nicht die gesamte Kapitalinvestition in einem anderen Unternehmen. Das Gesetz bringt nicht zum Ausdruck, ob dabei das Brutto- oder Reinvermögen als Masstab zu verwenden ist. Nach Auffassung des ICAS ist es die Absicht der gesetzlichen Bestimmung einzelne Beteiligungen offenzulegen, die im Vergleich zur beteiligten Gesellschaft von Bedeutung sind, und das würde für die Interpretation des Reinvermögens und nicht des Bruttovermögens sprechen. Das ICAS ist jedoch der Meinung, dass man gegen eine gegenteilige Auffassung kaum etwas einwenden könne¹⁾.

Aus Praktikabilitätsgründen sieht das Gesetz vor, dass für ausländische oder zu zahlreiche Beteiligungen Ausnahmen von der Aufführung aller einzelnen Beteiligungsgesellschaften gemacht werden können; dann ist jedoch ebenfalls im Jahresabschluss ein Hinweis auf diese Tatsache zu geben²⁾.

Die im Companies Act verankerte Grenze von 10 % ist, wie die aktienrechtliche Festlegung auf 25 %³⁾ willkürlich⁴⁾.

Aus diesem Grunde schlägt das Englische Institut unabhängig von der gesetzlichen Vorschrift eine Definition von Associated Companies vor, die sich an betriebswirtschaftlichen anstatt an formalen Kriterien orientiert⁵⁾. Auch nach deutscher

1) Vgl. ICAS, The Companies Act 1967, a.a.O., S. 38

2) Vgl. Sect. 4 (3) und (4) C.A. 1967

3) Vgl. § 152 Abs. 2 AktG

4) Vgl. ICAS, in: Minutes of Evidence, a.a.O., S. 1284

5) Nach ICAEW (Accounting Standards Steering Committee), a.a.O., S. 496 f. liegt eine Beteiligung (Associated Company) vor, wenn (a) die Stellung der beteiligten Gesellschaft wesentlich der eines Partners in einer Arbeitsgemeinschaft (Konsortium) gleichkommt oder (b) die Interessennahme der beteiligten Gesellschaft wesentlich (substantial), d.h. nicht weniger als etwa 20 % des stimmberechtigten Stammkapitals ist und unter Berücksichtigung der Stellung anderer Beteiligter die beteiligte Gesellschaft in der Lage ist, einen nicht unbedeutenden Einfluss auf die Beteiligungsgesellschaft auszuüben

Ansicht sind die Zweckbestimmung der Beteiligung und die Möglichkeiten der Einflussnahme gegenüber den äusseren Merkmalen entscheidend¹⁾.

Nach Ansicht des Verfassers wird eine Untersuchung der betriebswirtschaftlichen Merkmale im Einzelfall häufig zu Unsicherheiten führen, andererseits bietet eine festgelegte Beteiligungshöhe im Rahmen der Generalklausel in der Regel ein praktikables Kriterium. Die Kenntnis von Beteiligungen über 10 % dürfte insbesondere bei Konsortien für die meisten Bilanzleser eine interessante Information darstellen, die das AktG vorenthält.

Durch die Angabe der Firmen der Beteiligungsgesellschaft lässt sich ersehen, in welchen Bereichen die Interessen der Gesellschaft liegen. Damit ermöglicht der Companies Act einen Einblick in die Kapitalverflechtung der Unternehmen mit Hinweisen auf eventuelle besondere Risiken oder Ertragschancen, die weit über das vom AktG geforderte Mass hinausgehen, wo eine Namensnennung von verbundenen Unternehmen im Sinne der §§ 15 ff. AktG nicht einmal im Geschäftsbericht als erforderlich angesehen wird²⁾.

dd) Der Ausweis der Konzernbeziehungen

Konzernobergesellschaften³⁾ weisen im Einzelabschluss die geschäftlichen Beziehungen zu Konzernunternehmen in der Regel unter der Bezeichnung "Interests in Subsidiaries" aus⁴⁾.

1) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 152, Tz. 28; Scherpf, P., a.a.O., Tz. 143

2) Vgl. WP-Handbuch, a.a.O., S. 468 sowie S. 272 der vorliegenden Arbeit

3) Konzernobergesellschaften (Holding Companies) sind in Sect. 154 (1) C.A. 1948 definiert als Gesellschaften, die mittelbar oder unmittelbar bei einer anderen Gesellschaft (Subsidiary Company) (a) Gesellschafter sind und die Zusammensetzung des Board of Directors beherrschen oder (b) mehr als die Hälfte des Nominalbetrags des Aktienkapitals (equity share capital) besitzen.

4) Vgl. ICAEW, Treatment of Investments, a.a.O., S. 2 Tz. 8

SCH. 2, 15.- schreibt eine weitergehende Unterteilung vor in:

- (a) Kapitalanteile (shares),
- (b) den Gesamtbetrag der Forderungen an Tochtergesellschaften, wobei eine Trennung von langfristigen Ausleihungen oder Vorauszahlungen und laufenden Konten empfohlen wird,
- (c) den Gesamtbetrag der Verbindlichkeiten gegenüber Tochtergesellschaften.

Verschiedentlich wird gefordert, dass kurzfristige Ausleihungen und Forderungen unter den Gegenständen des Umlaufvermögens ausgewiesen werden und langfristige als Teil des Anlagevermögens.

Das ICAEW befürwortet zwar einen getrennten Ausweis nach der Fristigkeit der Kapital- oder sonstigen Forderungen gegenüber Konzerngesellschaften, jedoch nur dann, wenn eine eindeutige Trennung möglich ist, was in der Praxis häufig mangels fester Abmachung schwer durchführbar sein dürfte¹⁾.

Der Betrag der Verbindlichkeiten gegenüber Tochtergesellschaften kann entweder auf der Passivseite oder als Abzugsposten auf der Aktivseite unter "Interests in subsidiaries" gezeigt werden²⁾.

Zur weiteren Erläuterung der Konzernbeziehungen verlangt Sect. 3 C.A. 1967 über die aktienrechtlichen Erfordernisse hinausgehende Bilanzvermerke über

- (a) die Firmen aller, auch ausländischer Tochtergesellschaften und das Land ihres Sitzes

1) Vgl. ICAEW, Presentation of balance sheet and profit and loss account, a.a.O., S. 6 Tz. 32

2) Vgl. Jones, F.H., Guide, a.a.O., S. 86

- (b) die Aktiengattungen und den Anteil am Nominalkapital je Gattung an jeder einzelnen Tochtergesellschaft¹⁾.

Konzernuntergesellschaften sind nach SCH. 2, 16.- verpflichtet, Konzernforderungen und -verbindlichkeiten gesondert auszuweisen, wobei Obligationen einzeln zu bilanzieren sind. Das gleiche gilt für Kapitalbeteiligungen an gleichgeordneten Konzerngesellschaften²⁾.

Nach Sect. 5 (1) C.A. 1967 sind Konzernuntergesellschaften gehalten, die Identität ihrer letzten Obergesellschaft offenzulegen, soweit dies der Geschäftsführung bekannt ist³⁾.

Diese Erfordernisse, die das deutsche Aktienrecht nicht kennt, bestätigen die Tendenz des englischen Rechts zu weitgehender Offenlegung der Besitz- und Beteiligungsverhältnisse in der Wirtschaft. Besondere Nachteile des aktienrechtlichen Bilanzschemas liegen in der mangelnden Differenzierung bei Beteiligungsforderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen werden nicht entsprechend ihrer Fristigkeit unterschieden.

-
- 1) Mit Einwilligung des Board of Trade kann die Angabe dieser Information für ausländische Tochtergesellschaften oder für inländische, wenn die Angabe nach Ansicht der Geschäftsführung von Schaden für die Gesellschaft oder eine ihrer Töchter wäre, unterbleiben (Sect. 3 (3) C.A. 1967). Ebenfalls kann sich bei einer sehr grossen Anzahl von Konzernmitgliedern die Angabe auf die Gesellschaften beschränken, die nach Ansicht der Geschäftsführung hauptsächlich die Vermögens- oder Ertragslage des Konzerns beeinflussen (Sect. 3 (4) C.A. 1967). In diesem Fall muss jedoch im Abschluss ein entsprechender Vermerk und in Annual Return die volle Angabe erfolgen (Sect. 3 (5) C.A. 1967).
- 2) Hinsichtlich des Verbots des Erwerbs von Anteilen durch Tochtergesellschaften an ihren Obergesellschaften siehe die Ausführungen S. 165
- 3) Im Falle einer ausländischen Konzernspitze kann diese Angabe wiederum mit Einwilligung des Board of Trade unterbleiben, wenn dies nach Ansicht der Direktoren von Schaden für eine Konzerngesellschaft wäre (Sect. 5 (2) C.A. 1967).

1) Darstellung der Anlagenbewegungen

11) Allgemeines zur Darstellung der Anlagenentwicklung

Das AktG misst der Darstellung der Anlagenentwicklung entscheidende Bedeutung zu. Dies ergibt sich u.a. aus § 256 Abs. 4 Satz 2 Ziff. 1, wonach ein festgestellter Jahresabschluss dann nichtig ist, wenn seine Klarheit und Übersichtlichkeit wesentlich beeinträchtigt sind. Danach liegt eine wesentliche Beeinträchtigung namentlich dann vor, wenn in der Bilanz § 152 Abs. 1 Satz 2 AktG nicht beachtet ist, der verlangt, dass "die Zugänge und Abgänge, die Zuschreibungen, die für das Geschäftsjahr gemachten Abschreibungen sowie die Umbuchungen" für die einzelnen Posten des Anlagevermögens gesondert aufzuführen sind.

In England brachte erst der Companies Act 1967 die zwingende Vorschrift zum Ausweis der Anlagenentwicklung. Nach SCH. 2, 11.-(6B) ist gesondert für jede Position des Anlagevermögens mit Ausnahme von Finanzanlagen der Gesamtbetrag der Zugänge und Abgänge auszuweisen. Erstaunlicherweise kannte die englische Bilanzierungspraxis bis dahin kaum den Ausweis der insbesondere auch für die Beurteilung finanzwirtschaftlicher Vorgänge äusserst wichtigen Anlageentwicklung während des Geschäftsjahres¹⁾.

Dieser Umstand mag verschiedene Ursachen haben, wobei die Tatsache, dass infolge der in England bestehenden Pflicht zum Ausweis der Wertberichtigungen oft eine übermässige Aufblähung und Komplizierung der Bilanz oder der Anmerkungen zur Bilanz resultierte, von besonderer Bedeutung sein dürfte.

Bis heute hat sich in England keine allgemein verwendete Form der Darstellung der Anlagenentwicklung herausgebildet.

1) Vgl. Jones, F.H., Supplement to Guide to the Company Balance sheets and Profit and Loss Accounts, Cambridge 1968, S. 12

22) Mengen- und wertmässige Veränderungen des Anlagevermögens

Nach Ansicht des ICAS stellt SCH. 2, 6(A).- C.A. 1967 ein allgemeines Erfordernis zur Darstellung der Anlagebewegung dar¹⁾. Dies betrifft nur die Seite der Anschaffungskosten, nicht jedoch die Entwicklung der Wertberichtigungen, die häufig nur mit dem Jahresanfangs- und -endbetrag ausgewiesen werden²⁾. Die Jahresabschreibung und die aufgelöste Wertberichtigung auf Abgänge ergibt sich somit nicht zwingend aus der Bilanz.

Das Gesetz spricht vom Erwerb von Anlagegegenständen während des Geschäftsjahres. Damit erscheint offensichtlich, dass unter dieser Bezeichnung nur mengenmässige Zugänge ausgewiesen werden dürfen und nicht bloss wertmässige Änderungen des Anlagevermögens. Als Konsequenz ergibt sich daraus implizit, dass andere Veränderungen im Bestand des Anlagevermögens, die nicht auf dem Erwerb von Wirtschaftsgütern beruhen, gesondert ausgewiesen werden müssen, dass also Zuschreibungen und Umbuchungen zwischen den Posten des Anlagevermögens und aus dem Umlaufvermögen getrennt aufzuzeigen sind.

In diesem Zusammenhang erachtet es das Schottische Institut für zweckmässig, Anschaffungen von einzelnen Anlagegegenständen getrennt von Zugängen, die aus dem Erwerb anderer Unternehmen herrühren, und von blossen wertmässigen Erhöhungen des Anlagevermögens auszuweisen³⁾. Es ist gegenwärtig noch nicht zu überblicken, ob dieser Vorschlag als allgemeiner Bilanzierungsgrundsatz zu gelten hat, zumal er nicht in Form einer offiziellen Empfehlung geäussert wurde.

Das AktG und die betriebswirtschaftliche Bilanzliteratur in Deutschland befassen sich mit der Frage eines

1) Vgl. ICAS, The Companies Act 1967, a.a.O., S. 35

2) Vgl. ebd.

3) Vgl. ebd.

getrennten Ausweises von Zugängen infolge des Erwerbs ganzer Unternehmen oder Unternehmensteile nicht. Dies dürfte damit zu erklären sein, dass die aktienrechtlichen Gliederungsvorschriften im Gegensatz zum Companies Act nicht die Angabe der Bewertungsmethode in der Bilanz verlangen und somit die Frage eines getrennten Ausweises von Zugängen zu tatsächlichen Anschaffungskosten oder auf einer anderen Grundlage ermittelten Werten nicht auftaucht. Zweifellos enthalten damit die aktienrechtlichen Bilanzierungsvorschriften und die deutsche Bilanzierungspraxis eine für die Beurteilung der Bilanz wesentliche Information vor.

SCH. 2, 11.-6(B) verlangt neben Zugängen den gesonderten Ausweis von seit dem letzten Bilanzstichtag veräußerten oder vernichteten Anlagegegenständen.

Die Bestimmung deckt sich inhaltlich mit § 152 Abs. 1 Satz 2 AktG. Als Abgänge sind "die aus dem Anlagevermögen durch Veräußerung, Ausbau oder aus sonstigem Grunde (z.B. Brand) ausscheidenden Vermögensgüter"¹⁾ anzusehen.

Der Wert, mit dem Abgänge zu buchen sind, ist der Restbuchwert zum Zeitpunkt des Ausscheidens. Nach dem Wortlaut des SCH. 2, 11.-6(b) 2. Halbsatz ist als Buchwert der Wert anzusehen, der sich als Differenz zwischen Anschaffungswert und aufgelaufener Abschreibung aus der letzten Jahresbilanz ergibt.

Adler-Düring-Schmaltz sind dagegen der Ansicht, dass "bei grösseren Objekten mit nicht sehr langer Nutzungsdauer, bei denen der jährliche Abschreibungsbetrag ins Gewicht fällt", die Ermittlung eines auf den Zeitpunkt des Anlagenanfangs fortgeschriebenen Buchwertes erforderlich sein könnte²⁾.

Hingegen meint Scherpf³⁾, es sei unerheblich, ob vom Stand des letzten vorhergehenden Bilanzstichtages oder vom fortgeführten Wert ausgegangen werde.

1) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 152, Tz. 24

2) Vgl. ebd., § 157, Tz. 117

3) Vgl. Scherpf, P., a.a.O., Tz. 312, Satz 1

Bei anlageintensiven Unternehmen dürfte die Frage insbesondere in Jahren mit grösseren Anlageabgängen nicht gleichgültig sein, da je nach Behandlung in der Gewinn- und Verlustrechnung eine Verschiebung zwischen Abschreibungen und Erträgen bzw. Verlusten aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens eintritt.

d) Bewertung des Anlagevermögens

Die Companies Acts enthalten keine spezifischen Bewertungsvorschriften für das Anlagevermögen. Aus dem Gesetz ergibt sich jedoch, dass verschiedene Wertarten und Bewertungsmethoden, wie folgt, als zulässig angesehen werden, sofern sie mit der Generalklausel kompatibel sind¹⁾:

- (1) Anschaffungs- oder Herstellungskosten (cost)
- (2) Bewertung auf einer anderen Grundlage als Anschaffungs- oder Herstellungskosten (valuation)
- (3) Restbuchwerte am 1. Juli 1948 (Unterfall von valuation)

In jedem Fall muss vermerkt werden, welcher dieser Bilanzwerte zugrunde gelegt wurde (SCH. 2, 4.-(3)).

Das AktG schreibt grundsätzlich vor, mit welchen Wertansätzen die einzelnen Gegenstände des Anlagevermögens anzusetzen sind (Grundsatz der Bestimmtheit des Wertansatzes), lässt jedoch einen gewissen Bewertungsspielraum im Rahmen ausdrücklich eingeräumter Wertansatzwahlrechte. Inwieweit diese Wahlrechte durch den Bilanzierenden ausgenutzt werden dürfen, ist in der deutschen Literatur umstritten²⁾.

11) Sachanlagen

aa) Bewertungsgrundlagen

1) Vgl. SCH. 2, 5.-(1)

2) Vgl. die Ausführungen S. 129 f.

111) Die Anschaffungs- oder Herstellungskosten

Gesetzgeber und Praxis in England sprechen von "cost" und verstehen darunter einen Wertansatz, der grundsätzlich auf pagatorischem (historischem) Anschaffungs- oder Herstellungsaufwand des einzelnen Vermögensgegenstandes beruht. Der Begriff deckt sich im wesentlichen mit der in Deutschland herrschenden Auffassung¹⁾. Wie im AktG ist der Inhalt des Begriffes im Companies Act nicht definiert. Während jedoch das AktG bestimmte Angaben hinsichtlich Teilfragen, wie Einschluss von Betriebs- und Verwaltungs- oder Vertriebskosten macht, überlässt das englische Recht die Ausgestaltung des Begriffs gänzlich den anerkannten Bilanzierungsgrundsätzen.

aaa) Anschaffungs- oder Herstellungskosten in Normalfällen

Die Herstellung eigener Anlagen durch Fertigungsbetriebe ist als Ausnahmefall anzusehen. Dass manche Unternehmen die Fertigung eigener Anlagen zur Überbrückung von Beschäftigungsmangel ausnutzen, ist ein interessanter Aspekt von jedoch nur peripherer Bedeutung.

Zu den Anschaffungskosten gehören nach übereinstimmender Auffassung in Deutschland und England alle Nebenkosten, die erforderlich sind, um den Gegenstand zu erwerben und der Nutzung zuzuführen²⁾.

Da ausser der Frage des grundsätzlich unterschiedlichen Gewichtes der Anschaffungskosten einerseits und der Herstellungskosten andererseits keine besonderen Probleme bestehen, sei im weiteren auf die entsprechenden Ausführungen zur Bewertung des Vorratsvermögens verwiesen³⁾.

1) Vgl. WP-Handbuch, a.a.O., S. 497

2) Vgl. ebd. sowie ICAEW, Treatment of stock-in-trade and work in progress in financial accounts, in: Recommendations on Accounting Principles, a.a.O., (N 22), S. 1 f., Tz. 4

3) Vgl. S. 131 ff. der vorliegenden Arbeit

bbb) Sonderfall- Subventionen und Zuschüsse

Im Rahmen des Industrial Development Act 1966 hat der Gesetzgeber in England anstelle der bis dahin üblichen steuerlichen Sonderabschreibungsmöglichkeiten für bestimmte Investitionen Investitionsprämien eingeführt. Investitionsprämien werden für durch Kauf oder Mietkauf erworbene Maschinen und maschinelle Anlagen in verschiedener Höhe gewährt¹⁾.

Die buchmässige Behandlung der Zuschüsse, die nach dem Erwerb der begünstigten Gegenstände ausbezahlt werden, ist umstritten.

Grundsätzlich bestehen drei Möglichkeiten²⁾:

- (1) Behandlung als Kapitaleinlage
- (2) Abzug von den Anschaffungs- oder Herstellungskosten
- (3) Behandlung als Ertrag im Jahr des Empfangs.

Die erste Methode hat zur Folge, dass eine Verzerrung der Anschaffungswerte und Abschreibungen in künftigen Perioden vermieden wird. Änderungen der Fiskalpolitik bleiben ohne Einfluss auf die Bilanzwerte. Nach Jones³⁾ ist diese Handhabung (Behandlung als Zuführung von neuem Kapital ins Unternehmen) im Sinne des Gesetzgebers; sie entspricht am besten dem Grundsatz der Vorsicht⁴⁾.

Die zweite Methode wird vom ICAEW⁵⁾ befürwortet und ist am weitesten verbreitet⁶⁾. Dabei werden die Zugänge des Jahres vermindert um empfangene Investitionsprämien ausgewiesen.

1) Vgl. die Ausführungen S. 109

2) Vgl. im folgenden Jones, F.H., Supplement, a.a.O., S. 19 ff.

3) Vgl. ebd. S. 30

4) Nach Russel, J.D., The Presentation of Accounts, in: Accountancy 1968, S. 69 wird diese Auffassung auch vom Schottischen Institut geteilt

5) Vgl. ICAEW, The accounting treatment of investment grants (1967) in: Recommendations on Accounting Principles, a.a.O., (N 22), S. 1, Tz. 2

6) Aus einer empirischen Untersuchung von Greener, M., Accounting Standards - Inconsistencies in Auditing and Accounting Methods 3. Teil in: The Accountant 1969 S. 416-419 ergibt sich dass

Die Abschreibungen werden auf der Grundlage der verminderten Anschaffungskosten berechnet, was zur Folge hat, dass die Prämien sich über die Nutzungsdauer der begünstigten Vermögensgegenstände hinweg erfolgserhöhend auswirken und so möglicherweise entsprechend an die Anteilseigner ausgeschüttet werden. Sieht man als Zweck der Abschreibung auch die Freilegung der Mittel für eine zukünftige Ersatzbeschaffung, so ist offenkundig, dass die auf Grundlage dieser Methode ermittelten Abschreibungen nicht zur Ersatzbeschaffung ausreichen; dies erhält umso mehr Gewicht, als nicht angenommen werden kann, dass Investitionsprämien nach Ablauf der Nutzungsdauer der begünstigten Vermögensgegenstände noch unter denselben Bedingungen und in gleicher Höhe gewährt werden.

Eine Abart dieser Methode besteht darin, Investitionsprämien einem in der Bilanz gesondert ausgewiesenen Rücklagenkonto gutzuschreiben, das jährlich um einen der Wertminderung entsprechenden Betrag verringert wird. Damit wird im zwischenbetrieblichen Vergleich mit Unternehmen, die keine Investitionsprämien erhalten, eine Darstellung der Anlagevermögen auf vergleichbarer Basis ermöglicht.

Die dritte Methode entspricht am wenigsten dem Prinzip der Vorsicht. Sie wird angewandt in Analogie zu den zuvor gewährten steuerlichen Sonderabschreibungen (capital allowances), die ausserhalb der Bilanz vorzunehmen waren und sich als Verminderung der Steuerbelastung im Jahr der Inanspruchnahme auswirkten.

Eine Variation dieser Methode besteht darin, den Betrag der empfangenen Investitionsprämien nicht voll dem Ertrag des Jahres gutzuschreiben, sondern eine Verteilung über mehrere Perioden vorzunehmen¹⁾.

1) Vgl. Jones, F.H., Supplement, a.a.O., S. 29 f.

In Deutschland geht die herrschende Meinung davon aus, dass im "Kalkül des Unternehmers und damit bei Investitions- und Kaufentscheidungen Subventionen und Zuschüsse als Minderungen der Anschaffungskosten angesehen werden"¹⁾. Es sei in der Regel auch seitens des Zuschussgebers nicht beabsichtigt, mit Hilfe derartiger Zuschüsse einen Gewinnausweis im Jahre der Vereinnahmung zu ermöglichen; vielmehr sollen die effektiven Beträge, die die Unternehmung für Investitionen ausgegeben hat, in der vertikalen Darstellung des Anlagevermögens gezeigt werden²⁾.

Auch in Deutschland gibt es neuerdings Stimmen, die dafür plädieren, den Zuschussbetrag ausserhalb der Gewinn- und Verlustrechnung einer freien Rücklage zuzuführen³⁾. Adler-Düring-Schmaltz wenden sich gegen diese Auffassung, da der Zuschussbetrag in einer freien Rücklage weniger stark gebunden sei als bei einer Absetzung von den Anschaffungskosten, da die freie Rücklage jederzeit wieder ausgelöst werden könne⁴⁾.

Obwohl Adler-Düring-Schmaltz und das ICAEW (nicht jedoch das Schottische Institut) eine Behandlung von Investitionszulagen als Minderung der Anschaffungskosten befürworten und dies vor allem in Hinblick auf den richtigen Erfolgsausweis und zugleich unter dem Gesichtspunkt der Vorsicht tun, erscheint es gerade im Hinblick auf eine angemessene Darstellung der Vermögenslage und die Möglichkeit eines zwischenbetrieblichen Vergleichs nicht unzweckmässig, der von Jones befürworteten Ansicht zu folgen⁵⁾.

Da z.B. bei einem Verkauf innerhalb von drei Jahren ein Rückzahlung des empfangenen Zuschusses zu erfolgen hat, sollte

1) Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 153, Tz. 20

2) Vgl. ebd.

3) Tubbesing, G., Zur Bilanzierung erhaltene Zuschüsse zu Investitionen, in: WfG 1967, S. 206

4) Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 153, Tz. 20

5) Diese Ansicht äussert auch Zwehl, W.v., Zuschüsse im Jahresabschluss in: WPg 1970, S. 6 f.

zumindest innerhalb dieses Zeitraums eine (direkte oder indirekte) Ausschüttung durch die Anwendung eines entsprechenden Verfahrens vermieden werden¹⁾.

222) Zeitwerte

aaa) Allgemeines

In Zeiten stetigen Kaufkraftverfalls hat das Anschaffungswertprinzip verbreiteter Kritik unterlegen. Es führte dazu, dass unter dem Gesichtspunkt des Ausweises der Vermögenslage Anlagegegenstände mit Währungsbeträgen verschiedener Kaufkraft zusammengefasst würden und so einen Wert ergäben, dem keinerlei Aussagekraft zukäme; die Tendenz würde bei langlebigen Anlagegütern verstärkt. Ebenso sei der ausgewiesene Erfolg nicht aufgrund gegenwartnaher Aufwendungen ermittelt, sondern er enthalte in den Abschreibungen auf der Basis der Anschaffungskosten Aufwendungen, die historische Vorfälle widerspiegeln, die nicht den Anforderungen der Erhaltung der Unternehmenssubstanz genügen²⁾.

Da infolge der verbreiteten Unterbewertung des Vermögens der tatsächliche Kapitaleinsatz nicht hinreichend ermittelt werden könne, sei es unmöglich, richtige Rentabilitätskennziffern zu erarbeiten, wodurch eine optimale Allokation des Kapitals in der Volkswirtschaft verhindert werde³⁾.

Die Unterbewertung des Anlagevermögens sei auch für die Aktionäre von Schaden, da Übernahmeangebote (take-over-bids)

1) Vgl. Jones, F.H., Supplement, a.a.O., S. 32

2) Die vorgebrachten Einwände sind zusammengefasst dargestellt in: ICAEW, Accounting in relation to changes in the purchasing power of money (1952), in: Recommendations on Accounting principles, a.a.O., (N. 15), S. 2, Tz. 3 f.

3) Vgl. Henderson, R.F., Memorandum submitted to the Company Law Committee, in: Minutes of Evidence, a.a.O., S. 209

bei einem zu niedrig ausgewiesenen Vermögen leicht falsch beurteilt werden könnten und die Aktionäre zu einer zustimmenden Haltung verleitet würden, die sie vielleicht bei Kenntnis der echten Vermögensverhältnisse nicht einnähmen¹⁾.

Der Jenkins Report kam in seinen Überlegungen über die Grundsätze ordnungsmässiger Bilanzierung in Zeiten von Kaufkraftschwankungen zu folgendem Ergebnis:²⁾

"Das Anschaffungswertprinzip ... sollte weiterhin die Grundlage für die Bilanzierung der Gesellschaften bleiben. Das Gesetz besteht jedoch nicht und sollte auch nicht auf einer starren und einheitlichen Anwendung des Anschaffungswertprinzips unter allen Umständen bestehen. So verlangt das Gesetz schon in manchen Fällen die Angabe des Zeitwertes bei verschiedenen Gegenständen des Umlaufvermögens und gestattet eine Bewertung auf anderer Grundlage als Anschaffungs- oder Herstellungskosten beim Anlagevermögen. Abschlüsse auf der Grundlage des Anschaffungswertprinzips müssen u.U. von zusätzlichen Erläuterungen begleitet sein, um ... das vom Gesetz verlangt wahre und getreue Bild von der Lage der Gesellschaft zu vermitteln."

Diese Stellungnahme erscheint auf den ersten Blick nicht unproblematisch, da offensichtlich keine eindeutige Festlegung nach der einen oder anderen Richtung impliziert ist. Aus der im Bericht enthaltenen Auseinandersetzung mit einzelnen Fragen oder Vorschlägen im Zusammenhang mit der Reform des Companies Act geht jedoch hervor, dass der Jenkins Report eine Bilanzierung auf der Grundlage des Anschaffungswertprinzips bevorzugt.

So wird darin ausgeführt: "Einige Sachverständige ... sind so weit gegangen, vorzuschlagen, dass die Direktoren verpflichtet würden, jährlich das Anlagevermögen neu zu bewerten

1) Vgl. Wincott, H., Memorandum submitted to the Company Law Committee, in: Minutes of Evidence, a.a.O., S. 55

2) Jenkins Report, a.a.O., S. 130 f., Tz. 334

und die Auswirkungen in der Bilanz auszuweisen. Dieser Vorschlag basiert nach unserer Meinung auf einer falschen Auffassung von den Aufgaben der Bilanz" ¹⁾. Ein Ausweis des Anlagevermögens zu Zeitwerten könne sogar irreführend sein, wo nicht beabsichtigt sei, das Unternehmen zu liquidieren ²⁾. Die eigentliche Aufgabe des Jahresabschlusses sei demgegenüber anderer Art, wie es in einer Stellungnahme des ICAEW zum Ausdruck komme ³⁾.

"Die wichtigste Aufgabe des Jahresabschlusses eines Unternehmens ist es, den Eigentümern Aufschluss darüber zu geben, wie die von ihnen zur Verfügung gestellten Geldmittel verwendet worden sind, und über die aus dieser Verwendung entstandenen Gewinne. Es ist seit langem in der Bilanzierungspraxis anerkannt, dass eine für diesen Zweck erstellte Bilanz den Charakter einer historischen Aufzeichnung hat und nicht einer Darstellung des Gegenwartswertes. Kurz gesagt ist ihre Aufgabe, in Währungseinheiten das Kapital, die Rücklagen und Verbindlichkeiten eines Unternehmens am Bilanzstichtag zu zeigen und auf welche Weise das in diesen Positionen festgelegte Geld über die verschiedenen Arten von Vermögensgegenständen verteilt wurde. In ähnlicher Weise ist die Gewinn- und Verlustrechnung eine historische Aufzeichnung. Sie weist als Gewinn oder Verlust die Differenz zwischen den Erträgen der Rechnungsperiode und den Aufwendungen der Periode, einschliesslich von Belastungen für die Amortisation der eingesetzten Geldbeträge aus. Erträge und Aufwendungen werden im Abschluss zu ihren festgehaltenen Währungsbeträgen aufgenommen."

Wenn die Geschäftsführung trotzdem der Auffassung sei, dass die Zeitwerte des Anlagevermögens von wirklicher Bedeutung für die Aktionäre sind, z.B. weil ein Teil oder alle Vermögensgegenstände gewinnbringend veräussert oder für andere Arten von Unternehmen Verwendung finden könnten, sollte verlangt werden, dass ein entsprechender Hinweis im Geschäftsbericht erfolgt ⁴⁾.

1) Jenkins Report, a.a.O., S. 138, Tz. 353

2) Vgl. ebd., S. 139, Tz. 254

3) Vgl. ebd., S. 130, Tz. 333 in Zitierung von ICAEW, Accounting in relation to changes in the purchasing power of money, a.a.O., S. 1, Tz. 1

4) Vgl. ebd., S. 140 f., Tz. 360

Da jedoch auch bei einer berechtigt erscheinenden Neubewertung stets die Gefahr des Missbrauchs bestehe - die Securities and Exchange Commission (S.E.C.) in den U.S.A. und das Amerikanische Institut der Certified Public Accountants erkennen diese Praxis nicht an¹⁾ -, sollten für diesen Fall Sicherheitsbestimmungen eingeführt werden²⁾.

Dementsprechend schreibt der Companies Act 1967 in SCH. 2, 11.-(6A) vor, dass in Fällen, in denen Gegenstände des Anlagevermögens zu Werten ausgewiesen werden, die nicht auf der Grundlage des Anschaffungswertprinzips ermittelt wurden, das Jahr der Neubewertung angegeben werde. Wenn die Neubewertung im laufenden Geschäftsjahr erfolgt ist, sind die Namen oder beruflichen Qualifikationen der Personen, die die Neubewertung durchgeführt haben und die Bewertungsmethode in der Bilanz oder einer Anmerkung zur Bilanz anzugeben. In den Fällen, in denen Anlagevermögen wiederholt Neubewertet worden ist, sind die jeweiligen Werte gesondert anzugeben.

Bei der Neubewertung von Maschinen und maschinellen Anlagen wird eine Angabe für die einzelnen Vermögensgegenstände nicht praktikabel sein. Die Angabe der Bewertungsmethode sollte Hinweise darüber enthalten, ob die Bewertung unter Berücksichtigung der Verwendung des Vermögensgegenstandes am Bilanzstichtag oder einer anderen Verwendungsmöglichkeit erfolgt ist und welche Rückstellungen für Veräußerungsgewinnsteuer (in den Formen der "Capital gains tax" und "Betterment levy") gebildet wurden³⁾.

Obwohl die weitaus überwiegende Zahl der Gesellschaften entsprechend der Empfehlung der Institute weiterhin auf der Grundlage des Anschaffungswertes bilanziert, gibt es

1) Vgl. Gustafson, G.A., Status of Accounting Research Study Nos. 1 and 3, in: The Journal of Accountancy, March 1970, S. 56-60, S. 58

2) Vgl. Jenkins Report, a.a.O., S. 141

3) Vgl. ICAS, The Companies Act 1967, a.a.O., S. 34 f.

trotzdem Gesellschaften, die im Jahresabschluss von dieser Basis abweichen und periodische Neubewertungen von Gegenständen des Anlagevermögens vornehmen. So geht aus einer Veröffentlichung von H.M. Stationery Office aus dem Jahre 1957 hervor, dass von 1.900 Gesellschaften mit einem Reinvermögen von mehr als £ 500.000 97 Gesellschaften ihr Anlagevermögen im Zeitraum von 1955 - 57 Neubewertet haben¹⁾. U.a. hat die grösste englische Public Company - I.C.I. Ltd. - in den Jahren 1950 und 1958 ihr Anlagevermögen neu bewertet²⁾.

bbb) Zweckmässiger Begriff des Zeitwertes

In einer erstaunlich grossen Zahl von Stellungnahmen vor dem Jenkins Committee, die ein Abgehen vom Anschaffungswertprinzip fordern, fehlt jede Festlegung des Begriffs des für die Bewertung des Anlagevermögens anstelle der Anschaffungswerte zugrundezulegenden Massstabs, der gewöhnlich mit dem Zeitwert (current value) umschrieben wurde³⁾. Eine solche Festlegung setzt aber eine genaue Definition der mit der Bilanz verbundenen Zwecke voraus.

Als mögliche Zeitwerte kommen in Betracht:

- (a) Der Einzelveräusserungswert
- (b) Die Wiederbeschaffungskosten
- (c) Der Ertragswert

Während der Einzelveräusserungswert von betriebswirtschaftlicher Seite als mit dem Wesen des Anlagevermögens unvereinbar abgelehnt wird, gibt es doch Stellungnahmen, die ihn insbesondere bei nicht spezifischen Vermögensgegenständen als brauchbaren Anhaltspunkt für die Beurteilung der Vermögenslage einer Gesellschaft ansehen. Allerdings sollte dieser Wert

1) Vgl. Jones, H.F., Guide, a.a.O., S. 529

2) Vgl. ebd.

3) So z.B. bei Baxter, W.T., Memorandum submitted to the Company Law Committee, in: Minutes of Evidence, a.a.O., S. 189

nicht in die Bücher der Gesellschaft aufgenommen werden, sondern nur als Bilanzanmerkung dienen¹⁾.

Die Wiederbeschaffungskosten werden von den meisten Stellungnahmen als Zeitwert schlechthin aufgefasst²⁾. Die Begründung hierfür ergibt sich allerdings nicht unter dem Gesichtspunkt des richtigen Vermögensausweises, sondern einer Erfolgsermittlung aufgrund gegenwartsnaher Aufwendungen. Mit der wichtigen Frage, ob Wiederbeschaffungsneuwerte oder Wiederbeschaffungszeitwerte anzusetzen seien, befasst sich keine der Stellungnahmen.

Als theoretischen richtigen Wert sehen die meisten Stellungnahmen den Ertragswert der Anlagegegenstände unter der Voraussetzung der Fortführung des Unternehmens an³⁾. So schreibt Morgan⁴⁾, ein Anlagegegenstand habe keinen Zeitwert (present value) ausser insoweit er voraussichtlich in der Zukunft Erträge erbringen wird, gleichviel wie hoch seine Anschaffungs- oder Wiederbeschaffungskosten sind. Diese Überlegungen habe auch ein möglicher Käufer anzustellen.

In diesem Sinne ähnelt der hier gemeinte Wert stark dem deutschen steuerlichen Teilwertbegriff, der ebenfalls wesentlich einen Ertragswert darstellt⁵⁾.

Da aber die Frage der Zurechenbarkeit von Erträgen zu einzelnen Vermögensgegenständen in der Regel nicht lösbar ist und auch in den anderen Komponenten, wie Kapitalisierungszinsfuss, grosse Unsicherheiten liegen, wird zumeist

1) Vgl. Edey, H.C., in: Minutes of Evidence, a.a.O., S. 201

2) Vgl. Henderson, R.F., in: Minutes of Evidence, a.a.O., S. 210

3) Vgl. z.B. trades Union Congress, Memorandum submitted to the Company Law Committee, in: Minutes of Evidence, a.a.O., S. 990

4) Morgan, E.V., Memorandum submitted to the Company Law Committee, in: Minutes of Evidence, a.a.O., S. 271

5) Vgl. hierzu Wöhe, G., Betriebswirtschaftliche Steuerlehre, Bd. I, Berlin und Frankfurt/M. 1964, S. 223 ff.

eingesehen, dass der Ertragswert für die Bewertung einzelner Anlagegegenstände keinen praktikablen Wert darstellt.

Bei einer gänzlichen Umstellung auf das Tageswertprinzip im Sinne eines der definierten Werte erscheint dem Verfasser der Grundsatz der Verifizierbarkeit des Rechnungslegung¹⁾ gefährdet, es sei denn die Bewertungszwecke und Methoden würden im Jahresabschluss eindeutig dargestellt. Aber auch dann dürfte der Mangel an Obligatorietät der anzuwendenden Prinzipien besonders im Betriebsvergleich eher Verwirrung stiften.

Wenn mit der Neubewertung nicht generell jeder externe Markteinfluss auf die Bilanzwerte des einzelnen Unternehmens berücksichtigt und eliminiert werden soll, sondern nur eine allgemeine Veränderung der Kaufkraft der Währung gemessen an einem Preisindex, so wird die Aufwertung des Anlagevermögens mittels Indexzahlen vorgeschlagen²⁾.

Gerade die Indexmethode, die den relativen Vorteil der Praktikabilität aufweist, erscheint jedoch dem Verfasser im Zusammenhang mit der Ausserachtlassung sowohl betriebsindividueller Umstände wie sozio-ökonomischer Konsequenzen (vgl. auch S. 217 der vorliegenden Arbeit) äusserst problematisch zudem sich das damit primär verfolgte Ziel der Substanzerhaltung auch bei Nominalrechnung durch entsprechende Rücklagenbildung erreichen lässt.

1) Vgl. S. 24

2) Vgl. Baxter, W.T., General or Special Index? - Capital Maintenance under Changing Prices, in: Journal UEC, 1967, S. 172 - 181. Die Indexmethode wird in verschiedenen stark inflationären Ländern, z.B. in mehreren südamerikanischen Ländern mit Erfolg praktiziert (vgl. Wells, M.T., Revaluation of Assets - South American Experience, in: Accountancy 1970, S. 116 - 119).

Ein weiteres, ungelöstes Problem bei Annahme einer Neubewertung des Anlagevermögens ist die Frage, wie oft eine solche Neubewertung stattzufinden habe. Die hierzu ergangenen Stellungnahmen nehmen die unterschiedlichsten Haltungen ein, und keine kann für sich zwingende Logik oder Praktikabilität in Anspruch nehmen.

Die Diskussion um die richtige Bewertung des Anlagevermögens endet mit dem unbefriedigenden Ergebnis, dass es letztlich keinen Wertmasstab gibt, der so zwingende Argumente für sich hat, dass er als praktikabler Wertmasstab die Anschaffungs- oder Herstellungskosten ersetzen könnte und, dass es viele Definitionen des Begriffs Zeitwert gebe, die alle unter bestimmten Voraussetzungen und in bestimmten Situationen Gültigkeit haben¹⁾.

Damit sollen aber nicht die mit einer Bilanzierung zu Zeitwerten verfolgten Ziele diskreditiert werden. Die Unzulänglichkeiten der Anschaffungswertmethode sowohl hinsichtlich des richtigen Vermögens - wie Erfolgsausweises bleiben bestehen und der z.B. vom Englischen Institut formulierte Vorteil, der Einfluss persönlicher Ansichten auf den Jahresabschluss werde auf ein Minimum reduziert²⁾, erscheint angesichts der Manipulationsmöglichkeit über die Abschreibung nicht grundlegend.

Ein wichtiger Ansatzpunkt für die praktische Durchführung der Zeitwertermittlung liegt in der Frage nach Art und Verwendungsmöglichkeiten der Vermögensgegenstände. Der Jenkins Report³⁾ ging davon aus, dass eine Unterscheidung in "spezifische" und "nicht-spezifische" Vermögensgegenstände allgemein anerkannt sei. Unter "spezifischen" Anlagegegen-

1) Vgl. The Association of Certified and corporate Accountants, Memorandum submitted to the Company Law Committee, in: Minutes of Evidence, a.a.O., S. 891

2) Vgl. ICAEW, Accounting in relation to changes in the purchasing power of money, a.a.O., S. 1, Tz. 2

3) Vgl. Jenkins Report, a.a.O., S. 138 f., Tz. 354

ständen sind solche zu verstehen, die für den Einsatz in einem bestimmten Betrieb angeschafft wurden; demzufolge sind Maschinen und maschinelle Anlagen gewöhnlich "spezifische" Anlagegegenstände; in diesen Fällen ist das Problem einer Unterbewertung nicht so gravierend, da sich solche stillen Reserven in der Regel relativ kurzfristig bei Veräußerung wieder auflösen. Somit reduziert sich ernsthafte Kritik am Anschaffungswertprinzip eigentlich auf die Bewertung von Grundstücken und Gebäuden, die häufig "nicht spezifisch", d.h. auch für andere Zwecke geeignet sind als die, für die sie ein bestimmtes Unternehmen einsetzt.

Hier kann ein Vermerk von Zeitwerten in der Bilanz oder im Geschäftsbericht nützliche Einsichten in die Vermögenslage der Gesellschaft vermitteln¹⁾.

Die gegenwärtige Bilanzierungspraxis in England lässt viele der angeschnittenen Fragen offen. Die Unterschiedlichkeit der Handhabung erschwert den Betriebsvergleich.

bb) Abschreibungen

111) Wesen und Aufgaben der Anlagenabschreibung

Je nach Auffassung von Wesen und Zweck der Bilanz werden auch Wesen und Aufgaben der Abschreibung unterschiedlich definiert. Vertreter der Auffassung der Bilanz als Vermögensrechnung sehen in den Abschreibungen ein "Mittel zur Wertangleichung für die zu hoch zu Buch stehenden Werte des Anlagevermögens"²⁾. Abschreibungen sind demnach "die vom Bilanzaufsteller bzw. vom Unternehmer ... erfolgenden Herabsetzungen der Werte einzelner Vermögensgegenstände zwecks Berücksichtigung solcher eingetretener Wertbewegungen, die in der Regel mangels mengenmässiger Änderung von selbst nicht von der Buchhaltung bzw. bei der Inventuraufnahme erfasst werden³⁾".

1) Vgl. dazu die Ausführungen S. 94 f. und S. 260 ff.

2) Heinen, E., Handelsbilanzen, a.a.O., S. 126

3) Le Coutre, W., Grundzüge der Bilanzkunde, Teil 1, 4. Auflage, Wolfenbüttel 1949, a.a.O., S. 119

Unter dynamischen Gesichtspunkten sind Abschreibungen ein Mittel zur Verteilung von "Ausgaben (Anschaffungskosten der Anlagegüter), die erst später Aufwand werden¹⁾" oder unter einer anderen Betrachtungsweise "eine Antizipation des Verlustes ..., der im Jahre der Ausserbetriebnahme bzw. Veräusserung eintritt²⁾". Dem organischen Gedanken entspringt die Auffassung vom Wesen der Abschreibung als Kostenverteilung unter dem Postulat der Sicherstellung der Substanzerhaltung. Die Abschreibung nimmt damit den Charakter einer Erneuerungsrücklage an³⁾.

Der Companies Act 1967 legt sich nicht auf einen bestimmten Begriffsinhalt der Abschreibungen fest. Für den Fall jedoch, dass vom normalen Grundsatz der Abschreibungsermittlung (d.i. Abschreibung auf den Anschaffungswert) abgewichen wird, ist dies offenzulegen⁴⁾.

Das AktG folgt der dynamischen Interpretation der Abschreibung. Es sollen mit ihrer Hilfe die Anschaffungs- oder Herstellungskosten der Anlagen unter dem Gesichtspunkt einer periodengerechten Aufwandserfassung auf die Jahre der Nutzung der Anlagen verteilt werden, womit die Abschreibung einem der Hauptziele der aktienrechtlichen Bewertungsvorschriften dient, die Ergebnisse aufeinanderfolgender Geschäftsjahre vergleichbar zu machen⁵⁾.

222) Abschreibungsmethoden

Das AktG schreibt keine bestimmte Abschreibungsmethode vor; sie muss jedoch den Grundsätzen ordnungsmässiger

1) Vgl. Heinen, E., Handelsbilanzen, a.a.O., S. 127

2) Vgl. ICAEW, Depreciation of fixed assets, a.a.O., S. 1, Tz. 3

3) Vgl. hierzu Heinen, E., Handelsbilanzen, a.a.O., S. 128

4) Vgl. S. 233 der vorliegenden Arbeit

5) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 154, Tz. 6

Buchführung entsprechen. Nach den Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung hat die Abschreibung den wirtschaftlichen Gegebenheiten des bilanzierenden Unternehmens zu entsprechen¹⁾. Dabei kommt es auf die "für die bilanzierende Unternehmung relevanten betriebswirtschaftlichen Daten und Erwartungen an. Bei der Wahl der Abschreibungsmethode wird somit insbesondere der Inanspruchnahme der Anlage sowie einer möglichst periodengerechten Aufwandserfassung Rechnung zu tragen sein²⁾.

Neben den in Deutschland in der Praxis bekannten Abschreibungsmethoden finden sich in England Formen, die ein Zinselement bei der Abschreibungsbemessung berücksichtigen³⁾. Diese Überlegungen hängen mit der in England nicht selten anzutreffenden Übung der Bindung durch Abschreibung freigesetzter Beträge in Form liquider Mittel bis zum Zeitpunkt der Ersatzbeschaffung zusammen. Bei unterschiedlicher Art der Zinsermittlung und Form der Anlage der freigesetzten Beträge laufen diese Methoden letztlich alle darauf hinaus, durch Verzinsung der Abschreibungsbeträge in den ersten Jahren eine geringere Belastung des Periodenerfolgs mit sich zu bringen⁴⁾.

Zu den in Deutschland nicht gebräuchlichen Methoden gehört ein Verfahren, nach dem jährlich ein bestimmter, in der Regel gleichbleibender Betrag erfolgsmindernd einem Rückstellungs- bzw. Wertberichtigungskonto für Abschreibung und Reparaturaufwand gutzuschreiben ist, wogegen die effektiven Ersatzbeschaffungen und Reparaturaufwendungen gebucht werden⁵⁾.

-
- 1) Vgl. Kropff, B., Bilanzwahrheit und Ermessensspielraum in den Rechnungslegungsvorschriften des Aktiengesetzes 1965, in: WPg 1966, S. 369 - 380, S. 375
 - 2) Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 154, Tz. 32
 - 3) Es sind dies die depreciation fund method, insurance policy method und annuity method (Einzelheiten vgl. Jones, F.H., Guiede, a.a.O., S. 35)
 - 4) Es ist jedoch interessant, dass Schmidt, F. (die organische Tageswertbilanz, 3. Aufl., Wiesbaden 1951, S. 203) diese Abschreibungsmethode fordert.
 - 5) Diese Methode wird in SCH. 2, 5.-(2)(b) als zulässig angeführt.

Diese Handhabung, die bei zwar schwankendem, aber auf ein durchschnittliches Niveau zurückzuführendem Erneuerungs- und Reparaturaufwand anzuwenden ist, hat im wesentlichen denselben Effekt, den die degressive Abschreibung bei kontinuierlich ansteigendem Niveau des Reparaturaufwands erbringt, nämlich eine gleichmässige Verteilung des Gesamtaufwands der Anlagegegenstände.

Nach Würdigung aller berechtigten betriebswirtschaftlichen Überlegungen kommt das Englische Institut wohl vorwiegend aus Praktikabilitätsüberlegungen, jedoch auch aus der vertretenen Grundauffassung von der Rechnungslegung als nominale Abrechnung über investierte Geldmittel, die innerhalb der Nutzungsdauer regelmässig zurückfliessen sollen¹⁾, zu dem Schluss, dass regelmässig die lineare Abschreibungsmethode zu empfehlen sei²⁾.

Trotz der von vielen Seiten geforderten Angabe der Abschreibungsmethoden und Abschreibungssätze hat sich der Companies Act 1967 gegen eine solche Vorschrift entschieden. Dazu dürfte die ablehnende Haltung des Englischen Instituts³⁾ beigetragen haben. Trotzdem werden in der Praxis häufig die Abschreibungsmethoden und teilweise auch Abschreibungssätze auf freiwilliger Basis vermerkt⁴⁾.

1) Vgl. ICAEW, Accounting in relation to changes in the purchasing power of money, a.a.O., S. 1, Tz. 2

2) Vgl. ICAEW, Depreciation of fixed assets, a.a.O., S. 2, Tz. 12; Unter Verweis auf die amerikanische Praxis führt das Institut (ebd., S. 1, Tz. 5) aus: "Though other methods may be appropriate in the case in some classes of assets, the balance of informed opinion now favours the straight-line method as being the most suitable for general application".

3) Vgl. ICAEW, in: Minutes of Evidence, a.a.O., S. 1366

4) Nach von Greener, M., a.a.O., S. 418 angestellten Untersuchungen gaben etwa 60 % ausgewählter Unternehmen eine Beschreibung der angewandten Abschreibungsmethoden.

333) Planmässige Abschreibungen und Sonderabschreibungen

Nach herrschender Auffassung in Deutschland erfordert der aktienrechtliche Begriff der "planmässigen Abschreibungen" nach § 154 Abs. 1 AktG die Schätzung der Nutzungsdauer abnutzbarer Anlagegegenstände unter Berücksichtigung technischer und wirtschaftlicher Entwertungsfaktoren, einen im wesentlichen übereinstimmenden, auf keinen Fall aber konträren Abschreibungs- und Nutzungsverlauf sowie die grundsätzliche Beibehaltung der einmal gewählten Methode¹⁾.

Auch das Englische Institut hält die wirtschaftliche Nutzungsdauer massgebend für die Bemessung der Abschreibungsdauer²⁾. Veralterung, die nicht vernünftigerweise vorhersehbar ist, darf nicht berücksichtigt werden³⁾. Ergeben sich im Verlauf der Nutzung neue Erkenntnisse oder Umstände, die eine Änderung der restlichen Abschreibungsdauer bedingen, so hat eine Anpassung im Rahmen der Normalabschreibung zu erfolgen⁴⁾.

Das AktG bezeichnet Abschreibungen als ausserplanmässig, soweit diese vorgenommen werden, um Gegenstände mit dem niedrigeren Wert, der ihnen am Abschlusstichtag beizulegen ist, anzusetzen⁵⁾. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung ist nach § 154 Abs. 2 Satz 1, 2. Halbsatz AktG die Sonderabschreibung zwingend geboten, während bei einer vorübergehenden Wertminderung, die allerdings bei Sachanlagen nur ausnahmsweise denkbar ist, ein Abwertungswahlrecht besteht. Sind die Gründe, die zur Sonderabschreibung geführt haben, zu einem späteren Abschlusszeitpunkt weggefallen, so besteht ein Beibehaltungswahlrecht des niedrigeren Wertansatzes (§ 154 Abs. 2 Satz 2 AktG).

1) Vgl. WP-Handbuch, a.a.O., S. 501

2) Vgl. ICAEW, Depreciation of fixed assets, a.a.O., S. 1, Tz.3

3) Vgl. ebd., S. 3, Tz. 15

4) Vgl. ebd. S. 1, Tz.3

5) Vgl. § 154, Abs. 2 Satz 1 Ziff. 1 AktG

In der aktienrechtlichen Diskussion ist die Frage, welcher Wert für das Anlagevermögen als niedrigerer beizulegender Wert anzusehen ist, nicht endgültig gelöst¹⁾. Adler-Düring-Schmaltz sind der Ansicht, dass die Wiederbeschaffungskosten als Obergrenze des beizulegenden Wertes in Fällen gelten können, in denen "gesunkene Wiederbeschaffungskosten den Wert der Anlage im Hinblick auf die Konkurrenzfähigkeit des Unternehmens beeinträchtigen²⁾". Der Einzelveräußerungspreis komme nur ausnahmsweise als Vergleichsmaßstab in Betracht, wenn bei nicht genutzten Anlagen mit einer Wiederinbetriebnahme in absehbarer Zeit nicht zu rechnen sei oder in anderen Fällen eine baldige Veräußerung beabsichtigt ist³⁾. Für Gegenstände, die als solche nicht mehr zu beschaffen sind, wird der beizulegende Wert schliesslich häufig nur aus dem Ertragswert abzuleiten sein⁴⁾.

Die Zulassung von Sonderabschreibungen stellt m.E. angesichts des sonst geltenden Anschaffungswertprinzips eine Inkonsequenz der aktienrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften dar, die umso mehr wiegt, als nicht definiert ist, welche Werte die Anschaffungs- oder Herstellungskosten im einzelnen ersetzen sollen.

Die Empfehlungen des Englischen Instituts kennen Sonderabschreibungen im aktienrechtlichen Sinne nicht. So seien der Veräußerungswert oder Wiederbeschaffungskosten grundsätzlich irrelevant⁵⁾.

Werden erhöhte Abschreibungen aus anderen Gründen vorgenommen, die nicht aus einer Planänderung resultieren,

1) So enthalten sich z.B. das WP-Handbuch, a.a.O., und Scherpf, P., a.a.O., diesbezüglich einer Stellungnahme.

2) Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 154, Tz. 74

3) Vgl. ebd., § 154, Tz. 76

4) Vgl. ebd., § 154, Tz. 77

5) Vgl. ICAEW, Depreciation of fixed assets, a.a.O., S. 1, Tz. 1

so sollten sie in der Gewinn- und Verlustrechnung gesondert dargestellt werden¹⁾. Beträge, die für Wertminderungen ausserhalb der üblichen Abschreibungsursachen oder bei nicht amortisierbaren Anlagegegenständen, wie Grundstücken, zurückgestellt werden, stellen keinen Aufwandsfaktor innerhalb des normalen Geschäftsbetriebs dar²⁾.

Das AktG schreibt somit einmal aus Gründen der Vorsicht zwingend Sonderabschreibungen vor, wo die englische Praxis gewöhnlich eine Planänderung vornehmen wird, die im Interesse einer gleichmässigen Aufwandsverteilung vorzuziehen ist. Zum anderen werden im Gefolge vorübergehender Wertschwankungen Bewertungswahlrechte eingeräumt, die nach englischer Ansicht mit dem Wesen der Anlagenbilanzierung nicht vereinbar sind.

Nach der englischen Terminologie stellt eine Sonderabschreibung³⁾ bzw. der nach ihrer Vornahme verbleibende Restwert eine Form der "valuation" dar, die zwar gewöhnlich im Hinblick auf gestiegene Werte diskutiert wird. Das Abgehen vom Anschaffungswertprinzip muss als solches gekennzeichnet werden.

Die Möglichkeit von Sonderabschreibungen zur Inanspruchnahme steuerlicher Vergünstigungen entsprechend § 153 Abs. 2 Satz 1 Ziff. 2 AktG für Handelsbilanzzwecke besteht in England nicht⁴⁾.

444) Abschreibungen auf Wiederbeschaffungskosten

Abschreibungen werden in erster Linie als Vorgang der Amortisation der Anschaffungs- oder Herstellungskosten

1) Vgl. ICAEW, Depreciation of fixed assets, a.a.O., S. 2, Tz. 11

2) Vgl. ebd., S. 3, Tz. 12

3) Man bezeichnet diese gewöhnlich als "write-offs" oder "amounts set aside" und vermeidet den Ausdruck "depreciation"

4) Vgl. S. 243 der vorliegenden Arbeit

eines Anlagegegenstandes über dessen Nutzungsdauer angesehen¹⁾; sie können auch sicherstellen, dass die Mittel, die zum Ersatz der Vermögensgegenstände zu unveränderten Preisen erforderlich sind, zur Verfügung stehen; sie stellen aber nicht notwendigerweise die Mittel zur Verfügung, die in Zeiten allgemeinen Preisauftriebs erforderlich sind, um eine Wiederbeschaffung zu erhöhten Preisen zu ermöglichen.

Der englische Gesetzgeber sieht im Gegensatz zum AktG ausdrücklich die Möglichkeit einer Abschreibung auf Wiederbeschaffungskosten vor, verlangt aber in diesem Fall den gesonderten Ausweis in der Gewinn- und Verlustrechnung (SCH. 2, 12.-(3)).

Diese Vorschrift ist im Zusammenhang mit den Ausführungen über die Bilanzierung zu Zeitwerten²⁾ zu sehen. Die Pflicht zum gesonderten Ausweis genügt dem Prinzip der vollen Offenlegung wichtiger Tatsachen im Abschluss.

555) Exkurs: Abschreibungen in steuerlicher Hinsicht³⁾

Für steuerliche Zwecke werden die bilanziellen Abschreibungen nicht anerkannt. Die Steuergesetze gewähren vielmehr im Jahr der Nutzungszuführung von Gegenständen des Anlagevermögens Sonderabschreibungen zu festgelegten Sätzen (Initial oder Investment Allowances⁴⁾), die von den Anschaffungs- oder Herstellungskosten zu berechnen sind, und in den folgenden Jahren jährliche Absetzungen für

1) Vgl. Greener, M., a.a.O., S. 388

2) Vgl. S.94 ff der vorliegenden Arbeit

3) Vgl. hierzu S. 199 ff.

4) Diese wurden nach dem Industrial Development Act 1966 weitgehend durch Investitionsprämien (investment grants) ersetzt. (Vgl. ICAEW, The accounting treatment of investment grants, a.a.O., S. 1)

Abnutzung (Wear and Tear Allowances), die zumeist vom Wert nach Vornahme der Investment Allowance berechnet werden und deren Sätze wiederum zwingend vorgeschrieben sind. Beim Verkauf von Anlagegegenständen ist die Differenz zwischen den Verkaufserlösen und den Anschaffungskosten abzüglich vorgenommener Absetzungen erfolgswirksam zu behandeln. Eine Abschreibung über die Anschaffungskosten hinaus ist somit steuerlich nicht möglich¹⁾.

666) Unterlassung von Abschreibungen

SCH. 2, 14.-(2) verlangt lediglich, dass eine Unterlassung von Abschreibungen offengelegt wird. Im allgemeinen dürfte eine Unterlassung von Abschreibungen, die nicht gerechtfertigt ist, eine Einschränkung des Bestätigungsvermerks erfordern²⁾. In anderen Fällen kommt ihr der Charakter einer saldierten Zuschreibung zu, die jedoch nur dann möglich ist, wenn sie mit dem Erfordernis der Generalklausel in Übereinstimmung ist.

Obwohl die Notwendigkeit von Abschreibungen betriebswirtschaftlich unbestritten ist, hat das englische Fallrecht besonders bei zeitlich begrenzten Unternehmen Entscheidungen getroffen, in denen eine Verteilung von Gewinnen vor Vornahme erforderlicher Abschreibungen für zulässig gehalten wurde³⁾. Der Jenkins Report hatte die Empfehlung ausgesprochen, Abschreibungen zwingend vorzuschreiben⁴⁾. Dieser Anregung ist jedoch der Gesetzgeber nicht gefolgt.

Nach dem AktG besteht eine uneingeschränkte Pflicht zur Vornahme von planmässiger Abschreibung bei Gegenständen mit zeitlich begrenzter Nutzungsdauer (§ 154 Abs. 1, Satz 1 AktG).

1) Vgl. Jones, F.H., Guide, a.a.O., S. 51 ff.

2) Vgl. ebd., S. 55

3) z.B. Case Lee v. Neuchatel Asphalt Co. Ltd. (1889), zitiert bei Lawson, W., Company Law - Basic Accounting Principles, Sonderdruck in: Accountancy January 1970

4) Vgl. Jenkins Report, a.a.O., S. 136, Tz. 349

Eine Verrechnung von Abschreibungen mit möglichen Zuschreibungen ist nicht zulässig, da letztere nach § 152 Abs. 1 Satz 2 AktG gesondert aufzuführen sind.

cc) Zuschreibungen

Zuschreibungen bei Sachanlagen können im Rahmen der aktienrechtlichen Höchstwertvorschriften nur den Charakter einer Rückgängigmachung von zuviel vorgenommenen Sonderabschreibungen annehmen. Sie können höchstens in Höhe des Unterschieds zwischen dem Buchwert nach früher vorgenommenen Sonderabschreibungen und den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten erfolgen. Zuschreibungen zur Korrektur früherer überhöhter planmässiger Abschreibungen sind nicht möglich, da im Rahmen einer Änderung des Abschreibungsplans infolge verlängerter Nutzungsdauer nur künftige, nicht jedoch bereits in der Vergangenheit vorgenommene Abschreibungen geändert werden dürfen¹⁾. In der Praxis ergeben sich Zuschreibungen häufig im Anschluss an steuerliche Betriebsprüfungen im Zuge der Anpassung der Handelsbilanz an die Werte der Prüferbilanz²⁾.

In England ist der Begriff der Zuschreibung (appreciation) weiter. Er umfasst jede Erhöhung des Wertes der Anlagegegenstände, die nicht körperliche Zugänge darstellen, also insbesondere die Konsequenzen von Neubewertungen (valuation). Dabei erfolgt die Zuschreibung brutto, d.h. sowohl beim Anlagekonto wie beim entsprechenden Wertberichtigungskonto. Obwohl ex lege in der Darstellung der Anlagenentwicklung eine gesonderte Angabe des Wertes der Zuschreibungen nicht ausdrücklich vorgeschrieben ist (SCH. 2, 11.-(6B)), kann aufgrund der Bestimmung von SCH. 2, 11.-(6A), wonach bei Neubewertungen der alte und neue Wert anzugeben ist, auf das

1) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 154, Tz. 64

2) Vgl. WP- Handbuch, a.a.O., S. 496

Erfordernis der Einbeziehung von Zuschreibungen in die Darstellung der Anlageentwicklung geschlossen werden, sofern sie sich nicht aus der Rücklagenbewegung ersehen lassen¹⁾.

22) Immaterielle Anlagewerte und Finanzanlagen

Immaterielle Anlagewerte und Finanzanlagen unterscheiden sich wesentlich von Sachanlagen insofern als es sich hierbei nicht um körperliche Gegenstände, sondern in der Regel um Rechte handelt. Jedoch weisen gerade immaterielle Anlagewerte oft eine äusserst heterogene Zusammensetzung auf, die keine einheitliche Behandlung ermöglicht.

aa) Die Bewertung immaterieller Anlagewerte

Der Companies Act 1948 enthält zwei Vorschriften, die immaterielle Anlagenwerte von anderen Anlagegegenständen unterscheiden. Einmal unterliegen sie nicht der Bestimmung der Angabe der Bewertungsmethode, zum anderen sind sie von der Vorschrift des Bruttoausweises des Anlagevermögens ausgenommen (SCH. 2, 5.-(2)(d)).

Aus dem in Deutschland nur für entgeltlich erworbene immaterielle Wirtschaftsgüter bestehendem Aktivierungswahlrecht wird auch auf die Möglichkeit einer Teilaktivierung unter Anschaffungskosten geschlossen²⁾. Diese Möglichkeit dürfte in England nicht bestehen, da dies dem allgemeinen Bilanzierungsgrundsatz, Vermögensgegenstände zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten auszuweisen, widerspricht³⁾.

1) Vgl. S. 189 der vorliegenden Arbeit

2) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 153, Tz. 118; Mutze, A., a.a.O., S. 170

3) Diese Formulierung findet sich in AICPA, Accounting Research Bulletin No. 43, Restatement and Revision, a.a.O., S. 38, Tz. 4. Dies dürfte auch für die englische Auffassung repräsentativ sein; so führen Magnus-Estrin, Companies - Law and Practice, a.a.O., S. 454 aus, die Bilanzierung von Patenten zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten und ihre Amortisation über ihre Laufzeit oder kürzere Nutzungsdauer entsprechende guter Bilanzierungspraxis.

Immaterielle Wirtschaftsgüter, die einer Wertminderung unterliegen (z.B. durch vertragliche Beschränkung der Nutzung auf eine bestimmte Zeit), sind planmässig über die Nutzungsdauer abzuschreiben, wobei das ICAEW eine lineare Abschreibung empfiehlt¹⁾.

Da immaterielle Anlagewerte schwer schätzbar sind und sich oft schnell verflüchtigen, entspricht es in Deutschland allgemeiner Bilanzierungspraxis, diese in mindestens fünf Jahren abzuschreiben²⁾.

Im Gegensatz zum Aktienrecht, das eine jährliche angemessene Abschreibung des derivativen Firmenwerts, mindestens jährlich zu einem Fünftel des Ausgangsbetrags verlangt (§ 153 Abs. 5 Satz 3 AktG), wird in England eine Reduktion des Firmenwerts nicht als Aufwand, sondern als Gewinnverwendung angesehen³⁾. Dies hat zur Folge, dass in ertragsreichen Jahren, in denen der Goodwill wahrscheinlich steigt, von der Möglichkeit einer Reduzierung des Goodwill Gebrauch gemacht wird, während Unternehmen, die nicht genügend Gewinne zur Ausschüttung zur Verfügung haben, die Gewinne in diesen Jahren nicht zur Verminderung des Goodwill verwenden werden. Somit weisen florierende Unternehmen zumeist keinen Goodwill aus, während die Bilanzen wenig ertragsbringender Unternehmen oft mit einem hohen Geschäfts- oder Firmenwert belastet sind.

Die englische Rechtsprechung hat in zwei Fällen festgestellt, dass keine Pflicht zur erfolgswirksamen Abschreibung eines Goodwill besteht⁴⁾ und dass eine buchmässige Reduktion des Goodwill keinen Aufwand, sondern eine Gewinnverwendung darstellt⁵⁾. Auch aus betriebswirtschaftlichen

1) Vgl. ICAEW, Depreciation of fixed assets, a.a.O., S. 3, Tz. 5

2) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 153, Tz. 119

3) Vgl. Jones, F.H., Guide, a.a.O., S. 153 f.; Matthews, J., Divisible Profits -II- More Case Law, in: Accountancy 1969, S. 599

4) Fall Wilmer v. McNamara Co. Ltd. (1895), angeführt bei Jones, F.H., Guide, a.a.O., S. 167 und 340 - 341.

5) Fall Stapley v. Read Bros. Ltd. (1924), angeführt ebd. S. 156 f.

Überlegungen wird eine Abschreibung abgelehnt. Dies erfolgt einmal unter Hinweis auf die Entstehung des derivativen Geschäfts- oder Firmenwertes, wo Faktoren mitbestimmend sein können, die keinerlei Rücksicht auf die Möglichkeit der Erzielung zukünftiger Gewinne nehmen. Damit könne auch kein entsprechender Aufwand gebucht werden¹⁾. Zum anderen erleide der Geschäfts- oder Firmenwert auch keine Wertminderung durch Gebrauch oder Zeitablauf, für die planmässige Abschreibungen angesetzt werden könnten²⁾.

Ein Abbau eines Geschäfts- oder Firmenwertes vor der Verteilung von Gewinnen oder anstelle der Bildung offener Rücklagen wird jedoch aus Gründen der Vorsicht vor allem wegen der zweifelhaften Realisierbarkeit empfohlen³⁾.

Die deutsche Literatur befasst sich erstaunlicherweise nicht mit dem vom aktienrechtlichen Erfordernis der Abschreibung innerhalb von fünf Jahren ausgehenden Einfluss auf die Erfolgsdarstellung. Man hält eine beschleunigte Abschreibung vielmehr aus dem Gesichtspunkt der Vorsicht für angebracht⁴⁾⁵⁾.

1) Vgl. Jones, F.H., Guide, a.a.O., S. 154

2) Vgl. ICAEW, Depreciation of fixed assets 1945, in: Recommendations on Accounting Principles, a.a.O., (N9), S. 3, Tz. 12

3) Vgl. Jones, F.H., Guide, a.a.O., S. 156

4) Vgl. Heinen, E., Handelsbilanzen, a.a.O., S. 160

5) Interessant ist die amerikanische Praxis in dieser Hinsicht, die zwar tendenziell zur englischen Ansicht neigt, jedoch aber durch systematische Untersuchung aller immaterieller Anlagegüter zu einer ausgewogenen, differenzierten Ansicht gelangt. Danach unterscheidet das AICPA, Accounting Research Bulletin No. 43, a.a.O., Chapter 5, Intangible Assets, S.37 ff. immaterielle Anlagewerte mit eindeutig begrenzter und unbestimmter Nutzungsdauer (erstere umfassen z.B. Patente, Lizenzen, Urheberrechte, zu letzteren zählen im allgemeinen Handelsmarken und Goodwill). Erstere unterliegen planmässiger Abschreibung über die Nutzungsdauer der Vermögenswerte, letztere sind gewöhnlich nicht abzuschreiben; sie müssen allerdings planmässig abgeschrieben werden, wenn konkrete Anhaltspunkte auftauchen, dass ihre Nutzbarkeit beschränkt ist - sie werden dann praktisch zu immateriellen Anlagewerten der ersten Art -; eine ausserplanmässige Abschreibung ist erforderlich, wenn die Unverwertbarkeit der immateriellen Vermögensteile nachgewiesen wird. In beiden Fällen ist eine Abschreibung als Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung nur dann zulässig, wenn dadurch nicht eine Verzerrung des Ergebnisses eintritt. Anderenfalls ist ein Abzug vom Jahresüber-

Da in der Gewinn- und Verlustrechnung ein gesonderter Ausweis nicht erfolgt¹⁾, werden bei der Ergebnisermittlung Faktoren mit einbezogen, die nicht durch die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft bedingt sind. Dies erschwert besonders den horizontalen Betriebsvergleich.

Es ergibt sich somit hier ganz schroff, dass mit oft nicht unerheblichen Konsequenzen für die Bilanzierung in Deutschland eindeutig das Vorsichtsprinzip bei der Bewertung der immateriellen Anlagewerte dominiert, während in England stets bei gebührender Berücksichtigung kaufmännischer Vorsicht dem Erfordernis der wahren und getreuen Bilanzierung im Sinne einer perioden gerechten Aufwandsverteilung auch bei immateriellen Anlagen Vorrang eingeräumt wird.

bb) Die Bewertung der Finanzanlagen²⁾

Die Bewertung der Finanzanlagen war eines der umstrittensten Themen der Beratungen zum Companies Act 1967. Das Gesetz selbst hat die bestehende Neutralität beibehalten, verlangt jedoch in SCH. 2, 11.-(6A) bei notierten Werten die Angabe des Zeit- oder Börsenwertes, falls dieser vom Bilanzwert abweicht, und bei nicht notierten Aktien nach SCH. 2, 5A.- entsprechende Angaben, die für die Beurteilung des Zeitwertes erforderlich sind.

Gebräuchlich und vom englischen Institut sowie vom Jenkins Report empfohlen ist die Bilanzierung von Finanzanlagen in Normalfällen zu Anschaffungskosten³⁾.

Unterschiedliche Auffassung besteht hinsichtlich der Behandlung von im Zusammenhang mit dem Erwerb von

- 1) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 157, Tz. 158
- 2) Auf die Sonderprobleme bei Kapitalanlagegesellschaften wird im folgenden nicht eingegangen. Einzelheiten hierzu vgl. ICAEW, The accounts of investment trust companies (1968), in: Recommendations on Accounting Principles, a.a.O., (N 28)
- 3) Vgl. ICAEW, Treatment of investments, a.a.O., S. 2, Tz. 6; Jenkins Report, a.a.O., S. 141 f., Tz. 363

Finanzanlagen entstehenden Nebenkosten. Nach Adler-Düring-Schmaltz¹⁾ gehören "Nebenkosten, wie Notariatskosten, Börsenumsatzsteuer, Provisionen und Spesen, nicht dagegen Aufwendungen, die der Vorbereitung der Entscheidung über den Erwerb dienen (z.B. Kosten eines Bewertungsgutachtens)", zu den Anschaffungskosten. Dagegen fordert Jones die Verbuchung dieser Nebenkosten als Aufwand, da sie den Wert der Finanzanlagen nicht erhöhten²⁾.

Eine Abschreibung ist nur dann zulässig, wenn sich der Wert langfristig und voraussichtlich dauernd gesenkt hat.

Dabei ist nach Adler-Düring-Schmaltz³⁾ bei Beteiligungen "auf den inneren Wert abzustellen ..., der sich - zumindest theoretisch - nach dem Ertragswert ... richtet". Wenn sich der Nutzen einer Beteiligung in anderer Weise als in Form von Dividenden ausdrückt, kann auch bei fehlendem Ertragswert eine Beibehaltung der Anschaffungskosten gerechtfertigt sein⁴⁾.

Diese Auffassung wird im wesentlichen vom Englischen Institut geteilt, das als Vergleichswert nicht notwendigerweise den Zeitwert oder Einzelveräußerungswert ansieht, sondern eine Bewertung unter Fortführungsgesichtspunkten fordert, wobei auch ein fortbestehender Firmenwert oder bestehende Geschäftseinrichtungen in die Betrachtung einzubeziehen sind⁵⁾.

1) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 153, Tz. 91

2) Vgl. Jones, F.H., Guide, a.a.O., S. 86

3) Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 154, Tz. 78

4) Vgl. ebd.

5) Vgl. ICAEW, Treatment of investments, a.a.O., S. 5, Tz. 22

Während nach der in Deutschland herrschenden Ansicht¹⁾ eine Zuschreibung über die Anschaffungskosten hinaus unter keinen Umständen zulässig ist, ist das ICAEW der Auffassung, in Fällen, in denen der Bilanzwert von Finanzanlagen und die entsprechenden Einkünfte infolge einer übermässigen Hortung von Gewinnen in einem völlig unangemessenen Verhältnis zum Zeitwert stehe, müsse zumindest eine diesbezügliche Erläuterung im Abschluss erfolgen, wenn man von einer Neubewertung absehe²⁾.

Auf keinen Fall dürfen jedoch kurzfristige Schwankungen im Marktpreis von Finanzanlagen das laufende Periodenergebnis beeinflussen³⁾.

Bei der Ermittlung des Zeitwerts bzw. Börsenpreises ist zu berücksichtigen, dass die Notierungen gewöhnlich "cumdiv" erfolgen. Hier verlangen die allgemeinen Bilanzierungsgrundsätze eine Eliminierung der aufgelaufenen Dividenden⁴⁾.

Aufgelaufene Zinsen beim Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren stellen nach übereinstimmender Auffassung keinen Bestandteil der Anschaffungskosten dar. Jones⁵⁾ schlägt hier eine Verbuchung als Minderung der Zinserträge vor, während Adler-Düring-Schmaltz die aufgelaufenen Stückzinsen unter Wertpapieren des Umlaufvermögens bilanzieren möchten⁶⁾.

1) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 153, Tz. 94

2) Vgl. ICAEW, Treatment of investments, a.a.O.,

3) Vgl. Jones, F.H., Guide, a.a.O., S. 85

4) Vgl. ebd., S. 85 f.

5) Vgl. ebd., S. 86

6) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 153, Tz. 105

3) Die Bilanzierung des Umlaufvermögens

Auf Vorschlag des Instituts der Wirtschaftsprüfer hat das AktG 1965 die Aufteilung des Umlaufvermögens in zwei Blöcke, "Vorräte" und "Andere Gegenstände des Umlaufvermögens", vorgeschrieben. Dadurch werden nach Adler-Düring-Schmaltz¹⁾ die Vorräte als Umlaufvermögen im engeren Sinne besonders hervorgehoben. Weder die Companies Acts noch die Instituts-empfehlungen deuten auf ähnliche Überlegungen hin. Allerdings wird stets auf die entscheidende Bedeutung der Bilanzierung der Vorräte für die Darstellung der Lage der Gesellschaft hingewiesen²⁾. Um dem Rechnung zu tragen und auch unter dem Gesichtspunkt der Gliederung der Aktiva nach dem Grad der Geldnähe³⁾ werden in der Praxis Vorräte gewöhnlich als erste Position des Umlaufvermögens ausgewiesen⁴⁾.

a) Vorräte

Der Companies Act verwendet zur Bezeichnung der Vorräte in der Bilanz den Ausdruck "stock in trade (fertige Erzeugnisse, Waren einschliesslich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe) and work in progress (unfertige Erzeugnisse, in Arbeit befindliche Aufträge oder nicht abgerechnete Leistungen)". Damit soll den Bedürfnissen von Dienstleistungsbetrieben und Industrieunternehmen, die auch Dienstleistungen erbringen, Rechnung getragen werden⁵⁾. Demgegenüber berücksichtigt das

1) Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 151, Anm. 115

2) Vgl. ICAEW, Treatment of stock-in-trade and work in progress in financial accounts, in: Recommendations on Accounting Principles, a.a.O., (N 22), S. 1, Tz. 1; Jones, F.H., Guide, a.a.O., S. 57; Accountants' International Study Group, Inventories, a.a.O., Tz. 13

3) Vgl. die Ausführungen auf S. 62

4) In diesem Sinne ICAEW, Presentation of balance sheet and profit and loss account, a.a.O., S. 6, Tz. 36

5) Vgl. Castle, E.F., Valuation of Stock, 2 Teile, in: Accountancy 1970, S. 522

aktienrechtliche Gliederungsschema nur die Erfordernisse des Industriebetriebs. Da eine Zusammenfassung von Erzeugnissen und Leistungen wegen der unterschiedlichen Zugriffsmöglichkeit durch die Gläubiger nicht zulässig ist¹⁾, bedarf in einem solchen Fall die Bilanzgliederung einer Erweiterung gegenüber dem Schema des § 151 AktG.

11) Begriff und Abgrenzungen

Nach dem aktienrechtlichen Gliederungsschema sind Vorräte in Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, unfertige Erzeugnisse sowie fertige Erzeugnisse und Waren zu unterteilen.

Tatsächlich können die hierunter enthaltenen Vermögensgegenstände äusserst heterogener Natur sein und schwer einzuordnende Vorräte einschliessen, wie Bestände an Kuppel- oder Abfallprodukten oder im Austausch gegen neue Erzeugnisse hereingenommene Gebrauchtfabrikate. Oft ist diese Abgrenzung flüssig, "insbesondere bei Betrieben, die ihre Erzeugnisse in verschiedenem Fertigungsstand verkaufen oder teils herstellen und teils verkaufen, z.B. bei der Stahl- und Kohलगewinnung und -verarbeitung²⁾". So empfiehlt Heinen³⁾ in Übereinstimmung mit Adler-Düring-Schmaltz⁴⁾ in solchen Fällen, "die betreffenden Posten nicht mit den Bezeichnungen zu versehen, die das Aktiengesetz verwendet, sondern sie mit Begriffen des betreffenden Gewerbezweigs zu bezeichnen." Diese Erzeugnisse können aber auch entsprechend ihrer mutmasslichen späteren Verwendung auf die einzelnen Posten

1) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 151, Tz. 122; sowie Döllerer, G., Rechnungslegung und Prüfung nach dem Referentenentwurf eines Aktiengesetzes, in: DB 1958, S. 1410 und Begründung zum RegE, a.a.O., S. 170

2) Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 151, Tz. 117

3) Heinen, E., Handelsbilanzen, S. 167

4) Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 151, Tz. 117

des Gliederungsschemas aufgeteilt werden¹⁾. Ist eine derartige Aufteilung nicht möglich, "so werden gegen einen zusammengefassten Ausweis der unfertigen und fertigen Erzeugnisse keine Einwendungen zu erheben sein²⁾.

Obwohl rein juristisch "nicht abgerechnete Leistungen" keine Sachen, sondern Forderungen darstellen, erachten Adler-Düring-Schmaltz den Ausweis unter Vorräten unter Verwendung der oben genannten oder einer ähnlichen Bezeichnung für zulässig³⁾. Eine solche Bilanzierung ist nach Haas-Oechsner⁴⁾ einem Ausweis unter Forderungen aus Gründen der Bilanzklarheit vorzuziehen. Anderer Meinung ist Scherpf⁵⁾, der schreibt, dass in Arbeit befindliche Aufträge bei Baufirmen und Dienstleistungsbetrieben als Forderungen anzusprechen und auszuweisen sind. Auch Heinen ist der Auffassung, dass Dienstleistungsbetriebe "unter der Bilanzposition Vorratsvermögen meist nur Betriebsstoffe auszuweisen haben⁶⁾".

Die englische Praxis folgt dieser Meinung gewöhnlich nicht und vertritt damit die mehr wirtschaftlich bestimmte Auffassung, dass unter Vorräten, die zum Bilanzstichtag noch nicht beendete oder abgesetzte Leistung des Unternehmens zu bilanzieren sei, während unter der Position "Forderungen" der Anspruch des Unternehmens aufgrund abgeschlossener

1) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, § 151, Tz. 117

2) Vgl. ebd., § 151 Tz. 117

3) Vgl. ebd., a.a.O., § 151, Tz. 122

4) Vgl. Haas, G., Oechsner, L., Der Jahresabschluss nach Handels- und Steuerrecht, Bd. II, Praxis der Abschluss-erstellung und Abschlussprüfung, Wiesbaden 1958, S. 332

5) Vgl. Scherpf, P., a.a.O., Tz. 151

6) Heinen, E., Handelsbilanzen, a.a.O., S. 167

Leistungen auszuweisen sei¹⁾.

Die Abgrenzung von Vorräten gegenüber anderen Bilanzpositionen ist auch von Bedeutung bei unterwegs befindlichen Waren.

In Deutschland werden gekaufte, aber noch nicht angelieferte Waren nach den Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung gewöhnlich nicht in die Bilanz aufgenommen, eine Bilanzierung ist allerdings schon mit Gefahrübergang möglich²⁾. Überwiegend, und das trifft auch für Verkäufe zu, sind in der Praxis nicht rechtliche Merkmale entscheidend, sondern der Termin der Rechnungserteilung³⁾.

Die englische Praxis scheint sich eher am m.E. relevanteren juristischen Kriterium der Gefahrtragung zu orientieren, da das Institut die Bilanzierung aller der Gesellschaft gehörenden Vorräte ohne Rücksicht darauf, wo sie sich befinden, fordert⁴⁾.

Gewisse Unterschiede in der deutschen und englischen⁵⁾ Auffassung bestehen hinsichtlich von Gegenständen, die ursprünglich zum Anlagevermögen zählten und deren Veräusserung am Bilanzstichtag beabsichtigt ist. Werden Maschinen, deren Veräusserung geplant ist, seit einiger Zeit nicht mehr genutzt, so sind sie nach deutscher Auffassung

1) Ist der Umfang der am Bilanzstichtag noch nicht beendeten Leistungen wesentlich, so wird das Erfordernis der Vermittlung eines wahren und getreuen Bildes den Ausweis als Sonderposten im Umlaufvermögen verlangen. Eine solche Bilanzierung unter der Bezeichnung "Unbilled Services" ist dem Verfasser von einer Pipeline-Gesellschaft für am Bilanzstichtag in der Ölleitung befindliche Bestände bekannt. Eine einheitliche Behandlung hat sich jedoch nicht herausgebildet (vgl. Henderson, F.R., in: Minutes of Evidence, a.a.O., S. 213).

2) Vgl. WP-Handbuch, a.a.O., S. 543

3) Vgl. Heinen, E., Handelsbilanzen, a.a.O., S. 169

4) Vgl. ICAEW, Treatment of stock-in-trade, a.a.O., S. 1, Tz.2; sowie Jenkins Report, a.a.O., S. 132, Tz. 337

5) Die englische Auffassung wird hier in Anlehnung an eine Verlautbarung des Amerikanischen Instituts (AICPA) dargestellt; dies ist zulässig, da nach Accountants' International Study Group, Inventories, a.a.O., Tz. 12, die amerikanischen und englische Auffassung in dieser Frage identisch sind.

dann aus dem Anlagevermögen auszugliedern, wenn eine Einbeziehung in das Umlaufvermögen einen niedrigeren Wertansatz erforderlich machen würde¹⁾. Accounting Research Bulletin No. 43 des AICPA²⁾ stellt demgegenüber fest: "Die Tatsache, dass ein der Abschreibung unterliegender Gegenstand ausser Betrieb genommen und mit Verkaufsabsicht gehalten wird, impliziert nicht seine Bilanzierung als Teil des Vorratsvermögens".

Übereinstimmung im Prinzip dürfte hinsichtlich der Behandlung von Roh- und Hilfsstoffen sowie Ersatzteilen herrschen, die zwar prinzipiell zum Einsatz in der Fertigung erworben wurden, aber im Einzelfall zur Verwendung bei der Erstellung eigener Anlagen bestimmt sein mögen. Hier dürfte eine Bilanzierung im Umlaufvermögen statthaft sein, sofern sich ihr Umfang in normalen Grenzen hält³⁾.

22) Darstellung der Vorräte in der Bilanz

In England schreiben weder Gesetzgeber noch Institutsempfehlungen eine Aufgliederung der Vorräte in der Bilanz⁴⁾ vor. Auch ist in der Praxis eine Aufteilung im allgemeinen nicht gebräuchlich. Dies ist umso erstaunlicher, als in den U.S.A. die Vorschriften der Securities and Exchange Commission eine Aufgliederung analog dem aktienrechtlichen

1) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 152, Tz. 4

2) AICPA, Accounting Research Bulletin No. 43, Restatement and Revision, a.a.O., Ch. 4, S. 27

3) Vgl. ebd., S. 27 sowie Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 152, Tz. 5

4) Vgl. ICAEW, Treatment of stock-in-trade, a.a.O., sowie ICAEW, Terms used in published accounts, a.a.O., S. 18, Tz. 76. Danach ist eine Kurzbezeichnung als "stock" oder "stock-in-trade" gewöhnlich zulässig, wenn nicht ein wesentlicher Teil der Vorräte aus unfertigen Erzeugnissen oder Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen bestehen. In solchen Fällen ist die volle Bezeichnung "stock-in-trade and work progress", ggf. unter Hinzufügung des Wortes "supplies" angebracht.

Schema verlangen¹⁾. Da auch die jüngsten Institutsverlautbarungen in England²⁾ keinen in dieser Richtung gehenden Vorschlag enthalten, ist nicht damit zu rechnen, dass die englische Praxis in näherer Zukunft dem amerikanischen oder deutschen Beispiel folgen wird.

Trotz aller Schwierigkeiten der Abgrenzung und richtigen Zuordnung kommt der Unterteilung der Vorräte nach dem Grad der Bearbeitung bzw. Entfernung von der Absatzreife nicht unwesentliche Bedeutung, insbesondere für die Beurteilung der Liquidität der Unternehmung, zu. Fertige Waren sind im normalen Betriebsablauf am schnellsten und leichtesten zu realisieren. Unfertige Erzeugnisse bedürfen noch weiterer Bearbeitung im Betrieb und sind ohne diese in der Regel überhaupt nicht oder nur zum Schrottpreis veräusserlich. Rohstoffe sind schliesslich noch am weitesten von der Verkaufsreife entfernt, auch wenn sie im Liquidationsfalle möglicherweise relativ gut veräusserlich sind. Ein weiterer Vorteil dieser Dreiteilung liegt darin, dass aus ihr zumindest ein gewisser Anhaltspunkt für die zugrundeliegende Bewertungsmethode entnommen werden kann.

Der Grund für die Haltung des englischen Instituts in dieser Frage ist nicht ohne weiteres abzuleiten, insbesondere da das Problem in keiner Verlautbarung angeprochen wurde. Möglicherweise wollte man aber dem Bilanzierenden angesichts der äusserst heterogenen Verhältnisse in der Praxis, auf die im Zusammenhang mit Empfehlungen für die Bewertung der Vorräte immer wieder hingewiesen wird³⁾, völlig freies Hand in der Darstellung der Vorräte belassen, und erachtet es

1) Vgl. die Darstellung bei Henderson, K.F., in: Minutes of Evidence, a.a.O., S. 213

2) Vgl. z.B. ICAEW-ICAE-ICAI-ICCA, Companies Legislation in the 1970's, a.a.O.

3) Vgl. ICAEW, Treatment of stock-in-trade, a.a.O., S. 1, Tz. 1

für Zwecke des Bilanzlesers für wichtiger, dass sich dieser gewiss ist, dass geeignete Bewertungsmethoden angewandt wurden und die Bewertungsmethode im Abschluss angegeben wird.

Nach einer häufig in England anzutreffenden Praxis werden erhaltene Anzahlungen von Vorräten abgezogen, soweit bereits entsprechende Leistungen erbracht wurden. Erfolgt der Abzug unsaldiert, so lässt sich das Ausmass der Vorfinanzierung durch Kunden ersehen. Da aber nicht selten Anzahlungen gegen Vorräte saldiert werden¹⁾, entsteht leicht ein falscher Eindruck vom Umfang der Vorräte. Da diese noch der Abnahme durch den Kunden bedürfen, ist unter dem Gesichtspunkt der richtigen Risikodarstellung das in § 152 Abs. 8, Satz 1 AktG ausgesprochene Saldierungsverbot zu begrüßen.

Der Companies Act 1967 verlangt in SCH. 2, 11.-(8B) die Angabe der Bewertungsmethode bei der Ermittlung des Vorratsvermögens, falls dies von wesentlicher Bedeutung für die Beurteilung der Gesellschaft ist.

Das Englische Institut führt Beispiele an, wie ein solcher, den Umständen entsprechender Hinweis prägnant gegeben werden kann²⁾:

(a) Normale Bewertungsmethoden

"zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten"

"zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten oder niedrigerem Netto-Realisationswert"

"zum jeweils niedrigsten Wert von Anschaffungs- oder Herstellungskosten, Netto-Realisationswert oder Wiederbeschaffungskosten"

(b) Sonderfälle

Falls einer der unten erläuterten Sonderfälle vorliegt³⁾, ist eine angemessene Beschreibung erforderlich

Der Begriff "Marktpreis" (d.i. nach dem AktG der Börsen- oder Marktpreis oder beizulegende Wert) drücke nicht

1) Vgl. z.B. Bilanz der General Electric Company Limited, abgedruckt bei Jones, F.H., Guide, a.a.O., S. 699; Konsolidierter Abschluss von The Bryant Group of Companies, in: The Accountant 1967, S. 662

2) Vgl. ICAEW, Treatment of stock-in-trade, a.a.O., Tz. 25-28

3) Vgl. die Ausführungen S. 159 ff.

aus, ob er am Absatzmarkt oder Beschaffungsmarkt orientiert ist und wird daher nicht als geeignete Beschreibung angesehen. Auch werden Ausdrücke wie "zu oder unter Anschaffungs- oder Herstellungskosten" nicht akzeptiert¹⁾.

Im Einzelfall könne es möglich sein, dass die Beschreibung "zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten" im Sinne der Generalklausel nicht ausreichend ist. Dies sei insbesondere dann der Fall, wenn der Umfang der Vorräte im Vergleich zum Gesamtvermögen sehr gross ist. Hier könnten folgende Umschreibungen angemessen sein²⁾:

"Die (Anschaffungs- oder) Herstellungskosten schliessen nur Fertigungsmaterial, Fertigungslöhne und Vondereinzelkosten ein; Gemeinkosten sind nicht aktiviert worden".

"Die Herstellungskosten schliessen einen angemessenen Teil der variablen Gemeinkosten, nicht jedoch fixe Gemeinkosten ein."

"Die Herstellungskosten schliessen einen angemessenen Teil aller Fertigungs- und Verwaltungsgemeinkosten ein."

"In manchen Unternehmen kann aufgrund der komplexen Natur der Vorräte und der Anwendung verschiedener Wertmassstäbe und Verfahren der Wertermittlung eine prägnante Beschreibung der Bewertungsmethode nicht möglich sein. In solchen Fällen ist es jedoch wichtig, dass die Empfänger des Abschlusses besonders versichert sind, dass die gesamten Vorräte zum Abschlusstichtag auf Grundlagen und mit solchen Verfahren ermittelt und bewertet wurden, die für das betreffende Unternehmen geeignet sind und kontinuierlich angewandt werden³⁾."

Obwohl das AktG eine Reihe von Bewertungswahlrechten bei der Bilanzierung bietet⁴⁾, ist eine Angabe der angewandten

1) Vgl. ICAEW, Treatment of stock-in-trade, a.a.O., S. 9, Tz. 25

2) Vgl. ebd., S. 9, Tz. 26

3) Vgl. ebd., S. 9, Tz. 27

4) Vgl. die nachfolgenden Ausführungen S.130 f.

Methoden im Jahresabschluss unbekannt. Dies stellt m.E. einen entscheidenden Nachteil der aktienrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften gegenüber den Vorschriften des Companies Act 1967 dar.

Angesichts der Bedeutung der Vorratsbewertung für die Vermögensdarstellung und insbesondere die Erfolgsermittlung¹⁾ gilt dies trotz der Unzulänglichkeiten, die sich aufgrund der uneinheitlichen Handhabung in der Praxis ergeben²⁾.

33) Die Bewertung der Vorräte

aa) Allgemeines

Die Companies Acts enthalten keine Bewertungsvorschriften. Der englische Gesetzgeber verlangt lediglich über die Generalklausel³⁾, dass die Bewertung vernünftigen Bilanzierungsgrundsätzen entspricht. Diese sind im wesentlichen in den Empfehlungen des Berufsstands der Chartered Accountants niedergelegt, der sich wiederholt, zuletzt in Empfehlung N 22⁴⁾ mit dem Problem der Vorratsbewertung ausführlich befasst hat⁵⁾.

1) Vgl. Accountants' International Study Group, Inventories, a.a.O., Tz. 13

2) In der zitierten Studie von Greener, M., a.a.O., S. 419, (vgl. S. 105 der vorliegenden Arbeit) werden aus einer Auswahl von 25 Jahresabschlüssen zehn verschiedene Vermerke aufgeführt, wobei ohne nähere Definition Begriffe wie "manufacturing overheads", "production overheads" und "factory overheads" Verwendung finden. Neben den materiellen Bewertungsunterschieden beklagt Greener "the absurd failure even to arrive at satisfactory headings" und bezweifelt, ob unter diesen Umständen die Vermerkvorschrift des Companies Act überhaupt von Nutzen sei.

3) Vgl. die Ausführungen S. 48 ff.

4) Vgl. ICAEW, Treatment of stock-in-trade, a.a.O.,

5) Der Jenkins Committee (vgl. Jenkins Report, a.a.O., S. 145, Tz. 370) hat sich in seinen im wesentlichen vom Companies Act 1967 übernommenen Empfehlungen hinsichtlich der Bilanzierung des Vorratsvermögens mit den Ansichten des ICAEW zu diesem Fragenkreis in Übereinstimmung erklärt. Damit kann sich die nachfolgende Darstellung an die Empfehlungen des Englischen Instituts halten.

Während das Aktienrecht im Rahmen der detaillierten Vorschriften über die Bewertung des Vorratsvermögens weder die Bewertungsmaßstäbe eindeutig definiert noch festgelegt, welche Verfahren zur Ermittlung der Bewertungsmaßstäbe im Einzelfall anzuwenden sind und darüber hinaus neben dem obligatorischen Niederstwertprinzip nach § 155 Abs. 3 und 4 verschiedene Bewertungswahlrechte einräumt, gewähren die Empfehlungen des Englischen Institutes streng genommen keine Wahlmöglichkeit, sondern zeigen für verschiedene Situationen und Umstände ganz bestimmte Wertmaßstäbe und Ermittlungsmethoden auf, wobei nur diese als geeignete Bilanzierung anzusehen sind. In diesem Sinne führt das Institut an: "S)fern die angewandte Bewertungsmethode nicht den Umständen des einzelnen Unternehmens angepasst ist und kontinuierlich angewandt wird, zeigt der Jahresabschluss ein wahres und getreues Bild weder von der Lage des Unternehmens am Bilanzstichtag noch von der Entwicklung des Betriebserfolges in aufeinanderfolgenden Perioden¹⁾".

bb) Bewertung in Normalfällen

Für die praktische Erfassung des bilanziellen Bewertungsproblems sind Überlegungen zu drei Fragenkomplexen erforderlich. Erstens, welche Bewertungsprinzipien sind anzuwenden. Bewertungsprinzipien, die eine Konkretisierung der allgemeinen Bilanzierungsgrundsätze²⁾ darstellen, dienen zur Lösung der Frage, welche Bewertungsmaßstäbe im allgemeinen und in speziellen Bilanzierungsfällen anzuwenden sind. Bewertungsmaßstäbe determinieren den Ansatz bestimmter Bilanzposten. Für den Ansatz der Vermögensgegenstände kommen betriebsindividuelle vergangenheits-, gegenwarts- oder zukunftsbezogene oder externe, d.h. Marktwerte in Frage. Die Frage der Verfahren der Wertermittlung schliesslich ist technischer Natur und läuft im wesentlichen darauf hinaus, ob Einzelwerte oder Kollektivwerte anzuwenden sind.

1) Vgl. ICAEW, Treatment of stock-in-trade, a.a.O., Tz. 1

2) Vgl. die diesbezüglichen Ausführungen auf S.55 ff.

111) Bewertungsprinzipien

aaa) Das Imparitätsprinzip

Beim Vorratsvermögen wird das sonst die Bewertung im Jahresabschluss beherrschende Anschaffungswertprinzip durchbrochen; an seine Stelle tritt das Niederstwertprinzip. Dies kann zu ungleichmässiger Erfolgsverteilung auf die einzelnen Abrechnungsperioden führen; es ist nur aus dem Prinzip der Vorsicht zu erklären¹⁾.

Aufgrund der zwingenden Natur des Niederstwertprinzips in Form des Imparitätsprinzips nach § 155 Abs. 2 AktG, wonach nicht realisierte Verluste anders zu behandeln sind als nicht realisierte Gewinne, kann somit nach den Bestimmungen des AktG in Zeiten stark steigender oder fallender Preise dem Prinzip der periodengerechten Erfolgsermittlung nicht ausreichend Rechnung getragen werden. Gerade diesem letzteren Gesichtspunkt räumt aber die Empfehlung des ICAEW²⁾ grösste Bedeutung ein, was zu einer flexibleren und dem Einzelfall mehr gerecht werden der Bewertung führt. Die grundsätzliche Anerkennung des Imparitätsprinzips auch in England wird freilich davon nicht berührt³⁾.

1) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 155, Tz. 148

2) Vgl. ICAEW, Treatment of stock-in-trade, a.a.O., S. 10, Tz. 33

3) Vgl. Greener, M., a.a.O., S. 347; Das Gesetz betrachtet dagegen das Imparitätsprinzip nicht für obligatorisch, da es in SCH. 2, 11.-(7) einen Vermerk für den Fall verlangt, dass Umlaufvermögen zu einem Wert bilanziert ist, der den Veräusserungswert im normalen Geschäftsverlauf übersteigt.

bbb) Der Grundsatz der Methodenfreiheit und
Wertansatzwahlrechte

Während in England für die Bewertung der Vorräte gesetzlich keinerlei Richtlinien festgelegt sind, steht das AktG grundsätzlich unter dem Prinzip der Bestimmtheit des Wertansatzes¹⁾. Innerhalb dieses Rahmens enthält es jedoch eine Reihe ausdrücklich gewährter Wahlrechte, die sich vor allem auf die Anwendung bestimmter Bewertungsverfahren, aber auch auf den Ansatz verschiedener Wertmassstäbe beziehen.

Inwieweit die Ausübung dieser Wahlrechte durch die Generalklausel des § 149 Abs. 1 Satz 2 AktG eingeschränkt wird, ist im Schrifttum nicht einhellig beurteilt. Im wesentlichen werden folgende drei Auffassungen vertreten²⁾:

- (1) Die Generalklausel fordert im Einzelfall trotz bestehenden Wahlrechts die Wahl desjenigen Wertansatzes, der den besten Einblick in die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft vermitteln³⁾.
- (2) Die Generalklausel schliesse die Wahl solcher Wertansätze aus, die nicht dem Prinzip der Vorsicht folgen oder der Absicht einer richtigen Darstellung der Ertragslage entspringen, ohne jedoch in jedem Fall die Wahl desjenigen Wertansatzes zu verlangen, der der beste im Sinne der Einblicksmöglichkeit sei⁴⁾.
- (3) Die Generalklausel greife nur dort ein, wo durch einen Missbrauch der Wahlrechte der möglichst

1) Vgl. Bericht des Abgeordneten Dr. Wilhelmi, a.a.O., S. 30 f.

2) Vgl. zum folgenden auch Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 149, Tz. 94

3) So Döllner, G., Gläubigerschutz und Aktionärsschutz im neuen Aktienrecht - ein Scheingegensatz, in: BB 1966, S. 630

4) Vgl. Kropff, B., Bilanzwahrheit und Ermessensspielraum, a.a.O. S. 372 f., der schreibt: "Das Gesetz rechnet damit, dass diese Entscheidung (nämlich über die Ausnutzung von Bewertungswahlrechten - Anm. d. Verf.) bei gleichem Sachverhalt unterschiedlich ausfallen kann."

sichere Einblick in die Vermögens- oder Ertragslage erschwert oder verhindert werden soll¹⁾.

Das Institut der Wirtschaftsprüfer kommt zu dem Schluss, dass die Generalklausel nur die missbräuchliche Ausnutzung von Bewertungswahlrechten verhindern soll²⁾.

In England stellt sich die Frage nach Bewertungs- und Wertansatzwahlrechten nicht unter dem Gesichtspunkt der Zulässigkeit sondern allein unter dem Gesichtspunkt der Vermittlung eines "wahren und getreuen" Bildes von der Lage der Gesellschaft nach den Vorstellungen anerkannter Bilanzierungsgrundsätze. Da aber letztlich die Verantwortung für die Bilanzierung bei der Geschäftsführung der Gesellschaft liegt, werden in der Praxis stets Bewertungswahlrechte bestehen, denen auch der Prüfer seine Anerkennung nicht verweigern kann³⁾.

222) Bewertungsmaßstäbe

Der Companies Act 1967 unterlässt es, Bewertungsmaßstäbe für das Vorratsvermögen festzulegen oder auch nur mögliche Bewertungsmaßstäbe aufzuzeigen. Das Gesetz spricht vielmehr im Zusammenhang mit der Vorratsbewertung von dem "Betrag, zu dem Vorräte bilanziert werden" (amount carried forward for stock in trade or work in progress)⁴⁾ und schliesst sich damit offenbar der Formulierung des ICAEW⁵⁾ an.

1) Vgl. Lortier, K.-H., Neue Pflichten des Abschlussprüfers nach dem Aktiengesetz von 1965, in: WPg 1965, S. 588

2) Vgl. Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland, Sonderausschuss neues Aktienrecht, Stellungnahme 1966 Nr. 5: Zur Bewertung der Vorräte, in: WPg 1966, S. 677.

3) Vgl. dazu Accountants' International Study Group, Inventories, a.a.O., Tz. 14 ff.

4) SCH. 2, 11.-(8B)

5) Vgl. Supplementary Memorandum by the Council of The Institut of Chartered Accountants in England and Wales: Accounts, in: Minutes of Evidence, a.a.O., S. 1442. Dort heisst es u.a.: "In most businesses the amount carried forward for stock-in-trade and work in progress... has a material bearing on the amount of profit or loss for the period..."

aaa) Anschaffungs- oder Herstellungskosten als primärer
Masstab für die Bewertung der Vorräte

Recommendation N 22 nennt als primären Bewertungs-
masstab "cost" und versteht darunter Wertansätze, die auf
tatsächlichen Ausgaben bzw. Aufwendungen¹⁾ im Zusammenhang
mit der Beschaffung oder Herstellung eines Vermögensgegen-
standes entstanden sind. Dabei werden Anschaffungs- und
Herstellungskosten nur als verschiedene Erscheinungsformen
des Anschaffungswertprinzips angesehen.

1111) Allgemeine Fragen der Bestimmung von Inhalt und
Umfang der Anschaffungs- oder Herstellungskosten

Analytisch lässt sich das Problem der Bestimmung
der Anschaffungs- oder Herstellungskosten in eine qualita-
tive und quantitative Fragestellung aufgliedern²⁾. Dabei
betrifft das qualitative Problem die einzubeziehenden
Kostenarten bzw. Kostenkategorien und Kostenbereiche,
während die quantitative Bestimmung einmal von der Defini-
tion des Kostenbegriffs abhängt und sich zudem mit der
Höhe der auf die erstellten oder angeschafften Vorräte
entfallenden aktivierungsfähigen Kosten auseinandersetzen
muss.

1) "Cost", das neben dem Ausdruck "expenditure" verwendet wird,
ist nicht gleichbedeutend mit dem nach Schmalenbach fest-
gelegten deutschen Begriff Kosten im Unterschied zu Aufwand.
Obwohl im Gegensatz zu der USA die Begriffe nicht streng de-
finiert sind, bedeutet "cost" Anschaffungs- oder Herstellungs-
aufwand und ist somit pagatorischer Natur. Das ergibt sich
aus der Stellungnahme des amerikanischen Instituts (vgl. AICPA,
Accounting Terminology Bulletin No. 4, Cost, Expense and
Loss, in: Accounting Research and Terminology Bulletins,
Final Edition, New York (1961), S. 41 f.). Danach ist "cost"
"the amount ... of cash expended or other property trans-
ferred, capital stock issued, services performed, or
liability incurred, in consideration of goods or services
received or to be received". "Cost" kann in "expired" und
"unexpired", d.h. in zu Aufwand gewordene und noch nicht zu
Aufwand gewordene Bestandteile unterteilt werden, wobei
erstere als "expense" bezeichnet werden.

2) Vgl. Wohlfemuth, M., a.a.O., S. 32 ff.

Nach der Definition des ICAEW umfassen die Anschaffungs- oder Herstellungskosten (cost) für Zwecke der Vorratsbewertung:¹⁾

- (1) "direkte Aufwendungen (expenditure) im Zusammenhang mit der Anschaffung von Waren (Anschaffungspreis) zum Zwecke des Wiederverkaufs und von Materialien und Teilen zur Herstellung (Materialwert) von fertigen Erzeugnissen;
- (2) andere, einzeln identifizierbare Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Erwerb oder der Transformation der Vorräte in ihrem Zustand am Bilanzstichtag; Beispiele sind direkte Fertigungslöhne, Transportkosten, Bearbeitungs- und Verpackungskosten;
- (3) gegebenenfalls solche Teile von Gemeinkosten (overhead expenditure), die im Einzelfall richtigerweise zu aktivieren, anstatt der Periode, in der sie angefallen sind, zu belasten sind."

Neben der bereits beantworteten Frage der Definition des Kostenbegriffs als pagatorischer Grösse²⁾ ist Teil der quantitativen Fragestellung, inwieweit die effektiv in der Periode angefallenen Kosten oder aus Vereinfachungsgründen vorkalkulierte Kosten, also Durchschnitts- oder Plankosten (standard cost) irgendwelcher Art für die Bilanzierung verwendet werden dürfen. Das ICAEW erkennt die Verwendung von standardisierenden Verfahren ausdrücklich an und stellt die praktischen Vorteile besonders bei mehrstufigem Fertigungsprozess oder Massenfertigung heraus. Voraussetzung ist jedoch eine regelmässige Überprüfung der Kalkulationsgrundlagen mit entsprechenden Anpassungen und Revisionen³⁾.

Diese Auffassung wird auch in Deutschland allgemein geteilt⁴⁾.

1) ICAEW, Treatment of stock-in-trade, a.a.O., S. 1 f., Tz. 4

2) Vgl. S. 90 der vorliegenden Arbeit sowie S. 131 Fussnote 1)

3) Vgl. Treatment of stock-in-trade, a.a.O., S. 1 f., Tz. 4

4) Vgl. dazu die Untersuchung von Wohlgemuth, M., a.a.O.

Mit der eingangs angeführten Definition ist gleichzeitig die qualitative Umgrenzung der Kosten nicht ohne deutliche Nuancen zur deutschen Auffassung determiniert.

Anschaffungs- oder Herstellungskosten umfassen jene Bereiche, die unmittelbar oder mittelbar mit der Beschaffung oder Fertigung zusammenhängen, also Haupt- und Nebenkostenstellen (wie Wareneingang, innerbetrieblicher Transport und Zwischenlager) in diesen Bereichen¹⁾.

Einheitliche Auffassung herrscht auch bezüglich der Behandlung von der Beschaffung oder Herstellung nachgelagerten Bereichen. Alle mit dem Vertrieb im weitesten Sinne zusammenhängenden Einzel- und Gemeinkosten, also die Kosten, die nach dem Bilanzstichtag bis zum Absatz der Produkte noch aufzuwenden sind, dürfen nicht aktiviert werden²⁾.

Unverkennbare Unterschiede weist die Behandlung der Kosten des Verwaltungsbereiches auf. Während nach dem AktG gemäß § 153 Abs. 2 ein, auch in der Literatur gemeinhin anerkanntes uneingeschränktes Wahlrecht besteht³⁾, tendiert die englische Praxis dahin, Kosten der allgemeinen Verwaltung nicht zu aktivieren, umso eher, je mehr sie fixen Charakter haben, d.h. als reine Funktion der Zeit anfallen⁴⁾. Als Beispiel hierfür seien Finanzierungskosten aufgeführt⁵⁾.

Neben der Frage nach den zu aktivierenden Kostenbereichen ist für die qualitative Fragestellung die Behandlung der verschiedenen Kostenarten bzw. Kostenkategorien relevant⁶⁾.

1) Für die deutsche Auffassung vgl. Wohlgemuth, M., a.a.O., S. 33 f.

2) Vgl. ICAEW, Treatment of stock-in-trade, a.a.O., S. 2, Tz.7; das AktG enthält ein explizites Aktivierungsverbot für Vertriebskosten (§ 153 Abs. 2)

3) Vgl. Scherpf, P., a.a.O., Tz. 205; WP-Handbuch, a.a.O., S.545

4) Vgl. ICAEW, Allocation of Expense (1951), in: Members' Handbook, a.a.O., Section R: Management Accounting, (R2), S.10 Tz. 34; Accountants' International Study Group, Inventories, Tz. 67 und 69

5) Vgl. ebd., Tz. 69; danach bestünde in den USA ein generelles Verbot zur Aktivierung von Finanzierungskosten

6) Vgl. Wohlgemuth, M., a.a.O., S. 37 ff.

Nach abrechnungstechnischen Gesichtspunkten werden Kostenarten gewöhnlich in die Kategorien Einzel- und Gemeinkosten unterteilt. Eine von abrechnungstechnischen Überlegungen als verfälschendes Element absehbare Haltung nimmt die Bewertung nach Methoden des Direct Costing¹⁾ ein, wobei das Kostenverursachungsprinzip als entscheidendes Kriterium betrachtet wird²⁾.

Da Einzelkosten ihrer Definition nach stets zu den Anschaffungs- oder Herstellungskosten bestimmter Vorräte zu rechnen sind und die Frage der relevanten Bereiche erläutert wurde, konzentriert sich die Fragestellung nunmehr auf die Behandlung der Gemeinkosten.

In diesem Zusammenhang kann die quantitative Fragestellung, soweit sie sich mit der Höhe der einzubeziehenden Gemeinkosten befasst, praktikabel mit behandelt werden.

2222) Behandlung der Gemeinkosten

Gemeinkosten lassen sich am besten negativ als nicht unmittelbar zurechenbare Kosten umschreiben³⁾.

Dieser Begriffsinhalt liegt auch der Empfehlung des Englischen Instituts zugrunde, die den Umfang der Gemeinkosten (overhead expenditure) wie folgt beschreibt:⁴⁾

- (1) Kosten des Fertigungsbereichs, wie Mieten für Fertigungsstätten, Abgaben, Abschreibungen, Versicherungen und Kosten der Überwachung des

1) Zum Verfahren des Direct Costing vgl. N.A.C.A., Direct Costing, Research Series No. 23, New York 1953

2) Zum Verursachungsprinzip in der Kostenrechnung vgl. Heinen, E., Betriebswirtschaftliche Kostenlehre Bd. I, Begriff und Theorie der Kosten, 2. Aufl., Wiesbaden 1965, S. 123, Fussnote 32.

3) Vgl. z. B. Kosiol, E., Kostenrechnung, Wiesbaden 1964, S. 152

4) Vgl. ICAEW, Treatment of stock-in-trade, a.a.O., S. 2, Tz. 6

Fertigungsbereichs, sowie andere indirekte Aufwendungen im Zusammenhang mit der Beschaffung oder Herstellung der Vorräte;

- (2) Verwaltungskosten, die nicht unmittelbar dem Erwerb, der Herstellung und Transformation in verkaufsfertigen Zustand und Transport zum Ort der Vorräte zurechenbar sind;
- (3) allgemeine Kosten des Vertriebsbereiches;
- (4) Finanzierungskosten.

Die aufgeführten Gruppen von Gemeinkosten können entsprechend ihrer Reagibilität auf verschiedene Einflussgrößen in fixe Bestandteile, d.h. konstante und gänzlich oder teilweise als Funktion des Zeitablaufs anfallende, wie Mieten und Abgaben, und variable Bestandteile unterteilt werden, die in grösserem oder geringerem Umfang mit dem Beschäftigungsstand des Unternehmens oder des betreffenden Unternehmensbereiches schwanken, jedoch nicht mit der Produktion oder dem Produktionsvolumen verbunden sind, dass sie als Einzelkosten behandelt werden könnten¹⁾.

Das AktG gebraucht nicht den Begriff Gemeinkosten, sondern Betriebs- und Verwaltungskosten. Die Definition des Begriffs Betriebskosten ist umstritten. Adler-Düring-Schmaltz²⁾ kommen zu dem Schluss, dass es sich dabei um im Betriebsbereich anfallende, den Verwaltungskosten im Charakter ähnliche Kosten handle. Dies seien Kosten "die in ihrer Höhe weniger von dem Umfang der Produktion bestimmt werden als vielmehr von der Notwendigkeit, die Betriebsbereitschaft zu sichern³⁾". Damit ist ihre Definition der Betriebskosten enger gefasst als die von Esser⁴⁾, der darunter alle in der Fertigung anfallenden Kosten mit Ausnahme der Materialaufwendungen und Fertigungslöhne versteht.

1) Vgl. ICAEW, Treatment of stock-in-trade, a.a.O., S. 2, Tz. 6

2) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 155, Tz. 77

3) Vgl. ebd., § 155, Tz. 79

4) Vgl. Esser, J., Gliederungsvorschriften, Bewertung, Gewinnverwendung und Pflichtangaben nach dem Aktiengesetz 1965, in: AG 1965, S. 317

Im Schrifttum zum AktG und in der Praxis gehen die Meinungen, inwieweit Gemeinkosten zu den Anschaffungs- oder Herstellungskosten zählen, auseinander. Heinen¹⁾ stellt fest, dass die Bemessung des Gemeinkostenzuschlags nach den Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung möglichst vorsichtig erfolgen müsse, um den Ausweis unrealisierter Gewinne zu vermeiden.

§ 153 Abs. 2 AktG spricht davon, dass "angemessene Teile der Betriebs- und Verwaltungskosten" eingerechnet werden dürfen und dass Vertriebskosten nicht als Betriebs- und Verwaltungskosten gelten. Nach Adler-Düring-Schmaltz²⁾ weist die Betonung des Angemessenheitsprinzips auf den Grundsatz der Vorsicht hin, "da bei Kosten dieser Art der Zusammenhang mit der Herstellung naturgemäss ein loserer ist als etwa bei Material- und Fertigungslohnkosten"³⁾. Auch die Formulierung des § 153 Abs. 2 AktG, dass Betriebs- und Verwaltungskosten nur insoweit berücksichtigt werden dürfen, als sie "auf den Zeitraum der Herstellung entfallen" liefert kein weiteres Kriterium, da eine zeitliche Abgrenzung der Abschreibungen und der Betriebs- und Verwaltungskosten für ein Produkt vorzunehmen, praktisch unmöglich ist und "auch nicht im Sinn der gesetzlichen Vorschrift" liegt⁴⁾. Diese Vorschrift sei so auszulegen, dass "nochmals der Grundsatz der Angemessenheit betont und der Einbeziehung solcher Beträge, die in keinem sachlichen Zusammenhang mit der Herstellung stehen, begegnet werden soll"⁵⁾.

Nach überwiegender Meinung wird in Deutschland ein uneingeschränktes Aktivierungswahlrecht hinsichtlich aller Gemeinkosten in Form von Betriebs-, d.h. Material- und

1) Vgl. Heinen, E., Handelsbilanzen, a.a.O., S. 116

2) Adler-Düring-Schmaltz, § 155, Tz. 53

3) ebd., § 155, Tz. 54

4) ebd.,

5) ebd.,

Fertigungs- sowie Verwaltungsgemeinkosten angenommen¹⁾).

Obwohl die Möglichkeit der gänzlichen Ausserachtlassung von Gemeinkosten besonders bei steigendem Gemeinkostenanteil betriebswirtschaftlich als bedenklich angesehen wird²⁾, versäumen es Theorie und Praxis, aus dieser Erkenntnis Folgerungen zu ziehen.

Das Vorherrschen eines von gesetzlichen Normen bestimmten, juristischen Denken hat zur Folge, dass primär nach der im Sinne des Gesetzes möglichen Handhabung gefragt wird, ohne die Fragestellung auf die betriebswirtschaftlich sinnvollen Implikationen in bestimmten Situationen auszudehnen.

Die Erläuterung in der deutschen Literatur stellt im wesentlichen einen Vorrang des Vorsichtsprinzips unter möglichst weitgehender Berücksichtigung des Grundsatzes der periodengerechten Aufwandsverteilung heraus³⁾. Es wurden aber keine Kriterien erarbeitet, die eine Richtschnur für die praktische Handhabung der Gemeinkostenzuschläge in bestimmten Situationen anbieten.

Demgegenüber führt die Empfehlung des ICAEW⁴⁾ bestimmte Kriterien an, die in der Praxis Art und Umfang der Einbeziehung von Gemeinkosten bei der Vorratsbewertung präjudizieren⁵⁾. Diese umfassen:

- 1) Vgl. z. B. Esser, J., a.a.O., S. 316; Wohlgenuth, M., a.a.O., S. 39; Hintner, O., Praxis der Wirtschaftsprüfung, Stuttgart 1949, S. 90; anderer Ansicht jedoch Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 155, Tz. 800; neuerdings Layer, M., Herstellungskosten in neuester Sicht, in: DB 1970, S. 988-992
- 2) Vgl. z.B. Forster, K.-H., a.a.O., S. 594
- 3) Vgl. Heinen, E., Handelsbilanzen, a.a.O., S. 116 f.
- 4) Vgl. ICAEW, Treatment of stock-in-trade, a.a.O., S. 3 f., Tz. 9. Die entsprechenden Passagen werden sinngemäss zitiert.
- 5) Die Aufzählung der Kriterien durch das ICAEW entspricht der pragmatischen Grundeinstellung englischen Denkens. Es soll keine Systematisierung versucht, sondern bestimmte typische Situationen herausgestellt werden. In diesem Sinne hat das Institut im Juni 1970 eine weitere Präzisierung in der Frage der Einbeziehung von Gemeinkosten bei der Bewertung unfertiger Erzeugnisse angekündigt (vgl.o.V., Facts and Fallacies in: Accountancy 1970, S. 407). Die vorliegende Darstellung kann nur den gegenwärtigen Stand der Verlaut-

(a) Die Art des Unternehmens und der Geschäftstätigkeit

Danach sind die Art der Geschäftstätigkeit des Unternehmens und dessen Entwicklungsstand (z. B. expandierendes, schrumpfendes Unternehmen) zu berücksichtigen, insbesondere die Länge der Fertigungsperiode, die Wahrscheinlichkeit von Schwankungen des Beschäftigungsgrades oder der Absatzlage, die Konkurrenzabhängigkeit und das Ausmass von Auftrags- oder Lagerfertigung.

(b) Der Beschäftigungsstand und die Absatzlage

In Fällen, in denen Produktionsniveau und Absatzlage verhältnismässig stabil und ausgeglichen sind, mag die Einbeziehung von Gemeinkosten einen nur geringen Einfluss auf die Höhe der Gewinne in aufeinanderfolgenden Perioden haben. Wo jedoch die Beschäftigung wesentlicher Fluktuation unterliegt und Produktion und Absatz sich nicht im Einklang befinden, kann auf eine Einbeziehung von Gemeinkosten verzichtet werden, da ihre Aktivierung den Effekt hätte, die Gewinn- und Verlustrechnung in der Periode ihrer Entstehung von Aufwand, den sie angemessenerweise tragen sollte, zu entlasten und spätere Perioden zu belasten, auf die sie sich eigentlich nicht beziehen.

Dieses Prinzip führt zu einer richtigen Periodenabgrenzung und hat zur Folge, dass die nivellierende Wirkung eines Einschlusses von Gemeinkosten auf der Basis der tatsächlichen Beschäftigung, was Adler-Düring-Schmaltz im Rahmen des Niederstwertprinzips für vertretbar halten¹⁾, vermieden wird. Der von Adler-Düring-Schmaltz vertretenen Ansicht widerspricht Scherpf²⁾, der verlangt, dass sich die "Verluste in der Periode ergebnismindernd auswirken müssen, in der sie verursacht wurden." "Die Verluste durch Leerkosten dürfen also nicht durch überhöhte Herstellungskosten kompensiert werden, auch wenn der Verkaufspreis am Bilanzstichtag die höheren Herstellungskosten deckt"³⁾. Daraus zieht Scherpf die Folgerung, dass "auch bei nicht ausgelasteten Kapazitäten die Gemeinkostenzuschläge anzuwenden sind, die bei Normalbeschäftigung ermittelt wurden"⁴⁾.

1) Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 155, Tz. 26

2) Scherpf, P., a.a.O., Tz. 207

3) ebd.; zum gleichen Ergebnis kommt Wohlgemuth, M., a.a.O., S. 56

4) Scherpf, P., a.a.O., Tz. 207

Das ICAEW geht jedoch hier noch einen Schritt weiter in der Herausstellung des Prinzips der periodengerechten Aufwandsverteilung, indem es bei häufig schwankenden Beschäftigungsverhältnissen den völligen Ausschluss von Gemeinkostenzuschlägen für möglich ansieht, da nicht verkannt werden darf, dass auch bei einer Bewertung auf der Basis der Normalbeschäftigung ein gewisser nivellierender Effekt eintritt.

(c) Unterbrechnung oder aussergewöhnlicher Rückgang der Produktion

Eine Anpassung des Gemeinkostenzuschlags ist erforderlich im Falle einer Störung der Produktion durch Ereignisse wie Streik, Brand, ungewöhnlicher Abfall von Aufträgen oder zeitweisen Schwierigkeiten bei der Rohstoffbeschaffung mit der Folge einer ungewöhnlich oder unerwartet niedrigen Beschäftigung. In solchen Fällen sollte der Betrag der einbezogenen Gemeinkosten nicht einen angemessenen Satz überschreiten, der sich auf der Grundlage der Normalbeschäftigung ergibt. Falls sich in einem solchen Fall der Gemeinkostenzuschlag nicht auf die normale, sondern die durch aussergewöhnliche Umstände beeinflusste tatsächliche Beschäftigung bezieht, kann die Folge sein, dass ein übermässiger Teil des in der Periode entstandenen Aufwands in künftige Perioden vortragen wird und dadurch der ungünstige Einfluss der Störung in der Periode verschleiert wird.

(d) Das Risiko einer Realisierung mit Verlust

In Unternehmen, die für ihre Produkte einen hochgradig empfindlichen oder umkämpften Markt aufweisen, können Gemeinkosten unberücksichtigt bleiben, um zu vermeiden, dass Aufwand aktiviert wird, der möglicherweise nicht realisierbar ist. Beispiele sind Unternehmen, die Modeartikel oder solche Spezialartikel vertreiben, bei denen sich der Publikumsgeschmack schnell ändern kann, mit der Folge, dass Produkte oft nur mit Verlust veräussert werden können. Bei Unternehmen, deren Konkurrenten kurzfristige Verkaufskampagnen durchführen können, um Überschussvorräte zu reduzierten Preisen abzustossen, ist es unter Umständen zweckmässig, die Vorräte nur zu Einzelkosten zu bewerten; dasselbe gilt in Branchen mit schnell wechselnden Produktionsmethoden oder Gefahr einer raschen Veralterung der Bestände aufgrund verbesserter Konkurrenzprodukte.

(e) Lagerbestände, die einem Reifeprozess unterliegen

In Unternehmen, in denen grosse Lagermengen erst einem länger andauernden Reifeprozess unterliegen (z.B. Whisky, Wein, Holz), werden gewöhnlich fixe Gemeinkosten nicht einbezogen, um zu verhindern, dass grosse und zunehmende Aufwandsbeträge vergangener Perioden vortragen werden, deren letztliche Realisierung am Markt ungewiss ist.

Demgegenüber vertreten Adler-Düring-Schmaltz¹⁾ und Van der Velde²⁾, dass in solchen Fällen nach den allgemeinen Grundsätzen Betriebs- und Verwaltungskosten aktiviert werden dürften, da es sich hier um einen wertsteigernden Produktionsprozess handelt. Obwohl grundsätzlich beide Auffassungen vertretbar sind, dürfte doch aus überwiegenden Gründen der Vorsicht der Meinung des ICAEW zuzustimmen sein.

(f) Langfristige Verträge

Bei Unternehmen mit langfristiger Fertigung geht die Tendenz dahin, Gemeinkosten bei der Bewertung der unfertigen Leistungen einzubeziehen, es sei denn, eine Realisierung wird nicht für möglich gehalten. Ein Ausschluss von Gemeinkosten in solchen Fällen hätte zur Folge, dass in den Abschlüssen der früheren Rechnungsperioden Verluste ausgewiesen würden, während sich in der Periode der Fertigstellung ungebührlich hohe Gewinne ergäben. Der Unterschied zu Unternehmen mit Vorräten der unter (e) dargestellten Art besteht darin, dass hier die Preise normalerweise bekannt sind oder errechnet werden können, während bei Unternehmen mit reifen Vorräten die letztlich im normalen Geschäftsablauf realisierbaren Verkaufspreise in der Regel unbekannt oder unsicher sind.

Unter bestimmten Voraussetzungen ist hier eine Vorwegnahme von Gewinnen vor Realisierung möglich³⁾. Damit besteht Übereinstimmung mit der in Deutschland herrschenden Auffassung⁴⁾.

(g) Das Ausmass von Schwankungen von Gemeinkosten

Je grösser das Mass der Beschäftigungsunabhängigkeit von Gemeinkosten ist und je mehr Kosten lediglich eine Funktion des Zeitablaufs sind, desto grösser ist die Berechtigung für ihren Ausschluss bei der Bewertung der Vorräte.

Dies entspricht dem Vorschlag in der deutschen Fachdiskussion, nur die variablen Kosten zu aktivieren⁵⁾.

1) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 155, Tz. 14

2) Van der Velde, K., Problematisches zu den Anschaffungskosten, in: DB 1964, S. 529

3) Vgl. die Ausführungen S.

4) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, § 149, Tz. 70

5) Vgl. Meinen, E., Handelsbilanzen, a.a.O., S. 117

Heinen ist der Meinung, dass sich dieser Vorschlag durch eine weiterentwickelte Auflösung der fixen Kosten, in unternehmungs-, kostenstellen- und erzeugnisgruppenfixe Kosten verwirklichen liesse. Danach sind die unternehmungsfixen Kosten nicht zuzurechnen¹⁾. Adler-Düring-Schmaltz wenden sich entschieden gegen die Auffassung, dass eine angemessene Aktivierung fixer Kosten gegen die Höchstbewertungsvorschriften verstosse²⁾. Auch Koch führt m.E. richtig aus, "Die Fragestellung (bei der Bewertung der Vorräte - Anm. d. Verf.) lautet demnach also nicht: Wieviel Kosten hat die Herstellung einer Erzeugniseinheit im Durchschnitt "verursacht", sondern: wieviel Kosten "entfallen" im Durchschnitt auf eine Leistungseinheit"³⁾. Auch aus betriebswirtschaftlichen Erwägungen heraus erscheint eine Einengung der Herstellungskosten auf die im Zusammenhang mit der Leistungserstellung unmittelbar entstandenen variablen Aufwendungen problematisch, da fixe Kosten zumindest durch die Leistungsbereitschaft verursacht wurden. Zusammenfassend bemerken Adler-Düring-Schmaltz, dass kein Anlass bestehe, "das Gesetz gegen seinen Wortlaut auszulegen und die Herstellungskosten auf die variablen Kosten zu beschränken"⁴⁾

Das ICAEW führt die Methode des Direct oder Marginal Costing unter Erläuterung der mit verbundenen Überlegungen als mögliche Methode der Vorratsbewertung an, ohne jedoch eine grundsätzliche Wertung abzugeben⁵⁾.

Zusammenfassend bemerkt das Englische Institut, dass es erst nach Abwägung aller relevanten Kriterien notwendig ist zu entscheiden, ob und in welchem Umfang Gemein-

1) Vgl. Heinen, E., Handelsbilanzen, a.a.O., S. 118

2) Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 155, Tz. 65

3) Koch, H., Die Ermittlung der Durchschnittskosten als Grundprinzip der Kostenrechnung, in: ZfhF 1953, S. 303

4) Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 155, Tz. 66

5) In den USA ist Direct Costing keine anerkannte Bewertungsmethode (vgl. Accountants' International Study Group, Inventories, a.a.O., Tz. 70)

kosten aktiviert werden sollen¹⁾). Der englische Lösungsvorschlag ist positiv zu bewerten, da er im Einzelfall zu einer sachgerechten Bilanzierung führt. Allerdings wäre zu fordern, dass die betriebswirtschaftlichen Umstände, die zur Entscheidung für eine bestimmte Bewertung geführt haben, offengelegt würden. Dies dürfte trotz der allgemeinen Bestimmungen im Geschäftsbericht²⁾ nur unvollkommen verwirklicht sein.

Die deutsche Literatur geht bei der Behandlung des Problems zwar ebenfalls von den Zielen der Bilanzierung aus, unterlässt aber eine gebührende Systematisierung der verschiedenen Situationen, unter denen die Entscheidung über die richtige Bilanzierung gefällt werden muss. Ob auf diese Weise eine zufriedenstellende Lösung gefunden werden kann, erscheint angesichts der fortdauernden Kontroverse in der Literatur³⁾ zweifelhaft.

bbb) Bewertungsmaßstäbe in Anwendung des Niederstwertprinzips

Nach Ermittlung der Anschaffungs- oder Herstellungskosten der Vorräte ist es notwendig festzustellen, ob Teile davon nicht realisierbar sind. Das bedeutet, dass am Bilanzstichtag erkennbare Verluste bereits in alter Rechnung zu berücksichtigen sind.

1111) Begründung des Niederstwertprinzips und seine Anwendung auf das Vorratsvermögen

Jones⁴⁾ führt bei seiner Begründung des Niederstwertprinzips aus: "Allgemein kann gesagt werden, dass Vorräte

1) Vgl. ICAEW, Treatment of stock-in-trade, a.a.O., S. 4, Tz. 10

2) Vgl. S. 250. ff.

3) Van der Velde, K., Herstellungskosten in neuester Sicht, in: DB 1969, S. 1213-1221; Vgl. z.B. Layer, M., Herstellungskosten in neuester Sicht, a.a.O.

4) Jones, F.H., Guide, a.a.O., S. 63

von einer Periode in die nächste zu werten vorgetragen werden sollen, die keine Belastung des Erfolgs der nächsten Periode mit sich bringen. Das heisst, ein Geschäftsjahr sollte mit Vorräten begonnen werden, die möglichst zu dem Betrag bewertet sind, zu dem sie am Beginn des Geschäftsjahres produziert oder angeschafft werden könnten". Diese Forderung ist vom Prinzip des "Matching of cost and revenue" bestimmt, und besagt, dass den in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Umsätzen periodengleiche Aufwendungen gegenübergestellt und Erfolgsbestandteile, die sich nicht aus der betrieblichen Leistungserstellung sondern aus Veränderungen am Markt oder in der Kaufkraft der Währung ergeben, eliminiert werden sollen. Das Niederstwertprinzip deckt allerdings nur eine Seite des Problems, und zwar den (selteneren) Fall sinkender Preise. Steigen die Preise, so verbieten die Höchstwertvorschriften¹⁾ eine entsprechende Anpassung der Vorratswerte, mit der Konsequenz, dass mit dem Umsatz in der Folgeperiode Preisgewinne²⁾ realisiert werden. Der Erfolg wird von der Beschaffungs- bzw. Herstellungs- in die Absatzperiode transferiert.

So bringt das Niederstwertprinzip zwar unter bestimmten Umständen eine Abkehr vom Anschaffungswertprinzip, jedoch ist das Tageswertprinzip im Sinne einer periodengerechten Erfolgsdarstellung nur unvollständig verwirklicht. Das Niederstwertprinzip stellt einen Aufluss des traditionell vorherrschenden Grundsatzes vorsichtiger Erfolgsermittlung dar. Dabei wird das Anschaffungswertprinzip grundsätzlich nicht

-
- 1) In England gibt es keine gesetzliche Verankerung der Höchstwertvorschriften. Für die Vorratsbewertung sind sie jedoch unumstrittener Grundsatz. So führt Accountants' International Study Group, Inventories, a.a.O., Tz. 89 an: "A point worth observing, although it is so generally accepted by practitioners ... that it is regarded as beyond question, is that there is no evidence that in any of the three countries (gemeint ist USA, Kanada und England) would the valuation of inventories at replacement price where this exceeds cost be regarded as acceptable accounting practice.
- 2) in der Substanzwertdenken nahestehenden Literatur zumeist als "Scheingewinne" bezeichnet (vgl. Schmidt, F., a.a.O.)

angetastet, da das Niederstwertprinzip nur die Funktion der Ermittlung von Kontrollwerten hat¹⁾.

Die Kontrollfunktion des Niederstwertprinzips und seine subsidiäre Stellung gegenüber dem Grundsatz der Bilanzierung zu Anschaffungswerten ergibt sich deutlich aus der Empfehlung des ICAEW. Danach kann beim Vergleich der Anschaffungswerte mit dem niedrigeren Netto-Realisationswert bzw. in bestimmten Fällen mit den Wiederbeschaffungskosten vom Grundsatz der Einzelbewertung abgegangen werden. Der Vergleich kann für jeden Gegenstand des Vorratsvermögens getrennt, für Gruppen gleichartiger oder austauschbarer Vorräte oder für das Vorratsvermögen als Ganzes angestellt werden. "Allerdings impliziert die dritte Methode, dass vorhersehbare Verluste durch erwartete aber noch nicht realisierte Gewinne kompensiert werden können und sollte deshalb bei Unternehmen, die hohe Vorratsbestände im Verhältnis zum Umsatz aufweisen, gewöhnlich nicht angewandt werden"²⁾.

Obwohl die aktienrechtlichen und handelsrechtlichen Vorschriften in Deutschland diese Möglichkeit der Durchbrechung des Einzelwertprinzips in dieser Art nicht zulassen und damit letztlich doch der Grundsatz der Vorsicht stärker betont wird, wird doch der subsidiäre Charakter gegenüber dem Anschaffungsprinzip deutlich.

2222) Konkretisierung des Niederstwertprinzips

Das AktG legt nicht fest, ob "der Wert, der sich aus dem Börsen- oder Marktpreis am Abschlusstichtag ergibt" oder falls dieser nicht festzustellen ist, der "Wert, der den Gegenständen am Abschlusstichtag beizulegen ist"³⁾ sich am Absatz- oder Beschaffungsmarkt orientiert.

1) Vgl. Wohlgemuth, M., a.a.O., S. 17 f.

2) Vgl. ICAEW, Treatment of stock-in-trade, a.a.O., S. 6, Tz. 12

3) Vgl. § 155 Abs. 2 AktG

Nach Adler-Düring-Schmaltz hat die Bilanzierungspraxis in Deutschland in diesem Zusammenhang für die Bewertung der Vorräte folgende Grundsätze herausgebildet:¹⁾

- (1) Für Gegenstände, die zur Be- oder Verarbeitung bestimmt sind und die am Abschlusstichtag in der gleichen Form hätten erworben werden können, vor allem Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, sind die Verhältnisse am Beschaffungsmarkt (somit die Wiederbeschaffungskosten) von Bedeutung.
- (2) Gegenstände, die sich im Produktionsprozess des Unternehmens befinden oder diesen bereits durchlaufen haben, sind grundsätzlich nach den Verhältnissen am Absatzmarkt zu bewerten (Prinzip der verlustfreien Bewertung).
- (3) Bei Gegenständen, die ohne Be- oder Verarbeitung zur Veräußerung bestimmt sind (Waren), sind sowohl die Preisverhältnisse am Beschaffungs- wie Absatzmarkt zu berücksichtigen.

Der Arbeitskreis des betriebswirtschaftlichen Ausschusses der chemischen Industrie fordert, dass für unfertige und fertige Erzeugnisse nicht nur der Absatzmarkt, sondern auch der Beschaffungsmarkt in die Betrachtung einzubeziehen sei. Der niedrigere von beiden Vergleichswerten muss den Herstellungskosten gegenübergestellt werden²⁾.

Gegen die Einbeziehung des Beschaffungsmarktes in die Bewertungsüberlegungen sind die in der deutschen Literatur

1) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 155, Tz. 152

2) Vgl. Betriebswirtschaftlicher Ausschuss des Verbandes der Chemischen Industrie e.V., "Gliederungsvorschriften der Jahresbilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung sowie Bewertungsvorschriften im AktG 1965, in: ZfB 1966, 2. Ergänzungsheft, S. 53

Bedenken erhoben worden. So leitet Leffson¹⁾ aus Betrachtungen über das mit sinkenden Beschaffungspreisen verbundene Risiko die Forderung ab, dass sich die Bewertung ausschliesslich am Absatzmarkt orientieren dürfe. Dazu bemerken Adler-Düring-Schmaltz, dass sich möglicherweise das "Bilanzrecht bei einem stärkeren Ausbau des Gedankens der unveränderten Fortführung des Unternehmens (sog. Going-Concern Concept) eines Tages in der von Leffson aufgezeigten Richtung entwickeln wird, obwohl dem erhebliche ... praktische Schwierigkeiten entgegenstehen"²⁾.

Das ICAEW unternimmt nicht den Versuch, für bestimmte Arten von Vorräten verschiedene Orientierungswerte zu determinieren. In Übereinstimmung mit dem oben erwähnten, weithin englisches Bilanzierungsdenken bestimmenden "Going-Concern" Prinzip stellte es als Alternative zur Bewertung zu Anschaffungskosten oder Herstellungskosten bei Vorräten grundsätzlich den niedrigeren Wert am Absatzmarkt, den Netto-Realisationswert, heraus³⁾.

Der Netto-Realisationswert wird definiert als "der Betrag, der am Bilanzstichtag beim Verkauf der Vorräte in deren tatsächlichen Zustand oder als Teil des Erzeugnisses, das normalerweise zum Verkauf bestimmt ist, im normalen Geschäftsverlauf ~~masslich~~ erzielt werden kann, nach Abzug aller bis zum Verkauf oder beim Verkauf anfallenden Aufwendungen und sonstigen Belastungen"⁴⁾.

1) Vgl. Leffson, U., Die Niederstwertvorschrift des § 155 AktG, in: Wpg 1967, S. 57 ff.

2) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 155, Tz. 152

3) Vgl. ICAEW, Treatment of stock-in-trade, a.a.O., S. 5f.

4) Vgl. ebd., S. 6, Tz. 13, Nach herrschender Ansicht, die sich aus einer Klarstellung des Board of Inland Revenue ergibt (vgl. S. 158 der vorliegenden Arbeit), sind darunter nur direkte Aufwendungen zu verstehen.

"Der Netto-Realisationswert ist unter Berücksichtigung aller zur Verfügung stehenden Informationen einschliesslich von Veränderungen der Verkaufspreise nach dem Bilanzstichtag zu schätzen, sofern diese Informationen geeignet sind, den Netto-Realisationswert im normalen Geschäftsverlauf am Abschlusstichtag zu bestimmen. Dies schliesst die Berücksichtigung der Absatzaussichten im Hinblick auf die Menge und Qualität der Vorräte im Verhältnis zur erwarteten Nachfrage ein, (wobei besonders ein Augenmerk auf veraltete oder überhöhte Bestände zu richten ist,) und des erwarteten Einflusses von etwaigen Veränderungen am Beschaffungsmarkt für Rohstoffe und Waren auf die Verkaufspreise"¹⁾.

In diesem Zusammenhang ist interessant, dass der Regierungsentwurf zum AktG 1965 zunächst entsprechend der englischen Auffassung grundsätzlich die Verhältnisse am Absatzmarkt für massgebend angesehen hat²⁾. Diese Auffassung wurde nicht ins AktG übernommen mit der Begründung, "nach herrschender Ansicht" komme "es zwar für halbfertige und fertige Erzeugnisse auf den niedrigeren Verkaufspreis abzüglich der noch zu erwartenden Aufwendungen und Erlösschmälerungen an. Hingegen wird bei Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen der niedrigere Wiederbeschaffungswert als massgebend angesehen; für diesen Wert passt ein Abzug von

1) Vgl. ICAEW, Treatment of stock-in-trade, a.a.O., S. 6, Tz. 14

2) § 146 Abs. 1, Ziff. 2 Satz 2 und 3 RegE haben folgenden Wortlaut: "Sind die Anschaffungs- oder Herstellungskosten höher als der Wert, der sich aus dem Börsen- oder Marktpreis am Abschlusstichtag nach Abzug noch zu erwartender Aufwendungen und Erlösschmälerungen ergibt, so ist höchstens dieser anzusetzen. Ist ein Börsen- oder Marktpreis nicht festzustellen und übersteigen die Anschaffungs- oder Herstellungskosten den Wert, der den Gegenstand am Abschlusstichtag unter Berücksichtigung noch zu erwartender Aufwendungen und Erlösschmälerungen beizulegen ist, so ist höchstens dieser Wert anzusetzen."

noch zu erwartenden Aufwendungen und Erlösen nicht"¹⁾.

Aus Gründen der Praktikabilität sieht das ICAEW dennoch unter verschiedenen Voraussetzungen eine Verwendbarkeit des niedrigeren Wiederbeschaffungswertes vor, da dieser "in manchen Fällen als der beste zur Verfügung stehende Anhaltspunkt für die Bestimmung des Netto-Realisationswertes sei"²⁾:

(a) Unsicherheit des Netto-Realisationswertes

In Fällen, in denen der Umfang der Vorräte im Vergleich zum Umsatz gross oder der Zeitraum zwischen der Anschaffung von Rohstoffen und deren Verarbeitung oder Verkauf als fertige Waren lang ist, ist es möglich, dass die Verkaufspreise am Bilanzstichtag auf der Grundlage laufender Verträge nur einen unzuverlässigen Anhaltspunkt für den künftigen Veräusserungswert der Vorräte als Ganzes liefern können. Für diese Zwecke kann der Wiederbeschaffungspreis als bester zur Verfügung stehender Bewertungsmaßstab gelten³⁾.

(b) Verkaufspreise auf der Grundlage gegenwärtiger Wiederbeschaffungspreise

Bei Marktkonstellationen, bei denen die Verkaufspreise auf Wiederbeschaffungspreisen basieren oder diese reflektieren, ist zu überlegen, dass eine Verzerrung des Geschäftsergebnisses der nachfolgenden Periode eintreten kann, wenn sie mit Beträgen für Vorräte belastet ist, die deren Wiederbeschaffungspreise übersteigen. Danach ist es für eine periodengerechte Erfolgsdarstellung erforderlich, dass die Ertragsminderung von der Periode getragen wird, in der der Rückgang der Beschaffungspreise eintrat und nicht die Verkaufsperiode, deren Ergebnis durch Ereignisse der Vorperiode ungünstig beeinflusst würde⁴⁾.

(c) Berücksichtigung unwirtschaftlicher Beschaffung oder Produktion

Optimale Beschaffung oder effiziente Produktion sind für manche Unternehmen von höchster Bedeutung. Die Einbeziehung von Wiederbeschaffungspreisen (sofern dieser unter den Anschaffungs- oder Herstellungskosten und dem Netto-Realisationswert liegt) erscheint geeignet, Unwirtschaftlichkeiten in dieser Hinsicht widerzuspiegeln,

1) Bericht des Abgeordneten Dr. Wilhelmi, S., a.a.O., S. 31

2) Vgl. ICAEW, Treatment of stock-in-trade, a.a.O., S. 6, Tz. 15.
Die folgenden Passagen sind sinngemäss übersetzt.

3) Vgl. ebd., S. 6, Tz. 16

4) vgl. ebd.

so dass damit die Periode mit einem solchen Betrag belastet wird, der ungefähr das Ergebnis des verfehlten Einkaufs oder der unwirtschaftlichen Produktion darstellt¹⁾.

Sowohl die Definition des Netto-Realisationswertes wie die ausschliessliche Orientierung am Absatzmarkt sind in der Bilanzliteratur nicht allgemein anerkannt.

Der erste Einwand richtet sich gegen die vom Englischen Institut empfohlene Wahl des so definierten Netto-Realisationswertes als Kontrollwert für die Bewertung des Vorratsvermögens. So vertritt Scherpf²⁾ die Auffassung, bei unfertigen und fertigen Erzeugnissen sowie Waren sei vom Verkaufswert neben den Vertriebskosten, Lagerkosten und einem Risikozuschlag wegen eventueller Unverkäuflichkeit "auch ein Gewinnabschlag abzusetzen, da dieser Wert bei selbsterzeugten Produkten verglichen wird mit den Herstellungskosten, die keinen Gewinnaufschlag enthalten"³⁾. Dagegen wird eingewandt, dass schon der Abzug späterer Aufwendungen und Erlösschmälerungen dem mit den Niederstwertprinzip beabsichtigten Grundsatz einer verlustfreien Bewertung Rechnung tragen⁴⁾.

Zur weiteren Beleuchtung des Problemkreises sei die vom amerikanischen Institut der Abschlussprüfer (AICPA) empfohlene Bilanzierung angeführt, die deutliche Unterschiede sowohl zur deutschen wie englischen Auffassung zeigt.

1) Vgl. ICAEW, Treatment of stock-in-trade, a.a.O., S. 7, Tz. 16

2) Vgl. Scherpf, P., a.a.O., Tz. 211

3) Diese Auffassung ist vielleicht durch Entscheidung des BFH vom 5.5.1966, BStBl. III S. 370 beeinflusst, wonach bei retrograder Ermittlung der um den durchschnittlichen Unternehmergewinn reduzierte Wert dem Teilwert entspreche.

4) Vgl. Kormann, B., Bilanzrechtliche Thesen zur Aktienrechtsform 1965, in: DB 1966, S. 1779; Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 155, Tz. 187

Danach gelten als Kontrollwert zur Überprüfung der Anschaffungs- oder Herstellungskosten grundsätzlich die voraussichtlichen Wiederbeschaffungskosten am Bilanzstichtag unter gleichzeitiger Berücksichtigung des mutmasslichen Realisationswertes¹⁾. Der Verkaufswert wird in zwei Erscheinungsformen definiert, die die Ober- und Untergrenze für den Marktwert ("market") darstellen. Einmal als Realisationswert im Sinne der englischen Definition²⁾, zum anderen als der um den Gewinnaufschlag verminderte Realisationswert. Bewegt sich der Wiederbeschaffungs- oder Reproduktionskostenwert (replacement costs) innerhalb dieser beiden Grenzen, so ist dieser anzusetzen. Die aufgezeigten Grenzen werden jedoch in keinem Fall überschritten.

Dies hat zur Folge, dass in bestimmten Fällen ein niedrigerer, keinesfalls aber ein höherer Bilanzwert angesetzt werden darf als nach der englischen Methode. Die sich daraus ergebende Konsequenz ist, dass im Falle einer langfristigen Tendenz zur Abwärtsentwicklung von Kosten und Preisen die amerikanische Methode zu einer früheren Reaktion auf diese Entwicklung tendiert und in der folgenden Periode den Ausweis eines angemessenen Gewinns sichert.

Weitere Implikationen der amerikanischen Methode sind, dass Preisentwicklungen, die sich häufig zuerst am Beschaffungsmarktabzeichnen, antizipiert werden, bevor sie sich am Absatzmarkt niederschlagen. Die Tatsache, dass die Ermittlung der Verhältnisse am Beschaffungsmarkt besonders für Rohstoffe und Erzeugnisse im Stadium der Fertigung einfacher und zuverlässiger ist als eine Rückrechnung über zu erwartende Absatzpreise, dürfte die Empfehlung des AICPA beeinflusst haben.

1) Vgl. AICPA, Restatement and Revision, a.a.O., S. 31

2) Vgl. S. 147 f. der vorliegenden Arbeit sowie Accountants' International Study Group, Inventories, a.a.O., Tz. 86

Theoretisch erscheint von allen drei Lösungsvorschlägen der englische am ehesten dem Wesen der Vorräte als zum Verkauf bestimmter Vermögensgegenstände zu entsprechen. Weitere Unterstützung findet die Auffassung in der Tatsache, dass bei weitem nicht alle Preise am Absatzmarkt sich am Kostenwert ausrichten, sondern als Ergebnis der Marktverhältnisse im Spiel von Angebot und Nachfrage ergeben.

Die Empfehlung des AICPA ist wohl in erster Linie als Richtlinie für die Praxis (besonders unter dem Gesichtspunkt der Verantwortlichkeit des Abschlussprüfers) im Hinblick auf das Prinzip der Vorsicht zu sehen, da der Beschaffungsmarkt gewöhnlich konkretere Anhaltspunkte gibt als eine fiktive Rückrechnung von einem hypothetischen Verkaufspreis.

Die herrschende Auffassung in Deutschland birgt in der dargestellten Form die Gefahr der Schematisierung. Jedoch zeigen die diversen Meinungen in der Literatur, dass sich wohl keine allgemeine anerkannte Praxis herausgebildet hat.

Andererseits gewährt § 155 Abs. 3 AktG weitere Abwertungswahlrechte, wie sie in der anglo-amerikanischen Praxis nicht bekannt sind. Die Bestimmung des § 155 Abs. 3 Ziff. 1 AktG, nach der ein niedrigerer Wertansatz als nach Abs. 1 oder 2 zulässig ist, soweit er bei vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist "um zu verhindern, dass in der nächsten Zukunft der Wertansatz dieser Gegenstände auf Grund von Wertschwankungen geändert werden muss" stellt als "in zeitlicher Hinsicht erweitertes Niederstwertprinzip ohne Abwertungszwang"¹⁾ eine Durchbrechung des Stichtagsprinzips zugunsten des Vorsichtsprinzips dar.

In der Empfehlung des ICAEW über die Behandlung von Ereignissen, die nach dem Abschlusstichtag eingetreten sind²⁾,

1) Leffson, U., Die Niederstwertvorschrift des § 155 AktG, a.a.O., S. 60 f.

2) ICAEW, Events occurring after the balance sheet date, a.a.O.

klingt die Möglichkeit einer derartigen Durchbrechung des Stichtagsprinzips nicht an. Grundsätzlich sei bei der Bilanzierung von den Verhältnissen am Bilanzstichtag auszugehen. Nachfolgende Ereignisse seien nur insoweit zu berücksichtigen, als sie dazu beitragen, die Verhältnisse am Bilanzstichtag aufzuklären¹⁾.

Reflektieren die Werte am Bilanzstichtag jedoch aussergewöhnliche Ereignisse, z.B. einen vorübergehenden Preisverfall, der bis zum Zeitpunkt der Bilanzaufstellung überwunden ist und den Absatz von Waren und Erzeugnisse nicht beeinträchtigt hat, so ist nach dem Grundsatz der Bilanzierung zu normalen Verhältnissen diese Tatsache nicht zu berücksichtigen²⁾.

Die Einbeziehung steuerlicher Gesichtspunkte in die Bilanzierung wie im Falle des § 155 Abs. 3 Ziff. 2 AktG ist in England unbekannt, da hier das Massgeblichkeitsprinzip der Handelsbilanz für steuerliche Zwecke in seiner deutschen Form nicht besteht.

Das Beibehaltungswahlrecht nach § 155 Abs. 4 AktG, d.h. die Möglichkeit zur Beibehaltung eines an einem früheren Abschlusstichtag begründeten niedrigeren Wertes nach Wegfall der Gründe dürfte m.E. einer strengen Auslegung des Begriffes eines wahren und getreuen Bildes am Bilanzstichtag nicht gerecht werden.

333) Verfahren zur Ermittlung der Anschaffungs- oder Herstellungskosten

Das in Deutschland geltende Prinzip der Einzelbewertung (vgl. §§ 39, 40 HGB) ist in dieser Form in England nirgends gesetzlich formuliert. Jedoch wird diese Methode der

-
- 1) ICAEW, Events occurring after the balance sheet date, a.a.O., Tz. 16, S. 4; dies ist unbeschadet des Erfordernisses, solche Ereignisse ggf. ausserhalb des Abschlusses im Geschäftsbericht offenzulegen (vgl. Tz. 13-15, 17)
- 2) Vgl. ebd., Tz. 18; Russell, A.G., An Introduction to Company Accounts, a.a.O., S. 18

Wertermittlung als die naheliegendste und befriedigendste bezeichnet¹⁾. Der Gesetzgeber hat auch in Deutschland dem Umstand Rechnung getragen, dass das Prinzip der Einzelbewertung in der Praxis in vielen Fällen nicht praktikabel oder realisierbar ist. Eine entsprechende Kodifizierung ist in § 40 Abs. 4 Ziff. 1 HGB (neue Fassung) und in § 15b Abs. 1 Satz 3 AktG erfolgt.

Grundsätzlich sind folgende vereinfachende Verfahren zur Ermittlung der Anschaffungs- oder Herstellungskosten denkbar:

- (1) Durchschnittsmethode
- (2) Lifo, Fifo- und ähnliche Verfahren
- (3) Festbewertung
- (4) retrograde methode

Lifo, Fifo und ähnliche Verfahren kennzeichnen sich dadurch, dass bestimmte Verbrauchs- oder Veräußerungsfolgen unterstellt werden²⁾. Diese grösstenteils in den USA entwickelten erfahrungen³⁾ haben sowohl in England wie in Deutschland nur teilweise Anerkennung gefunden.

Das Lifo (last in, first out) Verfahren bezweckt einen möglichst gegenwartsnahen ansatz des Materialverbrauchs. "Die Verarbeitung älterer billig eingekaufter Bestände soll, insoweit als ein neuer Bestand aus Zukäufen gebildet wird, nicht zu einem Gewinnausweis führen"⁴⁾.

Die Dollar-value-Methode⁵⁾ stellt eine Weiterent-

1) Vgl. Jones, F.H., Guide, a.a.O., S. 62

2) Das theoretische Interesse an diesen Verfahren erwächst nicht primär aus ihrer Vereinfachungswirkung, sondern aus der Tatsache, dass sie besonders in Zeiten schwankender Preise nicht ohne Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens- und Ertragslage bleiben.

3) Vgl. Kennedy-McMullen, a.a.O.; Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 155, Tz. 88 - 136

4) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 155, Tz. 107

5) Vgl. die Ausführungen bei Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 155, Tz. 127

wicklung der Lifo-Methode dar, wobei die Bestandsveränderungen zunächst zu werten des Vorjahres ermittelt und dann mit einem die Kostenveränderung zum Bilanzstichtag wiedergebenden Faktor multipliziert werden. Grundsätzlich ist bei dieser Methode eine Zusammenfassung des gesamten Vorratsbestandes möglich.

Bei der Retail-lifo-Methode wird von retrograd ermittelten Preisen ausgehend aufgrund für verschiedenen Warengruppen veröffentlichter Preisindizes der Bestand auf einen dem Lifo-Verfahren entsprechenden Wert zurückgerechnet¹⁾. Gleichartigkeit der Gegenstände ist nicht vorausgesetzt.

Das Hifo (highest in, first out) -verfahren ist ausschliesslich am Vorsichtsprinzip ausgerichtet, indem es unterstellt, dass zunächst die am teuersten beschafften Vorräte verbraucht oder veräussert werden, um mit einer späteren Verwertung eventuell verbundene Risiken möglichst auszuschalten. Während Heinen²⁾ die Auffassung vertritt, dieses Verfahren verstosse gegen das Prinzip des festen Wertansatzes des AktG 1965, sind Adler-Düring-Schmaltz³⁾ der Ansicht, dass das Verfahren sowohl dem in § 155 Abs. 1 Satz 3 AktG niedergelegten Erfordernis der Bestimmtheit der Verbrauchsfolge (diese ist durch den Preis der angeschafften oder hergestellten Gegenstände festgelegt) als auch den Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung (Prinzip der Vorsicht) entspreche. Auch Scherpf⁴⁾ vertritt die Auffassung, dass unter der Voraussetzung einer kontinuierlichen Anwendung das Hifo-Verfahren zulässig sei.

Die Nifo (next in, first out) Methode⁵⁾ stellt die konsequente Weiterentwicklung des im Lifo-Verfahren zum

1) Vgl. Kennedy-McMullan, a.a.O., S. 81 ff.

2) Vgl. Heinen, Handelsbilanzen, a.a.O., S. 177

3) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 155, Tz. 131, 132

4) Vgl. Scherpf, P., a.a.O., Tz. 238

5) Vgl. Kennedy-McMullan, a.a.O., S. 85 f.

Ausdruck kommenden Prinzips der Bewertung des Materialverbrauchs zu Wiederbeschaffungskosten dar. Danach wird jeder einzelne Verbrauch von Vorräten zu effektiven oder geschätzten Wiederbeschaffungskosten zum Zeitpunkt des Verbrauchs bewertet. Da damit Werte in die Rechnung eingehen, die nicht durch tatsächliche entstandene Anschaffungs- oder Herstellungskosten belegt sind, wird das Verfahren für Handelsbilanz- und Steuerzwecke nicht anerkannt¹⁾.

Bei aller Unterschiedlichkeit der Ausgestaltung laufen die Verfahren auf zwei Grundprinzipien hinaus: Gewinnermittlung auf der Grundlage von Anschaffungskosten (Fifo) oder von Wiederbeschaffungskosten (Lifo und abgeleitete Verfahren, Nifo, bei steigenden Preisen Hifo). Dem in der von angelsächsischen Bilanzierungspraxis grosse Bedeutung eingeräumten Prinzip des "matching of cost and revenue" unter Ausschaltung von Preiseinflüssen bei der Gewinnermittlung entsprechen die Lifo verwandten Methoden. Dies entspricht bei steigenden Preisen dem Prinzip der Vorsicht.

Fifo hingegen ist Ausfluss des Anschaffungswertprinzips. Es entspricht dem Begriff vom Abschluss als Geld- oder Nominalrechnung und liegt damit auf einer Linie mit dem im AktG verankerten und vom ICAEW bevorzugten Rechnungslegungskonzepts. Da Fifo stets gleichzeitig nach dem Niederstwertprinzip geprüft werden muss²⁾, bestehen aus dem Prinzip der Vorsicht keine Bedenken dagegen.

Während die erläuterten Verfahren Gleichartigkeit der zusammengefassten Vermögensgegenstände voraussetzen, falls die den Erfordernissen des § 155 Abs. 1 Satz 3 AktG genügen sollen, gestattet der durch das Gesetz zur Änderung des Handelsgesetzbuches und der Reichsabgabenordnung vom 2.8. 1965³⁾

1) Vgl. Kennedy-McMullan, a.a.O., S. 85

2) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 155, Tz. 106;

ICAEW, Treatment of stock-in-trade, a.a.O., Tz. 12, S. 5

3) BGBl. I S. 665

in § 40 HGB neu eingeführte Absatz 4, dass "annähernd gleichwertige und solche gleichartigen Vermögensgegenstände, bei denen nach Art des Bestandes oder aufgrund sonstiger Umstände eine Durchschnittswert bekannt ist, zu einer Gruppe zusammengefasst werden" können (Gruppenbewertung). Das englische Recht kennt diese Voraussetzungen und Einschränkungen nicht¹⁾.

Der Festbewertung liegt die Annahme zugrunde, dass sich Neuzugänge und Verbrauch von Jahr zu Jahr im wesentlichen entsprechen. Nach § 40 Abs. 4 HGB (nF) ist eine Festbewertung beim Umlaufvermögen nur für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe zulässig, wobei jedoch der Bestand in seiner Grösse, seinem Wert und seiner Zusammensetzung nur geringen Veränderungen unterliegen darf. Eine körperliche Aufnahme ist danach nur alle drei Jahre erforderlich.

In ihrer Auswirkung auf die Darstellung der Ertragslage ähnelt die Bilanzierung zu Festwerten der Lifo-Methode. Der Aufwand wird zu gegenwartsnahen Werten ausgewiesen. Problematisch ist die Anpassung der zugrundeliegenden Mengen an Schwankungen im Geschäftsvolumen.

Das Englische Institut zählt alle in ihrer Auswirkung Lifo nahekommenden Methoden der Kostenermittlung nicht zu Verfahren in Normalfällen. Dies hängt mit der Bevorzugung des Anschaffungswertprinzips zusammen. Letztlich sollte aber die Methode gewählt werden, die den Umständen der bilanzierenden Gesellschaft angemessen ist²⁾. Damit sind die Anforderungen theoretisch strenger als in Deutschland, wo Übereinstimmung mit den Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung gefordert wird³⁾.

1) Vgl. ICAEW, Treatment of stock-in-trade, a.a.O., S. 5, Tz. 12

2) Vgl. ebd., S. 10, Tz. 32

3) Dies dürfte dann der Fall sein, wenn das Merkmal, an dem die Annahme der Beschaffungs- oder Verbrauchsfolge knüpft, nicht den mit der Rechnungslegung verfolgten Zielen und vernünftigen kaufmännischen Überlegungen widerspricht (dies wäre nach Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 155, Tz. 133 bei einem Verfahren nach dem Grundsatz "lowest in, first out" der Fall)

444) Exkurs: Zur steuerlichen Bewertung der Vorräte

Die praktische Verbreitung der aufgeführten Verfahren zur Ermittlung der Anschaffungs- oder Herstellungskosten wird weitgehend durch deren steuerliche Zulässigkeit bestimmt, da kaum eine Gesellschaft es bei der komplexen Natur des Gegenstandes unternehmen wird, zwei verschiedene Verfahren der Vorratsbewertung gleichzeitig zu unterhalten.

In Deutschland erscheint ihre steuerrechtliche Zulässigkeit noch nicht endgültig geklärt. Vor der Einführung des AktG 1965 waren Fifo, Lifo und ähnliche Verfahren praktisch abgelehnt, da die Rechtssprechung des BFH¹⁾ verlangte, dass die tatsächliche Verbrauchsfolge bei Anwendung der Verfahren der angenommenen nicht widersprach. Damit war die Möglichkeit der Unterstellung einer bestimmten Verbrauchsfolge nicht gegeben. Obwohl das steuerrechtliche Schrifttum auch nach Einführung des neuen AktG eine überwiegend ablehnende Haltung einnahm²⁾, wird infolge der grundsätzlichen Bindung des Steuerrechts an die handelsrechtlichen Bilanzierungsvorschriften dieser Auffassung weitgehend widersprochen³⁾. Anlässlich der Beratungen über das "Gesetz zur Änderung der §§ 5 und 6 EStG", wo einleitend festgestellt wurde, dass § 6 EStG keine eigenständige steuerliche Bilanzierungsvorschrift darstelle, sondern nur die Bewertung von in Übereinstimmung mit dem Handelsrecht aktivierungsfähigen bzw. aktivierungspflichtigen Wirtschaftsgütern regele, wurde geäußert, dass diese Bewertungsgrundsätze unverändert geblieben sind. Angesichts der Befürchtungen des Bundesrats, dies könne zur Übernahme der handelsrechtlichen Verfahren des § 155 Abs. 1 Satz 2 und damit zur Anerkennung des Lifo-Verfahrens mit der Folge eines erheblichen Steuerausfalls

1) BFH v. 15.2.1966, BStBl. III, S. 274

2) Vgl. Rau, H.G., Lifo-Bewertung steuerlich nicht zulässig, in: BB 1966, S. 439; Schrader, H., Zu den Auswirkungen des AktG 1965 auf das Bilanzsteuerrecht, in: DB 1966, S. 1144

3) Vgl. Kropff, B., Bilanzwahrheit und Ermessensspielraum a.a.O., S. 376, (Anmerkung 45); Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 155, Tz. 136

führen, bekräftigte der Finanzausschuss des Bundestags in Übereinstimmung mit der Bundesregierung die grundsätzliche Unzulässigkeit des Lifo-Verfahrens, da es gegen die Vorschrift der Bilanzierung zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten verstosse¹⁾.

Auch in England wird Lifo von der Finanzverwaltung nicht anerkannt²⁾. Dies hat zur Folge, dass Fifo neben der Durchschnittsmethode Verbreitung gefunden hat.

In einer Stellungnahme der Finanzverwaltung (Board of Inland Revenue) zur Recommendation N 22 des ICAEW vom 3.5.1961 werden folgende Abweichungen bzw. Präzisierungen zur Empfehlung des ICAEW angeführt³⁾:

- (1) "Nach der Entscheidung des Obersten Gerichtshofes (House of Lords) ist eine Bewertung zu Einzelkosten ohne jede Berücksichtigung von Gemeinkosten zulässig. Dies soll aber keinen Anstoss zur Nachahmung dieser Verfahren durch andere Unternehmen darstellen. Die Finanzbehörden werden einem Wechsel der Bewertungsmethode in Richtung Ausschluss der Gemeinkosten nur dann zustimmen, wenn berechtigte Gründe vorliegen.
- (2) Bei der Bestimmung des Netto-Realisationswertes dürfen nach Auffassung der Finanzverwaltung nur direkte Vertriebskosten, nicht aber allgemeine Kosten des Vertriebsbereichs vom künftigen Verkaufswert abgezogen werden.

-
- 1) Vgl. (o.V.), Steuerliche Hinweise, Gesetzgebung, Gesetz zur Änderung der §§ 5 und 6 EStG vom Bundestag verabschiedet - steuerliche Anerkennung der handelsrechtlichen Aktivierungsverbote, in: DB 1969, S. 414 f., S. 414; Rau, H.G., Steuerliche Übernahme handelsrechtlicher Bilanzierungsvorschriften, Zustimmung des Bundesrats zum Gesetz zur Änderung der §§ 5 und 6 EStG, in: DB 1969, S. 676-680, S. 679
 - 2) Vgl. Accountants' International Study Group, Inventories, a.a.O., Tz. 66
 - 3) Abgedruckt in ICAEW, Stock-in-trade and work in progress, in: Members' Handbook, a.a.O., Section 4: Taxation, (Q 12), S. 1

- (3) Die Finanzverwaltung stimmt dem Grundsatz, dass zu erwartende Verluste aufgrund gesunkener Wiederbeschaffungs- oder Reproduktionskosten antizipiert werden sollen, grundsätzlich zu. In Fällen, in denen zwar der Wiederbeschaffungs- oder Reproduktionswert unter die Anschaffungs- oder Herstellungskosten gesunken ist, jedoch kein Verlust aus dem Verkauf sondern nur ein entsprechend niedrigerer Gewinn erwartet wird, ist ein Herabgehen auf die Wiederbeschaffungskosten unzulässig."

cc) Bewertung in Sonderfällen

Für ganz bestimmte Fälle sieht die Empfehlung des ICAEW eine Abweichung von den oben beschriebenen Regeln vor. Ein solches Abweichen vom allgemeinen Standard ergibt sich entweder aufgrund besonderer Umstände, die dies als angebracht erscheinen lassen oder auch aufgrund der überkommenen Übung in bestimmten Wirtschaftszweigen, die allgemeine Anerkennung gefunden hat¹⁾.

111) Bilanzierung zu Verkaufspreisen

In England ist es in einigen Wirtschaftszweigen, wie Tee- oder Gummiherstellung und bei verschiedenen Bergwerksunternehmen, anerkannte Praxis, die Vorräte an fertigen Erzeugnissen zu den nach Abschlusstichtag realisierten Preisen abzüglich bis zum Verkauf noch anfallender Aufwendungen und Erlösschmälerungen auszuweisen. Dies stellt eine Durchbrechung des Realisationsprinzips dar. Diese Handhabung verstößt eigentlich nicht gegen das Vorsichtsprinzip, da ja die ausgewiesenen Gewinne, wenn auch nach dem Abschlusstichtag, schon realisiert sind. Da in England das Anschaffungswertprinzip nicht streng gilt, kann gegen eine solche Handhabung nichts eingewandt werden, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der periodengerechten Erfolgsabgrenzung, da in diesen Fällen zumeist der Gewinn primär nicht durch den Verkaufs- sondern durch den Beschaffungsakt erzielt wird.

1) Vgl. ICAEW, Treatment of stock-in-trade, a.a.O., S. 1f.,

Der Ausweis des gesamten Gewinns in der Periode, in der die Ernte eingebracht bzw. das Erz gewonnen wurde, wird in den erwähnten Branchen traditionell anerkannt¹⁾.

222) Gewinnrealisierung bei langfristigen Verträgen

Bei Unternehmen, die sich mit der Durchführung langfristiger Aufträge befassen, ist es oft angebracht, die Gewinne, die erst mit Abschluss der Arbeiten vereinbart werden könnten, über die Laufzeit der Aufträge zu verteilen, da sonst ein falsches Bild von der Ertragslage der Gesellschaft entstände. Nach dieser Methode wird in jeder Periode der Durchführung eines Auftrags ein vorsichtig geschätzter Betrag als Beitrag der Leistung der einzelnen Periode zum Gesamtgewinn aktiviert. Dabei sind folgende Grundsätze zu beachten²⁾:

"Gewinne dürfen erst realisiert werden, wenn es aufgrund der Fortschritte der Arbeiten hinreichend klar ist, dass letztlich ein Gewinn entstehen wird. Es ist daher nicht angebracht, Gewinnelemente einzubeziehen, wenn der Auftrag am Abschlusstichtag erst seit verhältnismässig kurzer Zeit in Arbeit ist, oder einen Betrag einzubeziehen, der den Anteil der schon vollbrachten Leistung am Gesamtauftrag überschreitet.

Vorhersehbare Verluste sind zu berücksichtigen; soweit möglich, sollten Abschläge für Vertragsstrafen, Garantieverpflichtungen oder sonstige Eventualverbindlichkeiten erfolgen.

Es soll eine klare Grundlage für die Berechnung des jeweiligen Gewinnanteils geschaffen werden und die Methode ist kontinuierlich anzuwenden."

1) Vgl. ICAEW, Treatment of stock-in-trade, a.a.O., S. 7, Tz. 20

2) Ebd., S. 8, Tz. 22

Diese Ansicht kann im wesentlichen auch als in Deutschland anerkannt betrachtet werden. Adler-Düring-Schmaltz¹⁾ fordern darüber hinaus, dass es sich um Fälle handelt, "die für die einzelne Gesellschaft von sehr erheblicher Bedeutung sind"; auch müssten endgültige Teilabrechnungen vorliegen. Wegen des Unsicherheitsmoments ist "eine besonders vorsichtige Betrachtungsweise am Platz und es besteht allenfalls ein Gewinnrealisierungsrecht, jedoch keine Pflicht, unrealisierte Gewinne bereits zu vereinnbaren"²⁾.

Dadurch, dass das ICAEW von einer gegebenenfalls "angenehmen" (appropriate) Aktivierung spricht, Adler-Düring-Schmaltz "allenfalls ein Gewinnrealisierungsrecht" annehmen, ergibt sich, dass die englische Betrachtungsweise mehr den Grundsatz der periodengerechten Erfolgsverteilung in den Vordergrund stellt, während in Deutschland dem gesetzlich verankerten Anschaffungswert- sowie Realisationsprinzip der Vorrang eingeräumt wird.

333) Bewertung zum eisernen Bestand

Die Empfehlung des ICAEW³⁾ erwähnt, dass in manchen Unternehmen der "eiserne Bestand" an Rohstoffen und anderen Erzeugnissen zu Festwerten bilanziert wird, wobei für den Wertansatz die ursprüngliche Menge und deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten Verwendung finden. Diese Vorräte werden, obwohl sie individuell den Charakter von Umlaufvermögen haben, aus der Überlegung heraus, dass sie ständig im Betrieb verbleiben müssen, wenn ein reibungsloses Funktionieren des Betriebsablaufs gesichert sein soll, als Anlagevermögen behandelt und entsprechend ausgewiesen.

1) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 149, Tz. 70

2) Ebd.; auch die steuerliche Rechtsprechung bejaht in diesem Fall ein Aktivierungswahlrecht (vgl. BFH-Urteil vom 18.12.1956, BStBl 1957 III, S. 27 - sog. Brückenausschlussurteil)

3) Vgl. ICAEW, Treatment of stock-in-trade, a.a.O., S. 8, Tz. 21

Bezüglich der aktienrechtlichen Zulässigkeit gilt das über die Festbewertung Gesagte¹⁾.

Obwohl das ICAEW anführt, dass in "alt etablierten Unternehmen der Ausweis auf Preisen für Vorräte basieren kann, die vor vielen Jahren erworben und oftmals ersetzt worden sind"²⁾, und trotz des Vorteils einer gegenwartsnahen Verrechnung des Aufwands³⁾ dürften der Anwendung dieser Methode bei grösseren Schwankungen des mengenmässigen Bestands der Vorräte auch in England Grenzen gesetzt sein⁴⁾.

dd) Änderungen der Bewertungsmethoden

Das ICAEW verlangt eine Offenlegung von Änderungen der Bewertungsmethode⁵⁾. Eine Änderung ist geboten, wenn sich die Umstände derart gewandelt haben, dass bei Beibehaltung der alten Methode zur Folge hätte, dass der Abschluss kein wahres und getreues Bild von der Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft mehr böte. Falls eine solche Änderung erfolgt, ist die Auswirkung in einem Sonderposten der Gewinn- und Verlustrechnung oder in einer Anmerkung zur Bilanz offenzulegen⁶⁾.

Die Finanzverwaltung erkennt eine Änderung der Bewertungsmethode nur dann an, wenn "gute Gründe" dafür vorliegen, was nach den konkreten Verhältnissen der jeweils bilanzierenden Gesellschaft zu beurteilen ist. Beispiele

1) Vgl. die Ausführungen S.156 der vorliegenden Arbeit

2) Vgl. ICAEW, Treatment of stock-in-trade, a.a.O., S. 8, Tz. 23

3) Vgl. ebd.

4) Vgl. Accountants' International Study Group, Inventories, a.a.O., Tz. 78 mit Hinweis auf die ablehnende Haltung der Finanzverwaltung

5) Vgl. ICAEW, Treatment of stock-in-trade, a.a.O., S. 10, Tz. 28

6) Dies ergibt sich aus der Vorschrift von SCH. 2, 14.-(6)(b), die nach der Interpretation des Jenkins Report (a.a.O., S.147 Tz. 380, (a)) im vorliegenden Fall anzuwenden ist

sind die Anpassung an Konzerngrundsätze bei einer übernommenen Gesellschaft oder Änderungen im Absatzprogramm¹⁾. Diese Haltung stimmt mit der des Englischen Instituts überein.²⁾ Es gilt somit das Prinzip der materiellen Bilanzkontinuität.

"Dagegen besteht auch nach dem AktG 1965 weder eine gesetzliche noch eine aus den Grundsätzen ordnungsgemässer Bilanzierung herzuleitende Verpflichtung, die materielle Bilanzkontinuität, also die Beibehaltung gleicher Bewertungsgrundsätze für zwei aufeinanderfolgende Schlussbilanzstichtage, zu wahren³⁾". Während nach dem AktG wesentliche Änderungen lediglich im Geschäftsbericht zu erläutern sind⁴⁾, verlangt das ICAEW eine Offenlegung wesentlicher Änderungen im Abschluss⁵⁾. Angesichts der unterschiedlichen Methoden der Vorratsbewertung und ihrer Auswirkungen auf die Ergebnisdarstellung kommt der materiellen Bilanzkontinuität grösste Bedeutung für die Beurteilung der Erfolgsentwicklung im Zeitvergleich dar.

b) Andere Gegenstände des Umlaufvermögens

Die unter dieser Bezeichnung im aktienrechtlichen Gliederungsschema zusammengefassten Aktiva sind heterogener Natur. Umlaufvermögen im Sinne von Gegenständen, die zur Veräusserung oder zum Verbrauch im gewöhnlichen Geschäftsverkehr bestimmt sind, und flüssigen Mitteln sind die nach § 151 AktG gesondert auszuweisenden Posten unter Ziffern (1) bis (7).

1) Board of Inland Revenue, Statement on "Change in Basis of Stock Valuation", veröffentlicht in ICAEW, Members' Handbook, a.a.O., Section 9: Taxation, Stock-in-trade and work in progress, (Q 12), S. 3

2) Vgl. ICAEW, Treatment of stock-in-trade, a.a.O., S. 10, Tz. 33

3) WP-Handbuch, a.a.O., S. 479; gleicher Ansicht Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 149, Tz. 29

4) Vgl. § 160 Abs. 2 Satz 3 AktG sowie die Ausführungen S.256 ff.

5) Vgl. ICAEW, Treatment of stock-in-trade, a.a.O., S. 10, Tz. 28

Die englische Praxis fasst gewöhnlich die den Ziffern (1) bis (3) entsprechenden Posten¹⁾ unter dem Gesichtspunkt zusammen, dass diese Forderungen darstellen, die aus dem normalen Geschäftsbereich der Gesellschaft herrühren²⁾. Schecks, Kassenbestand und kurzfristig fällige Guthaben bei Kreditinstituten werden ebenfalls in einem Posten aufgeführt³⁾, was gegenüber dem aktienrechtlichen Schema den Vorteil hat, dass unwesentliche Beträge, wie gewöhnliche Schecks und Kassenbestand, das Bilanzbild nicht unnötig aufblähen. Einen Posten Wertpapiere gleichen Inhalts wie der oben aufgeführten Nr. (7) empfiehlt das ICAEW; jedoch sollten Steuergutscheine (Tax reserve certificates) wegen ihrer relativen Bedeutung⁴⁾ gesondert ausgewiesen werden⁵⁾.

Die vom ICAEW angeführte Reihenfolge spiegelt steigende Liquidität wieder⁶⁾. In § 151 AktG ist dieses Prinzip nicht streng eingehalten.

In Deutschland wird grundsätzlich davon ausgegangen, dass unverzinsliche oder niedrigverzinsliche Forderungen sowie Wechsel mit dem Barwert am Bilanzstichtag anzusetzen sind⁷⁾. Die englische Bilanzierungspraxis kennt keine Abzinsung⁸⁾. Für Skonti wird in Deutschland häufig ein Wertabschlag vorgenommen⁹⁾, während sich in England die überwiegende Meinung dagegen ausspricht¹⁰⁾.

1) nämlich geleistete Anzahlungen, soweit sie nicht zum Anlagevermögen gehören, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie Wechsel

2) Vgl. ICAEW, Presentation of balance sheet and profit and loss account, a.a.O., S. 6, Tz. 36 (b)

3) Vgl. ICAEW, Presentation of balance sheet and profit and loss account, a.a.O., S. 6, Tz. 36 (e)

4) Es gibt in England keine Vorauszahlungen auf Körperschaftsteuer (vgl. S. 218 der vorliegenden Arbeit)

5) Vgl. ICAEW, Presentation of balance sheet and profit and loss account, a.a.O., S. 6, Tz. 36 (d) und (e)

6) Vgl. ebd., S. 6, Tz. 36

7) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 155, Tz. 223

8) Vgl. Greener, M., a.a.O., S. 342

9) Vgl. Haas-Oechsner, a.a.O., 2. Teil, S. 354 und 356

10) Vgl. Jones, F.H., Guide, a.a.O., S. 75

Die deutsche Handhabung stellt ein einseitiges Abweichen vom Anschaffungswertprinzip dar, da Verbindlichkeiten nicht abgezinst werden dürfen¹⁾; die englische Bilanzierungspraxis, die weder bei Forderungen noch Verbindlichkeiten eine Verzinsung berücksichtigt, ist konsequenter. Eine Pauschalwertberichtigung zu Forderungen wegen des allgemeinen Kreditrisikos wird in England gewöhnlich nicht betragsmässig ausgewiesen²⁾, jedoch erfolgt häufig ein Vermerk, dass Pauschalwertberichtigungen vorgenommen wurden³⁾.

Zu Anderen Gegenstände des Umlaufvermögens im Sinne des § 151 AktG zählen weiterhin die Ziffern (8) bis (12) des Gliederungsschemas.

Eigene Aktien haben Doppelcharakter. Im Hinblick auf die Möglichkeit der Veräusserung, der Ausgabe an Arbeitnehmer oder die Abfindung aussenstehender Aktionäre z. B. bei Abschluss von Beherrschungsverträgen stellen sie echte Vermögenswerte dar⁴⁾. Fehlt eine solche Zweckbestimmung, sind sie reine Korrekturposten zum Eigenkapital und im Falle der Liquidation wertlos. Das englische Recht⁵⁾ verbietet den Kauf eigener Aktien. Ein solches Rechtsgeschäft fällt unter die Ultra-vires Doktrin.

Das gleiche trifft grundsätzlich für den Erwerb von Anteilen an einer herrschenden Gesellschaft (Holding Company) zu, es sei denn die Anteile befanden sich bereits im Besitz der Gesellschaft zum Zeitpunkt des Entstehens des Beherrschungsverhältnisses⁶⁾. Sie sind dann unter Kapitalbe-

1) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 156, Tz. 14

2) Vgl. Jones, F.H., Guide, a.a.O., S. 76

3) Vgl. z.B. Abschluss von Manchester Garages Limited, in: The Accountant 1969, S. 359

4) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 151, Tz. 161

5) Vgl. Fall Trevor v. Whitworth (1887), angeführt bei Magnus-Estrin, Companies - Law and Practice, a.a.O., S. 62

6) Vgl. Sect. 27 C.A. 1948 sowie Magnus-Estrin, Companies - Law and Practice, a.a.O., S. 34

teiligungen an Konzerngesellschaften auszuweisen¹⁾; ein Ausweis im Umlaufvermögen kommt nicht in Frage.

Forderungen an verbundene Unternehmen müssen nach dem AktG stets im Umlaufvermögen ausgewiesen werden, gleich ob es sich um Forderungen aus dem Waren- und Leistungs- sowie Finanzverkehr, Dividendenforderungen oder Forderungen aus Unternehmensverträgen handelt²⁾.

Die englischen Bilanzierungsgrundsätze verlangen hier eine Unterteilung zumindest nach der Priorität³⁾ und ermöglichen damit einen verbesserten Einblick in die Lage der Gesellschaft. Die aktienrechtliche Lösung ist m.E. in dieser Hinsicht nicht befriedigend.

Kredite unter § 89 AktG betreffen neben vorstandsmitgliedern und mit diesen verbundenen Personen und Gesellschaften auch leitende Angestellte, wie Prokuristen und Generalbevollmächtigte. Ähnlich weit ist der Kreis im Falle von Krediten an Aufsichtsratsmitglieder nach § 115 AktG gezogen.

Der Companies Act verbietet grundsätzlich die Gewährung von Darlehen an Mitglieder der Geschäftsführung⁴⁾.

Darlehen an leitende Angestellte (officers) im Einzelwert von über £ 2.000 sind nach Sect. 197 C.A. 1948 gesondert zu bilanzieren. Werden Darlehen an Angestellte zum Erwerb von Aktien der Gesellschaft oder deren Muttergesellschaft gegeben, so sind diese ebenfalls getrennt auszuweisen (COH. 2., 8.-(1)(c)).

1) Vgl. ICAEW, Treatment of investments, a.a.O., S. 5, Tz. 19

2) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 151, Tz. 172

3) Vgl. hierzu die Ausführungen auf S. 62 der vorliegenden Arbeit

4) Vgl. Sect. 190 C.A. 1948; gewisse Ausnahmen sind jedoch möglich (vgl. hierzu Magnus-Estrin, Companies - Law and Practice, a.a.O., S. 195)

Sonstige Vermögensgegenstände stellen nach deutschen Bilanzierungsgrundsätzen schliesslich einen Sammelposten "für nicht besonders auszuweisende Vermögensgegenstände aller Art"¹⁾ dar, z.B. Darlehen, Kautionen, Steuererstattungsansprüche, Schadenersatzforderungen, Rückkaufswerte von Lebensversicherungen etc. Damit enthält dieser Posten häufig auch längerfristige Bestandteile, die nach englischen Grundsätzen nicht unter Umlaufvermögen sondern unter Andere Aktiva zu bilanzieren sind. Das starre aktienrechtliche Schema lässt eine solche Lösung nicht zu, jedoch wird bei erheblichen Beträgen eine Erläuterung im Geschäftsbericht erforderlich sein²⁾.

4) Andere Aktiva

a) Abgrenzung zu Anlage- und Umlaufvermögen

Anlässlich der Diskussion über die Gestaltung des Bilanzschemas nach dem neuen AktG war wiederholt zum Ausdruck gekommen, dass eine Gliederung der Aktiva nach den traditionellen Bezeichnungen Anlagevermögen und Umlaufvermögen nicht zufriedenstellend sei. Besondere Kritik richtete sich dabei gegen den Begriff "Umlaufvermögen". In der Begründung zum RegE, der die Bezeichnung im Bilanzschema nicht mehr enthielt, heisst es: "Der Begriff hat sich zwar eingebürgert, ein Aussagewert kommt ihm jedoch nicht zu"³⁾. Einzelne Gegenstände könnten nicht als Umlaufvermögen im betriebswirtschaftlichen Sinn bezeichnet werden und das einzige, was die nach dem (alten) AktG als Umlaufvermögen auszuweisende Gegenstände gemeinsam kennzeichne, sei, dass es sich bei ihnen nicht um Anlagevermögen handle⁴⁾. Auf Vorschlag der Spitzenverbände der gewerblichen Wirtschaft hin, fügte

1) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 151, Tz. 19!

2) Vgl. Begründung zum RegE, a.a.O., S. 171

3) Vgl. ebd., S. 170

4) Vgl. ebd.

das AktG 1965 die Bezeichnung "Umlaufvermögen" wieder in das gesetzliche Gliederungsschema ein, mit der Begründung, dass sich der Begriff "eingebürgert hat und bei der Bilanzanalyse eine wesentliche Rolle spielt¹⁾".

Eine ähnliche Diskussion hat in England vor Einführung des Companies Act 1967 stattgefunden. So hat das ICAEW in seiner Empfehlung N 18²⁾ dafür plädiert, in Fällen, in denen die in SCH. 8, 4.-(2) C.A. 1948 vorgeschriebene Unterteilung des Vermögens in Anlagevermögen (fixed assets) und Umlaufvermögen (current assets) nicht praktikabel oder sogar irreführend sei und kein "wahres und getreues Bild" vermittele, diese Vermögensgegenstände gesondert auszuweisen seien, wobei deren Art klar zu beschreiben sei³⁾.

Diese auch vom Jenkins Report aufgegriffene Anregung führte dazu, dass der Companies Act 1967 in SCH. 2, 4.-(2) den gesonderten Ausweis von Aktiva, die weder als Anlage- noch als Umlaufvermögen bezeichnet werden können, vorgeschrieben hat.

Damit lässt das Gesetz einerseits die Frage nach der Bezeichnung dieser Posten offen, wohl auch im Hinblick darauf, dass gegen die Bezeichnung "assets" (Vermögensgegenstände) Einwendungen erhoben worden waren⁴⁾; andererseits trägt es mit der ausdrücklichen Einführung einer Bilanzgruppe, die betriebswirtschaftlich weder Anlage- noch Umlaufvermögen darstellt in bedeutendem Mass zur Verbesserung der Bilanzklarheit bei. Dies hat zur Folge, dass unter der Bezeichnung Anlagevermögen tatsächlich nur Vermögensgegenstände ausgewie-

1) Bericht des Abgeordneten Dr. Wilhelmi, a.a.O., S. 28

2) Vgl. ICAEW, Presentation of balance sheet and profit and loss account, a.a.O., S. 2, Tz. 5

3) Vgl. ebd.

4) So ist Jones, F.H., Guide, a.a.O., S. 25 f. der Auffassung, die Bezeichnung "assets" (Vermögensgegenstände) sei ungeeignet in Fällen, in denen es sich nur um abgegrenzte Aufwendungen handle, wie Kosten der Kapitalbeschaffung etc. Er schlägt u.a. eine Bezeichnung wie "Other Debit Balances" (andere Aktivposten) vor.

sen werden, die dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb der Gesellschaft zu dienen¹⁾ und unter Umlaufvermögen nur Vermögensgegenstände, die zum Verbrauch und zur Veräußerung bestimmt sind²⁾. Dies ist insbesondere für Zwecke der Bilanzanalyse von entscheidendem Vorteil, die in Deutschland mit einem Begriff des Umlaufvermögens arbeiten muss, der lediglich in der Weise negativ abgegrenzt werden kann, dass es alle Vermögensteile enthält, die weder Anlagevermögen noch Posten der Rechnungsabgrenzung darstellen³⁾.

b) Inhalt der Anderen Aktiva

Gleichviel, ob die hierunter fallenden Aktiva als "Andere Vermögensgegenstände" (other assets) ausgewiesen werden oder ob die einzelnen Gegenstände gesondert unter der ihrer Art entsprechenden Bezeichnung bilanziert werden, sind gewöhnlich folgende Arten zu unterscheiden:

11) Allgemeine Rechnungsabgrenzungsposten

Rechnungsabgrenzungsposten im allgemeinen enthalten entsprechend der Begriffsbestimmung der deutschen Bilanzierungspraxis

- (a) transitorische Posten im engeren Sinne, d.h. Ausgaben und Einnahmen vor dem Bilanzstichtag, die in einem bestimmten Zeitraum nach dem Bilanzstichtag zu Aufwendungen und Erträgen werden,

-
- 1) In England wird Anlagevermögen häufig auch umschrieben als "assets held with the object of earning revenue" (so ICAEW, Presentation of balance sheet and profit and loss account, a.a.O., S. 5, Tz. 31)
 - 2) Diese Umschreibung findet sich im Mellerowicz, k., Grosskommentar Aktiengesetz, § 131 Anm. 15; englische Definitionen fügen zumeist "im normalen Geschäftsverlauf" hinzu und drücken damit das Erfordernis einer Betrachtung unter dem "Going concern" Prinzip aus (so Jones, J.W., Guide, a.a.O., S. 24)
 - 3) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 151, Tz. 114

- (b) transitorische Posten im weiteren Sinne, die der Verteilung einmalig angefallener grösserer Aufwendungen auf mehrere Perioden dienen,
- (c) antizipative Posten, d.h. Aufwendungen und Erträge des laufenden Geschäftsjahres, die erst in späteren Perioden zu Einnahmen und Ausgaben führen.

Transitorische Aktiva im engeren Sinne werden, sofern sie in der nächsten Periode (d.h. innerhalb eines Jahres) erfolgswirksam werden, in der englischen Bilanzierungspraxis gewöhnlich als "Prepaid expenses" oder zusammen mit Forderungen im Umlaufvermögen bilanziert¹⁾. Es sind gewöhnlich periodisch wiederkehrende Einnahmen und Ausgaben, obwohl dies kein unerlässliches Kriterium für den Begriff transitorischer Posten im engeren Sinne darstellt²⁾. Meist handelt es sich bei diesem Posten zugrundeliegenden Sachverhaltens um gegenseitige Verträge, bei denen Leistung und Gegenleistung zeitbezogen sind, jedoch zeitlich auseinanderfallen³⁾, wobei Anfang und Ende des entsprechenden Zeitraumes eindeutig festliegen müssen.

Transitorische Posten im weiteren Sinne entsprechen im wesentlichen den "Deferred charges" der englischen Bilanzierungspraxis⁴⁾. Auf der Aktivseite sind hiermit Ausgaben

-
- 1) Hierin lehnt sich die englische Praxis mangels eigener Empfehlungen der Institute der Chartered Accountants an die vom AICPA vorgeschlagene Behandlung und Abgrenzung an (vgl. AICPA, Accounting Research Bulletin No. 43, Restatement and Revisions, a.a.O., Chapter 2, S. 20). Häufig finden sich in England Bezeichnungen wie "Debtors and Prepayments" (z. B. Abschluss Thomas Ratcliff & Co. Ltd. and Subsidiary Companies, in: The Accountant 1967, S. 531) oder "Debtors and Prepaid Expenses" (z.B. Abschluss Manchester Garages Limited, in: The Accountant 1969, S. 359).
 - 2) Der Referentenentwurf zum AktG hatte dieses Merkmal als Voraussetzung für die Bilanzierung als Posten der Rechnungsabgrenzung vorgesehen, was jedoch vom Gesetz wieder fallengelassen wurde (vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 152, Tz. 174).
 - 3) Vgl. Döllner, G., Rechnungslegung nach dem neuen Aktiengesetz und ihre Auswirkungen auf das Steuerrecht, in: BB 1965, S. 1408.
 - 4) Dieser Begriff wurde ebenfalls vom AICPA definiert (vgl. AICPA, Accounting Research Bulletin No. 43, Restatement and Revisions, a.a.O., Chapter 2, S. 21) und von guter englischer Praxis übernommen.

abzugrenzen, die sich in der Zukunft zwar irgendwie (ertrags-
erhöhend oder aufwandsmindernd) erfolgswirksam auswirken wer-
den, bei denen es jedoch nicht möglich ist, eine eindeutige
Zuordnung des Aufwands zu einzelnen Perioden vorzunehmen. Bei
verschiedenen Arten transitorischer Posten im weiteren Sinne
ist eine Abgrenzung zu immateriellen Wirtschaftsgütern nicht
eindeutig möglich.

Aus diesem Dilemma heraus dürfte es möglich sein,
hier nicht nur Aufwendungen, die, ohne einen greifbaren Ver-
mögenswert darzustellen, nach dem Grundsatz periodengerechter
Aufwandsverteilung abgegrenzt werden, sondern auch echte
positive Wirtschaftsgüter¹⁾ zu bilanzieren.

Dies liegt ganz im Sinne der klaren Abgrenzung von
Anlagevermögen und Umlaufvermögen im englischen Recht, wäh-
rend das AktG von dem Gedanken ausgeht, soweit wie möglich
einzelne Posten den dafür im Bilanzschema vorgesehenen Posi-
tionen zuzuordnen und vermeiden will, dass Rechnungsabgrenzungs-
posten zu einem Sammelbecken für nicht eindeutig zuzuordnen-
de Sachverhalte werden²⁾.

Aus dem Verbot der Bilanzierung transitorischer
Posten im weiteren Sinne folgt, dass der deutsche Gesetzge-
ber hier das Prinzip der Vorsicht dem der periodengerechten
Aufwandsverteilung voranstellt³⁾. Dagegen spricht sich die
englische Praxis eindeutig für die Bilanzierungsfähigkeit
von entstandenen Aufwendungen aus, mit dem Ziel, sie den Ge-
schäftsjahren zu belasten, in denen sie irgendwie erfolgs-
wirksam werden⁴⁾.

Antizipative Aktiva sind echte Forderungen, die
nach englischer Auffassung entsprechend ihrer Fristigkeit

1) Vgl. hierzu die steuerliche Rechtsprechung und die Defi-
nition als "Wirtschaftsgut" von "einmaligen, eindeutig und
klar abgrenzbaren Aufwendungen, die sich auf den Ertrag der
Folgezeit auswirken" (BFH vom 13.8. 1957, BStBl. III, S. 331)

2) Vgl. Kropff, B., Aktiengesetz, a.a.O., S. 237

3) Vgl. Adler-Müring-Schmaltz, a.a.O., § 152, Tz. 177

4) Vgl. Jones, F.H., Guide, a.a.O., S. 17 und 335

unter Umlaufvermögen oder "Andere Aktiva" und nach deutscher Ansicht als sonstige Vermögensgegenstände im Umlaufvermögen zu bilanzieren sind¹⁾.

22) Sonderposten

Hierunter fallen alle übrigen Vermögensgegenstände, die weder Charakter von Anlagevermögen haben, noch zum Zwecke einer Transformation in Geld im normalen Geschäftsverlauf, d.h. innerhalb eines normalen Geschäftszyklus eines Unternehmens, erworben wurden. Das sind neben Sonderformen der Rechnungsabgrenzungsposten insbesondere Forderungen oder Kapitalhingaben an Dritte, deren Laufzeit über ein Jahr beträgt oder deren Realisierung zeitlich nicht genau fixierbar ist. Als Hauptfall solcher Vermögensgegenstände gelten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen oder Kapitalhingabe an verbundene Unternehmen, die weder vertraglich langfristig festgelegt sind, noch über das laufende Verrechnungskonto innerhalb der normalen Frist ausgeglichen werden²⁾.

Da Posten dieser Art nur Sonderformen von Aktiven, die gewöhnlich zum Anlage- oder Umlaufvermögen gehören und nur wegen ihrer speziellen Ausstattung in bestimmten Fällen nicht dort bilanziert werden können, und nicht "Andere Aktiva" sui generis sind, erübrigt sich hier eine eigene Darstellung. Anders liegt der Fall bei Sonderposten der Rechnungsabgrenzung der in §§ 153 Abs. 4 und 156 Abs. 3 AktG beschriebenen Art.

aa) Aufwendungen für die Gründung, Kapitalbeschaffung und Kosten der Ingangsetzung des Geschäftsbetriebs

Nach § 153 Abs. 4 Satz 1 AktG dürfen Aufwendungen anlässlich der Gründung sowie für Massnahmen der Kapitalbeschaffung

1) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 152, Tz. 176

2) Vgl. ICAS, The Companies Act 1967, a.a.O., S. 36

nicht aktiviert werden. Dabei handelt es sich vor allem um Gerichts- und Notariatskosten, Kosten der Aktien und Prospek- te, Maklergebühren und Provisionen sowie im Zusammenhang mit Gründung oder Kapitalbeschaffung anfallende Steuern. Entgegen dem alten Aktienrecht dürfen diese Aufwendungen nicht mehr vom Agio abgesetzt werden¹⁾, sondern sie sind im Jahr des An- falls ergebnismindernd zu verbuchen.

Nach der ausdrücklichen Vorschrift des § 153 Abs. 4 Satz 2 AktG dürfen jedoch die Kosten der Ingangsetzung des Ge- schäftsbetriebs aktiviert werden. Dies ist als eine "Art ein- maliger Bilanzierungshilfe"²⁾ anzusehen, da sonst im Jahr der Betriebsaufnahme möglicherweise ein unangemessen ungünsti- ges Ergebnis ausgewiesen würde. Dies entspreche dem Sinn dynamischer Bilanzierung. Nach Heinen können Ausgaben für eine grosse Werbekampagne zu Beginn des Geschäftsbetriebs ebenfalls als Organisationskosten aktiviert werden³⁾, was jedoch im Hinblick auf die grundsätzlich ablehnende Hal- tung des Gesetzes gegenüber jeder Aktivierung von Kosten dieser Art zweifelhaft erscheint⁴⁾.

Zu den Kosten der Ingangsetzung gehören alle Auf- wendungen, die im Interesse des Aufbaus der Unternehmensor- ganisation gemacht werden, "also nicht nur die Betriebsauf- wendungen im engeren Sinne, sondern auch die Kosten der Be- triebs-, Verwaltungs- und Vertriebsorganisation."⁵⁾

Der Companies Act 1967 verlangt in SCH. 2, 3.- die je- weils gesonderten Angaben von

(a) Gründungskosten (Preliminary expenses)⁶⁾,

1) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 153, Tz. 123

2) Ebd.

3) Vgl. Heinen, E., Handelsbilanzen, a.a.O., S. 162

4) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 153, Tz. 125

5) Vgl. ebd., § 153, Tz. 125

6) Charlsworth's Company Law, 8th edn. by Cain, T.E., London 1965 S. 65 definiert "Preliminary Expenses" als "Rechtskosten im Zusammenhang mit der Gründung der Gesellschaft, Eintragungs- kosten und Stempelgebühren, Kosten des Prospekts und andere Auslagen der Gründer bei der Gründung der Gesellschaft".

- (b) Kosten im Zusammenhang mit der Ausgabe von Aktien oder Obligationen,
- (c) Provisionen¹⁾ im Zusammenhang mit der Ausgabe von Aktien und Obligationen.

Diese Einzelangaben werden normalerweise in einer Anmerkung zur Bilanz gegeben, für Zwecke der Bilanz selbst jedoch in einem Posten zusammengefasst. Die Angabepflicht bezieht sich nicht auf den ursprünglichen Gesamtbeitrag sondern auf den jeweiligen Buchwert am Bilanzstichtag.

Im Gegensatz zum AktG besteht die Möglichkeit der Saldierung dieser Posten mit einem etwaigen Agio aus der Emission von Aktien (Sect. 56.- (2)(a) C.A. 1948).

Da diese Aufwendungen zwar ihrer Natur nach über das ganze Bestehen der Gesellschaft zu verteilen sind, sie allerdings keinen Vermögenswert repräsentieren, sind sie in der Regel innerhalb eines Zeitraums von drei bis fünf Jahren abzuschreiben²⁾.

Kosten der Ingangsetzung, wie Anlaufkosten, Kosten des Probetriebs, Abnahmekosten etc. können nach in Deutschland herrschender Ansicht aktiviert werden³⁾. Während das AktG die Aktivierungsmöglichkeit für Kosten der Ingangsetzung auf die erstmalige Ingangsetzung bei Gründung des Unternehmens beschränkt⁴⁾, kennt die englische Bilanzierungspraxis eine solche Beschränkung nicht⁵⁾.

Im Gegensatz zum deutschen Steuerrecht ist das AktG

1) Provisionen umfassen Underwriting Commission und Commission on placing shares (Einzelheiten vgl. Spicer & Pegler's Book-keeping and Accounts, a.a.O., S. 235 ff.)

2) Vgl. Spicer & Pegler's Book-keeping and Accounts, a.a.O., S. 235

3) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 153, Tz. 125

4) Vgl. Bericht des Abgeordneten Dr. Wilhelmi, a.a.O., S. 31

5) Vgl. Jones, F.H., Guide, a.a.O., S. 587

1965 "besonders dadurch gekennzeichnet, dass es stärker, als dies in den vorangegangenen Novellen geschah, das gegenstandsbezogene Wertdenken betont und grundsätzlich nur sichere Werte als Aktivposten zulässt"¹⁾. Dies erscheint dem Verfasser als Hemmnis für eine periodengerechte Erfolgsabgrenzung. Auch die Darstellung des Vermögens wird beeinträchtigt.

bb) Der Unterschiedsbetrag zwischen Ausgabe- und Rückzahlungsbetrag von Verbindlichkeiten sowie zwischen Ausgabe- und Nennbetrag von Aktien

Der bei Ausgabe von Anleihen oder Aufnahme anderer Darlehen oder Verbindlichkeiten zwischen dem Ausgabebetrag (Auszahlungsbetrag) und einem höheren Rückgabebetrag in Form eines Ausgabedisagios oder Rückzahlungsdagios entstehende Unterschiedsbetrag ist betriebswirtschaftlich als Zins anzusehen. Unter dynamischen Bilanzierungsgesichtspunkten ist eine Verteilung über die Gesamtlaufzeit der Verbindlichkeit wünschenswert. Dasselbe trifft im wesentlichen für ein Aktiendisagio²⁾ zu, wengleich dies streng genommen einen Vorweggewinn und keinen Aufwand darstellt.

Das AktG räumt in § 156 Abs. 3 ein Bilanzierungswahlrecht ein; im Falle einer Aktivierung ist der Betrag als Sonderposten der Aktiven Rechnungsabgrenzungsposten auszuweisen, wobei allerdings mehrere Unterschiedsbeträge aus der Eingehung verschiedener Verbindlichkeiten zusammengefasst werden können³⁾.

Nach allgemeiner Auffassung zum AktG 1937 konnten neben dem eigentlichen Disagio auch die mit der Aus-

1) Vgl. Saage, G., Die Bedeutung der aktienrechtlichen Bilanzierungsvorschriften für die steuerliche Gewinnermittlung (Teil II), in: DB 1968, S. 408

2) Im Gegensatz zum AktG kann nach Sect. 57.-(1) C.A. 1948 eine Gesellschaft unter bestimmten Voraussetzungen Aktien unter pari ausgeben, sofern dies in der Satzung vorgesehen ist (vgl. Einzelheiten bei Topham & Ivamy's, a.a.O., S. 136 f.)

3) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 156, Tz. 27

gabe verbundenen Kosten wie Bankprovisionen, Druck- und Werbekosten, Kapitalverkehrsteuer, mit in den Rechnungsabgrenzungsposten aufgenommen werden, da als Ausgabebetrag der Betrag galt, der der Gesellschaft effektiv zugeflossen war¹⁾.

Diese Möglichkeit besteht nach dem neuen AktG nicht mehr²⁾, wobei für die Neuregelung der Gesichtspunkt massgebend war, dass bei einer Ausgabe ohne Disagio die Ausgabekosten zwangsläufig in die Gewinn- und Verlustrechnung der Periode eingehen müssten und eine unterschiedliche Behandlung je nachdem, ob ein Agio bezahlt wurde oder nicht, nicht gerechtfertigt sei³⁾.

Einen Sonderfall eines aktivierungsfähigen Unterschiedsbetrags sehen Adler-Düring-Schmaltz, wenn beim Erwerb von Investitionsgütern der Kaufpreis längerfristig (über mehrere Jahre) gestundet wird, ohne dass hierfür Zinsen berechnet werden. Hier ist davon auszugehen, dass die Zinsen in der Kaufpreissumme enthalten sind und die echten Anschaffungskosten somit dem Barwert der Kaufpreisschuld entsprechen. Nur dieser ist zu aktivieren, während der Unterschied zum Kaufpreis als Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen werden kann⁴⁾.

Nach SCH. 2, 3.-(d) und (e) sind in England als Unterschiedsbeträge im Zusammenhang mit einer Kapitalbeschaffung als Sonderposten in der Bilanz zu aktivieren

(a) das Disagio bei der Ausgabe von Schuldverschreibungen und

(b) das Disagio bei der Ausgabe von Aktien.

1) Vgl. Godin-Wilhelmi, Aktiengesetz, 2. Aufl., Berlin 1950, § 133, Anm. 16

2) Vgl. § 150 AktG

3) Vgl. Kropff, B., Aktiengesetz, a.a.O., S. 221

4) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 156, Tz. 30

Die Saldierungsmöglichkeit der genannten Posten mit Rücklagen aus Überpariemissionen wurde schon im Jenkins Committee heftig kritisiert. Es sei nicht einzusehen, warum ein Disagio als besondere Form von Zinsvorauszahlung nicht als Aufwand in die Gewinn- und Verlustrechnung eingehen soll; eine Saldierung stelle effektiv eine Herabsetzung des Kapitals dar¹⁾. Ebenso stellen Gründungskosten und Kosten der Organisation nutzbare Vermögenswerte oder im Fall von Fehlinvestitionen Verluste dar. Als Verluste sind sie der Gewinn- und Verlustrechnung des betreffenden Jahres zu belasten; als nutzbare Vermögenswerte sind sie jedoch über die Nutzungszeit als Aufwand dem durch sie entstehenden Ertrag gegenüberzustellen²⁾.

1) Vgl. Edey, H.C., in: Minutes of Evidence, a.a.O., S. 190

2) Vgl. ebd.

5) Die Bilanzierung auf der Passivseite

Die Gliederung auf der Passivseite der Bilanz soll in erster Linie Aufschluss über die Herkunft der im Unternehmen eingesetzten Mittel geben. Dabei kann die Aufgliederung so erfolgen, dass eine Aufteilung nach Rechtsverhältnissen vorgenommen wird, also nach Mitteln, die von den Eigentümern und solchen, die von Aussenstehenden beigetragen worden sind. Eine andere Möglichkeit besteht darin, die Mittelherkunft nach dem Gesichtspunkt der Innen- und Aussenfinanzierung vom Standpunkt des Unternehmens darzustellen. Gerade wenn man die Auffassung vertritt, dass der Jahresabschluss über die Verwendung des ursprünglich im Unternehmen investierten Geldkapitals Rechenschaft ablegen soll¹⁾, ist die Gliederung nach Innen- und Aussenbereich, wobei in letzterem Fall wiederum zwischen Eigentümer- und Fremdfinanzierung unterschieden werden soll, vorzuziehen.

Ein Blick auf das Gliederungsschema des § 151 AktG zeigt, dass offensichtlich einer weitgehenden Offenlegung der Fremdkapitalverhältnisse grössere Bedeutung zugemessen wird, als der Darstellung der Zusammensetzung des Eigenkapitals. Für die Darstellung der Eigenkapitalverhältnisse ist der den Eigentümern zugängliche Geschäftsbericht vorgesehen.

Der Companies Act misst der Darstellung der Eigenkapitalverhältnisse auch im Jahresabschluss eine grössere Bedeutung bei.

a) Das Eigenkapital

Gesellschaften mit beschränkter Haftung der Eigentümer weisen in der Regel ein konstantes Eigenkapital aus. Dies hat den Zweck, dass nur erwirtschaftete Gewinne ausgeschüttet werden und eine Ausschüttung von Kapital vermieden werden soll.

1) Vgl. ICAEW, Accounting in relation to changes in the purchasing power of money, a.a.O., S. 1, Tz. 1; Kropff, B., Bilanzwahrheit und Ermessensspielraum, a.a.O., S. 371

Ebenso können Verluste nicht vom Kapitalkonto abgesetzt werden, sondern sie müssen, sofern nicht Rücklagen zu ihrem Ausgleich zur Verfügung stehen, offen in der Bilanz ausgewiesen werden.

Das englische Institut empfiehlt eine Zusammenfassung und Bildung einer Zwischensumme von allen Bilanzposten, die zum Eigenkapital der Gesellschaft zählen, nämlich Aktienkapital, Rücklagen und nicht verteilte Gewinne¹⁾. Demgegenüber sind im aktienrechtlichen Gliederungsschema Grundkapital und Rücklagen nacheinander getrennt am Anfang der Passivseite und der Posten Bilanzgewinn ungeteilt als letzter Passivposten aufzuführen.

11) Das Aktienkapital

Die Aussagekraft einer Bilanzierung des Aktienkapitals zu Nennwerten ist gering und nicht selten Anlass zu falscher Beurteilung durch die Bilanzempfänger. Es lässt weder Aussagen über das haftende Vermögen der Gesellschaft zu, noch ist es als Grösse zur Bildung sinnvoller Erfolgskennziffern geeignet. Bei Emissionen über pari, die den Regelfall darstellen, stellt es nicht den Betrag der von den Aktionären zugeführten Geldmittel dar²⁾. Als satzungsmässig gebundenes Mindestkapital, das nur unter ganz bestimmten Umständen reduziert werden darf, bietet es einen möglichen Halt gegen übermässige Ausschüttungen an Aktionäre.

1) Vgl. ICAEW, Presentation of balance sheet and profit and loss account, a.a.O., S. 3, Tz. 14

2) Vgl. Spicer & Pegler's Book-keeping and Accounts, a.a.O., S. 215 f., wo im wesentlichen die Argumente des Gedge Committee - eines zum Studium der Zweckmässigkeit von nennwertlosen Aktien eingesetzten Parlamentsausschusses, der seinen Bericht im Jahre 1954 vorlegte - wiedergegeben werden

aa) Aktiengattungen

An anderer Stelle wurde auf das personalistische Moment englischer Gesellschaften hingewiesen¹⁾. Dies drückt sich vor allem dadurch aus, dass Aktien in ihrer grossen Mehrzahl in Namenszertifikaten verkörpert sind und Inhaberpapiere (share oder stock warrants) selten sind und durch höhere Stempelsteuern bei der Ausgabe diskriminiert werden²⁾. In dieser Richtung liegt die zumeist in der Satzung enthaltene Bestimmung, dass Mitglieder der Geschäftsführung eine bestimmte Anzahl der Aktien der Gesellschaft besitzen müssen (sog. qualification shares³⁾).

Aktien, dann als "shares" bezeichnet, lauten in der Regel auf den gleichen Nennwert, der zumeist sehr niedrig angesetzt ist (z.B. £ 1); unterschiedlich gestückelte Anteile werden als "stock" bezeichnet⁴⁾. Die Übertragung der Namensaktien sind zwar gewöhnlich nicht vinkuliert⁵⁾, jedoch wegen der damit verbundenen Formalitäten weit umständlicher als bei Inhaberpapieren⁶⁾.

Häufiger als in Deutschland finden sich Aktien, die mit Sonderrechten ausgestattet sind⁷⁾.

1) Vgl. S. 36 der vorliegenden Arbeit

2) Vgl. Jones, F.H., Guide, a.a.O., S. 199; Spicer & Pegler's Book-keeping and Accounts, a.a.O., S. 234 Die allgemeine Ablehnung von Inhaberaktien brachte z.B. das ICAS vor dem Jenkins Committee (vgl. Lister, T., Vertreter des ICAS, in: Minutes of Evidence, a.a.O., S. 1291) zum Ausdruck

3) Vgl. Topham and Ivamy's, a.a.O., S. 183 f.

4) Vgl. ebd., S. 80 f.

5) Vgl. ebd., S. 145 f.

6) Mangels anderer Verfügung in der Satzung gelten die Bestimmungen von Table A, 22.-28. C.A. 1948 (vgl. Einzelheiten dazu bei Magnus-Estrin, Companies - Law and Practice, a.a.O., S. 396 f.); Erleichterungen der Übertragung für bestimmte Arten von Wertpapieren wurden durch den Stock Transfer Act 1963 geschaffen (vgl. Topham and Ivamy's, a.a.O., S. 143 f.)

7) Vgl. dazu Jones, F.H., Guide, a.a.O., S. 173 - 185

Besondere Aufmerksamkeit verdienen tilgbare Vorzugsaktien (redeemable preference shares), die temporäres Eigenkapital darsteller und kein Gegenstück in Deutschland haben. Eine Tilgung darf nur aus Gewinnen der Gesellschaft, die zu diesem Zweck in einer gesondert zu bilanzierenden Kapitaltilgungsrücklage (Capital Redemption Reserve Fund) anzusammeln sind, oder aus Neuemissionen erfolgen¹⁾.

bb) Ausweisvorschriften

Nach dem § 153 Abs. 3 Satz 1 AktG sind die Gesamtnennbeträge aller ausgegebenen Aktiengattungen gesondert auszuweisen. Eine Pflicht zur Angabe der Nennbeträge pro Aktie oder der Gesamtstückzahl der Aktien jeder Gattung besteht nicht. Im Falle von Mehrstimmrechtsaktien ist beim Grundkapital die Gesamtstimmenzahl der Mehrstimmrechtsaktien und die der übrigen Aktien zu vermerken (§ 153 Abs. 3 Satz 3 AktG). Besitzen Mehrstimmrechtsaktien ein erhöhtes Stimmrecht nur in bestimmten, in der Satzung festgelegten Fällen, so sind die entsprechenden Paragraphen der Satzung anzugeben. Weiter ist beim Grundkapital der Nennbetrag des bedingten Kapitals zu vermerken (§ 152 Abs. 3 Satz 2 AktG). Das Grundkapital ist stets in voller Höhe unsaldiert auszuweisen, wenn auch betriebswirtschaftlich Bilanzverlust, eigene Aktien oder ausstehende Einlagen auf das Grundkapital nur Korrekturposten zum Grundkapital darstellen²⁾. In zeitlicher Hinsicht entscheidet über die Höhe des auszuweisenden Grundkapitals grundsätzlich der Zeitpunkt der Eintragung ins Handelsregister³⁾.

1) Vgl. Spicer & Pegler's Book-keeping and Accounts, a.a.O. S. 223 ff.

2) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 152, Tz. 33

3) Vgl. Scherpf, P., a.a.O., Tz. 241

SCH. 2, 2.- verlangt in der Bilanz den Vermerk des genehmigten und eingetragenen Aktienkapitals (authorised oder registered capital). Hierbei ist sowohl die Stückzahl wie der Einzellennbetrag der verschiedenen Aktiengattungen anzugeben. Diese Information wird zumeist in einer Vorspalte zur Bilanz ausgewiesen¹⁾.

Der in der Hauptspalte der Bilanz erscheinende Wert stellt den Gesamtnennbetrag des ausgegebenen Aktienkapitals und zwar unter Angabe des darauf eingezahlten Teils dar, ebenfalls wiederum unter Vermerk der Stückzahl und des Einzellennbetrags. Ausstehende Einlagen werden nicht als Korrekturposten auf der Aktivseite ausgewiesen, sondern auf der Passivseite saldiert.

Nach deutschem Recht verkörpern die ausstehenden Einlagen Forderungen der Gesellschaft an die Aktionäre, die unabhängig davon bestehen ob sie bereits eingefordert worden sind oder nicht. Somit ist der unsaldierte Ausweis zu fordern. Wirtschaftlich stellen nicht eingeforderte Beträge Korrekturposten zum Aktienkapital dar. Unter diesem Gesichtspunkt ist der saldierte Ausweis in englischen Bilanzen zu rechtfertigen. Eingeforderte Beträge, die noch nicht bezahlt wurden (calls in arrear), sind nach § 151 AktG auf der Aktivseite unter ausstehende Einlagen zu vermerken, nach englischer Bilanzierungspraxis gesondert als Abzugsposten vom Aktienkapital auszuweisen²⁾.

Andere speziell vorgeschriebene Bilanzvermerke über das Aktienkapital sind:

- (1) Angabe des frühesten und spätesten Termins, zu dem die Gesellschaft tilgbare Vorzugsaktien nach Ausübung einer Option zurückzahlen kann oder muss, gegebenenfalls unter Angabe einer Rückzahlung über Nennbetrag (SCH. 2, 2.- (a))

1) Vgl. Magnus-Estrin, Companies - Law and Practice, a.a.O., S. 100 f.

2) Vgl. Jones, F.H., Guide, a.a.O., S. 171

- (2) Die Höhe des Aktienkapitals, auf das Zinsen im Geschäftsjahr aus dem Kapital bezahlt wurden unter Angabe der Höhe des bezahlten Zinssatzes¹⁾ (SCH. 2, 2.-(b))
- (3) Stückzahl, Gattung und Gesamtbetrag von Aktien, für deren Erwerb eine Option besteht unter Angabe des vereinbarten Kurses und des Optionszeitraumes (SCH. 2, 11.-(2))
- (4) Die Höhe und der Zeitraum, für den Rückstände an fixen kumulativen Dividenden bestehen, getrennt für jede Aktiengattung (SCH. 2, 11.-(3))
- (5) Aktien der Gesellschaft, die von Konzernuntergesellschaften (subsidiaries) oder deren Beauftragten erworben wurden und gehalten werden²⁾ (SCH. 2, 15.-(3))

Von den besonderen Vermerkplichten ist die nach dem AktG nicht geforderte Angabe über Dividendenrückstände für Vorzugsaktien von erheblicher Bedeutung für die Beurteilung der zukünftigen Ausschüttungen durch den Aktionär, obwohl diese sogenannten "arreas" keine echten Verbindlichkeiten darstellen³⁾. Der Betrag ist vor Abzug der Income Tax anzugeben.

Neben den in der Bilanz oder als Bilanzvermerke vorgeschriebenen Angaben sind in Deutschland wie in England im Geschäftsbericht weitere Informationen zu vermitteln⁴⁾.

1) Dies ist nach Sect. 65 C.A. 1948 nur unter ganz bestimmten Umständen bei langfristigen Projekten zulässig (vgl. Magnus-Estrin, Companies - Law and Practice, a.a.O., S. 74)

2) Dies ist grundsätzlich verboten und nur unter den in Sect. 27 C.A. 1948 angeführten Bedingungen zulässig

3) Vgl. Spicer & Pegler's Book-keeping and Accounts, a.a.O., S. 304

4) Vgl. S. 288 ff. der vorliegenden Arbeit

Zusätzlich fordert das englische Recht ein öffentlich zugängliches Aktienregister, aus dem Name und Anschrift, Einzelheiten der jeweiligen Beteiligungen, der Tag des Erwerbs von Aktien und die Höhe der einbezahlten Beträge hervorgehen muss (Sects. 110, 111, C.A. 1948)¹⁾.

22) Rücklagen

Betriebswirtschaftlich sind Rücklagen "abstrakte Gegenposten" zu den auf der Aktivseite ausgewiesenen Vermögensgegenständen, die über das satzungsmässig festgelegte Nominalkapital hinaus durch Eigenkapital gedeckt sind. Eine Zuordnung zu bestimmten Vermögensgegenständen ist in der Regel nicht möglich, wenn es auch vorkommt, dass bestimmte Vermögenswerte zur Deckung der Rücklagen ausgesondert werden, was jedoch keine rechtliche Bedeutung hat²⁾.

In der Bilanz werden nur offene Rücklagen ausgewiesen. Daneben können stille Reserven bestehen, die durch die Unterbewertung von Aktiva oder Überbewertung von Passiva entstehen. Diesen Tatbestand erkennt das AktG implizit an, indem es in § 151 von "Offenen Rücklagen" spricht³⁾. Der Companies Act 1948 verbietet grundsätzlich die bewusste Bildung stiller Reserven, soweit sie sich nicht zwangsläufig bei Anwendung anerkannter Bilanzierungsprinzipien ergeben⁴⁾.

1) Vgl. Magnus-Estrin, Companies - Law and Practice, a.a.O., S. 116 f.

2) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 151, Tz. 212

3) Bezüglich der Zulässigkeit stiller Reserven nach dem AktG vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 149, Tz. 101, ff. und die dort angegebene Literatur

4) Vgl. Cohen Report, a.a.O., S. 56, Tz. 101; Spicer & Pegler's Book-keeping and Accounts, a.a.O., S. 66 f.

aa) Arten von Rücklagen

Rücklagen lassen sich nach zwei Kriterien einteilen: einmal nach der Art ihrer Entstehung, zum anderen nach ihrem Verwendungszweck.

Das AktG versteht unter gesetzlicher Rücklage solche Beträge, die aufgrund gesetzlicher Vorschriften, satzungsmässiger Bestimmungen oder von der Hauptversammlung im Beschluss über die Verwendung des Bilanzgewinns zugeführt worden sind und über die nur im Rahmen des § 150 Abs. 3 und 4 AktG verfügt werden kann, und zwar unter verschiedenen Voraussetzungen zum Ausgleich eines Jahresfehlbetrags, zum Ausgleich eines Verlustvortrags und, soweit sie den zehnten Teil des Grundkapitals oder den in der Satzung bestimmten höheren Teil übersteigen, zur Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln.

Daneben führt das Gliederungsschema des § 151 AktG "Andere Rücklagen" auf und versteht darunter Rücklagen, die nicht gesetzliche Rücklagen¹⁾ sind, gleichgültig ob sie zweckgebunden sind oder nicht. Somit ist eine Gliederung der einzelnen Rücklagen nach der Zweckbestimmung nicht ausdrücklich angeordnet. Sie kann jedoch im Interesse der Bilanzklarheit liegen und ist auch in der Praxis vielfach üblich²⁾.

Die englische Bilanzierungspraxis unterscheidet "Capital reserves" und "Revenue reserves". Diese Begriffe knüpfen grundsätzlich an die Entstehungsseite an. "Revenue reserves" sind assoziiert mit dem Begriff "Revenue gains", also Erträgen, die sich aus dem normalen Geschäftsbetrieb der Gesellschaft ergeben. "Capital reserves" entstehen durch die Zuführung von Eigenkapital bei Überpari-Emissionen, durch realisierte Kapitalgewinne bei der Veräusserung von Vermögensteilen und unrealisierte Kapitalgewinne durch die Neubewertung von Anlagevermögen³⁾.

1) oder Rücklage für die Lastenausgleichs-Vermögensabgabe (vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 150, Tz. 210)

2) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 151, Tz. 210

3) Vgl. Jones, F.H. Guide, a.a.O., S. 261

Demgegenüber enthielt der Companies Act 1948 eine Definition von "Capital reserves" als Rücklagen, deren Aufhebung über die Gewinn- und Verlustrechnung verboten sei; "Revenue reserves" waren negativ abgegrenzt als Rücklagen, die nicht "Capital reserves" darstellten¹⁾. Damit war eine inhaltliche Festlegung der verschiedenen Rücklagearten nicht gegeben.

Obwohl manche Gründe in den Augen des Jenkins Committee für eine Neudefinition sprachen, entschloss man sich doch nicht zu einer genauen gesetzlichen Festlegung der Gewinnteile, die einer Verteilung zugänglich sind oder nicht, und zwar aus der Überlegung heraus, dass Ursachen und Entstehungsgründe von Rücklagen nicht immer exakt unterschieden werden können. Aus den gleichen Gründen schloß der Jenkins Report die Abschaffung der zwingenden Unterscheidung von Rücklagen nach der Entstehungsseite ab²⁾. Der Companies Act 1967 folgt dieser Empfehlung. Trotzdem ist das ICAS der Ansicht, eine Unterscheidung der Rücklagen nach deren Herkunft trage zur Verbesserung der Aussagefähigkeit des Abschlusses bei; ist es vernünftig zu fragen, welcher Teil der Rücklagen aus der Einbehaltung von laufenden Gewinnen, aus Kapitalzuführungen oder der Neubewertung von Anlagevermögen entstanden ist. Dagegen sei eine Unterscheidung nach dem möglichen Verwendungszweck weniger sinnvoll³⁾.

Damit steht das ICAS im Gegensatz zur oben angeführten Auffassung von Adler-Müring-Schmaltz, die im Interesse der Bilanzklarheit eine Unterscheidung nach der Zweckbestimmung befürwortet⁴⁾.

1) SCH. 8, 27.-(1)(b) und (c) C.A. 1948

2) Vgl. Jenkins Report, a.a.O., S. 146, Tz. 372

3) Vgl. ICAS, The Companies Act 1967, a.a.O., S. 41

4) Vgl. ebd.; gleicher Ansicht: Jenkins Report, a.a.O., S. 146, Tz. 372

Nur im Hinblick auf die für wichtiger gehaltene Zielvorstellung kann der einen Ansicht der Vorzug vor der anderen gegeben werden. Eine Gliederung im Sinne des ICAS leistet einen Beitrag zur weitergehenden Offenlegung der Kapitalherkunft. Die Gliederung nach Verwendungszwecken mag dem Schutzgedanken der aktienrechtlichen Bilanzierungsvorschriften entsprechen. Es darf jedoch nicht übersehen werden, dass es strittig ist, ob durch Rücklagenbildung überhaupt ein Schutz der Gesellschaft oder der interessierten Parteien erreicht werden kann¹⁾.

Zwingend schreibt der Companies Act 1948 in Sects. 56 und 58 den Ausweis eines Aktienagiokontos (Share premium account) und einer Kapitaltilgungsrücklage (Capital redemption reserve fund) vor, deren Verwendung Beschränkungen unterliegt. Daneben sollten zur Verbesserung der Aussagefähigkeit des Jahresabschlusses Rücklagen aus der Neubewertung von Anlagevermögen (Unrealised surplus on revaluation of assets), Rücklagen aus Veräußerungsgewinnen (Net realised capital profits) und einbehaltenen Gewinnen bzw. der Gewinnvortrag (Unappropriated profits oder Retained earnings)²⁾ gesondert ausgewiesen werden³⁾. Die Frage, ob Gewinne aus der Veräußerung von Gegenständen des Anlagevermögens in Rücklagen (Capital reserves) einzustellen sind oder sich in der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgswirksam auswirken sollen, hängt von den Umständen ab, unter denen die Gewinne entstanden sind. Gewöhnlich ist ein solcher Veräußerungsgewinn (Capital profit) nicht zur Ausschüttung verfügbar, es sei denn, dass nach angemessener Neubewertung des gesamten Gesell-

1) Vgl. Schmidt, R.-P., Die Sicherung der Aktiengesellschaft durch Rücklagen, in: ZfB 1966, S. 615-631

2) Im Gegensatz zur in Deutschland herrschenden Auffassung wird der Gewinnvortrag als Teil der Rücklagen betrachtet, während z.B. Adler-Düring-Schmaltz darin nur einen Teil einer verschobenen Ausschüttung sehen. Dieser geht gewöhnlich in der Position Bilanzgewinn/-verlust auf (vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 151, Tz. 268)

3) Vgl. Magnus-Estrin, The Companies Act 1967, a.a.O., S. 403

schaftsvermögens der sich ergebende Wert den Buchwert nach Ausschüttung übersteigt und die Satzung eine Ausschüttung gestattet¹⁾). Wenn der Überschuss der Verkaufserlöse über den Buchwert übermässigen Abschreibungen in der Vergangenheit zuzuschreiben ist, so ist der überschüssende Betrag zur Verteilung über die Gewinn- und Verlustrechnung verfügbar²⁾.

bb) Darstellung der Rücklagenbewegungen

SCH. 2, 7.- verlangt, dass bei Zuführungen zu Rücklagen im Geschäftsjahr die Quelle, bei Auflösungen der Verwendungszweck, getrennt nach den einzelnen Rücklagenarten angegeben werden. Dies bezieht sich jedoch nur auf Rücklagen, die lediglich die Bilanz betreffen und nicht solche, die aus der Gewinn- und Verlustrechnung ersichtlich sind³⁾.

Die Vorschrift geht über die entsprechenden aktienrechtlichen Bestimmungen hinaus. Nach § 152 Abs. 4 Nr. 1-3 AktG sind bei offenen Rücklagen gesondert aufzuführen:

- (1) Die Beträge, die die Hauptversammlung aus dem Bilanzgewinn des Vorjahres eingestellt hat,
- (2) die Beträge, die aus dem Jahresüberschuss des Geschäftsjahres eingestellt werden,
- (3) die Beträge, die für das Geschäftsjahr entnommen werden.

1) Vgl. Jenkins Report, a.a.O., S. 132, Tz. 337

Diese Auffassung nähert sich stark der von F. Schmidt vertretenen Ansicht, dass "Wertänderungen am ruhenden Vermögen" nur Scheingewinne seien und echter Erfolg nur Umsatzerfolg sein könne, der auf die spezifische Unternehmertätigkeit zurückzuführen sei. In diesem Zusammenhang schlägt er eine erfolgsrechnerische Neutralisierung von realisierten Wertänderungen beim Anlagevermögen vor (vgl. Schmidt, F., Die organische Tageswertbilanz, 4. Aufl., Wiesbaden 1951, zitiert bei Heinen, E., Handelsbilanzen, a.a.O., S. 57 f.)

2) Vgl. Spicer & Pegler's Book-keeping and Accounts, a.a.O., S. 282

3) Vgl. Magnus-Estrin, The Companies Act 1967, a.a.O., S. 404

Da der Jahresabschluss gewöhnlich schon vor dem Beschluss der Hauptversammlung, aus dem Bilanzgewinn Beträge in die offenen Rücklagen einzustellen, festgestellt ist, sind diese Beträge nicht mehr im Abschluss des laufenden Jahres sondern im folgenden Jahr anzugeben, da sie gewissermassen eine Änderung des Rücklagenkontos zum 1. des neuen Geschäftsjahres darstellen¹⁾. Die Vorschrift der Nr. 2 und 3 ist m. E. von untergeordneter Relevanz, da diese Informationen sich auch aus der Gewinn- und Verlustrechnung ergeben.

Zu den Rücklagenbewegungen, die nicht aus der Gewinn- und Verlustrechnung ersichtlich sind, gehören nach englischer Bilanzierungspraxis Werterhöhungen aus der Neubewertung von Anlagevermögen, das Agio bei der Ausgabe von Aktien über dem Nennbetrag und von Wandelschuldverschreibungen über dem Rückzahlungsbetrag sowie Zuzahlungen von Aktionären gegen die Gewährung eines Vorzugs für ihre Aktien, Entnahmen aus Rücklagen zur Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln, Umwandlung einer "revenue reserve" in eine "capital reserve"²⁾.

Aus der Nichtaufführung im AktG bei § 152 Abs. 4 kann nach Adler-Düring-Schmaltz³⁾ kaum geschlossen werden, dass insoweit eine Kenntlichmachung der Rücklagenbewegung unterbleiben kann. Im Interesse der Klarheit und Übersichtlichkeit sowie des möglichst sicheren Einblicks in die Vermögenslage dürfte auch diese Art von Rücklagenbewegungen offenzulegen sein⁴⁾.

1) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 152, Tz. 60

2) Vgl. Magnus-Estrin, The Companies Act 1967, a.a.O., s. 404

3) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 152, Tz. 61

4) Vgl. ebd.; bezüglich der Offenlegung in der Gewinn- und Verlustrechnung siehe S. 244

Die Vorschrift der Darstellung der Rücklagenbewegungen gewinnt ihre Bedeutung dadurch, dass es in England nicht schlechthin erforderlich ist, alle Aufwands- und Ertragskomponenten über die Gewinn- und Verlustrechnung zu buchen¹⁾. So werden einerseits bestimmte Erträge, die als nicht ausschüttungsfähig angesehen werden, wie z.B. Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen²⁾, aber auch andere ausserordentliche Aufwendungen oder Erträge unmittelbar gegen Rücklagen gebucht, soweit dies der Vermittlung eines wahren und getreuen Bildes vom Erfolg der Gesellschaft förderlich ist³⁾.

Diese in Deutschland unzulässige Behandlung⁴⁾ birgt insofern auch betriebswirtschaftliche Argumente, als nur der Erfolg aus der normalen Geschäftstätigkeit in der Gewinn- und Verlustrechnung erscheinen soll. Trotz der Vermerkpflcht in der Bilanz ist m.E. eine Verbuchung und Offenlegung aller ausserordentlichen Aufwands- und Ertragsposten in der Gewinn- und Verlustrechnung vorzuziehen, da sie im Gesamtzusammenhang der Erfolgsrechnung von grösserer Relevanz für den Rechenschaftsempfänger sind⁵⁾.

1) Vgl. ICAEW, Presentation of balance sheet and profit and loss account, a.a.O., S. 8, Tz. 43

2) Vgl. Jenkins Report, a.a.O., S. 132, Tz. 337 und S. 136, Tz. 350

3) Vgl. ICAEW Presentation of balance sheet and profit and loss account, a.a.O., S. 3, Tz. 11

4) Aus den Gliederungsvorschriften des AktG ergibt sich, dass alle Bewegungen bei Rücklagen und Rückstellungen in der Gewinn- und Verlustrechnung gesondert auszuweisen sind (vgl. auch Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 157, Tz. 130). Ausnahme: Entnahmen von Rücklagen zur Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln (vgl. ebd. § 157, Tz. 193)

5) Auch in der USA wird dem "all-inclusive" income statement der Vorzug gegeben (vgl. Kennedy-McMullen, a.a.O., S. 157).

b) Rückstellungen

Rückstellungen haben den Charakter von ungewissen Verbindlichkeiten, deren Entstehung in der abgelaufenen Periode begründet ist, wobei Höhe, Fälligkeit und Ereigniseintritt zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses noch ungewiss sind¹⁾. Das WP-Handbuch definiert Rückstellungen als Beträge, die notwendig sind zur "Erfassung von Aufwendungen und Verlusten, die am Bilanzstichtag dem Grunde, aber nicht der Höhe nach bekannt sind, sowie von Verbindlichkeiten und Lasten, die am Bilanzstichtag bereits bestehen, sich aber dem Betrage nach nicht genau bestimmen lassen oder deren Bestehen zweifelhaft ist"²⁾.

Unter dem Gesichtspunkt der richtigen Periodengrenzung dienen Rückstellungen dem Ausweis von Aufwendungen, die noch nicht zu Ausgaben geworden sind und von denen es ungewiss ist, wem gegenüber, wann und in welcher Höhe sie entstehen werden³⁾. Unter statischen Bilanzierungsgesichtspunkten dienen Rückstellungen der Feststellung des richtigen Vermögensstandes, indem eine Bewertung von unsicheren Schulden versucht wird⁴⁾.

In der Praxis erscheinen diese Definitionen oft eng, da nach dem AktG z.B. auch Rückstellungen für unterlassene Reparaturen gebildet werden können, "die mehr einen Wertberichtigungscharakter haben"⁵⁾.

Der Companies Act enthält in SCH. 2, 27.-(1) Legaldefinitionen von "Rückstellungen (Provisions) und Rücklagen (Reserves)". Danach sind Rückstellungen "Beträge, die abgeschrieben oder einbehalten worden sind zum Ausgleich von Abnutzung, Wertminderungen oder zur Erneuerung von Vermögensgegenständen oder zur Berücksichtigung von bekannten

1) Vgl. Heinen, E., Handelsbilanzen, a.a.O., S. 212

2) Vgl. WP-Handbuch, a.a.O., S. 581

3) Vgl. Heinen, E., Handelsbilanzen, a.a.O., S. 212

4) Vgl. ebd.

5) Vgl. Scherpf, P., a.a.O., Tz. 182

Verbindlichkeiten, deren Höhe nicht mit hinreichender Genauigkeit festgestellt und bestimmt werden kann....

Der Ausdruck Verbindlichkeiten bezieht sich auf vertraglich festgelegte Aufwendungen und alle umstrittenen oder Eventualverbindlichkeiten".

Falls die oben definierten abbeschriebenen oder einbehaltenen Beträge nach Ansicht der Direktoren über das vernünftigerweise als notwendig erachtete Mass hinausgehen, sind sie als Rücklagen und nicht als Rückstellungen zu behandeln¹⁾.

Die gesetzliche Definition des Begriffs Rückstellungen (Provisions) enthält somit auch Abschreibungen oder Wertberichtigungen. Da diese aber auf der Aktivseite bei den entsprechenden Gegenständen des Anlagevermögens ausgewiesen werden müssen, kommen für den Passivposten Rückstellungen nur Beträge in Betracht, die auch dem in Deutschland üblichen Begriff der Rückstellungen entsprechen.

Aus der Legaldefinition des Companies Act 1948 geht hervor, dass Rückstellungen nur für tatsächliche, dem Grunde nach bekannte Verbindlichkeiten gebildet werden dürfen, nicht jedoch für künftige oder potentielle Verluste oder Verbindlichkeiten.

11) Arten von Rückstellungen

Das AktG 1965 hat im Grunde den im AktG 1937 enthaltenen Begriff der Rückstellungen übernommen. Durch die im alten AktG enthaltene Bezeichnung als "Rückstellungen für ungewisse Schulden" war besonders der Schuldcharakter der Rückstellungen betont worden; gleichzeitig wurde zum Ausdruck gebracht, dass Rückstellungen, die lediglich der Periodisierung stossweise anfallender Ausgaben dienten, ausgeschlossen sein sollten²⁾. Das neue AktG betont im Gegensatz zur Bilanzierungs-

1) SCH. 8, 27.-(1)(a) C.A. 1948

2) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 152, Tz. 99

praxis, die sich unter dem Gesetz von 1937 herausgebildet hat, noch stärker den statischen Charakter der Rückstellungen, da Aufwandsrückstellungen, denen keine Verbindlichkeiten zugrunde liegen, nur noch in vom Gesetz selbst genannten Ausnahmefällen zulässig sind¹⁾.

Rückstellungen dürfen nur dann gebildet werden, wenn mit einer Inanspruchnahme ernsthaft zu rechnen ist²⁾. Damit ist eine Abgrenzung zu Eventualverbindlichkeiten, bei denen diese Voraussetzung nicht erfüllt ist, relativ eindeutig möglich. Die Definition rückt jedoch Rückstellungen in die Nähe der Verbindlichkeiten. Genau bestimmbare Schulden sind nach dem AktG unter Verbindlichkeiten auszuweisen. Der Companies Act verlangt nur die Möglichkeit einer hinreichend genauen ("with substantial accuracy") Bestimmbarkeit.

Dies ist zusammen mit der betriebswirtschaftlichen Auffassung, das Rückstellungen wie Verbindlichkeiten Fremdkapital darstellen, wohl der Grund dafür, dass in England im Einzelfall ein relativ grosser Spielraum für den Ausweis als Rückstellungen oder Verbindlichkeiten besteht und in den USA vollends Rückstellungen als "Accrued liabilities" als Teil der Verbindlichkeiten bilanziert werden³⁾.

-
- 1) Dies sind nach § 152 Abs. 7 Satz 3 AktG Rückstellungen für im Geschäftsjahr unterlassene Aufwendungen für Instandhaltung oder Abraumbeseitigung, die im folgenden Geschäftsjahr nachgeholt werden und Rückstellungen für Gewährleistungen, die ohne rechtliche Verpflichtung erbracht werden.
 - 2) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O. § 152, Tz. 104
 - 3) Vgl. AICPA, Accounting Research Bulletin No. 43, Restatement and Revision, a.a.O., S. 21 f.; Pensionsrückstellungen fallen nicht darunter (vgl. AICPA, Accounting Research Bulletin No. 45, Accounting for Cost of Pension Plans (1956), in: Accounting and Research an Terminology Bulletins, Final Edition, New York 1961, S. 17, neuerdings bestätigt durch: Accounting Principles Board of the AICPA, Accounting for the Cost of Pension's Plan, in: Opinions of the Accounting Principles Board, No. 8, New York 1966, S. 84 f., Tz. 46)

Das Gliederungsschema des § 151 AktG sieht eine grundsätzliche Unterteilung der Rückstellungen in Pensionsrückstellungen und Andere Rückstellungen vor, wobei für erstere eine Passivierungspflicht ausdrücklich verneint wurde¹⁾. Dagegen wurde in § 159 AktG der Vermerk der im Geschäftsjahr geleisteten Pensionszahlungen einschliesslich der Zahlungen an rechtlich selbständige Pensionskassen und in Prozenten davon der in den fünf darauffolgenden Geschäftsjahren voraussichtlich zu leistenden Zahlungen vorgeschrieben. Diese Bestimmung hat starker Kritik unterlegen, da Zahlungen aufzuführen sind ohne Rücksicht darauf, ob sie Aufwand der Periode darstellen oder zu Lasten früher gebildeter Rückstellungen gebucht werden²⁾.

Der Companies Act enthält keine speziellen Bestimmungen hinsichtlich der Offenlegung von Pensionsaufwand oder Pensionsrückstellungen für Arbeitnehmer. Das Englische Institut hat eine allgemein gehaltene Stellungnahme zu diesem Fragenkreis, worin die volle Offenlegung aller Verpflichtungen aus Pensionszusagen an Arbeitnehmer gefordert wird³⁾, herausgegeben. Ähnlich wie bei entsprechenden Stellungnahmen des AICPA⁴⁾ wird mehr Wert auf die periodengerechte Aufwandsermittlung und die Offenlegung weiterer Umstände der Pensionszusagen gelegt als auf die Bilanzierung der Rückstellung. Die empfohlenen Rechnungslegungsgrundsätze umfassen bei vertraglicher Zusage im wesentlichen

- (a) den Vermerk etwaiger Garantien an Pensionskassen zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit oder Gewährleistung einer bestimmten Verzinsung der dem Fonds zugeführten Mittel,

1) Vgl. Bericht des Abgeordneten Dr. Wilhelmi, a.a.O., S. 35

2) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 159, Tz. 1 und 3; Heubeck, G., Der Ausweis von Pensionsverpflichtungen nach dem Aktiengesetz 1965, in: DB 1966, S. 632

3) Vgl. ICAEW, Retirement benefits (1960), in: Recommendations Accounting Principles, a.a.O., (N21), S. 6, Tz. 29

4) Vgl. AICPA, Accounting for the Cost of Pension Plans, a.a.O.

- (b) die Rückstellung von Beträgen für Pensionszusagen, die nicht durch Beiträge zu einem Pensionsfonds gedeckt sind,
- (c) die Offenlegung wesentlicher Beträge, die Leistungen von Arbeitnehmern vor Pensionszusagen entsprechen (back service) oder Nachholung früher unterlassener Rückstellungen¹⁾.

Eine Pflicht zur Bildung einer Rückstellung scheint nicht zu bestehen, sofern die Tatsache, dass keine Rückstellung gebildet wurde, offengelegt und allgemeine Angaben über die Art des Pensionsplans gemacht werden²⁾.

Bei freiwilligen Pensionsleistungen ist eine Rückstellung zulässig³⁾.

Während nach deutschen Bilanzierungsgrundsätzen eine Saldierung von Pensionsrückstellungen mit Rückdeckungsansprüchen aus Versicherungsbeiträgen nicht zulässig ist⁴⁾, bestehen nach englischer Praxis hiergegen keine Einwände.

Im Zusammenhang mit der Offenlegung von Vergütungen an Mitglieder der Geschäftsführung sind Pensionsverpflichtungen an Direktoren oder ehemalige Direktoren anzugeben⁵⁾.

Über die Legaldefinition der Rückstellungen als bekannte, aber ihrer Höhe und Fälligkeit nach nicht genau bestimmbare Verbindlichkeiten hinaus bildet die englische Bilanzierungspraxis auch Rückstellungen zur periodengerechten Verteilung unregelmässig anfallenden Aufwandes.

1) Vgl. ICAEW, Retirement Benefits, a.a.O., Tz. 32 und 33

2) Dies ergibt sich aus der Einschränkung zum obigen Punkt (b) in Tz. 32 (b) der Empfehlung des ICAEW, a.a.O., (N 21), wo es heisst, dass die Unterlassung einer entsprechenden Rückstellung mittels einer Anmerkung zum Abschluss aufzuzeigen ist

3) Vgl. ICAEW, Retirement benefits, a.a.O., S. 8, Tz. 34

4) Vgl. WP-Handbuch, a.a.O., S. 583

5) Vgl. S. 241 f. der vorliegenden Arbeit

Ein Beispiel dafür ist die "Reparatur- und Erneuerungsrückstellung". Dabei wird der geschätzte Aufwand für Reparaturen und kleinere Ersatzbeschaffungen jährlich einem Rückstellungskonto zugeführt. Die tatsächlichen Aufwendungen werden dann dem Rückstellungskonto belastet. Auf diese Weise werden zufällige Schwankungen, die das Ergebnis einzelner Perioden verzerren könnten, neutralisiert¹⁾.

Unter Liquiditäts- bzw. Finanzierungsgesichtspunkten empfiehlt das ICAEW eine Trennung und entsprechende Einordnung von langfristigen und kurzfristigen Rückstellungen²⁾. Zu ersteren zählen, wenn auch in diesem Zusammenhang nicht ausdrücklich aufgeführt, Pensionsrückstellungen. Da langfristige Rückstellungen bis zum Zeitpunkt der Auszahlung anderen Finanzierungsaufgaben nutzbar gemacht werden können und sich z.B. bei Rückstellungen für Pensionen ab einem gewissen Zeitpunkt Zuführungen und Auflösungen gewöhnlich die Waage halten, kommt ihnen finanzierungstechnisch eigenkapitalähnlicher Charakter zu³⁾. Die Empfehlung des Englischen Instituts führt somit zu einer gegenüber dem AktG erheblich aussagefähigeren Bilanzierung.

22) Darstellung der Rückstellungsbewegungen

Der Companies Act verlangt in SCH. 2, 7.-(1) wie bei den Rücklagen die Darstellung der Bewegung der Rückstellungen (nicht jedoch der Wertberichtigungen) während des Jahres unter Angabe ihrer Quellen und Verwendungszwecke ausser für den Fall, dass die Veränderung nur von untergeordneter Bedeutung oder das Board of Trade überzeugt ist, eine Offenlegung sei nicht im öffentlichen Interesse und von Nachteil

1) Vgl. Jones, F.H., Guide, a.a.O., S. 235; Sowie Spicer & Pegler's Book-keeping and Accounts, a.a.O., S. 65 f.

2) Vgl. ICAEW, Presentation of balance sheet and profit and loss account, a.a.O., S. 4, Tz. 19

3) Vgl. Begründung zum RegE, a.a.O., S. 171

für die Gesellschaft. Das Gesetz schreibt keine weitergehende Gliederung vor, jedoch kann eine solche im Interesse einer wahren und getreuen Rechnungslegung erforderlich sein¹⁾. Die Darstellung der Rückstellungsbe-
wegung in der Bilanz ist jedoch nur dann erforderlich, wenn sie nicht aus der Gewinn- und Verlustrechnung hervor-
geht²⁾. Dies ist z.B. bei Umbuchungen von Rücklagen auf Rückstellungen der Fall³⁾.

33) Der Ausweis der Steuern in der Bilanz

Das britische Steuersystem kennt, wenn man von der Lohnsteuer und der Einkommensteuer auf Ausschüttungen (der deutschen Kapitalertragsteuer vergleichbar), wo ein Abzug an der Quelle erfolgt, absieht, nicht das System der Steuervorauszahlungen. Steuern werden in der Regel erst sechs bis neun Monate nach Ablauf des Steuer- bzw. Geschäftsjahres fällig⁴⁾. Aus diesem Grund kommt dem Aus-
weis der Besteuerung in der Bilanz eine besondere Bedeutung zu.

aa) Exkurs: Überblick über die Körperschaftsteuer

(Corporation tax) einschliesslich der Besteue-
rung von Veräußerungsgewinnen⁵⁾ (Capital gains tax)

Erst seit dem Finance Act 1965 gibt es in England

- 1) Vgl. Magnus-Estrin, Companies Law and Practice, a.a.O., S. 451
- 2) Vgl. Jones, F.H., Accounting Requirements for Companies, 8th edn., Bournemouth 1967, S. 11
- 3) Dies ist zur Offenlegung künftig fälliger Capital gains tax (vgl. S. 203 unten) geboten
- 4) Neun Monate im Falle der Körperschaftsteuer (vgl. Price Waterhouse & Co., Business Enterprises in the United Kingdom, London 1969 unveröffentlicht, S. 40). Bei Gesellschaften, die bereits vor Einführung der Corporation Tax in 1965 bestanden, kann dieser Zeitraum unter Beibehaltung der Fälligkeitstermine für die bis dahin erhobene Income Tax im Extremfall bis 21 Monate ausmachen, mit der Folge, dass am Bilanzstichtag Körperschaftsteuer für zwei Geschäftsjahre offensteht.
- 5) Vgl. dazu z.B. ICAEW, The Corporation Tax, London 1965

eine eigene Ertragsteuer für Körperschaften¹⁾ in Gestalt der "Corporation tax". Diese umfasst nach bestimmten Grundsätzen aus der Handelsbilanz zu entwickelnde laufende Gewinne und Veräusserungsgewinne (Capital gains). Die ungeteilten linearen Steuersätze werden jährlich rückwirkend für das vom 1. April bis 31. März laufende Steuerjahr festgesetzt²⁾. Da als Besteuerungszeitraum das Geschäftsjahr der Gesellschaft gilt, kann es vorkommen, dass bei vom Steuerjahr abweichendem Geschäftsjahr die Gewinne verschiedenen Steuersätzen unterliegen. Gleichzeitig ergibt sich damit, dass bei der Erstellung des Jahresabschlusses gewöhnlich der Steuersatz für einen Teil des Geschäftsjahres nicht feststeht.

Zwei Besonderheiten kennzeichnen die Corporation tax: Einmal unterliegen Gewinne aus der Veräusserung von Vermögensgegenständen der Steuer zu einem ermässigten Satz³⁾; im Falle von Ersatzbeschaffungen können die Veräusserungsgewinne analog § 6 b EStG⁴⁾ von den Anschaffungskosten der neu erworbenen Anlage abgesetzt werden. Zum anderen gelten Sonderbestimmungen für bestimmte Gesellschaften (Close Companies⁵⁾) bezüglich Gesellschafter-Geschäftsführergehälter, Mindestausschüttungen (Begriff des "profit shortfall") u.a.,

-
- 1) Körperschaften in diesem Sinne sind alle juristischen Personen (bodies corporate), als wichtigste Form die "Companies", sowie sonstige Vereinigungen, die nicht juristische Personen sind (unincorporated associations), ausser Personengesellschaften (vgl. Price Waterhouse & Co., a.a.O., S. 15)
 - 2) Der geltende Körperschaftsteuersatz für das Steuerjahr vom 1. April 1968 bis 31. März 1969 beträgt 40%.
 - 3) Der Steuersatz im Veranlagungszeitraum 68/69 betrug 30 %
 - 4) eingeführt durch Steueränderungsgesetz 1964
 - 5) Es sind dies gemäss SCH. 18 Finance Act 1965 grundsätzlich Gesellschaften, die von fünf oder weniger als fünf Beteiligten oder den Geschäftsführern (directors) beherrscht werden (nicht jedoch Konzerngesellschaften) (vgl. Ausführungen bei ICAEW, The Corporation Tax, a.a.O., S. 48)

die unangemessene Vorteile personenbezogener Gesellschaften verhindern sollen¹⁾.

Es gibt in England keine gesonderte Steuerbilanz. Das zu versteuernde Einkommen der Gesellschaften ergibt sich vielmehr aus der Handelsbilanz, wobei jedoch bei verschiedenen Posten eine unterschiedliche Behandlung erfolgt, die sich nicht unwesentlich auf das zu versteuernde Einkommen auswirkt²⁾. Diese unterschiedliche Behandlung wird ausserhalb der Bilanz vorgenommen, so dass es als Prinzip des englischen Bilanzierungsrechts gelten kann, dass der Jahresabschluss nicht durch steuerliche Vorschriften beeinflusst ist³⁾.

Bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Gewinns sind gegenüber dem Handelsbilanzgewinn folgende Änderungen vorzunehmen⁴⁾:

- (1) Rückgängigmachung von steuerlich nicht abzugsfähigen Aufwendungen, wie Abschreibungen auf andere Gebäude als Geschäfts- oder Betriebsgebäude oder verdeckte Gewinnausschüttung in Form von überhöhten Direktorengehältern bei Close Companies
- (2) Abzug von steuerfreien Einkünften wie Zinsen auf Steuergutscheine (Tax Reserve Certificates)
- (3) Zu- oder Abrechnung der Differenz zwischen der bilanziellen Abschreibung und der steuerlichen Absetzung für Abnutzung (Capital allowances)

1) Die Problematik ist ähnlich wie bei verdeckten Gewinnausschüttungen nach § 6 KStG in Verbindung mit § 19 KStDV (vgl. näheres bei Wöhe, G., Betriebswirtschaftliche Steuerlehre, a.a.O., Bd. I, S. 71 ff.), jedoch wegen des nicht gespaltenen Steuersatzes mit teilweise umgekehrten Vorzeichen.

2) Vgl. Ullmann, L.S., Survey of Taxes on Income and Profits in the United Kingdom, in: European Taxation 1965, S. 32 - 51, S. 40

3) In der Praxis wird jedoch die Haltung der Steuerbehörden, insbesondere hinsichtlich der Vorratsbewertung (z.B. Verbot von LIFO - vgl. S. 108 der vorliegenden Arbeit) trotzdem das Bilanzierungsverhalten der Gesellschaften.

4) Vgl. ICAEW, Treatment of taxation in accounts of companies, in: Recommendation on Accounting Principles, a.a.O., (N 27).

- (4) Berücksichtigung von Differenzen aus der verschiedenen zeitlichen Zuordnung für Bilanz- und Steuerzwecke, z. B. Rückstellungen oder Passive Rechnungsabgrenzungsposten, die steuerlich erst in der Periode, in der sie angefallen oder bezahlt worden sind, abgesetzt werden dürfen.

Die Berichtigungen unter (1) und (2) können wesentlichen Umfang annehmen und selbst dann, wenn sie nicht aussergewöhnlicher Natur sind, fallen sie möglicherweise unter die Vorschriften von SCH. 2, 14.-(3A), die verlangen, dass alle besonderen Umstände, die die Steuerschuld beeinflussen, offengelegt werden müssen¹⁾.

Die zeitlich verschiedene Verteilung von Aufwendungen, die in (3) und (4) dargestellt wurden, hat gewöhnlich zur Folge, dass die sich aufgrund des steuerlichen Einkommens ergebende Steuerbelastung in keinem angemessenen Verhältnis zum Handelsbilanzerfolg steht.

bb) Die Bilanzierung der Körperschaftsteuer

111) Allgemeine Erfordernisse

Je nachdem, ob der Betrag der Steuerschuld mit hinreichender Genauigkeit ermittelt werden kann, ist eine Bilanzierung unter Rückstellungen oder Verbindlichkeiten geboten²⁾. Ersteres dürfte dann der Fall sein, wenn keine plausible Annahme über den anzuwendenden Steuersatz möglich ist. Ist der Steuersatz nicht bekannt, so ist der Berechnung der letzte bekannte Satz zugrunde zu legen³⁾. In der Praxis zeigt sich, dass zumeist ein Ausweis unter Verbindlichkeiten erfolgt.

1) Vgl. ICAEW, Treatment of taxation in accounts of companies, a.a.O., S. 3, Tz. 8

2) Vgl. ICAEW, Notes on the Treatment of Taxation in Company Accounts after the Finance Act 1965, London 1965, S. 13, Tz. 21

3) Vgl. ICAEW, The Corporation Tax, a.a.O., S. 8, Tz. 3

Die Verbindlichkeit oder Rückstellung für Körperschaftsteuer auf die Gewinne des laufenden Geschäftsjahrs sollte unter kurzfristigen Verbindlichkeiten oder als Sonderposten unter Verbindlichkeiten unter Angabe des Fälligkeitstermins ausgewiesen werden¹⁾. Körperschaftsteuer auf Gewinne früherer Perioden ist gewöhnlich als solche unter kurzfristigen Verbindlichkeiten zu bilanzieren²⁾. Überzahlungen von Körperschaftsteuer können alternativ im Umlaufvermögen oder als Abzugsposten von Körperschaftsteuerverbindlichkeiten bilanziert werden³⁾.

In der Gewinn- und Verlustrechnung sollte die Körperschaftsteuer als "Körperschaftsteuer auf den Jahreserfolg" bezeichnet werden, um dem Erfordernis der Angabe der Ermittlungsgrundlage im SCH. 2, 14.-(3) gerecht zu werden⁴⁾.

222) Das Steuerabgrenzungskonto

Sinn des Steuerabgrenzungskonto (Deferred taxation account) ist es, einerseits Steuern auf Gewinne, die nach den allgemeinen Bilanzierungsgrundsätzen als realisiert gelten, jedoch erst in späteren Jahren zu veranlagten sind, zurückzustellen; andererseits soll bei einer Vorwegnahme der Steuer vor allem durch niedrigere steuerlich zulässige Abschreibungen als Aufwand nur der dem Bilanzergebnis entsprechende Betrag gebucht und die überschüssende Steuerverbindlichkeit erfolgsrechnerisch neutralisiert und einem aktiven Steuerabgrenzungskonto belastet werden.

1) Vgl. ICAEW, Treatment of taxation in accounts of companies, a.a.O., S. 6 Tz. 25

2) Vgl. ebd., S. 7, Tz. 27

3) Vgl. ICAEW, Treatment of taxation in accounts of companies, a.a.O., S. 7, Tz. 27

4) Vgl. ebd. S. 4, Tz. 11

Ein passiver Saldo des Steuerabgrenzungskontos ist als Rückstellung anzusehen und nicht als Rücklage¹⁾. Die Tatsache, dass neue Verschiebungen erfolgen, wenn Teile der Rückstellungen zur Zahlung fällig werden und somit möglicherweise ein ständiger "Bodensatz" an Rückstellungen besteht, hat keinen Einfluss auf den Bilanzcharakter dieses Postens²⁾.

Da ein Sollsaldo nur dann realisierbar ist, wenn in der Zukunft ausreichende Gewinne entstehen, ist eine Aktivierung nur dann praktikabel, wenn für die nachfolgende Periode mit hinreichender Sicherheit entsprechende Gewinne zu erwarten sind; andernfalls sei eine Abschreibung zu Lasten des Gewinns vorzunehmen, wobei diese gegebenenfalls offenzulegen ist³⁾.

Entsprechend seiner Fristigkeit sollte ein passives Steuerabgrenzungskonto nicht unter kurzfristigen Verbindlichkeiten gruppiert werden⁴⁾.

Das deutsche Aktienrecht und die Bilanzierungspraxis kennen eine solche Handhabung der Ermittlung des Gewinns nach Steuern nicht; vielmehr sind Steuern vom Einkommen und Ertrag stets vom steuerlichen Ergebnis zu berechnen. Es zeigt sich hier wiederum, dass der Einfluss steuerlicher Faktoren auf die Abschlüsse deutscher Gesellschaften viel grösser ist als in England und dieser oft auf Kosten einer periodengerechten Erfolgsermittlung nicht eliminiert wird⁵⁾.

1) Vor Einführung der Körperschaftsteuer war die Handhabung eines ähnlichen "Tax Equalisation Account" nicht umstritten gewesen (vgl. hierzu Spicer and Pegler's Book-keeping and Accounts, a.a.O., S. 271 sowie S. 305 f.)

2) Vgl. ICAEW, Treatment of taxation in accounts of companies, a.a.O., S. 8, Tz. 33

3) Vgl. ebd., S. 9, Tz. 35 und 36

4) Vgl. ebd., S. 8, Tz. 33

5) Die betriebswirtschaftlichen Folgerungen aus dieser unterschiedlichen Praxis sind im Zusammenhang mit der Behandlung der Steuern in der Gewinn- und Verlustrechnung dargestellt (vgl. S. 243)

cc) Die Bilanzierung anderer Steuern

Ähnlich wie die Körperschaftsteuer auf laufende Gewinne ist die Steuer auf Veräußerungsgewinne (Capital gains tax) zu behandeln. Insbesondere bei einer Neubewertung von Vermögensgegenständen ist die darauf entfallende, jedoch erst bei Realisierung zu veranlagende Veräußerungsgewinnsteuer dem Rücklagenkonto aus der Zuschreibung zu belasten und auf dem Steuerabgrenzungskonto zu passivieren¹⁾. Eine Buchung der Steuer erst zum Zeitpunkt der Veräußerung eines Vermögensgegenstandes würde nach englischer Auffassung zu einer falschen Darstellung der Eigenkapitalverhältnisse und Verbindlichkeiten führen. Die gleichen Überlegungen gelten im Fall der "Betterment Levy", einer Sondersteuer auf Grundstücksgewinne²⁾.

Die Einkommensteuer auf Ausschüttungen (Income tax on distributions), der Kapitalertragsteuer vergleichbar, stellt für die bilanzierenden Gesellschaften einen durchlaufenden Posten dar. Die ausschüttende Gesellschaft trägt die Bruttokosten der Ausschüttungen, wobei der Nettobetrag an die Aktionäre auszusahlen und die darauf entfallende Einkommensteuer an die Finanzbehörde abzuführen ist. Hat die Gesellschaft selbst Dividendeneinkünfte (Franked investment income), so ist sie befugt, die darauf einbehaltene Einkommensteuer bei der Ermittlung des an die Finanzbehörden abzuführenden Betrages der Einkommensteuer auf eigene Ausschüttungen abzusetzen³⁾.

-
- 1) Vgl. ICAEW, Treatment of taxation in accounts of companies, a.a.O., S. 11 ff., Tz. 49 ff.; Russel, J.D., The Presentation of Accounts, in: Accountancy 1968, S. 69
 - 2) Einzelheiten vgl. ICAEW, Land Commission Act 1967: accounting implications (1968), in: Recommendations on Accounting Principles, a.a.O., (N 26); Price Waterhouse & Co., a.a.O., S. 59 ff.
 - 3) Vgl. ICAEW, Treatment of taxation in accounts of companies, a.a.O., S. 2, Tz. 3 sowie Appendix, Tz. 1-7

Ein gesonderter Ausweis dieser Steuern ist gewöhnlich nicht erforderlich; sind wesentliche Beträge im Spiel oder ist eine Rückstellung nicht erfolgt, so wird ein gesonderter Bilanzvermerk gefordert¹⁾.

c) Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind schuldrechtliche Ansprüche von Dritten gegenüber der Gesellschaft. Allerdings ist nicht jede zivilrechtliche Schuld passivierungspflichtig. Es muss in jedem Fall eine Vermögensbelastung der Gesellschaft und damit eine bilanzrechtliche Schuld nach den Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung vorliegen²⁾.

Betriebswirtschaftlich erfüllen Verbindlichkeiten oder Fremdkapital im wesentlichen zwei Funktionen: Als Ergänzungskapital stellen sie die Mittel bereit, die das Unternehmen aus eigener Kraft nicht aufbringen kann. Zudem verleihen sie der Kapitalausstattung eines Unternehmens jenen Grad an Elastizität, der es ihm gestattet, sich möglichst schnell und wirtschaftlich dem jeweiligen, wechselnden Kapitalbedarf anzugleichen³⁾.

Als Kriterien für die Aufgliederung der Verbindlichkeiten kommen in Betracht⁴⁾:

- (1) Fristigkeit bzw. Fälligkeit der Verbindlichkeiten
- (2) Art der Sicherung
- (3) Verschiedene Gläubigergruppen
- (4) Art des zugrundeliegenden Geschäftsvorfalles

Das erste Kriterium soll den Einblick in die Liquidität des Unternehmens verbessern. Dabei kommt es in erster Linie auf die Restlaufzeit am Bilanzstichtag an und nicht auf die vereinbarte Laufzeit. Schwierigkeiten der Einordnung bestehen dann, wenn keine besonderen Vereinbarungen hinsichtlich der Laufzeit einer Verbindlichkeit bestehen.

1) Vgl. ebd. S. 11, Tz. 47 und ICAEW, Land Commission Act 1967: accounting implications, a.a.O., S. 4, Tz. 30

2) Vgl. WP-Handbuch, a.a.O., S. 595

3) Vgl. Heinen, E., Handelsbilanzen, a.a. O., S. 220

4) Vgl. ebd.

Häufig wird sich ergeben, dass solche Verbindlichkeiten wirtschaftlich langfristig sind, dass jedoch jederzeit kurzfristig Vereinbarungen über die Abberufung getroffen werden können.

Die Art der Sicherung ist von entscheidender Bedeutung für die Beurteilung des Jahresabschlusses durch den Gläubiger. Dabei ist jedoch nicht nur die Angabe auf der Passivseite von Interesse, sondern auch eine Kenntlichmachung der gesicherten Vermögensgegenstände auf der Aktivseite.

Die Gliederung nach Gläubigergruppen ermöglicht eine Lokalisierung der Herkunft der Fremdmittel. Die wichtigste Unterscheidung betrifft dabei Verbindlichkeiten, die im normalen Leistungsverkehr des Unternehmens entstanden sind und Verbindlichkeiten, die aus der Zuführung von Geldkapital entstanden sind.

In gewissem Umfang deckt sich dieses Kriterium mit dem der Art des zugrundeliegenden Geschäftsvorfalles, das als Entstehungsgrund der Verbindlichkeiten den Lieferungs- und Leistungsverkehr, Darlehensvereinbarungen und andere Rechtsgeschäfte oder gesetzliche Leistungspflichten aufzeigt.

11) Gliederungsprinzipien nach dem Companies Act

Aus der im englischen Recht vorzufindenden kasuistischen Aufzählung von einzelnen Ausweisvorschriften ist kein System zu erkennen und auch nicht beabsichtigt.

Das ICAEW empfiehlt die Bildung von zwei Hauptgruppen, nämlich kurzfristigen und anderen Verbindlichkeiten, wobei die vorgeschlagene Dividende unter kurzfristigen Verbindlichkeiten ausgewiesen werden soll¹⁾. Die anerkannten Bilanzierungsgrundsätze verlangen eine strenge Trennung von kurzfristigen und langfristigen Verbindlichkeiten, was insbesondere deswegen wichtig ist, weil kurzfristige Ver-

1) Vgl. ICAEW, Presentation of balance sheet and profit and loss account, a.a.O., S. 4, Tz. 21 f.

bindlichkeiten oft unmittelbar dem Umlaufvermögen gegenübergestellt werden und die Differenz als Netto-Umlaufvermögen (Net Current Assets) oder Working Capital als wichtige Kennziffer angesehen wird¹⁾.

Andere Verbindlichkeiten, sollen nach der Empfehlung des ICAEW gesondert unter einer angemessenen Bezeichnung bilanziert werden²⁾. Dabei sollen Rückzahlungstermin und Bedingungen der Rückzahlung angegeben werden³⁾. Das Gesetz verlangt diese Angaben bei bestimmten Darlehen mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren (SCH. 2, 8.- (1)(d) und (4)).

Dem Grundsatz der Aufgliederung nach Gläubigergruppen kommt das Gesetz insoweit nach, als es den gesonderten Ausweis von Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (SCH. 2, 8.- (1)(d)), anderen Darlehen und Krediten (SCH. 2, 8.- (1)(d) und 8.- (4)), von Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen und anderen verbundenen Unternehmen (SCH. 2, 15.- (1) und (16)) und der vorgeschlagenen Dividende (SCH. 2, 8.- (1)(e)) verlangt.

Schliesslich ist bei jeder Art von Verbindlichkeit ein Vermerk der Besicherung zu machen, wobei jedoch kein Hinweis auf die als Sicherheit dienenden Vermögensgegenstände erforderlich ist (SCH. 2, 9.-)

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass explizit im Gesetz nur dem Kriterium der Aufgliederung der Verbindlichkeiten nach Gläubigergruppen hinreichend und dem der Angabe der Art der Sicherung weitgehend Genüge getan ist. Die Grundsätze ordnungsmässiger Bilanzierung verlangen eine Unterscheidung nach der Fristigkeit.

1) Vgl. Jones, F.H., Guide, a.a.O., S. 398 f.

2) Vgl. ICAEW, Presentation of balance sheet and profit and loss account, a.a.O., S. 4, Tz. 22

3) Vgl. ebd.

22) Langfristige Verbindlichkeiten

Nach der anglo-amerikanischen Bilanzierungspraxis gelten gewöhnlich Forderungen und Verbindlichkeiten als langfristig, die am Bilanzstichtag eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr haben¹⁾. Dabei ist es üblich, den langfristigen und kurzfristigen Teil derselben Forderungen oder Verbindlichkeiten zu trennen und unter den entsprechenden Bilanzgruppen einzuordnen²⁾.

Das AktG, das in der Fassung von 1937 keine Gliederung der Verbindlichkeiten nach ihrer Fristigkeit vorsah, kam der Forderung nach einem besseren Einblick in die Verfügbarkeit von Fremdkapital zumindest tendenziell nach, indem es die Zweiteilung der Verbindlichkeiten in "Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren" und "Andere Verbindlichkeiten" vorschrieb. Dabei kommt es für die Zuordnung von langfristigen Verbindlichkeiten nicht auf die tatsächliche, sondern die vereinbarte Laufzeit an³⁾.

Aus der Begründung zum RegE⁴⁾ geht hervor, dass unter der Position "Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren" in erster Linie solche Verbind-

1) Vgl. Richards, D.G., Modern Presentation of Information in Balance Sheets and Accounts for Shareholders, in: Accountancy 1969, S. 904. Das AICPA definiert kurzfristige Verbindlichkeiten als solche, die im normalen Geschäftsablauf innerhalb relativ kurzer Zeit, gewöhnlich zwölf Monaten, die Hingabe von Umlaufvermögen oder Schaffung neuer kurzfristiger Verbindlichkeiten erfordern (vgl. AICPA, Accounting Research Bulletin No. 43, Restatement and Revision, a.a.O., Chapter 3, Working Capital, S. 20 f., T. 7 f.). Damit soll zum Ausdruck gebracht werden, dass es nicht in erster Linie auf die juristische Fälligkeit ankommt. Wörtlich heisst es: "Accordingly, the views expressed in this section represent a departure from any narrow definition or strict one year (im Original: kursiv - Anm. d. Verf.) interpretation of either current assets or current liabilities; the objective is to relate the criteria developed to the operating cycle of a business" (vgl. ebd., S. 19, Tz. 2).

2) Vgl. ebd., S. 19, Tz. 7

3) Vgl. Begründung zum RegE, a.a.O., S. 171

4) Vgl. ebd., wo die Position V als Gegenstück zu den "Ausleihungen mit einer Laufzeit von mehr als vier Jahren" auf der Aktivseite bezeichnet wird

lichkeiten auszuweisen sind, die wirtschaftlich im Zusammenhang mit einer Kapitalaufnahme stehen. Geht man jedoch davon aus, dass der gesonderte Ausweis der Gruppe V in erster Linie die Fristigkeit der Kapitalzuführung und weniger die Art des zugrundeliegenden Geschäfts zeigen soll, erscheint eine Einbeziehung von langfristigen verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen vertretbar, wobei jedoch nach Adler-Düring-Schmaltz¹⁾ in wichtigen Fällen gegebenenfalls ein Vermerk der Mitzugehörigkeit zu Position VI 1 erforderlich sein kann.

Das Gliederungskriterium der vereinbarten Laufzeit erscheint nicht besonders geeignet, da in vielen Fällen keine gesonderte Vereinbarung erfolgt oder formell kurzfristige Verbindlichkeiten in Wirklichkeit langfristiger Natur sind.

Um die Liquidität der Gesellschaft nicht zu günstig erscheinen zu lassen, ist für alle unter V auszuweisenden Verbindlichkeiten gesondert die Summe der in den nächsten vier Jahren fälligen Beträge anzugeben.

SCH. 2, 8.- verlangt einen getrennten Ausweis von Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Kapitalschulden. Unter anderen langfristigen Kapitalschulden sind alle solche mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren gesondert auszuweisen. Darunter fallen auch Schulden, die in Raten zu tilgen sind, sofern eine der Raten nach fünf Jahren vom Bilanzstichtag fällig ist. In beiden Fällen müssen in der Bilanz oder einer Anmerkung die Rückzahlungsbedingungen und der Zinssatz der Schulden angegeben werden. Für den Fall, dass dies zu umfangreich würde und somit die Klarheit und Übersichtlichkeit des Abschlusses beeinträchtigte, genügt eine allgemeine Beschreibung (SCH. 2, 8.- (4)). Als Fälligkeitstermin ist der Zeitpunkt anzusehen, an dem der Gläubiger frühestens die Schuld oder einen Teilbetrag zurückfordern kann (SCH. 2, 30.-).

1) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 151, Tz. 223

Obwohl nicht gesetzlich vorgeschrieben, empfiehlt das ICAS in Übereinstimmung mit guter Praxis auch den gesonderten Ausweis kurzfristiger Kapitalschulden gegenüber Nicht-Banken, wobei unter "Loans" nicht nur Darlehen oder Kredite sondern alle Verbindlichkeiten zu verstehen sind, die nicht aus dem gewöhnlichen Geschäftsbetrieb der Gesellschaft entstanden sind¹⁾.

Diese Erfordernisse gehen weit über die vom AktG verlangte Offenlegung hinaus. Die Angabe der langfristigen Verschuldung des Unternehmens ist für die Beurteilung der finanziellen Lage in der Zukunft von entscheidender Bedeutung. Durch die Angabe der Rückzahlungsbedingungen wird die über den normalen Geschäftsbetrieb hinausgehende finanzielle Belastung in der Zukunft offengelegt. Die Angabe des Zinssatzes lässt eine Beurteilung der Finanzierungsverhältnisse zu, was insbesondere dann von Bedeutung ist, wenn langfristiges Kapital zu höheren Sätzen aufgenommen wurde als es beim gegenwärtigen Stand und Trend des Kapitalmarktes erforderlich wäre. Aus dem Verhältnis des bezahlten Zinssatzes zu dem am Kapitalmarkt herrschenden lässt sich nicht zuletzt ein Schluss hinsichtlich der Verhandlungsposition der Gesellschaft gegenüber Kreditinstituten ziehen.

Besonderheiten gegenüber der deutschen Aufgliederung ergeben sich aufgrund des verschiedenen Begriffsinhalts von Obligationen (Debentures).

Demzufolge sind "Debentures" alle Arten von verbrieften Verbindlichkeiten gewöhnlich aus der Kapitalaufnahme durch die Gesellschaft, gleichgültig ob besonders gesichert oder nicht²⁾. "Debentures" werden häufig über einen Treuhänder plazierte, der diese in der Form von Teilschuldverschreibungen am öffentlichen Kapitalmarkt ausgibt. Diese werden als "Bonds" (Anleihen) bezeichnet. Häufig sind sie auch Wandelschuldverschreibungen (Convertible bonds).

1) Vgl. ICAS, The Companies Act 1967, a.a.O., S. 40

2) Vgl. Topham and Iyamy's, a.a.O., S. 259 ff.;
vgl. auch Sect. 455 C.A. 1948

33) Kurzfristige Verbindlichkeiten

Das AktG kennt nicht den Begriff der kurzfristigen Verbindlichkeiten. Es fasst vielmehr unter "Andere Verbindlichkeiten" alle die Posten zusammen, die nicht zu Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren zählen.

Da hierunter Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen ohne Rücksicht auf Entstehungsursachen und Fristigkeiten¹⁾ und z.B. auch mittelfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (mit einer Laufzeit bis zu vier Jahren) und andere Schulden gehören, kann diese Bilanzgruppe nicht ohne weiteres ins Verhältnis zum Umlaufvermögen gesetzt werden, was wichtige Hinweise für die Beurteilung der Liquidität verwehrt.

Positiv gegenüber dem Companies Act ist zu beurteilen, dass ein gesonderter Ausweis von Schuldwechseln verlangt wird, was gewisse Schlüsse auf die Zahlungsgepflogenheiten und Finanzierung der Gesellschaft zulässt. In der englischen Praxis werden Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und Schuldwechsel gewöhnlich in einem Posten ausgewiesen²⁾.

Der Companies Act 1967 verlangt in SCH. 2, 8.-, 15.- und 16.- den gesonderten Ausweis von

- (1) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Darlehen und Kontokorrentkredite),
- (2) Verbindlichkeiten (einschliesslich Darlehen) gegenüber untergeordneten Konzernunternehmen (Subsidiaries)

1) Vgl. WP-Handbuch, a.a.O., S. 558

2) Entsprechend ICAEW, Presentation of balance sheet and profit and loss account, a.a.O., S. 5, Tz. 24

- (3) Verbindlichkeiten gegenüber der Konzern-Muttergesellschaft (Holding company) oder gleichrangigen Konzerngesellschaften (Fellow subsidiaries), wobei Obligationen von anderen Verbindlichkeiten zu unterscheiden sind,
- (4) dem Betrag der vorgeschlagenen Dividende und sonstige Ausschüttungen vor Steuern.

Das ICAEW empfiehlt eine angemessene Untergliederung, die u.a. folgende Posten einschliessen soll¹⁾:

- (1) Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen
- (2) Kurzfristige Darlehen
- (3) Bankdarlehen und Kontokorrentkredite
- (4) Laufende Steuerschulden
- (5) Rückstellungen für kurzfristige Verbindlichkeiten, deren Höhe nicht mit hinreichender Genauigkeit bestimmbar ist
- (6) Die vorgeschlagene Ausschüttung

Die Bilanzierung in Anspruch genommener Kontokorrentkredite unter kurzfristigen Verbindlichkeiten ist unter Liquiditätsgesichtspunkten unbefriedigend, da solche Kredite in der Regel de facto langfristig sind. Im Gegensatz zur deutschen Praxis findet sich in England vereinzelt ein Hinweis auf den Finanzierungsspielraum aus Kontokorrentkrediten, indem der nicht in Anspruch genommene Teil im Umlaufvermögen unter Guthaben bei Kreditinstituten erscheint und der zugesagte Kredit in voller Höhe passiviert wird²⁾. Eine solche Behandlung erweist sich als erhebliche Verbesserung der Aussagefähigkeit der Bilanz.

Die Aufrechnung von Guthaben und Verbindlichkeiten bei verschiedenen Kreditinstituten gilt als unzulässig³⁾. Gegen eine Saldierung besteht kein Einwand, wenn juristisch

1) Vgl. ICAEW, Presentation of balance sheet and profit and loss account, a.a.O., S. 5, Tz. 24

2) Vgl. S.63 der vorliegenden Arbeit

3) Vgl. ICAEW, Presentation of balance sheet and profit and loss account, a.a.O., S. 5, Tz. 24;

die Möglichkeit der Aufrechnung gegeben ist. Dies setzt in der Regel gleiche Fristigkeit voraus¹⁾. Insofern besteht kein Unterschied zwischen deutscher und englischer Praxis.

Der Companies Act 1967 verlangt, dass der Betrag der vorgeschlagenen Dividende unter kurzfristigen Verbindlichkeiten auszuweisen ist, wobei der Ausweis vor Abzug von Steuern zu erfolgen hat (SCH. 2, 8.-(1)(e)). Obwohl wie in Deutschland, die Generalversammlung über die Verwendung des Reingewinns²⁾ beschliesst, wird infolge der Tatsache, dass sich die Hauptversammlung gewöhnlich dem Vorschlag der Verwaltung anschliesst, ein Ausweis unter kurzfristigen Verbindlichkeiten unter dem Gesichtspunkt der Darstellung der Liquidität der Gesellschaft gefordert. Rechtlich besteht jedoch aufgrund des Vorschlags der Verwaltung auch in England keine Verbindlichkeit³⁾.

Inhaltlich ist der Posten "vorgeschlagene Ausschüttung" nicht mit dem "Bilanzgewinn" des AktG identisch, da letzterer den Betrag darstellt, der sich nach Entnahmen und Einstellungen in offene Rücklagen, die nach dem Gesetz oder Satzung vorzunehmen sind oder die Vorstand und Aufsichtsrat nach § 58 Abs. 2 AktG bei einer Feststellung des Jahresabschlusses beschliessen, und vor Dotierung durch die Hauptversammlung ergibt⁴⁾.

1) Vgl. WP-Handbuch, a.a.O., S. 555

2) Die Generalversammlung (General Meeting) hat im Gegensatz zu Deutschland mangels gegenteiliger Bestimmungen in der Satzung keinen Einfluss auf Rücklagendotierung und Ausschüttung über den Verteilungsvorschlag der Direktoren hinaus (vgl. Table A, 114 C.A. 1948)

3) Vgl. Spicer & Pegler's Book-keeping and Accounts, a.a.O., S. 304

4) Vgl. Scherpf, P., a.a.O., Tz. 189

In England ist die Rücklagendotierung ausschliesslich Sache der Verwaltung, wobei die Handlungsfreiheit durch keinen Anspruch der Aktionäre auf eine angemessene Gewinnausschüttung eingeengt ist¹⁾.

Nach Schlegelberger-Quassowski²⁾ ist ein gesonderter Ausweis des Gewinnanteils in der Hauptspalte der Bilanz, der nach dem Vorschlag der Verwaltung auszuschütten ist, unzulässig. Der Gewinnverteilungsvorschlag sollte nach allgemeiner Übung in den Geschäftsbericht aufgenommen werden.

Diese Handhabung kann nur dahingehend verstanden werden, dass in der Jahresbilanz nur Auswirkungen von Massnahmen gezeigt werden sollen, die in der Zuständigkeit des den Jahresabschluss aufstellenden Vorstands liegen. Massnahmen in der Zuständigkeit der Hauptversammlung hingegen sollen sich nicht auf die Jahresbilanz auswirken. Jedoch ist dieses Prinzip nicht konsequent verwirklicht. Die Bestimmung des § 151 Abs. 4 AktG, dass Abschreibungen, Wertberichtigungen, Rückstellungen und Einstellungen in Sonderposten mit Rücklagenanteil bereits in der Jahresbilanz vorzunehmen sind, gilt nämlich im Interesse der Vergleichbarkeit auch dann, wenn der Jahresabschluss von der Hauptversammlung festgestellt wird³⁾.

Die unterschiedliche Handhabung in Deutschland und England reflektiert die Verschiedenartigkeit der Rechtskonstruktion. In England, wo in der Regel auch Zwischendividenden bezahlt werden⁴⁾, ist somit gewöhnlich mit Bilanzerstellung das Geschäftsjahr abgeschlossen, während sich in Deutschland aufgrund der Hauptversammlungsbeschlüsse nachträglich zu berücksichtigende Änderungen ergeben.

1) Vgl. Fall Bond v. Barrow Haematite Steel Co., (1902), 1 Ch. 353, zitiert bei Topham & Ivamy's, a.a.O., S. 166 sowie Fall Buenos Ayres Great Southern Railway Co., Ltd. v. Preston and Another (1947) Ch. 384, zitiert bei Charlsworth's Company Law, a.a.O., S. 237

2) Vgl. Schlegelberger-Quassowski, Aktiengesetz, Berlin 1937 § 131, Tz. 47

3) Vgl. Begründung zum RegE, a.a.O., S. 172

4) Vgl. Table A, 115, C.A. 1948

d) Der Vermerk der Sicherung

SCH. 2, 9.- verlangt bei allen Verbindlichkeiten den Vermerk der Sicherung. Dabei ist anzugeben, dass bestimmten Vermögensgegenstände der Gesellschaft belastet sind; eine Angabe der Art der Sicherung und der einzelnen belasteten Gegenstände in der Bilanz ist jedoch nicht erforderlich.

Im Gegensatz dazu schreibt das AktG nur den Vermerk der Sicherung durch Grundpfandrechte bei Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren vor. Dies bedeutet, dass Pfandrechte und Sicherungsübereignungen von Maschinen, Vorräten etc. nicht in der Bilanz angegeben zu werden brauchen¹⁾. Diese zweifache Einschränkung ist wohl der Grund dafür, dass Scherpf²⁾ schreibt, diese Angabe "darf für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft nicht überbewertet werden". Es besteht die Gefahr, dass der Bilanzleser, dem der Geschäftsbericht nicht zugänglich ist, ein falsches Bild vom Umfang der besonders gesicherten Verbindlichkeiten gewinnt.

Nach dem Companies Act ist jede Art von Sicherung anzugeben, sofern sie über das normale Mass der gesetzlichen Haftung hinausgeht, und zwar sowohl Lasten auf bestimmten Vermögensgegenständen (Fixed charges), wie Grundstückslasten (Mortgages) und aus dem Fallrecht entwickelte sogenannte "Floating charges", die sich auf einen bestimmten, in sich veränderlichen Bestand von Vermögensgegenständen, wie z. B. bestehende und künftige Forderungen, beziehen und sich erst bei Geltendmachung des Anspruchs konkretisieren³⁾. Sie weisen Ähnlichkeiten mit dem deutschen Rechtsinstitut der Sicherungsübereignung auf⁴⁾. Das ICAEW fordert einen besonderen Hinweis, wenn die Höhe der gegebenen Sicherheit niedriger als die bilanzierte Verbindlichkeit ist⁵⁾.

1) Vgl. WP-Handbuch, a.a.O., S. 597

2) Vgl. Scherpf, P., a.a.O., Tz. 185

3) Vgl. Topham & Ivamy's a.a.O., S. 263 ff.; Spicer & Pegler's Book-keeping and Accounts, a.a.O., S. 238

4) Vgl. TerMeulen, E., Die Floating Charge, ein Sicherungsrecht am Vermögen der englischen Company, Frankfurt/M., Berlin 1969

5) Vgl. ICAEW, Presentation of balance sheet and profit and loss account, a.a.O., S. 4, Tz. 23

M.E. kann mit der erweiterten Erläuterungspflicht besonderer aus der Bilanz nicht ersichtlicher Haftungsverhältnisse im Geschäftsbericht¹⁾ nicht die Unzulänglichkeit der Bilanzangaben nach dem AktG kompensiert werden.

e) Wertansätze der Passiva

Ein eigenes Bewertungsproblem ergibt sich auf der Passivseite nur bei Fremdkapital.

Nach § 156 Abs. 2 AktG sind Verbindlichkeiten zu ihrem Rückzahlungsbetrag und Rentenverpflichtungen zu ihrem Barwert anzusetzen. Eine Abzinsung unverzinslicher oder niedrig verzinslicher Verbindlichkeiten, ist unbeschadet einer gewissen betriebswirtschaftlichen Berechtigung unzulässig. Der englischen Bilanzierungspraxis sind solche Überlegungen fremd²⁾.

Dies gilt grundsätzlich auch für Rückstellungen, wobei aber wegen des Unsicherheitsmoments eine Schätzung vorzunehmen ist³⁾. Diese ist durch § 156 Abs. 4 AktG nach oben begrenzt. Danach sind Rückstellungen nur in der Höhe anzusetzen, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Fast gleichlautend setzt SCH. 2, 27.- (2) fest, dass als Rückstellungen nur Beträge gelten, "die nach Ansicht der Direktoren vernünftigerweise für den Zweck notwendig sind".

Eine unterschiedliche Auffassung in England ergibt sich in zweierlei Hinsicht. Nach Spicer & Pegler's⁴⁾ ist bei Obligationen, die über pari zurückzuzahlen sind, der Nenn-

1) Vgl. S.269 ff. der vorliegenden Arbeit

2) Vgl. Greener, M., a.a.O., S. 348

3) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 156, Tz. 9

4) Vgl. Spicer & Pegler's Book-keeping and Accounts, a.a.O., S. 241

wert der Verbindlichkeit anzusetzen. Für die Differenz zwischen Nennbetrag und höherem Rückzahlungsbetrag ist über die Laufzeit eine jährliche Rückstellung zu bilden. Gleichzeitig wird der Vermerk des Rückzahlungsbetrages für erforderlich gehalten¹⁾.

In der materiellen Auswirkung gleich, jedoch formell verschieden ist die aktienrechtliche Forderung der Bilanzierung zum Rückzahlungsbetrag und aktivischen Abgrenzung des Rückzahlungsausgleichs.

Zu effektiven Unterschieden führt die Behandlung von Valutaverbindlichkeiten. Mangels einer aktienrechtlichen Regelung sind Währungsverbindlichkeiten den Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung nach zum Briefkurs am Bilanzstichtag anzusetzen²⁾. Dies gilt auch bei langfristigen Verbindlichkeiten bei niedrigerem, nach herrschender Meinung aber nicht bei höherem Einstandskurs³⁾. Dagegen spricht das ICAEW⁴⁾ eindeutig von der Möglichkeit der Vereinnahmung derartiger Währungsgewinne aus üblichen Geschäften in der Gewinn- und Verlustrechnung oder der Verbuchung auf ein entsprechendes Rücklagenkonto bei Fällen, die ausserhalb des normalen Geschäftsbetriebs fallen, wie bei langfristigen Verbindlichkeiten.

1) Vgl. Spicer & Pegler's Book-keeping and Accounts, a.a.O., S. 241

2) Vgl. WP-Handbuch, a.a.O., S. 596

3) Dies ergibt sich aus dem Imparitätsprinzip (vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 156, Tz. 16) A. A. sind Godin-Wilhelmi, die unter der Voraussetzung der bleibenden Stabilisierung auf dem gesunkenen Kursniveau eine Gewinnrealisierung für zulässig halten (vgl. Godin-Wilhelmi, a.a.O., § 156, Tz. 3)

4) Vgl. ICAEW, The accounting treatment of major changes in the sterling parity of overseas currencies (1968), in: Recommendations on Accounting Principles, a.a.O., (N 25), S. 21, Tz. 7 und 11

Bei gestiegenem Kurs am Bilanzstichtag fordern die EStR ebenfalls den Ansatz des höheren Teilwertes der Schuld (Abschn. 37 Abs. 2 Satz 3 EStR 1967).

Eine solche Festlegung widerspricht englischen Gepflogenheiten, wonach langfristige Valutaverbindlichkeiten häufig zum Verfügungsbetrag angesetzt werden und eine Berücksichtigung eines gestiegenen Kurses nur dann erfolgt, wenn der Anstieg offensichtlich dauerhafter Natur ist¹⁾. Zufällige Schwankungen des Kursniveaus sollen das Jahresergebnis nicht verzerren. Der Grundsatz der Bewertungstätigkeit steht hier m.E. zu Recht eindeutig über dem nur aus dem Vorsichtsprinzip zu erklärenden Ansatz des höheren Briefkurses am Bilanzstichtag.

In jedem Fall verlangt SCH. 2, 11.-(9) die Angabe der Grundlage auf der Fremdwährungsbeträge bilanziert wurden.

Die Forderungen nach einer Berücksichtigung von Tageswerten bei der Bilanzierung befassen sich gewöhnlich nicht mit der Frage der Auswirkungen von Kaufkraftänderungen auf Verbindlichkeiten. Gerade wegen der weitreichenden volkswirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen möglicherweise im Sinne einer akzelerierenden Wirkung lehnt das Englische Institut die Berücksichtigung von kaufkraftänderungen generell ab, solange diesbezüglich, insbesondere zum Schutze der Gläubiger²⁾, keine befriedigende Lösung gefunden ist³⁾. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist bei einer Bilanzierung zu Tageswerten die Berücksichtigung von Kaufkraftge-

1) Vgl. ICAEW, The accounting treatment of major changes in the sterling parity, a.a.O., S. 21, Tz. 7 und 11; falls wesentlich, ist ein solcher Verlust nicht zu Lasten des laufenden Ergebnisses sondern gegen Rücklagen zu buchen (vgl. ebd., S. 3, Tz. 11)

2) Auf die Gefährdung der Gläubiger weist der Vertreter des ICAEW Robson, Th.B., in Minutes of Evidence, a.a.O., S. 1354 hin.

3) Vgl. ICAEW, Accounting in relation the changes in the purchasing power of money, a.a.O., S. 7 f., Tz. 26

winnen aus Verbindlichkeiten als Verstoß gegen das Realisationsprinzip nicht zulässig¹⁾.

f) Besondere Bilanzvermerke

Eingangs wurde auf die durch die Companies Acts sanktionierte Praxis englischer Abschlüsse hingewiesen, Teile der für den Abschluss vorgeschriebener Angaben in Anmerkungen (Notes) darzustellen²⁾. Daneben gibt es spezifische Bilanzvermerke für Informationen, die nach herrschender Ansicht nicht bilanzierungsfähig sind. Dazu gehören Eventualverbindlichkeiten und bestimmte Verpflichtungen aus schwebenden Geschäften oder geplante Massnahmen der Geschäftsführung³⁾.

11) Eventualverbindlichkeiten

Der Companies Act verlangt in SCH. 2, 11.-(5) den Vermerk jeglicher Eventualverbindlichkeiten unter allgemeiner Angabe ihrer Art, soweit sie nicht anderweitig im Abschluss berücksichtigt sind. Falls praktikabel, ist der Gesamtbetrag oder geschätzte Gesamtbetrag anzugeben.

Das AktG stellt dagegen in § 151 Abs. 5 Satz 1 einen Katalog von vermerkpflichtigen Eventualverbindlichkeiten auf, die einzeln aufzuführen sind und bei denen der gegenüber verbundenen Unternehmen bestehende Teil gesondert anzugeben ist.

1) Vgl. Greener, M., a.a.O., S. 348, der auf die darin liegende Inkonsequenz verweist

2) Vgl. S. 61 der vorliegenden Arbeit

3) Bodarwé, E. (Erfüllen die Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung und Bilanzierung noch ihre Aufgaben? in: WPg 1966, S. 668) wendet sich gegen den Ausschluss schwebender Geschäfte von der Bilanzierung. Nach seiner Ansicht ist "eine feste Zahlungsverpflichtung (Kriterium für Bilanzierungspflicht - Ann. d. Verf.) schon dann anzunehmen, wenn zwar andere Vertragspartner ihre Leistungsverpflichtung noch nicht erfüllt haben, die Erfüllung aber unter normalen Umständen erwartet werden kann".

Der geläufigste Fall von Eventualverbindlichkeiten sind diskontierte Besitzwechsel, die zum Bilanzstichtag noch nicht fällig geworden sind (Wechselobligo). Wenn es offenkundig geworden ist, dass ein Wechsel nicht eingelöst werden wird, ist eine Rückstellung für den zu erwartenden Verlust zu bilden; insofern ist kein Vermerk unter Eventualverbindlichkeiten erforderlich¹⁾.

Andere Fälle von Eventualverbindlichkeiten umfassen nach englischer Auffassung nicht eingeforderte Beträge aus nicht voll eingezahlten Anteilen an anderen Gesellschaften, Garantieverpflichtungen (Bürgschaften), mögliche Prozessverbindlichkeiten sowie teilweise erfüllte Verträge, sofern daraus ein Verlust entstehen könnte. Falls ein Vermögensgegenstand in entsprechender Höhe zur Rückdeckung zur Verfügung steht, wird ein Vermerk manchmal unterlassen; er sollte jedoch erfolgen, wenn der damit zusammenhängende Betrag von Bedeutung ist²⁾.

Die Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten ist nach § 151 Abs. 5 Satz 1 Ziff. 4 AktG und nach SCH. 2, 11.-(4) gesondert vermerkpflichtig.

Bei unterschiedlicher Formulierung der Vermerkpflicht im Gesetz wird der Begriff der Eventualverbindlichkeiten in Deutschland und England übereinstimmend ausgelegt. Eine andere Beurteilung der Rechnungslegungsvorschriften in beiden Ländern resultiert daraus nicht.

22) Vertragliche Verpflichtungen aus Anlagenkäufen und geplante Investitionen

Von grösster Bedeutung für die Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Liquiditätslage des

-
- 1) Dies entspricht deutscher und englischer Auffassung (vgl. Spicer & Pegler's Book-keeping and Accounts, a.a.O., S. 304 sowie Scherpf, P., a.a.O., Tz. 191)
 - 2) Vgl. Spicer & Pegler's Book-keeping and Accounts, a.a.O., S. 304; nach § 151 Abs. 5 Satz 2 AktG ist eine Saldierung nicht zulässig

Unternehmens ist ein Hinweis auf die geplante Investitionstätigkeit. Schon der Companies Act 1948 verlangte die Angabe aller Verpflichtungen aus Anlagenbeschaffungen bei beiderseits noch nicht erfüllten Verträgen (Capital Commitments¹⁾). Der Companies Act 1967 ging noch einen Schritt weiter, indem er den Vermerk des Gesamtbetrags zum Abschlusstichtag von den Direktoren genehmigter wesentlicher Investitionen vorschreibt (SCH. 2, 11.-(6)).

Das AktG kennt keine derartigen Bilanzvermerke. Bei anlagenintensiven Unternehmen stellt dies nach Ansicht des Verfassers²⁾ eine der wichtigsten Vorschriften des Companies Act dar, die über die Darstellung vergangener Ereignisse hinaus einen Zukunftsbezug schafft. Da auch die deutsche Praxis solche Angaben nicht kennt, werden den Rechenschaftsempfängern wesentliche Informationen vorenthalten.

1) Vgl. SCH. 8, 11.-(8) C.A. 1948

2) Vgl. auch Niehus, J., a.a.O., S. 2

III) Die Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gewinn- und Verlustrechnung hat unter Verlagerung der materiellen Bilanzierungs-, d.h. Bewertungs- und Abgrenzungsprobleme in die Bilanz die Aufgabe, das Zustandekommen des Erfolgs nach Art, Höhe und Quelle zu klären¹⁾.

Ihre Stellung im Abschluss, die in Deutschland besonders von der durch Schmalenbach begründeten Bilanzlehre betont wurde²⁾, wurde vom Cohen Report wie folgt gewürdigt³⁾:

"Da die Entwicklung der Gewinne die besten Hinweise für die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft gibt und der Wert des Vermögens weitgehend von der Fortführung der Gesellschaft als verbundenes Unternehmen abhängt, erachten wir die Gewinn- und Verlustrechnung als ebenso wichtig, wenn nicht wichtiger als die Bilanz".

In England wird die Gewinn- und Verlustrechnung buchtechnisch gewöhnlich in drei Abschnitte unterteilt, und zwar ein Trading oder Manufacturing Account, ein General Profit and Loss Account sowie ein Appropriation Account⁴⁾. Dabei entspricht das Trading oder Manufacturing Account im wesentlichen einer Betriebserfolgsrechnung, das General Profit and Loss Account, das vielfach schlechthin als Gewinn- und Verlustrechnung für Zwecke der öffentlichen Rechnungslegung angesehen wird⁵⁾, stellt das Periodenergebnis auf verschiedenen Stufen dar, während das Appropriation Account eine Gewinnverwendungsrechnung verkörpert⁶⁾.

1) Vgl. Heinen, E., Handelsbilanzen, a.a.O., S. 247

2) Vgl. Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 12. Aufl., Köln und Opladen 1956

3) Cohen Report, a.a.O., S. 54, Tz. 96

4) Vgl. Jones, F.H., Guide, a.a.O., S. 289

5) Vgl. ebd., S. 309; Spicer & Pegler's Book-keeping and Accounts, a.a.O., S. 69

6) Vgl. Mayer, L., Mayer, L., a.a.O., S. 155

1) Allgemeine Gesichtspunkte für die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung

a) Gliederung nach Arten und Bereichen

Aus der Aufgabe der Gewinn- und Verlustrechnung, die Erfolgsströme während des Jahres und damit die Ertrags- und Aufwandsquellen und -struktur aufzuzeigen, bietet sich als naheliegendes Kriterium zunächst die erfassungsbedingte Gliederung nach Arten und darüberhinaus nach Bereichen an. Dabei richtet sich die Gliederung der Erträge nach der Eigenart der Leistungserstellung und den Gegebenheiten der Absatzorganisation¹⁾. Bei der Erfassung der Aufwendungen sind hauptsächlich Material- und Lohnkosten, Fertigungsgemeinkosten, Verwaltungs- und Vertriebsgemeinkosten sowie allgemeine Kosten wie Abschreibungen, Steuern und Zinsen zu unterscheiden. Grundanliegen der Gliederung nach Arten und Bereichen ist das Bestreben, den Erfolg an der Quelle, dem einzelnen Bereich zu erfassen, was sich innerbetrieblich als Möglichkeit zur Kontrolle der Verantwortungsbereiche anbietet.

b) Gliederung nach Betriebs- und Unternehmungserfolg

Betriebswirtschaftslehre und insbesondere Bilanzanalyse stellen die Unterscheidung zwischen Erfolgskomponenten, die ausschliesslich oder zum überwiegenden Teil betrieblich-technologisch bedingt sind, und anderen, mehr der Unternehmenssphäre angehörigen Komponenten heraus²⁾. Der Betriebserfolg kann dabei in einen Innenerfolg, der ausschliesslich auf betriebliche Massnahmen zurückzuführen ist, und einen Aussenerfolg, der von der Markt- und Konjunktursituation abhängig ist, unterteilt werden³⁾. Der Betriebserfolg kann weiterhin in einen der Haupt- und Nebentätigkeit des Betriebs

1) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 157, Tz. 5

2) Vgl. Heinen, E., Handelsbilanzen, a.a.O., S. 252; Mayer, L., Mayer, L., a.a.O., S. 152 ff.

3) Vgl. Heinen, E. Handelsbilanzen, a.a.O., S. 252

aufgespalten werden. Gerade für die Beurteilung der Zukunftsaussichten ist der Betriebserfolg von wesentlicher Bedeutung, da den anderen Komponenten des Gesamterfolgs oft Zufälligkeit oder unregelmässiger, unsicherer Anfall anhaftet.

c) Ausgliederung aussergewöhnlicher und periodenfremder Einflüsse

Da die Gliederung der Rechnungsabschnitte in Jahreszeiträume willkürlich ist und in der Regel ein viel zu kurzer Zeitraum um Geschäfte, die sich oft über mehrere Jahre erstrecken, genau abzugrenzen, kommt es vor, dass Erträge und Aufwendungen in bestimmten Perioden endgültig anfallen, obwohl sie wirtschaftlich nicht durch diese Periode begründet sind und eine nachträgliche Berücksichtigung in früheren Perioden für die Zwecke einer öffentlichen Rechnungslegung nicht brauchbar ist¹⁾.

Neben zeitraumfremden Erfolgskomponenten entstehen aussergewöhnliche und ausserordentliche sachfremde Aufwendungen und Erträge, die das Gesamtergebnis der Periode verzerren.

Die Kriterien überschneiden sich vielfach und können überdies der betrieblichen oder der Unternehmenssphäre angehören.

Dieses Dilemma lässt sich besonders im Hinblick auf die verschiedenartigen Informationsbedürfnisse nicht vollständig lösen.

2) Rechnungstechnischer Aufbau der Gewinn- und Verlustrechnung

a) Brutto- oder Nettoprinzip

Beim für veröffentlichte Gewinn- und Verlustrech-

1) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 157, Tz. 8

nungen in früheren Stadien der Geschichte der Rechnungslegung häufig verwendeten Nettoprinzip werden Aufwendungen und Erträge teilweise miteinander verrechnet. Dabei beginnt die Rechnung oft mit einer bestimmten Erfolgsgrösse, wovon zur Ermittlung eines, meist der Beschlussfassung durch die Gesellschafterversammlung unterliegenden ausschüttungsfähigen Betrages noch einzelne Posten abgezogen werden. Ein weitgehender Einblick in die Erfolgsquellen kann in der Regel nur bei Befolgung des Bruttoprinzip bei den wichtigsten Aufwands- und Ertragsposten erreicht werden.

b) Konto- oder Staffelform

Die Staffelform zeichnet sich durch die mögliche Bildung von Zwischensummen aus, die Ergebnisse auf verschiedenen Stufen der Leistungserstellung zeigen¹⁾. Damit ist die Reihenfolge der Anordnung der einzelnen Posten von entscheidender Bedeutung. Wird eine bestimmte Reihenfolge vorgeschrieben, so ist damit auch die Bildung bestimmter Erfolgskennziffern präjudiziert, was eine gewisse Unbeweglichkeit mit sich bringt.

c) Umsatz- oder Leistungsrechnung

Bei der Umsatzrechnung werden Umsatzerlöse und Umsatzaufwendungen (cost of sales, cost of goods sold) gegenübergestellt²⁾. Der Ausweis der im Zeitraum abgesetzten Betriebsleistung und der darauf entfallenen Aufwendungen entspricht der Konzeption der Gewinnrealisierung mit dem Umsatzakt. Die sich aus der Umsatzrechnung ergebende Bruttogewinnspanne ist eine der wichtigsten Kennziffern für die Beurteilung der Ertragssituation besonders im Betriebsvergleich.

1) Vgl. Jones, F.H., Guide, a.a.O., S. 403

2) Dies ist die in den USA für Veröffentlichungen und in England für interne Zwecke fast ausschliesslich angewandte Form der Gewinn- und Verlustrechnung und entspringt aus dem Prinzip des "matching of cost and revenue"

Bei der Umsatzrechnung ist es nicht möglich, die in der Periode tatsächlich erbrachte Leistung zu ermitteln, sofern diese nicht bereits in der selben Periode abgesetzt wurde; dies kann bei langfristiger Fertigung und fehlenden Zwischenabrechnungen zu Schwankungen des ausgewiesenen Leistungsergebnisses führen¹⁾. Infolge der Eliminierung der in den Beständen steckenden Aufwendungen lassen sich die in der Periode entstandenen Aufwendungen nicht entnehmen.

Demgegenüber werden bei der Leistungsrechnung vom Umsatz die Aufwendungen für in der Vorperiode erbrachte Leistungen abgezogen und dieser wird um die in den Beständen steckenden Leistungen für die nachfolgende Periode vermehrt, so dass der Umsatz nur als Teilgrösse der Produktionsleistung des Jahres erscheint. Bei der Leistungsrechnung ist zu berücksichtigen, dass auf der Ertragsseite heterogene Grössen verrechnet werden: die Umsatzerlöse enthalten auch den Gewinn, während die Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen zu Herstellungskosten unter Berücksichtigung des Niederstwertprinzips auszuweisen sind. Es besteht somit die Möglichkeit, dass bei Bestandsveränderungen bei noch nicht realisierten Leistungen scheinbare Schwankungen der Wirtschaftlichkeit gezeigt werden.²⁾.

1) Vgl. Verlagsbuchhandlung des Instituts der Wirtschaftsprüfer e.V. (Hrsg.), Vorentwurf einer Richtlinie zur Koordinierung der Schutzbestimmungen, die in den Mitgliedsstaaten den Gesellschaften im Sinne des Artikels 58 Abs. 2 des Rom-Vertrags im Interesse der Gesellschaft sowie Dritter vorgeschrieben sind, um diese Bestimmungen gleichwertig zu gestalten- Gliederung des Jahresabschlusses und Bewertung, Inhalt des Anhangs und des Lageberichts, Prüfung des Jahresabschlusses durch den Abschlussprüfer sowie Veröffentlichung des Jahresabschlusses, Düsseldorf 1969, S. 46 f.

2) Vgl. Verlagsbuchhandlung des Instituts der Wirtschaftsprüfer e.V. (Hrsg.), Vorentwurf einer Richtlinie, a.a.O., S. 47

3) Die Vorschriften des Companies Act 1967 hinsichtlich der Gewinn- und Verlustrechnung

a) Allgemeine Bestimmungen

Entsprechend der Generalklausel gemäss Sect. 149.- (1) 2. Halbsatz C.A. 1948 hat die Gewinn- und Verlustrechnung ein wahres und getreues Bild vom Gewinn oder Verlust der Gesellschaft im Geschäftsjahr zu bieten.

Dies beinhaltet die allgemeinen Grundsätze der Klarheit und Übersichtlichkeit sowie der Kontinuität der Darstellung im Hinblick auf das Hauptziel des Ausweises vergleichbarer Periodengewinne¹⁾.

Da eine wichtige Aufgabe der Gewinn- und Verlustrechnung auch die Aufzeigung des zeitlichen Entwicklungstrends der Erfolgskomponenten ist, gehört der Ausweis vergleichbarer Vorjahrszahlen und die kontinuierliche Anwendung von Gliederungsprinzipien zu den grundlegenden Voraussetzungen für eine ordnungsmässige Gewinn- und Verlustrechnung²⁾. In diesem Sinne verlangt das Gesetz in SCH. 2, 14.-(5) die Angabe der Vorjahrszahlen für alle Posten der Gewinn- und Verlustrechnung. Wohl unter dem Eindruck der Börsenbestimmung über den Ausweis der wichtigsten Abschlussgrössen für die fünf zurückliegenden Jahre ist eine Fünf-Jahresübersicht allgemein anerkannte Übung geworden; nach den Grundsätzen bester Praxis werden die Vergleichszahlen für 10 Jahre gegeben.

Gesetz und Bilanzierungsgrundsätze in England setzen nicht die konsequente Befolgung des Bruttoprinzips (d.h. des Verbots der Saldierung von Aufwendungen und Erträgen und der Zusammenfassung heterogener Aufwandsposten) voraus.

1) Vgl. ICAEW, Presentation of balance sheet and profit and loss account, a.a.O., S. 7, Tz. 38

2) Vgl. ebd. S. 9, Tz. 54

3) Vgl. Russel, J.D., The Presentation of Accounts, a.a.O., S. 70

Da die Auffassung verbreitet ist, dass ein Ausweis der wichtigsten Erfolgsquellen unzweckmässig, da der Wettbewerbslage einzelner Gesellschaften abträglich, sei¹⁾ und sich diese Auffassung bei der Neukonzipierung des Gesetzes de facto durchgesetzt hat, ergibt sich, dass Gewinn- und Verlustrechnungen nach wie vor in verkürzter Form aufgebaut werden und in den meisten Fällen keine geschlossene, wenn auch zusammengefasste Darstellung der Aufwendungen und Erträge der Gesellschaft verkörpern, sondern eine mit einer Gewinnziffer beginnende Aufstellung von gesetzlich vorgeschriebenen Angaben über einzelne Aufwands- und Ertragsposten, der entsprechend den Vorschriften des Companies Act 1967 oft als Anmerkung der Umsatz vorangestellt wird. Damit erfüllt die englische Gewinn- und Verlustrechnung die wichtige Funktion einer systematischen Darstellung der Erfolgsquellen nicht. Die mangelnde Kenntnis der betrieblichen Aufwandsstruktur erschwert nicht nur die Beurteilung des Ergebnisses durch den Aktionär, sondern enthält auch anderen Interessenten an der Rechnungslegung, wie z.B. ungesicherten Gläubigern, wichtige Erkenntnisse über die Sicherheit seiner Forderungen, die sich aus der Höhe der Bruttogewinnspanne bei Anwendung der Umsatzrechnung ergeben, vor²⁾.

Nun ist aber die englische Gewinn- und Verlustrechnung keineswegs funktionslos. Nach der Empfehlung des ICAEW³⁾ soll sie das Jahresergebnis als solches unter verschiedenen Gesichtspunkten darstellen. Dabei ist die erste wesentliche Kennziffer das Betriebsergebnis (trading profit/loss). Im Anschluss daran sind sonstige Erträge, z.B. aus Finanzanlagen, und betriebsfremde Aufwendungen aufzuführen. Die sich ergebende Zwischensumme wird als Ergebnis vor Steuern (profit before taxation) bezeichnet; ihr soll die Steuerbelastung gegenübergestellt werden. Im Anschluss an das Ergebnis nach Steuern werden ausserordentliche Posten aus-

1) Vgl. Jenkins Report, a.a.O., S. 152, Tz. 393

2) Vgl. Jones, F.H., Guide, a.a.O., S. 387. Im Jenkins Committee wurde von vielen Seiten heftige Kritik gegen die mangelnde Aussagefähigkeit der Gewinn- und Verlustrechnung geübt (vgl. z.B. Trades Union Congress, in: Minutes of Evidence, a.a.o., S. 991)

3) Vgl. ICAEW, Presentation of balance sheet and profit and

gewiesen. Die sich nunmehr ergebende Zahl bildet den Ausgangspunkt für die Gewinnverwendungsrechnung.

Die vorgeschlagene Form ist nicht zwingend, jedoch muss ein abweichender Aufbau ebenbürtig sein¹⁾. Damit vermittelt die Gewinn- und Verlustrechnung ein Bild von der Zusammensetzung des Jahresergebnisses unter Aussonderung neutraler und ausserordentlicher Faktoren, die sich nach dem AktG, wenn überhaupt, so zumindest nicht unmittelbar entnehmen lassen.

b) Vorschriften über den Ausweis von Komponenten des Betriebsergebnisses

Die allgemeinen Bilanzierungsgrundsätze in Verbindung mit Teilaspekten betreffenden Vorschriften des Companies Act 1967 verlangen, Erträge, die im Rahmen des laufenden Geschäftsbetriebs erzielt wurden, von anderen Erträgen zu unterscheiden²⁾. Dies stellt einen Ansatz für eine vertikale Erfolgsspaltung dar³⁾.

Das AktG fordert eine Trennung von Umsatzerlösen und sonstigen Erträgen und vermittelt dadurch nach der Ertragsseite hin ebenfalls einen Einblick in die Betriebsleistung.

Der Companies Act enthält keinerlei Ausweisvorschriften über Posten, die die Aufwandsseite des Betriebserfolgs unmittelbar betreffen. Bestimmt Vorschriften, wie z.B. die des Ausweises der Abschreibungen oder von Mietzahlungen betreffen zwar teilweise den Betriebs- bzw. Herstellungsbe-
reich, sind aber als tendenziell fixe Kosten eher dem allgemeinen Unternehmensbereich zuzurechnen.

1) Vgl. ICAEW, Presentation of balance sheet and profit and loss account, a.a.O., S. 7, Tz. 39 f.

2) Vgl. ebd., a.a.O., S. 7, Tz. 41 f

3) Die im Geschäftsbericht unter bestimmten Voraussetzungen vorzunehmende horizontale Umsatzanalyse (vgl. S. 263 der vorliegenden Arbeit) gewährleistet einen weitergehenden Einblick in die Erfolgsquellen der Gesellschaft

Auch das AktG ermöglicht eine klare Trennung von Betriebs- und Unternehmensaufwand nicht. Bei der Ermittlung der Position Nr. 6 des Gliederungsschemas des § 157 AktG "Rohertrag/Aufwand" fehlen verschiedene betriebsbedingte Aufwandsfaktoren, wie z.B. Löhne und Gehälter.

11) Umsatzerlöse

Der Umsatz stellt eine der wichtigsten Bezugsgrößen der Betriebsanalyse dar¹⁾. Dabei darf man nicht verkennen, dass der Umsatzbegriff unterschiedlich weit gefasst sein kann und einer vereinheitlichenden Definition schwer zugänglich ist²⁾.

aa) Abgrenzung der Umsatzerlöse

In einer engeren Auslegung als z.B. im deutschen Umsatzsteuerrecht, das unter Umsatz alle Lieferungen und sonstige Leistungen versteht, die gegen Entgelt im Rahmen eines Unternehmens ausgeführt werden (§ 1 Abs. 1 Ziff. 1 UStG), wird der Umsatz nach dem AktG nur auf die eigentliche Betriebsleistung des Unternehmens bezogen³⁾.

Das AktG hat sich in seiner Definition in § 158 Abs. 1 für die wichtigsten Geschäftszweige (Produktions- und Handelsunternehmen) für die betriebswirtschaftliche Interpretation des Umsatzbegriffes ausgesprochen. Aus der Tatsache, dass sich der Umsatzbegriff am jeweiligen Geschäftszweig orientiert, folgt, dass es eine allgemein gültige, für alle Geschäftszweige in gleicher Weise geltende Klassifizierung nicht geben kann⁴⁾.

1) Vgl. Mayer L., Mayer L., a.a.O. S. 188

2) Vgl. Jones, F.H., Guide, a.a.O., S. 317 ff.

3) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 158, Tz. 2

4) Vgl. ebd., a.a.O., § 158, Tz. 4

Während der Companies Act 1967 keine Legaldefinition des Umsatzbegriffes enthält, vertritt der Jenkins Report die Auffassung, Umsatz stelle den Gesamtbetrag der gegenüber den Abnehmern entstehenden Forderungen im Rahmen des gewöhnlichen Geschäftsbetriebs für den Absatz der Hauptleistung des Unternehmens einschliesslich zusätzlicher Nebenleistungen dar¹⁾. Diese Definition lässt jedoch eine Reihe von Fragen offen, z.B. die Entscheidung ob Innenumsätze eines Konzerns in dem in der konsolidierten Gewinn- und Verlustrechnung auszuweisenden Umsatz einzuschliessen, ob Zölle und Umsatzsteuer (Purchase tax) zuzurechnen und wie Skonti, Retouren und Preisnachlässe zu behandeln sind.

Der Jenkins Report vertrat die Meinung, "der neue Companies Act sollte nicht versuchen eine genaue Definition des Umsatzbegriffs unter Berücksichtigung der oben angeführten und ohne Zweifel noch zahlreicher anderer Einzelfragen zu geben²⁾". Jede Gesellschaft sollte den Umsatzbegriff wählen, der nach der Ansicht der Direktoren ein wahres und getreues Bild vom Umsatz gibt und verpflichtet sein, im ersten Jahresabschluss nach Inkrafttreten der neuen Bestimmungen die Berechnungsmethode offenzulegen und in späteren Abschlüssen nur Änderungen der angewandten Methode zu erläutern³⁾. Das Gesetz von 1967 ist über diese Vorschläge hinausgegangen und verlangt die Angabe der Berechnungsgrundlagen in jedem Jahresabschluss⁴⁾.

Trotz der grundsätzlichen Bestimmung des Umsatzbegriffs in § 158 AktG ist damit keine automatische Klärung aller Einzelfragen erfolgt. So räumen Adler-Düring-Schmaltz ein, dass die Abgrenzung des Postens Umsatzerlöse von den sonstigen Erträgen schwierig sein kann⁵⁾. Auch gehen in der

1) Vgl. Jenkins Report, a.a.O., S. 152, Tz. 393

2) Vgl. ebd., a.a.O., S. 152, Tz. 393

3) Vgl. ebd., S. 152 f., Tz. 394

4) SCH. 2, 13 A.-(2)

5) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 158, Tz. 7

deutschen Literatur die Meinungen in Einzelfragen, wie z.B. der Zuordnung von Nebenleistungen bei Produktions- oder Fertigungsbetrieben (z.B. Einnahmen aus der Durchführung von Lochkartenarbeiten in einer nicht voll ausgelasteten Datenverarbeitungsabteilung), auseinander¹⁾.

Die Lösung des Companies Act 1967 leistet angesichts dieser Unsicherheit einen grösseren Beitrag zur Klarheit des Jahresabschlusses, indem sie die Angabe der Berechnungsmethode verlangt.

bb) Einschränkungen der Publizität des Umsatzausweises

Die Kleine Aktienrechtsreform von 1959 hatte zunächst nur die Absicht, dem Umsatzausweis für solche Gesellschaften vorzuschreiben, deren Aktien über die Börse einem breiten Publikum zugänglich gemacht werden oder die wegen ihrer Grösse von erheblicher volkswirtschaftlicher Bedeutung sind²⁾. Die Rechtfertigung dieser Ausnahmeregelung stützt sich auf das bekannte Argument, dass gerade bei kleineren Aktiengesellschaften die Offenlegung der Umsätze ihre Wettbewerbsfähigkeit behindern könnte.

Das AktG hat in § 157 Abs. 4 eine Ausnahmeregelung für dort definierte kleinere Gesellschaften und Familiengesellschaften getroffen. Bei Familiengesellschaften, die unter die genannten Voraussetzungen fallen, kann jedoch jeder Aktionär in der Hauptversammlung die Vorlage einer ungekürzten Gewinn- und Verlustrechnung verlangen.

Die Einschränkung der Publizität wirkt sich dahingehend aus, dass die Positionen (1) bis (5) des aktienrechtlichen Gliederungsschemas zusammengefasst werden können und die Gewinn- und Verlustrechnung somit erst mit dem Rohertrag/Rohaufwand beginnt.

1) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 158, Tz. 15

2) Vg. ebd., § 157, Tz. 227

Der Jenkins Report hatte zwei wesentliche Ausnahmen von der Pflicht zur Offenlegung des Umsatzes vorgeschlagen, nämlich für Kreditinstitute (oder für andere Wirtschaftszweige nach Massgabe einer von der Regierung zu erlassenden Verordnung) und in Fällen, in denen eine Offenlegung nach Ansicht der Direktoren von Schaden für die Gesellschaft sei¹⁾. Bei Übernahme des ersten Vorschlags lässt das Gesetz die Anwendung der Schutzklausel nicht zu.

Aufgrund heftiger Kritik anlässlich der Parlamentsberatungen über die Gesetzesvorlage entschied sich das Gesetz für eine Befreiung von Gesellschaften mit einem Umsatz von bis zu £ 50.000 (SCH. 2, 13A.- (5)).

Der Umsatz als Kriterium für die Einschränkung der Publizität bei bestimmten Unternehmen erscheint zweckmässiger als die im AktG mit vorgesehene Bilanzsumme, die je nach der Absatzintensität eines Unternehmens ein sehr problematischer und unterschiedlich wirkender Masstab für die Grösse eines Unternehmens ist. Zudem unterliegt die Bilanzsumme aufgrund von Bilanzierungswahlrechten und in der Bilanz vorzunehmender Bewertungen weitaus stärkeren Einflüssen des Bilanzierenden als die Grösse Umsatz.

Die Grenzen für die Einschränkung der Umsatzpublizität liegen in England ungleich niedriger als in Deutschland, wo es nur in Ausnahmefällen Aktiengesellschaften mit einem geringeren als £ 50.000 entsprechendem Umsatz (also etwa DM 440.000²⁾) geben dürfte.

22) Aufwandskomponenten

Der Companies Act verlangt nur die Darstellung von zwei Aufwandskomponenten, die allerdings von besonderer Bedeutung für die Beurteilung der Lage der Gesellschaft,

1) Vgl. Jenkins Report, a.a.O., S. 154, Tz. 397

1) Umrechnung entsprechend der zum 27. Oktober 1969 festgesetzten Parität

insbesondere im Hinblick auf die Beurteilung der Liquidität sind, nämlich Abschreibungen und Aufwendungen für Mieten oder Pachten von Anlagevermögen. Jedoch ergibt sich aus der Gewinn- und Verlustrechnung keine Trennung der Abschreibungen und Miet- oder Pachtzinsen nach Betriebs- und Unternehmensbereich. Hinweise können sich aus einer entsprechenden Gliederung der Bilanz ergeben.

aa) Abschreibungen

Da in der Bilanz der Ausweis der Jahresabschreibung nicht zwingend vorgeschrieben ist und auch in der Praxis gemeinhin nicht vorgenommen wird¹⁾, verlangt der Companies Act in der Gewinn- und Verlustrechnung den Ausweis des Betrags der Jahresabschreibung (SCH. 2, 12.-(1)(a)). Falls z.B. eine Verteilung des Gesamtaufwands für Anlagegegenstände über eine Rücklage für Erneuerungen und Reparaturen erfolgt, oder anstelle von Abschreibungen Neuanschaffungen unter Ansatz eines Festwerts als Aufwand verbucht, so ist dies in der Bilanz (SCH. 2, 5.-(4) in Verbindung mit SCH. 2, 5.-(2)(b)) und in der Gewinn- und Verlustrechnung anzugeben (SCH. 2, 14.-(2)). Gesondert zu vermerken ist ferner ein Abweichen vom Anschaffungswertprinzip, wobei der über die der Verteilung der Anschaffungskosten hinausgehende Betrag zum Zweck der Substanzerhaltung gesondert zu zeigen ist (SCH. 2, 12.-(3)). Für den Fall, dass Abschreibungen unterlassen wurden, ist diese Tatsache offenzulegen (SCH. 2, 14.-(2)); das gleiche gilt, wenn die Abschreibungen auf einem anderen Wert basieren als dem, zu dem das Vermögen bilanziert wird (SCH. 2, 12.-(4)). Gehen Abschreibungen nach Ansicht der Direktoren über das erforderliche Mass hinaus, so sind die entsprechenden Beträge gesondert offenzulegen und als Zuführung zu Rücklagen zu bezeichnen (SCH. 2, 27.-(2)(a)).

1) Vgl. S. 87 der vorliegenden Arbeit

Angesichts der Vielzahl zulässiger Gestaltungsmöglichkeiten stellen die angeführten Vorschriften das Mindestmass dessen dar, was zu einer Beurteilung der Abschreibungsgrundsätze erforderlich ist¹⁾.

bb) Aufwendungen für Mieten oder Pachten von Anlagevermögen

SCH. 2, 12.-(1)(gb) verlangt die Angabe wesentlicher Miet- oder Pacht aufwendungen für Fabrikanlagen und Maschinen (plant and machinery). Die Laufzeit des zugrundeliegenden Vertragsverhältnisses ist dabei unerheblich. Die Bezeichnung "plant and machinery" sollte weit ausgelegt werden, um alle Arten von Einrichtungsgegenständen und Geräten für betriebliche Zwecke (beweglichem Anlagevermögen) einzuschliessen²⁾.

Bei Mietkaufverträgen dürfte nach Ansicht des ICAS der hier auszuweisende Aufwand auf den Zinsfaktor beschränkt sein, da die Amortisation des Kapitalaufwands in Form von Abschreibungen vorgenommen werden sollte; dagegen ist bei einem gewöhnlichen Pacht- oder Leasing-Vertrag der Gesamtbetrag der Pachtzinsen oder Leasingraten hier auszuweisen³⁾.

Das ICAS hält es für inkonsequent, dass ein Ausweis der Mieten und Pachten für Grundstücke (einschliesslich Gebäuden) nicht gesondert gefordert wurde⁴⁾, obwohl dies vom Jenkins Report vorgeschlagen worden war⁵⁾.

Ein Grund für die Handhabung kann darin zu suchen sein, dass laufende Mieten und Pachten für Grundstücke in England relativ niedrig sind, da Pachtverträge grossteils

1) Vgl. jedoch die Ausführungen S. 105

2) Vgl. ICAS, The Companies Act 1967, a.a.O., S. 45

3) Vgl. ebd. S. 45

Vgl. ebd.

5) Vgl. Jenkins Report, a.a.O., S. 149, Tz. 383

unter Zahlung einer beträchtlichen Kapitalsumme geschlossen werden¹⁾.

Betriebswirtschaftlich haben Abschreibungen auf Sachanlagen und Mieten oder Pachten für Anlagen den gleichen Charakter. Es sind Aufwendungen für die Nutzung des Anlagevermögens. Aus diesem Grunde erscheint es als ein Mangel der aktienrechtlichen Vorschriften über die Gewinn- und Verlustrechnung, dass die Aufwendungen, die sich für gemietete oder gepachtete Anlagen ergeben, nicht gesondert in Erscheinung treten. Der Ausweis der Mieten und Pachten neben den Abschreibungen gibt Aufschlüsse hinsichtlich des Umfangs des im Unternehmen eingesetzten Anlagevermögens und der Finanzierungspraxis des Unternehmens. Von grösster Bedeutung ist diese Vorschrift für die Beurteilung der Liquidität des Unternehmens, da Abschreibungen als nicht ausgabewirksame Aufwendungen den "cash flow" des Unternehmens vergrössern, während Miet- und Pachtaufwendungen Zahlungsverpflichtungen für das Unternehmen darstellen.

c) Die Darstellung des Finanzergebnisses

Finanzielle Transaktionen ausserhalb des Feldes der eigentlichen Betriebstätigkeit sollen das Betriebsergebnis nicht beeinflussen und gesondert dargestellt werden. Diese Ertragsfaktoren sind häufig durch zufällige Einflüsse geprägt (windfall profits) und als besonderer Unsicherheitsfaktor für die Beurteilung der künftigen Entwicklung des Unternehmens nur von sekundärer Bedeutung²⁾. Bei wachsender Unternehmensverflechtung ist das Ergebnis aus Beteiligungen und anderen Finanzanlagen von grösster Bedeutung.

Der Companies Act 1967 verlangt als Korrelat zu den Vorschriften über den Ausweis von Finanzanlagen in der Bilanz die Offenlegung der entsprechenden Erträge und Aufwendungen

1) Vgl. Meinhardt, M., a.a.O., S. 69 f.

2) Vgl. Jones, F.H., Guide, a.a.O., S. 159

in der Gewinn- und Verlustrechnung. Auf der Ertragsseite sind im einzelnen nach SCH. 2, 12.-(1)(g) gesondert auszuweisen:

- (1) Erträge aus notierten Finanzanlagen
- (2) Erträge aus nicht notierten Finanzanlagen

Es besteht kein Erfordernis, Ertragszinsen zu zeigen, sofern es sich nicht um Zinsen aus Finanzanlagen handelt. Trotzdem schlägt das ICAS vor, dass wesentliche Zinserträge gesondert auszuweisen sind, wobei zwischen Zinsen aus Ausleihungen an verbundene Unternehmen und andere Zinsen unterschieden werden sollte¹⁾.

Das AktG schreibt in § 157 den getrennten Ausweis von

Erträgen aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen (Nr. 7),
Erträgen aus Beteiligungen (Nr. 8),
Erträgen aus anderen Finanzanlagen (Nr. 9) und
sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen (Nr. 10)

vor, wobei zu letzteren z. B. Erträge aus Kreditprovisionen, Kreditgarantien und Teilzahlungszuschlägen zählen²⁾.

Aus SCH. 2, 15.-(2)(a) ergibt sich, dass unter Erträge aus Finanzanlagen nicht Erträge aus Konzernverhältnissen fallen³⁾. Ein gesonderter Ausweis ist nur geboten, wenn es im Sinne der Generalklausel erforderlich ist⁴⁾. Bei anderen Beteiligungen (Associated Companies) empfiehlt das ICAEW, in der konsolidierten Gewinn- und Verlustrechnung bzw., falls eine solche nicht erstellt werden muss, in einer entsprechend

1) Vgl. ICAS, The Companies Act 1967, a.a.O., S. 46

2) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 157, Tz. 113

3) Der Grund hierfür ist wohl, dass nach SCH. 2, Part II in jedem Fall neben dem Einzelabschluss ein Konzernabschluss vorgeschrieben ist.

4) Vgl. ICAEW, Presentation of balance sheet and profit and loss account, a.a.O., S. 9, Tz. 50

gestalteten Erfolgsrechnung der Einzelgesellschaft den gesonderten Ausweis der vereinnahmten Beträge und die Angabe der im Geschäftsjahr entstandenen Gewinnanteile nach Saldierung mit Verlusten¹⁾.

Somit ermöglichen weder der Companies Act noch das AktG einen vollständigen Überblick über Erträge aus Finanzanlagen, da in beiden Fällen Erträge aus verbundenen Unternehmen (Konzernunternehmen) nicht gesondert auszuweisen sind.

Wichtiger als die Frage des Ausweises ist die Entscheidung über den Zeitpunkt der Vereinnahmung von Erträgen aus Finanzanlagen²⁾.

Nach Adler-Düring-Schmaltz³⁾ ist nur bei Mehrheitsbeteiligungen eine Vereinnahmung von Gewinnansprüchen zulässig, vorausgesetzt, dass das Geschäftsjahr der Tochtergesellschaft nicht nach dem der Muttergesellschaft endet, die Bilanz der Tochtergesellschaft vor Abschluss der Prüfung bei der Muttergesellschaft festgestellt ist und ein den Beteiligungsverhältnissen entsprechender Gewinnverwendungsvorschlag vorliegt. Diese sich stark an rechtlichen Kriterien orientierende Auffassung widerspricht der von Schlegelberger-Quassowski⁴⁾ vertretenen Meinung, bei völliger Beherrschung der Tochtergesellschaft könnten deren Gewinne auch ohne Rücksicht auf die Feststellung des Jahresabschlusses vereinnahmt werden.

1) Vgl. ICAEW (Accounting Standards Steering Committee), Proposed Statement of Standard Accounting Practice - Accounting for the Results of Associated Companies, in: Accountancy 1970, S. 497

2) Bei einem drohenden Verlust ist in Deutschland wie in England nach den Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung die Bildung einer Rückstellung erforderlich (vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 157, Tz. 94 sowie die Definition von Rückstellungen nach dem Companies Act S. der vorliegenden Arbeit); weiterhin ICAEW (Accounting Standards Steering Committee), a.a.O., S. 497

3) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 151, Tz. 173

4) Vgl. Schlegelberger-Quassowski, a.a.O., § 131, Anm. 23

Das ICAEW erhebt keine Einwände gegen eine Vereinnahmung von Dividendenerträgen bei Vorliegen entsprechender Gewinnverteilungsvorschläge der Konzerngesellschaften¹⁾. Im Fall von Associated Companies sind nach Ansicht des Englischen Instituts geplante Ausschüttungen dann zu vereinnahmen, wenn ein Gewinnverteilungsbeschluss vor Feststellung des eirenen Jahresabschlusses vorliegt²⁾. Darüber hinaus sind die gesamten Gewinnanteile nach Verrechnung mit Verlusten bei Associated Companies anzugeben³⁾.

Die englische Bilanzierungspraxis bzw. die Vorschläge des Instituts gehen in der Frage der Vereinnahmung von Erträgen aus Beteiligungen bei m.E. gebührender Berücksichtigung der rechtlichen Selbständigkeit der Einzelgesellschaft in erheblich stärkerem Mass von der betriebswirtschaftlichen Überlegung der Darstellung des richtigen Periodenerfolges aus. Angesichts der wachsender Kooperation zwischen den Unternehmen, die sich z.B. in der Gründung von Arbeitsgemeinschaften oder gemeinsamer Tochtergesellschaften zeigt, kann nur so ein Gesamtüberblick von der Ertragslage der Gesellschaft vermittelt werden. Die in Deutschland übliche Praxis kann in Extremfällen zu einer Irreführung der Aktionäre führen.

Auf der Aufwandsseite sind nach SCH. 2, 12.-(1)(b) Zinsaufwendungen gesondert anzugeben für:

- (1) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten
(Darlehen und Kontokorrentkredite)
- (2) Andere, innerhalb von fünf Jahren vollständig zu tilgende Darlehen
- (3) Andere Darlehen mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren

1) Vgl. ICAEW, Treatment of investments, a.a.O., S. 3, Tz. 9

2) Vgl. ICAEW (Accounting Standards Steering Committee), a.a.O., S. 497

3) Vgl. ebd.

Das AktG verlangt lediglich den zusammengefassten Ausweis von Zinsen und ähnliche Aufwendungen (§ 157 Nr. 23). Damit ist keine Unterscheidung von Bankzinsen und anderen Zinsen erforderlich; ebenso spielt die Fristigkeit keine Rolle. Obwohl der Companies Act eine weitergehende Gliederung vorschreibt, kann wegen der statthaften Zusammenfassung von Bankzinsen jeder Art und Fristigkeit nicht von der Vermittlung eines wirklich aussagefähigen Bildes die Rede sein. Insbesondere fehlt eine Trennung von Zinsen auf kurzfristige Kredite, wovon auf die durchschnittliche Kreditinanspruchnahme während des Jahres und damit eventuelle Finanzierungspässe geschlossen werden könnte.

Das AktG verlangt im § 157 den gesonderten Ausweis von Aufwendungen aus Verlustübernahme (Nr. 25) sowie Gewinnübertragungen aufgrund gewisser Unternehmensverträge (Nr. 27). Verluste aus anderen Beteiligungen können bei Sonstigen Aufwendungen subsumiert werden¹⁾. Das nach dem AktG zwingende Bruttoprinzip führt somit zur Aufzeigung eventueller Verlustquellen bei Finanzanlagen. Dies ist ein Vorteil gegenüber der englischen Auffassung von der Zulässigkeit von Verrechnungen.

Verluste schliessen nicht Abschreibungen ein, die nach § 157 Nr. 20 AktG gesondert gezeigt werden müssen. Das englische Institut ist der Ansicht, dass Abschreibungen auf Finanzanlagen nicht gesondert angegeben werden brauchen. Ein Vermerk der Tatsache ist jedoch in der Bilanz erforderlich²⁾.

d) Darstellung des ausserordentlichen Ergebnisses

Der Companies Act verlangt in SCH. 2, 14.-(6) die unsaldierte³⁾ Offenlegung von periodenfremden Aufwendungen und Erträgen, ausserordentlichen, zumeist einmaligen Erfolgs-

1) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 157, Tz. 96

2) Vgl. ICAEW, Treatment of investments, a.a.O., S. 4, Tz. 16

3) Vgl. ICAS, The Companies Act 1967, a.a.O., S. 48

faktoren sowie von Einflüssen von Veränderungen der Bilanzierungsgrundsätze auf das Ergebnis des Geschäftsjahres. Neu ist die Bestimmung, dass periodenfremde Aufwendungen und Erträge gesondert darzustellen sind. Nach Ansicht des ICAS könnte es neben der Erweiterung der schon im alten Gesetz vorhandenen Vorschrift zur Offenlegung aller die Vergleichbarkeit aufeinanderfolgender Abschlüsse beeinträchtigenden Faktoren Absicht dieser Bestimmung sein zu erreichen, dass alle periodenfremden Erfolgskomponenten irgendeinmal durch die Gewinn- und Verlustrechnung laufen und nicht unmittelbar auf Rücklagen verbucht werden¹⁾.

§ 157 AktG verlangt unter Position Nr. 14 den Vermerk des ausserordentlichen Teils bei sonstigen Erträgen, wozu u.a. Zahlungseingänge aus in früheren Jahren ausbuchten Forderungen, Schuldnachlässe, Buchgewinne aus dem Verkauf von Wertpapieren des Umlaufvermögens, Gewinne aus Kursunterschieden oder Kostenerstattungen für frühere Jahre gehören²⁾. Daneben sind andere ausserordentliche Erträge wie solche aus der Herabsetzung der Pauschalwertberichtigung zu Forderungen (Nr. 12) oder aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens und Zuschreibungen (Nr. 11) gesondert zu zeigen. Unsaldiert sind Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen (Nr. 22) anzugeben, während auf eine gesonderte Dartellung von ausserordentlichen Aufwendungen im Rahmen der sonstigen Aufwendungen verzichtet wird.

Es ergibt sich somit, dass nach dem aktienrechtlichen Schema keine zusammengefasste und vollständige Darstellung des ausserordentlichen Ergebnisses möglich ist. Auf der Ertragsseite dürfte regelmässig eine Identifizierung ausserordentlicher Faktoren möglich sein, bei den

1) Vgl. ICAS, The Companies Act 1967, a.a.O., S. 48

2) Vgl. Arbeitskreis des betriebswirtschaftlichen Ausschusses des Verbandes der Chemischen Industrie, Gliederungsvorschriften der Jahresbilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung sowie Bewertungsvorschriften im AktG 1965, in : ZfB 1966, 2. Ergänzungsheft, S. 23

Aufwendungen besteht für den Bilanzierenden zumindest kein Zwang zur Kenntlichmachung ausserordentlicher Einflüsse. Der Companies Act 1967 verlangt eine eindeutige Trennung des normalen Geschäftsergebnisses von sach- und periodenfremden Erfolgsbestandteilen.

Eine Besonderheit der anglo-amerikanischen Bilanzierungsgrundsätze stellt die Berücksichtigung der sich aus ausserordentlichen Posten ergebenden Einflüsse auf die Steuerbelastung der Gesellschaften dar. Das ICAEW ist der Ansicht, dass unter Umständen eine Angabe der auf ausserordentliche Aufwands- und Ertragsposten entfallende Steuerbeträge geboten sei¹⁾. Dies entspricht dem Bestreben, Gewinne auszuweisen, die nicht durch exogene Faktoren verzerrt sind.

e) Sonderposten

Zu den Punkten, die besonders der Reform des Jenkins Committee angelegen waren, gehören die Verhältnisse der Geschäftsführung und leitender Angestellter. Unter diesem Gesichtspunkt führte das Gesetz von 1967 für die Darstellung in der Gewinn- und Verlustrechnung die Pflicht zur Angabe der laufenden Bezüge der Direktoren und hochbezahlter Angestellter, von Versorgungsbezügen, Abfindungen, Verzicht auf Bezüge unter Offenlegung zahlreicher Details ein²⁾.

Das AktG kennt ähnliche, jedoch weniger ins einzelne gehende Angabepflichten für Vorstands- und Aufsichtsratsbezüge im Geschäftsbericht (§ 160 Abs. 3 Nr. 8 und 9). Die erwähnten Bestimmungen des Companies Act reihen sich in den Komplex der Bestrebungen im Hinblick auf eine weitgehende Transparenz der Verhältnisse der Geschäftsführung ein³⁾. Diese Angaben sind vor allem im Hinblick auf künftige Belastungen für einen möglichen Erwerber interessant.

1) Vgl. ICAEW, Presentation of balance sheet and profit and loss account, a.a.O., S. 8, Tz. 45

2) Vgl. im einzelnen Sects. 196.-C.A. 1948, 6.- bis 8.-C.A. 1967

3) Vgl. S. 253 der vorliegenden Arbeit

Traditionell sind in England Prüfungsgebühren einschliesslich Aufwandsvergütungen für den Abschlussprüfer gesondert offenzulegen (SCH. 2, 13.-). Dies ist wohl damit zu erklären, dass nach verbreiteter Ansicht Prüfungsgebühren kein echter Aufwand für die Gesellschaft sind, sondern als von den Aktionären zu vertreten angesehen werden. Werden diese von der Geschäftsführung fixiert, so soll durch die Offenlegung die Zahlung überhöhter Prüfungsgebühren zur Beeinflussung der Prüfer verhindert werden¹⁾.

Ein letzter Sonderposten, der insbesondere Unternehmen mit umfangreichem Grundbesitz betrifft, ergibt sich aus der Vorschrift von SCH. 2, 12.- (1)(ga), wonach wesentliche Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung abzüglich damit zusammenhängender Nebenkosten anzugeben sind.

Die betriebswirtschaftliche Relevanz der erwähnten Sonderposten dürfte in Normalfällen gering sein.

f) Der Ausweis der Steuern in der Gewinn- und Verlustrechnung

Nach dem Companies Act sind unter Steuern gewöhnlich nur vom Einkommen abhängige Steuern, also die englische Körperschaftsteuer (Corporation tax) und gegebenenfalls ausländische Steuern auszuweisen²⁾. Damit unterscheidet sich die Darstellung wesentlich vom aktienrechtlichen Schema, das unter Nr. 24 den Ausweis sämtlicher Steuern für das laufende Geschäftsjahr verlangt.

1) Vgl. Jones, F.H., Guide, a.a.O., S. 354 f.

2) Nach SCH. 2, 12.-(1)(c) sind bei Gewinnen, von denen Teile bereits im Ausland der Steuer unterlegen haben, die Höhe des Aufwands für englische Corporation Tax vor und nach Anrechnung ausländischer Steuer sowie der Aufwand für ausländische Steuern vom Einkommen, Ertrag und von Veräusserungsgewinnen anzugeben.

Weiterhin ist die englische Konzeption insofern anders, als die gewinnabhängigen Steuern im allgemeinen im Anschluss an den ordentlichen Jahresgewinn ausgewiesen werden und damit ein eindeutiger Bezug zwischen dem Jahresergebnis und der Steuer hergestellt wird.

Anders als in Deutschland wird aus den an anderer Stelle erwähnten Gründen dem Jahresüberschuss der diesem entsprechende Steueraufwand gegenübergestellt unter Neutralisierung von Teilen der Steuerschuld, die aus steuerlichen Vorschriften von Bilanzierungsgrundsätzen abweichend entstehen¹⁾. Damit wird eine Gefahr vermieden, die in Deutschland dadurch hervorgerufen wird, dass man versucht steuerliche Zahlen zur Beurteilung des Unternehmens heranzuziehen²⁾. Dabei wird übersehen, dass das Ergebnis solcher Rechnungen durch fiskalpolitisch bedingte steuerliche Vorschriften verzerrt werden kann, die nicht Ausdruck des wirtschaftlichen Ergebnisses eines Unternehmens sind. Der in Deutschland manchmal angestellte Versuch, aufgrund des Ertragssteueraufwands den echten Gewinn des Unternehmens zu errechnen, muss als Misstrauen in die aktienrechtlichen Vorschriften und Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung aufgefasst werden. Derartige Überlegungen sind in England unbekannt.

Sonderprobleme ergeben sich in England bei vorhandenen, von Steuer befreiten Dividendeneinkünften (franked investment income), die wie in Deutschland grundsätzlich brutto auszuweisen sind, wobei dann der von der eigenen Körperschaftsteuer oder von einbehaltenen Beträgen der Einkommensteuer auf Ausschüttungen absetzbare Betrag in wichtigen Fällen gesondert auszuweisen ist³⁾. Verfügt eine Gesellschaft in einem Veranlagungszeitraum über einen Überschuss von Dividendeneinkünften über eigene Ausschüttungen, so ist der in

1) Vgl. S. 201 der vorliegenden Arbeit

2) Vgl. die diesbezüglichen Ausführungen bei Scherpf, P., a.a.O., Tz. 353

3) Vgl. ICAEW, The Corporation Tax, a.a.O., S. 26 f.

diesem Jahr nicht absetzbare Betrag der Income Tax gesondert auszuweisen¹⁾.

Alle besonderen Umstände, die die Besteuerung der laufenden und künftiger Perioden beeinflussen, wie z.B. das Vorhandensein eines berücksichtigungsfähigen steuerlichen Verlustvortrags sind nach SCH. 2, 14.-(4) anzugeben, wodurch die Transparenz des Abschlusses besonders im Hinblick auf die Beurteilung der zukünftigen Verhältnisse verbessert wird.

g) Gewinnverwendungsrechnung

Hier sind die Zuführungen und Auflösungen von Rücklagen unter Angabe ihres Verwendungszwecks getrennt anzugeben. Der verbleibende Saldo stellt bereits ausbezahlte Zwischendividenden, die vorgeschlagene Restauschüttung und den Gewinnvortrag dar.

Dieser Aufbau der Gewinn- und Verlustrechnung entspricht formell im wesentlichen den den Positionen Nr. 28 bis 32 des aktienrechtlichen Schemas, wobei jedoch nach englischer Praxis bereits die gesamte Verwendung des Jahresergebnisses niedergelegt ist, nach dem AktG die Verwendung des Bilanzgewinns der Hauptversammlung nach Feststellung des Jahresabschlusses zur Entscheidung vorliegt²⁾ und damit verbundene etwaige Änderungen und nachträglicher Aufwand erst in nächster Rechnung berücksichtigt werden und zu keiner Änderung des festgestellten Jahresabschlusses mehr führen³⁾.

1) Vgl. ICAEW, Treatment of taxation in accounts of companies, a.a.O., Appendix, S. 17 f., Tz. 1-7

2) Dies ist der Regelfall; nach § 173 Abs. 1 AktG ist es jedoch auch möglich, dass die Hauptversammlung den Jahresabschluss feststellt

3) Vgl. Scherpf, P., a.a.O., Tz. 371

B) Der Geschäftsbericht

In der Praxis versteht man unter Geschäftsbericht (Annual Report) gewöhnlich alle von der Geschäftsführung in zusammengefasster Form präsentierten Vorlagen der schriftlichen Rechnungslegung. Diese enthalten neben dem Jahresabschluss und dem eigentlichen Geschäftsbericht nach § 160 AktG bzw. dem Director's Report gemäss Sect. 157 C.A. 1948 weitere Berichtsformen, wie in Deutschland den Bericht des Aufsichtsrats oder einen gesonderten Sozialbericht oder in England den Bericht des Vorsitzenden der Geschäftsführung (Chairman's Speech). Im folgenden werden unter Geschäftsbericht nur die gesetzlich vorgeschriebene Berichterstattung der Geschäftsführung, nicht aber die Berichterstattung anderer Organe oder freiwillige Formen der Unterrichtung verstanden.

I) Die Stellung des Geschäftsberichts im Rahmen der Rechnungslegung der Gesellschaften

In Deutschland wird trotz der gesetzlich eingeschränkten Publizität des Geschäftsberichts¹⁾ in der Praxis der grossen Publikumsgesellschaften zumeist so verfahren, dass der Geschäftsbericht in gedruckter Form vorgelegt und gewöhnlich über die Depotbanken einem grösseren Kreis von Personen zugänglich gemacht wird²⁾. Diese Praxis

1) Nach dem AktG braucht der Geschäftsbericht nicht in den Gesellschaftsblättern veröffentlicht zu werden; er ist dem Aufsichtsrat vorzulegen (§170) und nach Prüfung durch denselben in den Geschäftsräumen der Gesellschaft zur Einsichtnahme aufzulegen (§ 175 Abs. 2) und nur auf Verlangen jedem Aktionär zugänglich zu machen. Nach der Hauptversammlung ist er zum Handelsregister des Sitzes der Gesellschaft einzureichen (§ 177 Abs. 1)

2) Vgl. Goerdeler, R., Die Publizität der Rechnungslegung, a.a.O., S. 227

herrscht auch in England vor, wo der Companies Act 1967 die Publizität des Geschäftsberichts der des Jahresabschlusses gleichgestellt hat¹⁾. Solche Broschüren enthalten daneben zumeist den Jahresabschluss und den Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers (Auditor's Report)²⁾ sowie weitere Informationen über die Geschäftstätigkeit und wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft.

Neben der Rechenschaftslegung tritt bei der Gestaltung des Geschäftsberichts immer stärker der Gedanke der Werbung und Public Relations in den Vordergrund³⁾. Diese von Amerika ausgehende Entwicklung hat in England besonders bei den grossen Publikumsgesellschaften grösseren Anklang gefunden als es der weit verbreitete und vor allem in den Hearings des Jenkins Committee zutage getretene Konservatismus vermuten liesse. So bemerkt Jones⁴⁾, der weite Bereich der Aktionäre einer grossen Gesellschaft sollte als potentielle Einflussphäre für den Aufbau von Goodwill, die Ausweitung der Umsätze, die Intensivierung der Kundenbeziehungen und für die Einflussnahme auf die öffentliche Meinung gegen eine restriktive Gesetzgebung betrachtet werden.

II) Grundsätze der Berichterstattung

1) Die allgemeinen Berichtgrundsätze

Nach § 160 Abs. 4 AktG ist der Geschäftsbericht nach den Grundsätzen einer gewissenhaften und getreuen Rechenschaftslegung zu erstellen. Insbesondere muss der Geschäftsbericht "so erschöpfend, übersichtlich und ver-

1) Vgl. Sect. 24 C.A. 1967 i.V. mit Sect. 158 C.A. 1948

2) Dabei handelt es sich um den Auditor's Report gemäss dessen Legaldefinition in Sect. 14 C.A. 1967 (gemeinhin als shortform report bezeichnet). Dieser stellt im wesentlichen das Äquivalent zum deutschen Bestätigungsvermerk dar.

3) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O. § 160, Tz. 6

) Vgl. Jones, F.H., Guide, a.a.O., S. 441

ständiglich sein, dass die Hauptversammlung und der Aufsichtsrat ihre Entschliessung treffen können"¹⁾.

Der Companies Act schreibt eine Reihe von allgemeinen und Sonderangaben vor, die im Geschäftsbericht enthalten sein müssen, ohne jedoch Grundsätze für die Berichterstattung niederzulegen. So verlangt das Gesetz insbesondere nicht, dass die Berichterstattung den Grundsätzen einer "wahren und getreuen" Rechnungslegung entsprechen soll. Anders als nach § 162 Abs. 2 Satz 2 AktG unterliegt der Geschäftsbericht auch nicht der Prüfungspflicht durch den Abschlussprüfer²⁾.

Entsprechend dem Wortlaut des Gesetzes sind Magnus-Estrin³⁾ der Auffassung, dass der Prüfer in seinem Bericht⁴⁾ keinerlei Ausführungen über den Geschäftsbericht zu machen braucht. Damit wäre die Situation in England unbefriedigender als nach dem alten AktG, das eine Prüfung des Erläuterungsberichts in vollem Umfang und des Lageberichts auf eine offensichtlich falsche Darstellung der Verhältnisse der Gesellschaft hin erforderte⁵⁾.

Anderer Ansicht ist das schottische Institut, das den Standpunkt vertritt, dass "der Umfang der Pflichten des Abschlussprüfers nicht so leicht zu definieren sei, wie es der Wortlaut des Gesetzes anzudeuten scheint"⁶⁾. Im Gegen-

1) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 160, Tz. 6

2) Dies ergibt sich aus Sect. 163 (1) C.A. 1948, wonach der Geschäftsbericht nicht zu den Dokumenten gehört, die der Jahresbilanz beizufügen sind und damit unter die Prüfungspflicht fallen. Nach Sect. 163 (2) C.A. 1948 gilt dies allerdings nicht für den Fall, dass Angaben, die wahlweise im Jahresabschluss und im Geschäftsbericht gemacht werden können, im Geschäftsbericht enthalten sind.

3) Vgl. Magnus-Estrin, Companies - Law and Practice, a.a.O., S. 170

4) Gemeint ist der "short-form report", also der Bestätigungsvermerk.

5) Vgl. §§ 135 Abs. 1 und 140 Abs. 3 AktG 1937

6) Vgl. ICAS, The Companies Act 1967, a.a.O., S. 90

satz zum Companies Act 1948, nach dem der Geschäftsbericht "ein rein formales Dokument ohne Aussagekraft"¹⁾ war, müssen nach dem neuen Gesetz eine Reihe finanzieller Fakten offengelegt werden, die nicht im Jahresabschluss erscheinen. Einige dieser Anforderungen seien so grundlegend für die Beurteilung des Ergebnisses, dass die Richtigkeit der entsprechenden Zahlen zweifelsfrei sein müssen. Ausserdem seien die im Geschäftsbericht offenzulegenden Zahlen stärker der Gefahr von Irrtum ausgesetzt oder Ansichtssache, als dies sonst der Fall ist, so dass ein irreführendes Bild leicht unbeabsichtigt gegeben werden könne²⁾. Aufgrund dieser Tatsachen könne der Prüfer gut den Standpunkt vertreten, dass er seine Verantwortung nicht auf den Jahresabschluss beschränken kann, sondern dass er sich davon überzeugen will, dass nicht nur der Jahresabschluss, den er bestätigt, ein wahres und getreues Bild von der Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft gibt, sondern dass er dies auch in dem Zusammenhang bewirkt, in dem er den Aktionären vorgelegt wird³⁾.

2) Die Schutzklausel

Die Anwendung der Schutzklausel, nach der die Berichterstattung in bestimmten Fällen unterbleiben kann, wurde sowohl durch das AktG 1965 wie den Companies Act 1967 beträchtlich eingeschränkt.

1) Vgl. Jenkins Report, a.a.O., S. 40, Tz. 115

2) Vgl. ICAS, The Companies Act, 1967, a.a.O., S. 90

3) Bis sich eine einheitliche Haltung des Berufsstandes herausgebildet hat, empfiehlt das Schottische Institut dem Prüfer, sich zu vergewissern, dass keine irreführenden oder ungenauen Informationen im Geschäftsbericht enthalten sind. Falls er in wichtigen Punkten nicht von der Ordnungsmässigkeit der dargebotenen Informationen überzeugt ist, sollte er der geprüften Gesellschaft die Vornahme wünschenswerter Änderungen vorschlagen. Geht die Gesellschaft nicht darauf ein, sollte er im Bestätigungsvermerk darauf hinweisen, dass er keine Verantwortung für den finanziellen Inhalt des Geschäftsberichts übernimmt. (Vgl. ebd.).

Nach dem AktG ist die Anwendung der Schutzklausel nur noch in zwei Fällen gegeben: einmal ist sie generell geboten, wenn es "für das Wohl der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder erforderlich ist" (§ 160 Abs. 4 Satz 2 AktG); zum anderen braucht über besondere Haftungsverhältnisse und Beziehungen zu verbundenen Unternehmen insofern kein Bericht erstattet werden, als "nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung damit gerechnet werden muss, dass durch die Angaben der Gesellschaft oder einem verbundenen Unternehmen erhebliche Nachteile entstehen" (§ 160 Abs. 4 Satz 3 AktG).

Der Companies Act 1948 sah eine Schutzklausel in Sect. 157, (2) im Zusammenhang mit dem Lagebericht insofern vor, als über eine Änderung der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft oder einer Konzerngesellschaft nicht berichtet werden musste, soweit dies nach Ansicht der Direktoren für schädlich für die Gesellschaft oder ein Konzernunternehmen gehalten wurde. Diese Schutzklausel ist für den Lagebericht und die neuen allgemeinen Berichtspflichten nach Sect. 16 (1) (a-e) C.A. 1967 sowie die Sondererläuterungen gemäss Sects. 17-20¹⁾ nicht mehr anwendbar. Lediglich auf die subsidiäre Generalklausel nach Sect. 16 (1) (f), wonach über alle sonstigen Angelegenheiten, die für die Beurteilung der Lage der Gesellschaft durch die Aktionäre von Bedeutung sind, zu berichten ist, darf die Schutzklausel angewendet werden, um Schaden von der Gesellschaft oder einer Tochtergesellschaft fernzuhalten.

Abgesehen von der im Companies Act nicht enthaltenen Schutzklausel im Interesse des Staates²⁾ sind in Deutschland wie in England strenge Masstäbe an die Anwendbarkeit der Schutzklausel zu legen³⁾.

1) Vgl. S. 255 und 262 der vorliegenden Arbeit

2) Lediglich bei der vorgeschriebenen Angabe der Exporte nach Sect. 20 (4) C.A. 1967 kann die Berichterstattung unterbleiben, wenn der Board of Trade überzeugt ist, dies sei im nationalen Interesse.

3) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 160, Tz. 8; Magnus-Estrin, The Companies Act 1967, a.a.O., S. 206

Ein Vorteil der englischen Regelung dürfte darin liegen, dass die Schutzklausel nur für nicht spezifisch vorgeschriebene Zusatzangaben herangezogen werden kann, während nach dem AktG z.B. über den wichtigen Komplex der verbundenen Unternehmen u.U. eine Berichterstattung unterbleiben kann¹⁾.

3) Der Umfang der Berichterstattung

Die deutsche Literatur geht in der Regel davon aus, dass sich der Geschäftsbericht inhaltlich in einen Lagebericht und einen Erläuterungsbericht unterteilt²⁾. Obwohl diese Unterteilung in aktienrechtlicher Sicht wegen der unterschiedlichen Prüfungsanforderungen³⁾ von gewisser Bedeutung ist und auch in der Literatur einhellig für notwendig gehalten wird, darf trotzdem nicht zu grosses Gewicht auf diese formalistische Unterteilung gelegt werden, da ja auch der Jahresabschluss der Erläuterung der Lage der Gesellschaft dient und der Geschäftsbericht als Ganzes zusätzliche Informationen liefern soll.

a) Berichterstattung über die Geschäftstätigkeit und die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

Sect. 157 (1) C.A. 1948 verlangt eine Erläuterung der Lage der Gesellschaft; nach Sect. 16 (1) Satz 1 C.A. 1967 sind die wesentlichen Tätigkeitsbereiche der

-
- 1) Einschränkung ist zu vermerken, dass die Companies Acts andererseits gewisse Schutzbestimmungen im Jahresabschluss kennen (nämlich SCH. 2, 12.-(2): Offenlegung der Rückstellungsbewegungen; Sects. 4 (3) und 5 (2) C.A. 1967; Angabe ausländischer Konzerngesellschaften; Sect. 150(2) (b) C.A. 1948: Nichtkonsolidierung einzelner Konzerngesellschaften). Allerdings ist in diesen Fällen die Zustimmung des Board of Trade erforderlich.
 - 2) Vgl. Haas-Oechsner, Bd. I., a.a.O., S. 220 ff.; Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 160 Tz. 16 ff.
 - 3) Die volle Prüfungspflicht erstreckt sich nach § 162 Abs. 2 Satz 2 AktG nur auf den Erläuterungsbericht, während der Lagebericht grundsätzlich nur der Durchsicht darauf unterliegt, ob eine falsche Vorstellung von der Lage der Gesellschaft erweckt wird (vgl. Begründung zum RegE. a.a.O. S. 183)

Gesellschaft und ihrer Tochtergesellschaften sowie wichtige Änderungen während des Jahres anzugeben¹⁾. Diese Erfordernisse entsprechen im wesentlichen der Bestimmung des § 160 Abs. 1 Satz 1 AktG über die Darlegung des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft. Daneben ist nach Sect. 16.-(1)(f) C.A. 1967 die Angabe von Einzelheiten jeglicher Art vorgeschrieben, die für die Beurteilung der Lage der Gesellschaft durch die Aktionäre wesentlich ist. Diese Vorschrift hat den Charakter einer Generalklausel für die Gestaltung des Lageberichts und verlangt Vollständigkeit der Berichtserstattung.

Die deutsche Literatur stellt hinsichtlich des Lageberichts, für dessen Gestaltung im einzelnen die Verkehrsauffassung und das pflichtmässige Ermessen des Vorstands ausschlaggebend sei²⁾, einen umfangreichen Katalog von Vorgängen auf, die die wirtschaftliche Gesamtbeurteilung der Gesellschaft berühren. Dazu gehören strukturelle Aussagen, wie Änderungen der Betriebsgrösse, Errichtung von Zweigniederlassungen, Zusammenschluss mit anderen Unternehmen, Umstellung und Erweiterung des Produktionsprogramms etc. sowie Aussagen über die wirtschaftliche Entwicklung, wie Kostenverlauf, Gestaltung von Erlösen, Liquidität, Auftragsbeingang, Erzeugung u.a.³⁾. Ferner ist Bericht zu erstatten über wichtige Massnahmen der Verwaltung, wie Abschluss wichtiger Verträge, Erweiterung oder Einschränkung

1) Im Gegensatz zum AktG (§ 329 Abs. 1) verlangen die Companies Acts nicht die Aufstellung eines gesonderten Konzerngeschäftsberichts. Angaben über Konzerngesellschaften, die für die Beurteilung durch die Aktionäre der Muttergesellschaft wichtig sind, erfolgen im Geschäftsbericht der Muttergesellschaft. Dies hängt damit zusammen, dass in England der Konzernabschluss zusammen mit dem Abschluss der Muttergesellschaft vorzulegen ist (vgl. Sect. 156 (1) C.A. 1948), eine Tatsache, der für die Beurteilung der Rechnungslegung im ganzen grosses Gewicht zukommt.

2) Vgl. Ertner, U., Der Geschäftsbericht als Instrument erweiterter aktienrechtlicher Rechnungslegung, Berlin 1968, S. 35; Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 160, Tz. 4

3) Vgl. Haas-Oechsner, a.a.O., Bd. I, S. 223; WP-Handbuch, a.a.O., S. 445

des Geschäftsbetriebs, schwebende Geschäfte usw.¹⁾. Dabei sind subjektive Beurteilungen streng von objektiven Feststellungen zu trennen.²⁾

Mangels spezieller Vorschriften rechnet man in Deutschland zum Lagebericht auch den sogenannten Sozialbericht, in welchem neben den sozialen Verhältnissen die Leistungen des Betriebs für die Mitarbeiter erörtert werden³⁾.

Zum Lagebericht gehören nach § 160 Abs. 1 Satz 2 AktG Hinweise auf Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres, die für die Beschlussfassung der Hauptversammlung aber auch für andere Rechenschaftsempfänger von Bedeutung sind, wie der Erwerb oder Verkauf von Beteiligungen, wesentliche Verluste u.a. Analoge Sachverhalte sind in England nach Ansicht des ICAEW durch die Generalklausel gedeckt⁴⁾.

Scherpf⁵⁾ bezweifelt angesichts der Vielzahl und Art der für notwendig erachteten Angaben, ob der Gesetzgeber eine derartig weitgehende Publizitätspflicht gemeint haben kann, wenn er schlicht von der Darlegung des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft spreche. Die Begründung für eine so weitgehende und umfangreiche Berichterstattung sehen Adler-Düring-Schmaltz in der "beschränkten Möglichkeit, die wirtschaftliche Lage einer Gesellschaft aus dem Jahresabschluss selbst zu ersehen"⁶⁾. Demgegenüber ist Scherpf⁷⁾ der Ansicht, die Notwendigkeit der Ergänzung des

1) Vgl. WP-Handbuch, a.a.O., S. 446

2) Vgl. Haas-Oechsner, a.a.O., Bd.I, S. 220

3) Vgl. Potthoff, E., Die Sozialberichterstattung, in: DB 1956, S. 1018

4) Vgl. ICAEW, Events occurring after the balance sheet date, a.a.O.; S. 3 f., Tz. 15 und 17

5) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 160, Tz. 23

6) Vgl. Scherpf, P., a.a.O., Tz. 380

Jahresabschlusses durch den Lagebericht bestehe nicht mehr im gleichen Umfang wie vor der Aktienrechtsreform.

Der Verfasser ist mit Scherpf der Auffassung, dass dem Geschäftsbericht als Erläuterung zum Jahresabschluss eine verringerte Bedeutung zukommen solle, jedoch mit der Begründung, dass die Angaben im Jahresabschluss weitgehend eine gesonderte Erläuterung im Geschäftsbericht überflüssig machen sollen. Ob die aktienrechtliche Regelung diesem Zweck gerecht wird, erscheint zweifelhaft, da im Jahresabschluss wesentliche Angaben über die Bewertungs- und Abschreibungsmethoden fehlen, ohne die eine Beurteilung durch den Rechenschaftsempfänger kaum möglich ist. Die englische Lösung mit der Angabe der Bewertungsmethoden im Jahresabschluss selbst wird dieser Forderung mehr gerecht, so dass der Geschäftsbericht primär andere Funktionen erfüllen kann als die Erläuterung des Abschlusses. So ist auch der Jenkins Report der Auffassung, der Geschäftsbericht müsse lediglich ein gewisses Mindestmass an Informationen vermitteln, die jedoch ausreichend sein sollen, um den Aktionären eine vernünftige Ausübung ihrer Rechte zu ermöglichen¹⁾.

b) Berichterstattung über die Verhältnisse
der Geschäftsführung

Der Companies Act erlegt eine weitgehende Offenlegung der Verhältnisse der Geschäftsführung und deren Interessennahme an der Gesellschaft auf. Dies ist aus der in England häufig anzutreffenden engen Verknüpfung der Geschäftsführung mit der Gesellschaft zu verstehen. Da die Geschäftsführung in der gesamten Anlage des englischen Gesellschaftsrechts bedeutend weitergehende Handlungsbefugnisse hat als der Vorstand deutscher Aktiengesellschaften²⁾, sind die Berichtspflichten als Gegengewicht gegen die Vorherrschaft der Geschäftsführung zu sehen.

1) Vgl. Jenkins Report, a.a.O., S. 40 f., Tz. 114

2) Vgl. die Ausführungen S. 36 der vorliegenden Arbeit

Der Geschäftsbericht hat nach Sect. 16 C.A. 1967 zu enthalten:

- (1) Die Namen sämtlicher Direktoren am Abschlussstichtag und während des Geschäftsjahres
- (2) Einzelheiten über Vereinbarungen mit Direktoren zum Erwerb von Aktien oder Obligationen der Gesellschaft oder von Konzernunternehmen
- (3) Einzelheiten über Interessennahmen der Direktoren an Aktien oder Obligationen der Gesellschaft oder von Konzernunternehmen
- (4) Einzelheiten über Interessennahmen von Direktoren an Verträgen, die die Gesellschaft abgeschlossen hat, sofern die Verträge im Verhältnis zum Geschäftsumfang von Bedeutung sind und die Interessennahmen der Direktoren wesentlich ist

Insbesondere die Pflicht zur Angabe der Kapitalbeteiligung von Direktoren an der Gesellschaft ist ein wichtiges Mittel für aussenstehende Gesellschafter zur Beurteilung der Machtverhältnisse in der Gesellschaft im Interesse des Schutzes aussenstehender Aktionäre. Das AktG kennt die Vorschriften (2) bis (4) nicht.

c) Berichterstattung über Verhältnisse der Belegschaft

Sect. 18 C.A. 1967 verlangt für Gesellschaften, die keine Tochtergesellschaften haben, die Angabe

- (1) der Bruttobezüge sämtlicher Beschäftigten sowie
- (2) der durchschnittlichen Zahl von Beschäftigten (auf der Basis eines wöchentlichen Durchschnitts) während des Geschäftsjahres.

Für Gesellschaften mit Tochtergesellschaften sind diese Angaben auch für die Tochtergesellschaft zu machen. Ausgenommen sind Gesellschaften mit weniger als 100 Beschäftigten und 100 %ige Töchter anderer Gesellschaften.

Diese Angaben, die kein Pendant im Geschäftsbericht nach dem AktG aufweisen, können wertvolle Indikatoren für die Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung der Gesellschaften darstellen. In der Argumentation der Gewerkschaften¹⁾ stellen sie wichtige Informationsquellen für deren Politik gegenüber den Arbeitgebern dar.

d) Erläuterungen zu Fragen des Jahresabschlusses

Nach allgemeiner Auffassung werden in Deutschland die Abschlusserläuterungen nach § 160 Abs. 2 AktG und die nach § 160 Abs. 3 AktG vorgeschriebenen Einzelangaben im "Erläuterungsbericht" zusammengefasst, obwohl für letztere die Berichtspflicht unabhängig davon besteht, ob sie zum Verständnis des Jahresabschlusses erforderlich sind oder nicht.²⁾ Im folgenden seien nur die echten Abschlusserläuterungen behandelt, da bestimmte Sonderangaben in verschiedenen Fällen logisch hier nicht subsumiert werden können.

11) Die allgemeinen Abschlusserläuterungen

§ 160 Abs. 2 Satz 1 AktG schreibt als Generalklausel vor, dass im Geschäftsbericht "ferner der Jahresabschluss zu erläutern" sei. Infrage kommen dabei in erster Linie Angaben über die Zusammensetzung einzelner Posten des Jahresabschlusses, z.B. über wichtige Beteiligungen, über Art und Charakter der Forderungen, über die Aufteilung der Umsatzerlöse etc. Sofern sich eine Überschneidung mit Sondererläuterungen ergibt, werden diese nicht getrennt zu behandeln, sondern "in einem sachlich und sprachlich geordneten Ganzen zu formulieren sein"³⁾.

1) Vgl. Trades Union Congress, in: Minutes of Evidence, a.a.O., S. 989

2) Vgl. WI-Handbuch, a.a.O., S. 458

3) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 160, Tz. 30

Der Companies Act kennt keine besondere Generalklausel für die Erläuterung des Jahresabschlusses im Geschäftsbericht. Inhaltlich dürfte § 160 Abs. 2 Satz 1 AktG von der Generalklausel nach Sect. 16 (1)(f) gedeckt sein,¹⁾ soweit keine speziellen Vorschriften über Sondervermerke bestehen.

Die allgemeinen Erläuterungspflichten des § 160 Abs. 2 Satz 2-5 stellen eine wesentliche Ergänzung der Bewertungsvorschriften des AktG 1965 dar²⁾.

Im einzelnen verlangt das AktG hierzu:

- (1) Die Angabe der Bewertungs- und Abschreibungsmethoden (Satz 2)
- (2) Die Angabe der Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Zugänge des Geschäftsjahres (Satz 3)
- (3) Die Erörterung der Abweichungen vom vorausgegangenen Jahresabschluss, namentlich Änderungen der Bewertungs- und Abschreibungsmethoden einschliesslich ausserplanmässiger Abschreibungen (Satz 4)
- (4) Die Angabe des Unterschiedsbetrags, der sich aus Bewertungsänderungen ergibt, sofern bestimmte Grenzen überschritten wurden (Satz 5)

Die Angabe der gewählten Methoden der Bewertung und Abschreibung stehen nebeneinander und betreffen die Bilanzierung des Umlauf- bzw. Anlagevermögens. Es zeigt sich, dass diese Erläuterungspflichten über die Vermerkplichten bei der Bilanzierung des Anlagevermögens bzw. der Vorräte nach dem Companies Act 1967 teilweise hinausgehen. Dies betrifft insbesondere die Angabe der Abschreibungsmethoden, die in England weder gesetzlich vorgeschrieben noch durch die Institute empfohlen wurde, obwohl z.B. Vertreter des ICAS vor dem Jenkins Committee trotz Bedenken Vorteile in einem ge-

1) Vgl. die Ausführungen S. 251 der vorliegenden Arbeit

2) Vgl. Begründung zum RegE, S. 179

nerellen Hinweis auf Bewertungsmethoden und darüber hinaus auf Abschreibungssätze einräumten¹⁾. Offensichtlich wird aber auch in Deutschland bei der Behandlung des Anlagevermögens nicht in jedem Falle die Angabe der angewandten Abschreibungssätze als erforderlich angesehen, da z.B. Adler-Düring-Schmaltz²⁾ es für ausreichend ansehen, wenn angegeben wird, dass die planmässigen Abschreibungen "nach Massgabe der steuerlich zulässigen Höchstsätze" erfolgen.

Englisches Recht und Praxis kennen nicht die Angabe der Abschreibungen auf Zugänge des Geschäftsjahres. Diese Vorschrift soll einen Einblick in die Abschreibungspolitik der Gesellschaft vermitteln und auch Einblick in sofort erkannte Fehlmassnahmen geben³⁾. Bezüglich der planmässigen Abschreibungen scheint wegen des in England obligatorischen Bruttoprinzips die Notwendigkeit einer derartigen Erläuterung nicht zu bestehen, da allein durch das Bruttoprinzip eine grössere Transparenz der Abschreibungspolitik gegeben ist. Sonderabschreibungen sind unter Verweis auf SCH. 2, 14.-(6)(b) in der Gewinn- und Verlustrechnung offenkundig.

Das dritte Erläuterungserfordernis, wonach alle Abweichungen, die in einer Änderung der Bewertungs- und Abschreibungsgrundsätze begründet sind, darzustellen sind, ist sowohl durch SCH. 2, 14.-(6) sowie Sect. 16.-(1)(f) gedeckt.

Das vierte Erfordernis des § 160 Abs 2 AktG stellt einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Aussagefähigkeit des Jahresabschlusses dar, dessen Beurteilung im Zeitvergleich mit zu den wichtigsten Aufgaben der Rechnungslegung zählt. Dadurch wird nicht nur in allgemeiner Umschreibung, sondern bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen- die nur Fälle von materieller Bedeu-

1) Vgl. ICAS, Evidence given before the Company Law Committee, in: Minutes of Evidence, a.a.O., S. 1281

2) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 160 Tz. 33

3) Vgl. ebd., § 160, Tz. 44

tung betreffen - in genauen Zahlen die Auswirkungen von Massnahmen, die die Kontinuität der Rechnungslegung beeinträchtigen, offengelegt. So wird den Verwaltungen auf einem wichtigen Gebiet die Möglichkeit einer unbemerkten Ergebnismanipulation genommen.

Da die englischen Bilanzierungsgrundsätze stark das Prinzip der Periodenvergleichbarkeit berücksichtigen, sind wesentliche Einflüsse von Bewertungsänderungen in der Gewinn- und Verlustrechnung offenzulegen. Eine zahlenmässige Darstellung kann durch Anpassung der Vorjahreszahlen im Sinne der geänderten Methode oder durch Gegenüberstellung der Zahlen der laufenden Periode auf der Basis der alten Grundsätze erfolgen¹⁾.

Ein gewisser Vorteil der aktienrechtlichen Bestimmungen mag darin liegen, dass die Voraussetzungen für eine Offenlegung eindeutig definiert sind, während nach dem Companies Act dem Ermessen der Geschäftsführung ein grösserer Spielraum zugestanden wird.

22) Sondererläuterungen nach dem Companies Act 1967

Der Companies Act 1967 enthält in Sect. 16 eine Reihe von Berichtsvorschriften, von denen ein Teil den Jahresabschluss betrifft. Sie werden im Gesetz als allgemeine Erläuterungen im Gegensatz zu den Angaben der Sects. 17-20 bezeichnet, was jedoch dahingehend zu verstehen ist, dass diese Angaben von jeder Gesellschaft in jedem Fall zu machen sind, während andere nur in besonderen Fällen zu machen sind.²⁾

aa) Erläuterungen zur Jahresbilanz

Bezüglich der Bilanz enthält Sect. 16 C.A. 1967 wesentliche, das Anlagevermögen betreffende Berichtser-

1) Vgl. ICAEW, Presentation of balance sheet and profit and loss account, a.a.O., S. 10, Tz. 58

2) Vgl. Magnus-Estrin, The Companies Act 1967, a.a.O., S. 219

fordernisse, die die Vermögensverhältnisse der Gesellschaft betreffen und teilweise über den Rahmen der im Jahresabschluss behandelten Fragen hinausgehen.

111) Erläuterungen wesentlicher Änderungen beim Anlagevermögen

Die Befugnisse der Direktoren sind gleich denen der Gesellschaft, wie sie in der Satzung festgelegt sind. Über ausdrücklich in der Satzung vorgesehene Möglichkeiten hinaus kann die durch die Direktoren vertretene Gesellschaft keine Geschäfte rechtswirksam abschliessen (Ultra vires Doktrin)¹⁾. Aus diesem Grunde sind die Angaben über den Gesellschaftszweck in der Satzung im allgemeinen so umfassend angelegt, dass die Befugnisse der Direktoren praktisch unbegrenzt sind²⁾. So können die Direktoren in der Regel auch den ganzen Betrieb oder wesentliche Teile veräussern. Die Diskussion im Jenkins Committee ging nun darum, ob solche Geschäfte nicht die Zustimmung der Aktionäre erfordern sollten. Da weitgehend die Auffassung vertreten wurde, eine solche gesetzliche Bestimmung würde die Verhandlungsposition der Direktoren beeinträchtigen und sich somit zum Nachteil für die Gesellschaft auswirken³⁾, kam der Jenkins Report zu dem Schluss, es sei zumindest eine Offenlegung wesentlicher Änderungen beim Anlagevermögen erforderlich⁴⁾. Das Gesetz entschied sich für eine Erläuterung im Geschäftsbericht.

Obwohl im AktG nicht ausdrücklich geregelt, dürfte sich eine Darstellungspflicht aus der Generalklausel ergeben.

-
- 1) Näheres vgl. z.B. Charlsworth's Company Law, a.a.O., S. 30 ff.
 - 2) Vgl. General Council of the Bar, Memorandum submitted to the Company Law Committee, in: Minutes of Evidence, a.a.O., S. 962 f.
 - 3) Vgl. ICAS, Memorandum submitted to the Company Law Committee, in: Minutes of Evidence, a.a.O., S. 1328; Jenkins Report, a.a.O., S. 41, Tz. 117.
 - 4) Vgl. Jenkins Report, a.a.O., S. 43. Tz. 122

222) Angabe des Marktwertes von Grundstücken

Die Frage der Berücksichtigung von Tageswerten und Geldwertschwankungen im Abschluss und der Aufgabe der Jahresbilanz im Zusammenhang mit der Frage des richtigen Vermögensausweises nahm in den Verhandlungen vor dem Jenkins Committee breitesten Raum ein.

Wegen der Problematik der anzuwendenden Bewertungsmethoden¹⁾ hielt es der Jenkins Report für angebracht, dass Vorschriften über die Angabe des Zeitwertes nicht im Jahresabschluss zu machen seien; vielmehr sollten die Direktoren wesentliche Unterschiede zwischen dem Buchwert und Marktwert von Grundstücken und Gebäuden kommentieren²⁾.

Wann eine Angabe des Marktwertes von Grundstücken oder Gebäuden im Geschäftsbericht zu erfolgen hat, wurde in das Ermessen der Geschäftsführung gestellt, wobei die Informationsinteressen von Aktionären und Obligationären zu berücksichtigen sind³⁾.

Mit der vom Companies Act 1967 Sect. 16 (1)(a) übernommenen Empfehlung wurde zum ersten Mal auf einem Teilgebiet eine Rechnungslegung ausserhalb des Anschaffungswertprinzips obligatorisch gemacht. Die deutsche Gesetzgebung, die zwingend auf der Gültigkeit des Anschaffungswertprinzips besteht, und auch die Rechnungslegungspraxis kennen diese Art von Informationen nicht.

In den Kommentierungen zum Companies Act 1967 wurde dieses Erfordernis als eine der entscheidenden Neuerungen des Aktienrechts in England bezeichnet⁴⁾. Die Beurteilung ist jedoch nicht unumstritten. Neben reinen Argumenten eines starren Konservativismus wurden auch ernsthafte Bedenken

1) Vgl. dazu die Ausführungen auf S. 101 ff. der vorliegenden Arbeit

2) Vgl. Jenkins Report, a.a.O., S. 140 f., Tz. 360

3) Vgl. ebd.

4) Vgl. Niehus, J., a.a.O., S. 6

gegen diese Regelung angeführt, wobei die Frage der Wahl der Bewertungsmethode von fundamentaler Bedeutung ist.

Da die Angaben ausserhalb des Abschlusses, für den bei einer Neubewertung nur eine Bewertung unter Fortführungsgesichtspunkten (d.h. Ertragswertgesichtspunkten) infrage kommt¹⁾, erfolgen und sich der Ertragswert in den Gewinnen der Gesellschaft widerspiegelt, ist das ICAS der Ansicht, hier sei die Angabe des Veräusserungswertes (Einzelveräusserungswertes) erforderlich²⁾.

Für die Frage, wann eine Angabe für die Beurteilung durch die Aktionäre oder Obligationäre wesentlich ist, sei nicht nur der betragsmässige Unterschied zwischen Buchwert und Veräusserungswert ausschlaggebend sondern auch Fragen der Zweckmässigkeit. So sei die Tatsache, dass Gebäude oder Grundstücke nur viel niedriger als zu Buchwerten veräusserlich seien, von geringer Relevanz, solange die Gesellschaft rentabel arbeite und nicht die Absicht einer Veräusserung bestehe; anders verhält es sich, wenn die Gesellschaft mit Verlust arbeitete³⁾.

Die Hereinnahme von Substanzwertgesichtspunkten in Fragen der Vermögensbewertung ausserhalb des Anschaffungswertprinzips mag in theoretischer Hinsicht gerade im Lichte der neueren Literatur⁴⁾ als nicht glücklich angesehen werden. Dennoch erscheint dem Verfasser im gegebenen Fall die Offenlegung eines Substanzwertes in Form des Veräusserungswertes ein grosser Fortschritt für die öffent-

1) Vgl. die Ausführungen S. 98 ff. der vorliegenden Arbeit

2) Vgl. ICAS, The Companies Act 1967, a.a.O., S. 49

3) Vgl. ebd., S. 50

4) Diese Meinung wird in der neueren betriebswirtschaftlichen Literatur in Deutschland im wesentlichen im Anschluss Mellerowicz (Der Wert der Unternehmung als Ganzes, Essen 1952) vertreten, der den Ertragswert als den einzig massgeblich für die Unternehmensbewertung ansieht.

liche Rechnungslegung. Die Praxis nimmt nach wie vor bei Vermögensbewertungen den Substanzwert mit zu Hilfe¹⁾, andererseits ist der Ertragswert in Fällen ein schlechter Anhaltspunkt, in denen die Ertragskraft infolge schlechten Managements²⁾ oder ungünstiger Wirtschaftslage der Branche niedrig ist.

bb) Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

111) Allgemeines

In Sects. 17-20 verlangt der Companies Act 1967 verschiedene Angaben, die die Gewinn- und Verlustrechnung betreffen. Die Bedeutung und die mit der Erläuterungspflicht verbundenen Ziele sind unterschiedlich. Im einzelnen handelt es sich dabei um:

- (1) Die Aufteilung des Umsatzes nach den Geschäftszweigen der Gesellschaft und die Angabe des Beitrages der einzelnen Umsatzarten zum Erfolg des Unternehmens vor Steuern, sofern die Geschäftszweige wesentlich voneinander verschieden sind. Dies gilt nicht für Gesellschaften, deren Umsatz £ 50.000 nicht übersteigt (Sect. 17).
- (2) Angabe der Gesamtbezüge der Belegschaft. Dieses Erfordernis ist nur ein Teil der Anforderungen über die Offenlegung von Verhältnissen der Belegschaft und wurde dort behandelt³⁾.
- (3) Angaben von Spenden für politische und wohltätige Zwecke über £ 50 (Sect. 19). Bei Spenden für politische Zwecke im Einzelbetrag von mehr als £ 50 ist die Höhe der Spende und der Name des Empfängers anzugeben.

1) Vgl. Böhme, H., Vision künftiger Unternehmensbewertung, in: WPg 1970, S. 331

2) Diese Argumentation wurde durch Mitglieder des Jenkins Committee vorgebracht (vgl. Minutes of Evidence, a.a.O., S. 1353)

3) Vgl. die Ausführungen S. 254 der vorliegenden Arbeit

- (4) Angabe von Exporten bei einem Gesamtumsatz von mehr als £ 50.000 (Sect. 20).

222) Umsatzanalyse

Mehr noch als die Angabe des Marktwertes bei Grundstücken erscheint das Erfordernis der Aufteilung des Umsatzerlöses und der Offenlegung des Erfolgsbeitrags einzelner Sparten eine der wichtigsten Neuerungen der Rechnungslegungsvorschriften des Companies Act 1967.

Zweck der Vorschrift sei es nicht, Gesellschaften, die verschiedene Produkte im selben Bereich bzw. am selben Markt anbieten, zu einem Ausweis des Erfolgsbeitrags der einzelnen, oft komplementären Produkte zu zwingen, da solche Produkte häufig nicht aus dem Bestreben, einen maximalen Beitrag zum Erfolg zu erzielen, sondern aus Überlegungen der Sortimentspolitik angeboten werden, so dass der Ausweis eines unbefriedigenden Erfolgsbeitrags eines Produkts, das im Rahmen des Sortiments notwendigerweise geführt werden muss, keine relevante Information für den Aktionär darstelle¹⁾. Zweck der Vorschrift sei es vielmehr, dann für eine Offenlegung zu sorgen, wenn die Gesellschaft auf verschiedenen Märkten, mit verschiedenen Abnehmern und gegebenenfalls verschiedenen Produktgruppen auftritt. Hier vermittelt der Ausweis dem Aktionär ein Bild davon, welche Sparten erfolgswirksam sind und welche vielleicht aufgegeben werden sollten, da sie eine Verlustquelle für die Gesellschaft darstellen.

Eine Umsatzanalyse in horizontaler Richtung, die oft auf freiwilliger Basis durch eine gesonderte geographische Aufteilung der Umsätze ergänzt wird²⁾,

1) Vgl. Magnus-Estrin, The Companies Act 1967, a.a.O., S. 215

2) Die Anforderungen der Stock Exchange für die Börsenzulassung verlangen die Aufteilung der Umsätze nach geographischen Gesichtspunkten (vgl. Requirements of the Federation of Stock Exchanges, angeführt bei: Touche, A.G., Accounting Requirements of the Companies Acts, London 1967, S. 29).

ist von erheblichem Wert für den Empfänger der Rechnungslegung. Sie zeigt nicht nur auf welchen Gebieten die Hauptinteressen der Gesellschaft liegen, sondern kann auch durch einen Vergleich mit dem Vermögen der Gesellschaft¹⁾ Hinweise auf die Angemessenheit der Vermögensstruktur und den Kapitaleinsatz in einzelnen Teilgebieten geben.

In einer Zeit, in der die Diversifikation eine immer grössere Bedeutung einnimmt, ist die Offenlegung des Erfolgs auf den einzelnen Gebieten von überragender Bedeutung. Erweist sich, dass die Gesellschaft in einem neuen Zweig Verluste macht, so ist sie durch die Offenlegung gezwungen, Fehlinvestitionen rechtzeitig aufzuzeigen, womit vielleicht weitere Ausgaben für verfehlte Zwecke vermieden werden, oder den Aktionären hinreichende Aufklärung über die Begründung von Anfangsverlusten zu geben. Andererseits wird die Beibehaltung traditioneller, aber unrentabler Betriebszweige Gegenstand der Diskussion in der Hauptversammlung sein.

Zusammenfassend soll nochmals die überragende Bedeutung dieser Vorschrift herausgestellt werden, die in Deutschland kein Gegenstück aufweist. Inwieweit jedoch die Interpretation des Begriffs "wesentlich verschiedener Geschäftszweige"²⁾, die in das Ermessen der Geschäftsführung gestellt ist, eine Offenlegung im gewünschten Ausmass beeinträchtigt, muss abgewartet werden.

1) Es sei daran erinnert, dass die englische Bilanzierungspraxis im Gegensatz zu der in Deutschland durch das AktG geforderten Abstrahierung dahintendiert, die Besonderheiten der einzelnen Wirtschaftszweige und Unternehmen auch in der Bezeichnung der Gegenstände des Anlagevermögens mehr zu berücksichtigen.

2) Vgl. Sect. 17 (1) C.A. 1967, die lautet: "If ... a company has carried on business of two or more classes ... that, in the opinion of the directors, differ substantially from each other ... "

333) Spenden für wohltätige und politische Zwecke

Dieses Erofrdnis ist nicht mit den anderen Offenlegungsbestimmungen kompatibel und bietet m.E. kaum relevante Informationen zumindest für Gläubiger und Aktionäre, obwohl die Befürworter der Bestimmung damit argumentieren, dass Aktionäre darüber aufgeklärt werden sollten, dass ihr Geld für Zwecke ausgegeben wurde, die nicht dem Betriebszweck dienen¹⁾. In Wirklichkeit scheint der Hauptgrund darin zu liegen, dass, wie es der britische Gewerkschaftsbund zum Ausdruck brachte, die Ansammlung von Reichtum in Gesellschaften dazu benutzt werden könnte, durch einseitige Unterstützung einzelner politischer Parteien "den Ablauf normaler demokratischer Prozesse zu stören"²⁾. Der Jenkins Report hatte sich gegen die Einführung dieser Vorschrift ausgesprochen³⁾.

444) Angabe der Exporte

Diese Vorschrift dürfte nach Auffassung des Verfassers primär wirtschaftspolitische Bedeutung haben, da sie den zuständigen Stellen und der Öffentlichkeit in gewissem Sinne einen Hinweis auf den Trend der Exporte gibt, was z. B. bei Grossunternehmen als Indikator für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung nicht ohne Interesse sein dürfte. Allein als Quelle der Exportstatistik darf der Zweck dieser Vorschrift nicht gesehen werden, da es andere, schneller zur Verfügung stehende und vollständigere Informationsquellen gibt. Die teilweise vagen Begründungen, die von Regierungsseite für die Vorschriften gegeben wurden, deuten darauf hin, dass der Bestimmung im stark exportabhängigem England vielleicht auch ein gewisser psychologischer Effekt beigemessen wurde⁴⁾.

1) Vgl. Jones, F.H., Supplement, a.a.O., S. 57

2) Vgl. Trades Union Congress, in: Minutes of Evidence, a.a.O., S. 994

3) Vgl. Jenkins Report, a.a.O., S. 17, Tz. 53

4) Vgl. die Ausführungen bei Magnus-Estrin, The Companies

In Fällen von Gesellschaften mit hohem Exportanteil ist diese Information auch für die Aktionäre von gewissem Interesse, da im Exportgeschäft wegen allgemeiner und währungspolitischer Unsicherheiten der Risikograd gewöhnlich höher ist. Solange sich jedoch die Unternehmen nicht freiwillig zu einer Analyse der Exporte nach Ländern bereitfinden, dürfte die Schutzwirkung für Aktionäre und Gläubiger nur von untergeordneter Bedeutung sein.

e) Sonderangaben

Neben den oben behandelten Fragen muss der Geschäftsbericht den Ergebnisverwendungsvorschlag und eine Reihe von Einzelangaben enthalten, die gewöhnlich nicht unmittelbar mit dem Abschluss im Zusammenhang stehen.

11) Ergebnisverwendungsvorschlag

Im Geschäftsbericht ist der Vorschlag der Direktoren über die Verwendung des Jahresergebnisses unter Angabe der Beträge, die zur Verteilung an die Aktionäre, zur Einstellung in Rücklagen und zum Vortrag auf neue Rechnung bestimmt sind, aufzuführen. Die Generalversammlung beschliesst über die Verwendung des Gewinns, ist jedoch wie gewöhnlich nach dem AktG¹⁾ an den festgestellten Jahresabschluss gebunden.

Aktionäre haben in England keinerlei Anspruch auf Ausbezahlung einer Dividende, auch wenn die Ertragslage eine Ausschüttung ermöglicht. Das Gewinnverteilungsvorschlagsrecht steht ausschliesslich den Direktoren zu; der Vorschlag wird jedoch gewöhnlich durch einen Generalversammlungsbeschluss sanktioniert, womit ein Anspruch der Aktionäre auf Ausbezahlung entsteht²⁾.

1) Vgl. § 170 Abs. 1 AktG

2) Vgl. Topham & Ivamy's, a.a.O., S. 166. Diese Rechtslage wurde im Fall Bond v. Barrow Haematite Steel Co., (1902) 1 Ch. 353 festgestellt.

22) Andere Einzelangaben

Das AktG verlangt in § 160 die Erläuterung von elf Tatbeständen, deren Angabe zwar nicht für jeden Geschäftsbericht zutrifft, deren Unterlassung bei Vorliegen des entsprechenden Sachverhalts jedoch unter spezielle Strafbestimmungen gestellt ist.¹⁾

Es soll im folgenden untersucht werden, inwieweit diesen Offenlegungserfordernissen im englischen Recht - auch ausserhalb des Geschäftsberichts - entsprochen ist. Bei der unterschiedlichen rechtlichen Konstruktion lässt sich nicht immer ein genaues Pendant anführen.

Die Rechnungslegung über Verhältnisse der Geschäftsführung wurde bereits an anderer Stelle behandelt; auf sie ist im folgenden nicht mehr einzugehen.

aa) Kapitalverhältnisse

Die Darstellung der Kapitalverhältnisse erfolgt nach englischem Recht nur zum Teil im Geschäftsbericht, soweit die Angabe von im Geschäftsjahr erfolgten Aktienemissionen und die Gründe für die Ausgabe betroffen sind (Sect. 16 (1)(b)C.A. 1967). Eine in Einzelheiten gehende Offenlegung ist ausserhalb des Jahresabschlusses und Geschäftsberichts in der jährlichen Erklärung zum Handelsregister (Annual Return) erforderlich²⁾.

1) Vgl. § 400 Abs. 4 AktG

2) Die Darstellung, die in einem eigenen Abschnitt des Annual Return, genannt "Annual Summary", erfolgt, erstreckt sich nach SCH. 6 C.A. 1948 auf die Angabe

- (1) der Höhe des satzungsmässigen Kapitals und Stückzahl der Aktien,
- (2) der Zahl der seit Gründung ausgegebenen Aktien
- (3) der Höhe der darauf eingeforderten Beträge
- (4) der Höhe der einbezahlten Beträge
- (5) der Höhe der eingeforderten, aber noch nicht einbezahlten Beträge,
- (6) der erhaltenen Beträge für Zeichnungen von Aktien und Obligationen seit der letzten Erklärung,

Fortsetzung der Fussnote siehe nächste Seite.

Ein Teil der darin enthaltenen Informationen ergibt sich bereits zwingend aus dem Jahresabschluss; sofern dies nicht der Fall ist, werden die Angaben, z.B. über eingeforderte Einlagen oder erhaltene Vorschüsse, häufig auf freiwilliger Grundlage gemacht¹⁾.

Das englische Recht betrachtet den Erwerb eigener Aktien als "ultra vires" der Gesellschaft²⁾; auch der Erwerb für Rechnung der Gesellschaft oder durch verbundene Unternehmen (Vorratsaktien³⁾) ist unzulässig. Das gleiche gilt grundsätzlich für finanzielle Unterstützung zum Erwerb von Aktien der Gesellschaft; zulässige Ausnahmen, wie z.B. zum Zwecke des Erwerbs von Aktien der Gesellschaft durch Arbeitnehmer, sind in der Bilanz gesondert auszuweisen⁴⁾.

Wechselseitige Beteiligungen im Sinne des § 19 AktG sind nach dem Companies Act nicht gesondert berichtspflichtig, jedoch lassen sich solche Konstellationen aus der Vorschrift der Offenlegung der Verhältnisse des Aktienbesitzes und der Beteiligungen von mehr als 10 % erkennen⁵⁾.

Die Companies Acts verlangen nicht ausdrücklich die gesonderte Angabe im Geschäftsjahr bezogener Aktien bei bedingter Kapitalerhöhung durch die auch in England in

Fortsetzung der Fussnote 2) von Seite 267

- (7) des Buchwertes eines etwaigen Disagios bei der Ausgabe von Aktien,
- (8) des Disagios aus der Ausgabe von Obligationen seit der letzten Erklärung,
- (9) der Zahl kraftlos erklärter Aktien,
- (10) der Zahl von Inhabertzertifikaten für Aktien und der davon betroffenen Aktien.

Diese Angaben sind getrennt erforderlich für Bar- und Sachemissionen.

Weitere Einzelheiten dazu vgl. Topham & Ivamy's, a.a.O., S. 223 f.

1) Vgl. die Ausführungen S. 182 der vorliegenden Arbeit

2) Vgl. die Ausführungen S. 165 der vorliegenden Arbeit

3) Vgl. die Definition in § 56 AktG

4) Vgl. die Ausführungen S. 165 der vorliegenden Arbeit

5) Vgl. die Ausführungen S. 81 der vorliegenden Arbeit

jüngster Zeit immer beliebter werdende Ausgabe von Wandschuldverschreibungen¹⁾. Die entsprechende Information ist jedoch durch die erwähnte Vorschrift von Sect. 16 (1)(b) C.A., 1967 gedeckt.

Das genehmigte Kapital, dessen Gültigkeit im Gegensatz zu § 202 Abs. 1 und 2 AktG nicht auf die Dauer von fünf Jahren beschränkt ist, muss in der Bilanz ausgewiesen werden²⁾.

Genussrechte und Besserungsscheine sind keine Mitgliedschafts- sondern reine Gläubigerrechte, wie z.B. Anteile am Liquidationserlös oder Schuldversprechen mit dem Inhalt Gläubigern erlassene Schulden aus späteren Gewinnen zurückzuzahlen³⁾. In dieser Art kennen die Companies Acts keine Berichtspflicht im Geschäftsbericht.

Im Gegensatz zum AktG verweist das englische Recht die Offenlegung der Kapitalverhältnisse nur zum geringeren Teil in den Geschäftsbericht, im übrigen aber mit grösserer Publizität in die Bilanz; daneben bietet der Annual Return als weiteres Instrument der Rechnungslegung den aktienrechtlichen Bestimmungen ebenbürtige Angaben.

bb) Besondere Haftungsverhältnisse

Die Bestimmung des § 160 Abs. 3 Nr. 7 AktG über die Angabe von aus der Bilanz nicht ersichtlichen Haftungsverhältnissen ist als "Auffangtatbestand" anzusehen, "der alle die Haftungsverhältnisse erfasst, die nicht an anderer Stelle und mit stärkerer Publizität ausgewiesen werden müssen"⁴⁾.

Unter die Berichtspflicht fallen über die gesetzliche Haftung hinausgehende Haftungstatbestände für bilanzier-

1) Vgl. Jones, F.H., Guide, a.a.O., S. 284 f.

2) Vgl. die Ausführungen S.182 der vorliegenden Arbeit

3) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 160, Tz. 157 und 159

4) Vgl. ebd., § 160, Tz. 162

te Verbindlichkeiten, wie die Verpfändung von beweglichen Sachen und Rechten, die Sicherungsübereignung und Sicherungsabtretung von Vermögensgegenständen, Eigentumsvorbehalte an erworbenen Vermögensgegenständen. Dabei ist anzugeben an welchen Vermögensgegenständen die Sicherheiten bestellt sind; eine ziffermässige Präzisierung der Höhe der einzelnen Sicherheiten ist nachallgemeiner Ansicht jedoch nicht erforderlich¹⁾.

Zu den berichtspflichtigen Sondertatbeständen gehören ferner dingliche Belastungen von Grundstücken, wie Grundpfandrechte, Dienstbarkeiten oder Niessbrauch.

Neben Haftungstatbeständen, die eine besondere Besicherung von Vermögen der Gesellschaft darstellen, sind nicht bilanzierungs- oder bilanzvermerkpflichtige Garantieverpflichtungen und Vertragsstrafen anzugeben²⁾.

Schliesslich ist die Angabe von Einzahlungsverpflichtungen auf nicht voll einbezahlte Anteile an anderen Unternehmen unter Angabe der Höhe der bestehenden Verpflichtungen erforderlich³⁾.

Die Companies Acts verlangen nicht ausdrücklich die Angabe besonderer Haftungsverhältnisse im Geschäftsbericht⁴⁾. Dies hängt einmal damit zusammen, dass für bilanzierte Verbindlichkeiten jeder Art grundsätzlich die Sicherung in der Bilanz zu vermerken ist, während sich diese Pflicht nach dem AktG nur auf langfristige Verbindlichkeiten erstreckt⁵⁾.

Zudem ist beim Handelsregister und beim Sitz der Gesellschaft ein eigenes Lastenregister (Register of Charges)

1) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 160, Tz. 173

2) Vgl. WP-Handbuch, a.a.O., S. 463 f.

3) Vgl. Scherpf, P., a.a.O., Tz. 411

4) Dies jedoch unbeschadet der Generalklausel nach Sect. 149 (1) C.A. 1948

5) Vgl. die Ausführungen S. 214 der vorliegenden Arbeit

zu führen, das detaillierte Angaben über besondere Haftungsverhältnisse enthalten muss¹⁾.

Von der rechtlichen Bedeutung her gesehen ist das Lastenregister nicht vergleichbar mit den Angabepflichten im Geschäftsbericht nach dem AktG, da ersteres den Charakter eines öffentlichen Registers, vergleichbar mit der zweiten und dritten Abteilung des Grundbuchs hat und die Eintragungen konstitutiven Charakter besitzen²⁾. Wenn hier ein Vergleich angestellt wird, dann nur im Hinblick auf den Informationsgehalt beider Rechnungslegungsinstrumente. Dadurch, dass in England der Sicherungsübereignung ähnliche Rechtsinstitute eintragungspflichtig sind, ist eine gegenüber deutschen Verhältnissen erheblich weitere Publizität gegeben.

1) Nach Sects. 95 und 98 C.A. 1948 sind folgende Tatbestände bzw. Anlässe 21 Tage nach ihrer Entstehung eintragungspflichtig:

- (1) Belastungen zur Sicherung der Ausgabe von Obligationen
- (2) Belastungen für nicht voll einbezahltes Kapital bei Anteilen an anderen Unternehmen
- (3) Schriftliche Vereinbarungen zur Veräußerung von Vermögensgegenständen
- (4) Grundstückslasten
- (5) Sicherheiten für bilanzierte Verbindlichkeiten
- (6) Floating Charges (zum Begriff der Floating Charge vgl. S. 214 der vorliegenden Arbeit)
- (7) Belastungen für eingefordertes Kapital bei Anteilen an anderen Unternehmen
- (8) Lasten auf Schiffen
- (9) Belastungen von immateriellen Anlagewerten

Dabei ist für jede einzelne Belastung anzugeben:

- (1) Tag der Entstehung
- (2) Die Höhe der gegebenen Sicherheit
- (3) Allgemeine Angaben über das belastete Vermögen
- (4) Der Sicherungsnehmer oder bei Obligationen der Treuhänder

2) Vgl. Sect. 95 C.A. 1948
Magnus-Estrin, Companies - Law and Practice,
a.a.O., S. 97 und 99

Blosse schuldrechtliche Haftungsverhältnisse wie Gewährleistungen oder Vertragsstrafen sind in England im Geschäftsbericht nicht berichtspflichtig, sofern nicht mit einer Inanspruchnahme der Gesellschaft zu rechnen ist, was die Bildung einer entsprechenden Rückstellung erfordern würde. Gegebenenfalls ist eine Anführung unter Eventualverbindlichkeiten erforderlich¹⁾.

Es zeigt sich wiederum, dass Informationen, die das AktG dem Geschäftsbericht zuweist, im wesentlichen im Jahresabschluss oder einem speziellen Rechnungslegungsinstrument vermittelt werden müssen. Dies trägt dazu bei, dass Geschäftsberichte in England erheblich kürzer sind als gemeinhin in Deutschland²⁾.

cc) Angaben über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen und Erwerb von Beteiligungen

Nach dem AktG betreffen diese Angaben sowohl Ober- wie Untergesellschaften. Es ist dabei in erster Linie auf die rechtliche Ausgestaltung der Verbindung, also primär eine nähere Beschreibung der in § 15 AktG aufgeführten Tatbestände einzugehen. Ob eine Namensangabe der einzelnen betroffenen Unternehmen erforderlich ist, ist nicht eindeutig geklärt und dürfte von der Bedeutung der Angabe für die Beurteilung der Lage der Gesellschaft abhängen³⁾. Art und Umfang des Geschäftsverkehrs mit verbundenen Unternehmen ist ebenfalls ein Teil der Berichtspflicht, soweit dieser für die berichtende Gesellschaft von wesentlicher Bedeutung ist⁴⁾.

1) Vgl. Jones, F.H., Guide, a.a.O. S. 272

2) Vgl. Piper, G., Zum Umfang und Inhalt von Geschäftsberichten, - Anregungen aus einem Vergleich mit der amerikanischen Praxis, in: DB 1970, S. 1141, der auf die mit einer prägnanten Abfassung verbundene Verbesserung der Informationswirkung verweist.

3) Vgl. WP-Handbuch, a.a.O., S. 468

4) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 160, Tz. 202

Die im AktG ausgesprochene Ausnahme ausländischer Unternehmen kann nicht als uneingeschränktes Schweigerecht aufgefasst werden; gegebenenfalls ist im allgemeinen Lagebericht auf besondere Vorgänge bei verbundenen ausländischen Unternehmen einzugehen¹⁾.

Ein Teil dieser Angaben konkurriert mit den Angabepflichten im Konzerngeschäftsbericht. Dies hat zwar zur Folge, dass die Bedeutung der Unterrichtung über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen nicht mehr so gross ist wie nach dem alten AktG, eine Berichterstattung im Einzelgeschäftsbericht unter Verweis auf den Konzerngeschäftsbericht kann jedoch nicht unterbleiben²⁾.

Das englische Recht weist die Berichterstattung über verbundene Unternehmen im Rahmen der Rechnungslegung der Einzelgesellschaften nicht primär dem Geschäftsbericht sondern überwiegend dem Jahresabschluss zu. Die diesbezüglichen Publizitätsbestimmungen sind weitgehender und eindeutiger definiert als die unter Nr. 9 und 10 von § 160 AktG fallenden Angabepflichten³⁾.

In diesem Zusammenhang sei nur auf die nach dem AktG nicht für notwendig erachtete Angabe der Höhe der jeweiligen Beteiligungen⁴⁾ oder auf die in Sect. 5 (1) C.A. 1967 geforderte Angabe der letzten Konzernobergesellschaft verwiesen⁵⁾.

1) Vgl. WI-Handbuch, a.a.O., S. 468

2) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 160, Tz. 197

3) Vgl. die diesbezüglichen Angaben S. 83 ff.

4) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., § 160, Tz. 201

5) Vgl. jedoch Ausführungen über die mit dieser Bestimmung verbundenen Probleme bei ICAS, The Companies Act 1967, a.a.O., S. 41 f.

Dritter Teil: Die Publizität der Rechnungslegung
nach den Companies Acts

Es gibt zwei Möglichkeiten der Publizität der Rechnungslegung: einmal die unmittelbare Kommunikation mit bestimmten Adressaten, zum anderen die Bekanntgabe an einen unbestimmten Kreis interessierter Personen über öffentliche Kommunikationsmittel.

A) Kommunikation mit Aktionären und Obligationären

Das personale Element bei englischen Gesellschaften präjudiziert eine unmittelbare Form der Kommunikation mit autorisierten Adressaten der Rechnungslegung. Entsprechend ist jede Gesellschaft nach Sect. 158 C.A. 1948 in Verbindung mit Sect. 24 C.A. 1967 verpflichtet, spätestens drei Wochen vor Abhaltung der Generalversammlung, die über den Abschluss beschliesst, allen Aktionären und Obligationären ohne Aufforderung den Jahresabschluss einschliesslich Geschäftsbericht und Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers zuzusenden.

Interessant ist, dass auch Obligationäre Anspruch auf volle Unterrichtung durch die Gesellschaft haben, wobei der komplexe Inhalt des Begriffs Obligationär (debenture holder)¹⁾ zu beachten ist, der z.B. auch Hypothekengläubiger einschliesst²⁾.

Das AktG verlangt nicht die Zusendung von Rechnungslegungsdokumenten an Aktionäre oder Obligationäre. Vor der Hauptversammlung sind der Jahresabschluss, der Aufsichtsratsbericht und der Gewinnverwendungsvorschlag in den Geschäftsräumen der Gesellschaft zur Einsichtnahme aufzulegen (§ 175 Abs. 2 Satz 1 AktG). Nur Aktionären ist auf Verlangen eine Abschrift der Vorlagen zu erteilen (§ 175 Abs. 2 Satz 2 AktG).

1) Vgl. die Ausführungen S. 209

2) Vgl. Magnus-Estrin, Companies - Law and Practice, a.a.O., S. 165 mit Verweis auf Fall Knightsbridge Estates Trust, Ltd. v. Byrne, (1940) A.C. 613

Nach dem AktG hat die Hauptversammlung in den ersten acht Monaten des Geschäftsjahres stattzufinden (§175 Abs. 1 Satz 2 AktG). Die Frist für die Einberufung der Hauptversammlung mit Hinterlegungs- und Anmeldefrist beträgt nach § 123 AktG etwa sechs Wochen. Damit besteht für die Aktionäre die Möglichkeit der Einsichtnahme in die Vorlagen und Vorbereitung auf die Hauptversammlung etwas länger als nach englischem Recht. Der englische Aktionär hat allerdings die Dokumente bereits in Händen, während die Möglichkeit der Einsichtnahme am Sitz der Gesellschaft den Zugang zu den Vorlagen effektiv doch sehr einschränkt.

Der Wert der öffentlichen Rechnungslegung hängt weitgehend von der Aktualität der übermittelten Informationen ab. Nach dem AktG steht die Rechnungslegung spätestens innerhalb von sieben Monaten den Aktionären zur Kenntnisnahme offen. Nach Sect. 148 (1) und (2) C.A. 1948 ist der Jahresabschluss gewöhnlich innerhalb von neun Monaten und, für den Fall, dass die Gesellschaft im Ausland tätig ist oder dort Interessennahmen hat, innerhalb von zwölf Monaten einer Generalversammlung vorzulegen. Darüber hinaus hat der Board of Trade die Möglichkeit, bei Vorliegen besonderer Gründe eine Fristverlängerung zu genehmigen.

Nach allgemeiner Ansicht sind die gesetzlichen Fristen viel zu lang und in der Praxis gibt es nur wenige Gesellschaften, die mehr als sechs Monate verstreichen lassen; "zu viele jedoch geben sich mit einer Frist zwischen fünf und sechs Monaten zufrieden"¹⁾.

B) Veröffentlichung im Handelsregister

Nach Sect. 126 C.A. 1948 ist jede Gesellschaft verpflichtet, innerhalb von 42 Tagen nach Abhaltung der jährlichen Generalversammlung (Annual General Meeting) eine Erklärung (Annual Return) in Form und Inhalt entsprechend SCH. 6 C.A. 1948 zum Handelsregister des Sitzes der Gesellschaft ein-

1) Vgl. Derriman, J., a.a.O., S. 55

reichen. Dieser Erklärung müssen alle Limited Companies die Jahresbilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, den Prüfungsbericht (Bestätigungsvermerk) und den Geschäftsbericht beifügen, die der Generalversammlung vorgelegen haben.

Diese Bestimmungen im Gesetz lassen eine Lücke offen, die es ermöglicht, den Abschluss erst zu einem Zeitpunkt zum Register einzureichen, zu dem er zumeist keinerlei Interesse mehr bietet. So hatte der Jenkins Report verlangt, der Jahresabschluss einschliesslich weiterer Vorlagen solle der jährlichen Generalversammlung (Annual General Meeting) unterbreitet werden anstatt, wie nach dem Companies Act möglich ist, irgendeiner, möglicherweise erst nach der jährlichen Generalversammlung stattfindenden Aktionärsversammlung¹⁾. Das Gesetz ist dieser Anregung nicht gefolgt, wohl weil es "übliche Praxis ist, den Abschluss der Gesellschaft in der jährlichen Generalversammlung vorzulegen"²⁾³⁾.

Der Zugang zum Handelsregister ist analog zu § 9 HGB jedermann gestattet; es fehlt in England die Bestimmung des § 9 Abs. 2 HGB, wonach eine Abschrift von zum Handelsregister eingereichten Schriftstücken nur gefordert werden kann, sofern ein berechtigtes Interesse glaubhaft gemacht werden kann.

1) Zur Verdeutlichung des Sachverhalts sei ein einfaches Beispiel angeführt. Eine Gesellschaft habe am 31.12. Abschlussstichtag. Die jährliche Generalversammlung findet am 30. 6. statt. Legt nun die Gesellschaft nicht der Generalversammlung, sondern einer besonderen Aktionärsversammlung die Bilanz zum 31.12. am 30.8., so ist dem Annual Return, der innerhalb von 42 Tagen nach Abhaltung der jährlichen Generalversammlung zum Register einzureichen ist, nicht der Abschluss zum 31.12. des Vorjahres, sondern des diesem vorausgehenden Jahres beizufügen. Die Veröffentlichung Mitte Juli bezieht sich auf einen Jahresabschluss, der über anderthalb Jahre alt ist.

2) Vgl. Jenkins Report, a.a.O., S. 162 f., Tz. 419-423

3) Zusätzliche Befreiungen im Jahre der Gründung und darauffolgendem Jahr bietet Sect. 124 (1) C.A. 1948

C) Einsichtnahme von Dokumenten am Geschäftssitz der Gesellschaft

Das englische Recht legt den Gesellschaften eine Reihe von Verpflichtungen über das Führen von öffentlichen Dokumenten am Sitz der Gesellschaft auf. Diese Formen der Rechnungslegung liegen zwar ausserhalb des für Zwecke der vorliegenden Arbeit festgelegten Rechnungslegungsbegriffs, zur Vermittlung eines vollständigen Überblicks über die Publizitätsvorschriften der Companies Acts ist ihre Erwähnung jedoch geboten.

Die wichtigsten Verzeichnisse stellen die Aktionärsregister nach Sects. 110 C.A. 1948 und 33 C.A. 1967¹⁾ sowie das beim Sitz der Gesellschaft und Handelsregister zu führende Lastenregister nach Sect. 95 C.A. 1948²⁾. Daneben soll im Sinne der Empfehlungen des Cohen Report³⁾ ein Obligationärsverzeichnis geführt werden.

Nach § 67 Abs. 5 AktG steht eine Einsichtnahme in das für Namensaktien zu führende Aktienbuch nur Aktionären zu; demgegenüber können die vorgenannten Register von jedermann eingesehen werden⁴⁾.

Während das allgemeine Aktionärsregister nach Sect. 110 C.A. 1948 nur die Namen der eingetragenen Inhaber enthalten muss, ist bei Anteilen an börsennotierten Gesellschaften von mehr als zehn Prozent der stimmberechtigten Aktien nach Sect. 33 C.A. 1967 im Falle von Vertretern oder Treuhändern der dahinter stehende wirtschaftliche Interessennehmer anzugeben. Dies lag im Bestreben des Jenkins Committee, die wahren Besitzverhältnisse bei den Gesellschaften offenzulegen⁵⁾. Das AktG enthält eine solche Absicht nicht.

1) Vgl. die Ausführungen S. 184

2) Vgl. die Ausführungen S. 270 f.

3) Vgl. Cohen Report, a.a.O., S. 37, Tz. 75.

4) Vgl. Sects. 113, 98 und 87 C.A. 1948 sowie Sect. 34 (7) C.A. 1967

5) Vgl. Jenkins Report, a.a.O., S. 50 ff., Tz. 141 - 145

Neben den genannten Verzeichnissen ist am Sitz der Gesellschaft ein Protokollbuch über alle Generalversammlungen zu führen, das allen Aktionären zur Einsichtnahme offensteht. (Sect. 146 (1) C.A. 1946).

Von besonderer Bedeutung für die Transparenz der Verhältnisse der Geschäftsführung ist die Verpflichtung nach Sect. 24 C.A. 1967, die Anstellungsverträge der Mitglieder der Geschäftsführung oder, bei Fehlen eines schriftlichen Vertrags, eine Niederschrift der wichtigsten Bestimmungen allen Aktionären auf deren Verlangen zur Einsicht zur Verfügung zu stellen. Dies stellt eine Form der Publizität dar, die weit über das in Deutschland Übliche oder Denkbare hinausgeht, wo die Verdienstverhältnisse des Management gewöhnlich streng vertraulich sind.

Die erwähnten Offenlegungsvorschriften berauben die englischen Gesellschaften weitgehend der Anonymität von Kapitalgesellschaften. Wenn man sich vor Augen hält, dass die meisten Gesellschaften nicht Publikumsgesellschaften mit weit gestreutem Aktienbesitz, sondern von Grossaktionären beherrscht sind, kommt der Kenntnis der hinter der anonymen Rechtsform stehenden Entscheidungsträger überragende Bedeutung zu.

D) Freiwillige Publizität der Rechnungslegung

Es überrascht auf den ersten Blick, dass in England eine Verpflichtung zur Veröffentlichung der Rechnungslegung der Gesellschaften in der Presse nicht bekannt ist. Damit ist prima facie die Publizität minderen Grades als bei den deutschen Aktiengesellschaften, die den Jahresabschluss nach Abhaltung der Hauptversammlung in den Gesellschaftsblättern, d.h. im Bundesanzeiger und anderen Presseorganen veröffentlichen müssen¹⁾.

1) Vgl. S. 177 Abs. 2 AktG

Es ist somit in Deutschland gewährleistet, dass der Jahresabschluss der Aktiengesellschaften einem breiteren Publikum zugänglich gemacht wird als in England.

Andererseits besitzt England eine renommierte Finanzpresse hohen Niveaus, die die Abschlüsse zumeist der börsennotierten Gesellschaften laufend kommentiert¹⁾.

Im Zusammenhang mit den Börsenbestimmungen über die Veröffentlichung von Zwischenberichten²⁾ sind Quartals- oder Halbjahresberichte immer häufiger anzutreffen, wobei es die Börse gestattet, diese anstatt an die Aktionäre zu versenden in zwei überregionalen Tageszeitungen zu veröffentlichen.

Grosse Gesellschaften wie Unilever oder De La Rue legen Quartalsberichte vor³⁾. Das Jenkins Committee befürwortet die Veröffentlichung von Zwischenberichten, erachtete eine Obligatorität jedoch für unzweckmässig⁴⁾.

1) Vgl. Derriman, J., a.a.O., S. 164

2) Vgl. Rules of the Federation of Stock Exchanges in Great Britain and Ireland, SCH. VII. Part A 5.- in Verbindung mit SCH. VII. Part C, abgedruckt bei Magnus-Estrin, Companies - Law and Practice, a.a.O., S. 995 und 997 und S. 1000

3) Vgl. Derriman, J., a.a.O., S. 111

4) Vgl. Jenkins Report, a.a.O., S. 153, Tz. 396

Vierter Teil: Ergebnis der vergleichenden Untersuchung
und Ausblick auf die zu erwartende
Weiterentwicklung der
Rechnungslegung der Gesellschaften

Der Verfasser ist der Ansicht, dass es nicht zulässig ist, ein Globalurteil über die Rechnungslegung der Gesellschaften in England im Vergleich zur Rechnungslegung nach dem deutschen AktG zu fällen. Die Bewertung von Teilaspekten oder Einzelsachverhalten kann jedoch nützliche Hinweise auf Vorteile und Schwächen der Rechnungslegung in beiden Ländern geben. Zudem hängt deren Qualität nur zum Teil von den gesetzlichen Vorschriften oder allgemeinen Rechnungslegungsgrundsätzen ab. Im Einzelfall ist stets die Qualifikation, Verantwortung und Kontrolle der Rechenschaftgeber mit ausschlaggebend¹⁾.

Die Verhältnisse in den Vergleichsländern stellen sich mit deutlich unterschiedlichen Akzenten dar.

Das Aktienrecht hat den Versuch einer weitgehenden Detailregelung unternommen, was eine gewisse Vereinheitlichung mit dem Vorteil grösserer Vergleichbarkeit bewirkt.

Das englische Recht steht ganz unter dem Eindruck der Generalvorschrift, dass die Rechnungslegung ein wahres und getreues Bild von der Lage der Gesellschaft vermitteln soll, und überlässt die Interpretation dieses Begriffs den für die Rechnungslegung Verantwortlichen. Innerhalb dieses Rahmens schreibt es Einzelangaben vor, die teilweise über die aktienrechtlichen Vorschriften hinausgehen.

1) Eine eingehende Untersuchung der von diesen Faktoren ausgehenden Einflüsse auf die Rechnungslegung war im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht möglich (Interessante Aspekte dieses Problemkreises sind bei Stamp-Marley, a.a.O., insbesondere S. 122 ff. behandelt).

Eine Beurteilung dieser gegensätzlichen Lösungen muss mit im Hinblick auf die zu erwartende nationale Entwicklung und die wirtschaftliche Integration Europas erfolgen.

Die deutsche Fachdiskussion steht noch immer unter dem Eindruck der neuen Rechnungslegungsvorschriften des AktG 1965; eine grundsätzliche Kritik hieran ist nicht laut geworden. Der vorliegende Referentenentwurf eines Gesetzes über Gesellschaften mit beschränkter Haftung¹⁾ übernimmt unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse der GmbH fast vollständig die aktienrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften²⁾. Unterschiede ergeben sich lediglich bezüglich der Publizität, die durch die Pflicht zur Einreichung der Rechnungslegung zum Handelsregister praktisch dem englischen Niveau angeglichen werden soll.

Die Diskussion über die Weiterentwicklung des Gesellschaftsrechts in England hat durch die vereinigte Stellungnahme der Institute der Abschlussprüfer³⁾ interessante Akzente gewonnen, die in erster Linie eine neue Klassifizierung der Gesellschaften in Eigentümergesellschaften (Proprietary Companies) und Geschäftsführergesellschaften (Stewardship Companies) vorschlägt und daran unterschiedliche Folgerungen insbesondere für die Publizität der Rechnungslegung knüpfen will. Für Stewardship Companies sollen u.a. Zwischenberichte obligatorisch gemacht werden⁴⁾. Bezüglich der Einführung eines Schemas für die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung oder zwingender Bewertungsvorschriften enthalten die jüngsten englischen Veröffentlichungen keine Hinweise.

-
- 1) Vgl. Bundesministerium der Justiz (Hrsg.), Referentenentwurf, eines Gesetzes über Gesellschaften mit beschränkter Haftung, a.a.O.
 - 2) Böning, D., (Rechnungslegung und Publizität eines GmbH-Gesetzes, in: DB 1969, S. 2141-2144), kritisiert die seiner Ansicht nach zu enge Anlehnung an das AktG, die die Unterschiede zwischen AG und GmbH nicht ausreichend berücksichtigt.
 - 3) Vgl. ICAEW-ICAS-ICAI-ACCA, Companies Legislation in the 1970's, a.a.O.
 - 4) Vgl. ebd., S. 15, Tz. 48

Im Hinblick auf eine geplante Vereinheitlichung des Gesellschaftsrechts und im besonderen der Rechnungslegung im europäischen Bereich ist dies bedauerlich, da eine Harmonisierung nicht ohne eine Entscheidung über diese Fragen möglich ist.

Der Vorentwurf einer Richtlinie zur Harmonisierung der einzelstaatlichen Rechnungslegungsvorschriften im Bereich der Europäischen Gemeinschaften¹⁾ enthält unbeschadet einer weiteren Gliederung ein zwingendes Gliederungsschema für die Bilanz und zwei Schemata für die Gewinn- und Verlustrechnung nach der Leistungs- und Umsatzrechnung²⁾, alternativ in Konto- oder Staffelform. Ebenso sind zwingende Bewertungsvorschriften vorge-schlagen, wobei jedoch ausdrücklich darauf verwiesen wird, dass sich der Entwurf einer Stellungnahme bezüglich der Frage der Berücksichtigung von Geldwertschwankungen im Jahresabschluss enthält³⁾.

Bei einem Überblick über die hervorstechendsten Unterschiede gegenüber den aktienrechtlichen Vorschriften in Deutschland fällt auf, dass es sich hierbei fast ausnahmslos um Vorschläge handelt, die in den Bestimmungen des Companies Act 1967 bereits verwirklicht sind. Beispiele betreffen den Vorschlag der Einführung eines obligatorischen Anhangs zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung, der den englischen "Notes" entspricht⁴⁾, die Pflicht zum Ausweis von Vorjahrszahlen bei wichtigen Abschlussposten⁵⁾, die Bilanzierung des Anlagevermögens zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten und zum Ausweis von Wertberichtigungen⁶⁾,

1) Vgl. Verlagsbuchhandlung des Instituts der Wirtschaftsprüfer GmbH, Vorentwurf einer Richtlinie, a.a.O.

2) Vgl. ebd., S. 7 f. Artikel 6 und S. 15, Artikel 18 f.

3) Vgl. ebd., S. 2

4) Vgl. ebd., S. 5 Artikel 2 Satz 1 sowie S. 26 der vorliegenden Arbeit

5) Vgl. ebd., S. 6 Artikel 3 Satz 3

6) Vgl. ebd., S. 9 Artikel 7, Ziff. III

die Angabe des Gesamtbetrages der Verpflichtungen aus bereits vergebenen, aber noch nicht erfüllten Investitionsaufträgen¹⁾. Im Anhang sind u.a. Angaben über die Bewertungs- und Abschreibungsmethoden²⁾, den inneren Wert von Beteiligungen³⁾, sowie die Bedingungen von Anleiheemissionen⁴⁾ zu machen. Dem Gesichtspunkt der Wesentlichkeit wird mit der Möglichkeit, Posten von untergeordneter Bedeutung zusammenzufassen, Rechnung getragen⁵⁾.

Die Anführung dieser Punkte zeigt schlarflichtartig wesentlich erscheinende Vorteile der englischen Rechnungslegungsvorschriften gegenüber den aktienrechtlichen Bestimmungen auf.

Dagegen stehen das Fehlen hinreichender gesetzlicher Bestimmungen über die Bilanzgliederung, die völlige Neutralität in Bewertungsfragen und die daraus resultierende mangelnde Vergleichbarkeit englischer Abschlüsse, die auch nicht durch eine einheitliche Praxis ausgeglichen werden.

In der Unterschiedlichkeit der Rechnungslegungspraxis liegt der Hauptansatzpunkt der Kritik englischer Verhältnisse.

Die Ursachen dafür sind begründet im Fehlen einer eingehenden Befassung mit den theoretischen Grundlagen der Rechnungslegung, insbesondere einer eindeutigen Definition der Rangfolge der verschiedenen Informationsbedürfnisse der Rechenschaftsempfänger, und im unsystematischen, kasuistischen Vorgehen des Berufsstandes der Accountants⁶⁾.

1) Vgl. Verlagsbuchhandlung des Instituts der Wirtschaftsprüfer GmbH, Vorentwurf einer Richtlinie, a.a.O., S. 11 Artikel 9, Ziff. 2

2) Vgl. ebd., S. 31. Artikel 36, Ziff. 1

3) Vgl. ebd., S. 32 Artikel 36, Ziff. 5

4) Vgl. ebd., S. 32 Artikel 36, Ziff. 7

5) Vgl. ebd., S. 6 Artikel 3, Ziff. 2.

6) Vgl. Stamp, E., Auditing the Auditors, in: The Times Business News, 11th September 1969

Sollte die in England erwachsende Kritik eine Änderung vor allem in der Haltung des Berufsstands bewirken - Anzeichen hierfür gibt es bereits¹⁾ - und sich, soweit erforderlich in künftigen Novellierungen des Gesellschaftsrechts niederschlagen, so könnten daraus Anregungen auch für die deutsche Rechnungslegungspraxis entstehen, die durch das AktG 1965 keineswegs der Notwendigkeit beständiger Weiterentwicklung behoben wurde.

1) Vgl. S. 43 Fussnote 4) der vorliegenden Arbeit

Literaturverzeichnis

Bücher, Dissertationen, Kommentare und Beiträge in
Sammelwerken

Accountants' International Study Group, Independent Auditor's Reporting Standards in three Nations Letchworth and London 1969

Accountants' International Study Group, Accounting and Auditing Approaches to Inventories in three Nations, London 1968

Adler-Düring-Schmaltz, Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft, 4. Aufl., Bd. 1, Rechnungslegung, Stuttgart 1968

Albach, H., Zum Einfluss der Belegschaft auf die Willensbildung in den Betrieben der Bundesrepublik Deutschland und der sog. Deutschen Demokratischen Republik, in: Systeme und Methoden in den Wirtschaftss- und Sozialwissenschaften, Festschrift für Erwin von Beckerath, Tübingen 1964, S. 423 - 457

American Accounting Association, A Statement of Basic Accounting Theory, Evanston 1966

American Institute of Certified Public Accountants, Statements on Auditing Procedure No. 33 - Auditing Standards and Procedures, New York 1963

American Institute of Certified Public Accountants, Accounting Research Bulletin No. 43, Restatement and Revision of Accounting Research Bulletins, in: Accounting Research and Terminology Bulletins, Final edn., New York 1961

Bäumler, L., Aktionärs- und Gläubigerschutz in den Bestimmungen des Aktiengesetzes von 1965 über die Rechenschaftslegung, Diss. München 1967

Caemmerer, v., E., Publizitätsinteressen der Öffentlichkeit und Gesellschaftsrecht, in: Barz, C.H. und andere (Hrsg.), Das Frankfurter Publizitätsgespräch, Frankfurt am Main 1962

Charlsworth's Company Law, 8th edn. by Cain, T.E., London 1965

Derriman, J., Company-Investor Relations, London 1969

Ertner, U., Der Geschäftsbericht als Instrument
erweiterter aktienrechtlicher Rechnungslegung,
Berlin 1968

Fogarty, M., A Companies Act 1970?, in PEP (Political
and Economic Planning) Series, London 1967

Godin-Wilhelmi, Aktiengesetz, 2. Aufl., Berlin 1950

Goerdeler, R., Die Publizität der Rechenschaftlegung,
in: Barz, C.E. und andere (Hrsg.), Das Frankfurter
Publizitätsgespräch, a.a.O.

Haas, G., Oechsner, L., Der Jahresabschluss nach Handels-
und Steuerrecht, 2 Bände, Wiesbaden 1958

Hax, K., Die Substanzerhaltung der Betriebe, Köln
und Opladen 1957

Heinen, E., Betriebswirtschaftliche Kostenlehre, Bd. 1,
Begriff und Theorie der Kosten, 2. Aufl., Wiesbaden 1965

Heinen, E., Das Zielsystem der Unternehmung, Wiesbaden
1966

Heinen, E., Die Zielfunktion der Unternehmung, in:
Koch, H. (Hrsg.), Zur Theorie der Unternehmung,
Festschrift zum 65. Geburtstag von Erich Gutenberg,
Wiesbaden 1962, S. 9 - 71

Heinen, E., Handelsbilanzen, Wiesbaden 1968, 2. Aufl.

Hertlein, A., Buchhaltung und Gesetzgebung, in: HWB,
2. Aufl., Bd. 1, Stuttgart 1938, Sp. 1155 - 1168

Hintner, O., Die Kreditwürdigkeit der Unternehmung,
Sonderdruck aus: Der Österreichische Betriebswirt
1954, Wien 1954, S. 72 - 87

Hintner, O., Praxis der Wirtschaftsprüfung, Stuttgart
1949

Hofstätter, P.R., Die Öffentlichkeitals Adressat der
Publizität, in: Barz, C.H. und andere (Hrsg.), Das
Frankfurter Publizitätsgespräch, a.a.O.

Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V.
(Hrsg.), Fachgutachten und Stellungnahmen des In-
stituts der Wirtschaftsprüfer auf den Gebiet der
Rechnungslegung und Prüfung, Ergänzung 1967, Düssel-
dorf 1967

Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V.
(Hrsg.), Wirtschaftsprüfer-Handbuch 1968, Düsseldorf 1968

Jones, F.H., Accounting Requirements for Companies,
8th edn., Bournemouth 1967

Jones, F.H., Guide to the Company Balance Sheets
and Profit and Loss Accounts, 6th edn., Cambridge 1968

Jones, F.H., Supplement to Guide to the Company
Balance Sheets and Profit and Loss Accounts,
Cambridge 1968

Kennedy, R., D., McMullen, S., Y., Financial Statements -
Form, Analysis and Interpretation, Homewood/Illinois
1968

Kosiol, E., Die Unternehmung als wirtschaftliches
Aktionszentrum, Hamburg 1966

Kosiol, E., Kostenrechnung, Wiesbaden 1964

Le Coutre, W., Grundzüge der Bilanzkunde, Teil 1,
4. Aufl., Wolfenbüttel 1949

Le Coutre, W., Was sagt mir die Bilanz?, Stuttgart 1956

Leffson, U., Die Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung,
Düsseldorf 1964

Lawson, W., Company Law, Basic Accounting Principles,
Sonderdruck aus: Accountancy 1970, London 1970

Magnus, Q.C., Estrin, M., Companies - Law and
Practice, London 1968

Magnus, Q.C., Estrin, M., The Companies Act 1967,
London 1967

Mayer, L., Mayer, L., Bilanz- und Betriebsanalyse,
Wiesbaden 1960

Mellerowicz, K., Grosskommentar Aktiengesetz, Berlin 1961

Mellerowicz, K., Der Wert der Unternehmung als Ganzes,
Essen 1952

Mellerowicz, K., Jonas, H., Bestimmungsfaktoren der
Kreditfähigkeit, 2. Aufl., Berlin 1967

Meinhardt, M., Der Jahresabschluss von Aktiengesellschaften in Grossbritannien, in: Ausschuss für wirtschaftliche Verwaltung (AWV) (Hrsg.), Der Jahresabschluss von Aktiengesellschaften in Europa und USA,
Berlin 1965, S. 59 - 105

Mertens, K.-H., Gegenstand und Zielsetzung einer Reform des Aktiengesetzes, Diss. Köln 1959

Moxter, A., Der Einfluss der Publizitätsvorschriften auf das unternehmerische Verhalten, Köln und Opladen 1962

National Association of Cost Accountants (N.A.C.A.), Direct Costing, Research Studies No. 23, New York 1953

Ortega y Gasset, J., Rebelión de las masas, in: Colección Austral No. 1, 15. Ausg., Madrid 1961

Price Waterhouse & Co., Business Enterprises in the United Kingdom, London 1969 (nicht veröffentlicht)

Rittner, F., Die handelsrechtliche Publizität ausserhalb der Aktiengesellschaft, in: Verhandlungen des 45. DJT in Karlsruhe, Bd. 1, Teil 4, hrsg. von der Ständige Deputation des DJT, München und Berlin 1964

Rubinstein, R., John Citizen and the Law, 4. Aufl., Harmondsworth 1958

Russel, A.G., An Introduction to Company Accounts, 5th edn., London 1968

Scherpf, P., Die aktienrechtliche Rechnungslegung und Prüfung, Köln 1967

Scherrer, G., Die Ausweitung der Rechnungslegungspublizität auf alle Grossunternehmen, Diss. München 1968

Schlegelberger-Quassowski, Aktiengesetz vom 30. Januar 1937, Kommentar, 3. Aufl., Berlin 1939

Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 13. Aufl., Köln und Opladen 1962

Schmidt, F., Die organische Tageswertbilanz, 3. Aufl., Wiesbaden 1951

Spicer & Pegler's Book-keeping and Accounts, 14th edn., London 1955

Stägmeyer, L.W., Das Revisionswesen in angelsächsischen Ländern, Diss. München 1963

Stamp, E., Marley, Ch., Accounting Principles and the City Code: The Case for Reform, London 1970

The General Educational Trust of The Institute of Chartered Accountants in England and Wales (Hrsg.), Guide to the Accounting Requirements of the Companies Acts 1948 - 1967, Nachdruck, London 1967

The Institute of Chartered Accountants in England and Wales, List of Members 1969, London 1969

The Institute of Chartered Accountants in England and Wales (Hrsg.), Members' Handbook, Privatdruck für Mitglieder in Loseblattform, 2 Teile, London and St. Albans

The Institute of Chartered Accountants in England and Wales (Hrsg.), Recommendations on Accounting Principles, Sonderdruck aus: Members' Handbook, a.a.O., Nachdruck, London 1968

The Institute of Chartered Accountants in England and Wales, The Institute of Chartered Accountants of Scotland, The Institute of Chartered Accountants in Ireland, The Association of Certified and Corporate Accountants, Companies Legislation in the 1970's, Beilage in: The Accountant, March 29th 1968

The Institute of Chartered Accountants of Scotland, The Companies Act 1967, Some Requirements and Implications, Edinburgh 1967, Nachdruck 1968

Termeulen, E., Die Floating Charge, ein Sicherungsrecht am Vermögen der englischen Company, Frankfurt am Main und Berlin 1969

Topham and Ivamy's Company Law, 13th edn., London 1967

Touche, A.G., Accounting Requirements of the Companies Acts, London 1967

Trumpler, H., Die Bilanz der Aktiengesellschaft, Basel 1950

Wöhe, G., Betriebswirtschaftliche Steuerlehre, Bd. 1, Berlin und Frankfurt am Main 1964

Wohlgemuth, M., Die Planherstellkosten als Bewertungsmaßstab der Halb- und Fertigfabrikate. Ein Beitrag zur handels- und steuerrechtlichen Bewertung in der Bilanz der Aktiengesellschaft, Diss. München 1968

Beiträge in Zeitschriften

Arbeitskreise des Betriebswirtschaftlichen Ausschusses des Verbandes der Chemischen Industrie e.V., Gliederungsvorschriften der Jahresbilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sowie Bewertungsvorschriften im Aktiengesetz 1965, in: ZfB 1966, 2. Ergänzungsheft

Baxter, W.T., General or Special Index? - Capital Maintenance under Changing Prices, in: Journal UEC 1967, S. 172 - 181

Bergschneider, J., Zum Gläubigerschutz im Aktiengesetz, in: WPg 1969, S. 96 - 100

Bodarwé, E., Erfüllen die Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung und Bilanzierung noch ihre Aufgaben?, in: WPg 1966, S. 668 ff.

Böhme, H., Vision künftiger Unternehmensbewertung, in: WPg 1970, S. 330 - 335

Boening, D., Rechnungslegung und Publizität im Referentenentwurf eines GmbH-Gesetzes, in: DB 1969, S. 2141 - 2144

Busse von Colbe, W., Aufbau und Informationsgehalt von Kapitalflussrechnungen, in: ZfB 1966, 1. Ergänzungsheft, S. 82 - 114

Castle, E.F., Valuation of Stock, 2 Teile, in: Accountancy 1970, S. 450 - 453 und 520 - 525

Chambers, R.J., The Role of Accounting, in: The Accountant 1969, S. 255 - 260

Christoffers, R., Die Problematik des § 153 Abs. 3 aus betriebswirtschaftlicher Sicht, in: DB 1970, S. 165 - 170

Cowan, T.K., McCloy, B.W., Historical Summaries: A Neglected Topic?, in: Accountancy 1969, S. 578 - 581

Döllerer, G., Gläubigerschutz und Aktionärsschutz im neuen Aktienrecht - ein Scheingegensatz, in: BB 1966, S. 629 - 634

Döllerer, G., Grundsätze ordnungsmässiger Bilanzierung, deren Entstehung und Ermittlung, in: WPg 1959, S. 653 - 658

Döllerer, G., Rechnungslegung nach dem neuen Aktiengesetz und ihre Auswirkungen auf das Steuerrecht, in: BB 1965, S. 1405 - 1417

Döllerer, G., Rechnungslegung und Prüfung nach dem Referentenentwurf eines Aktiengesetzes, in: DB 1958, S. 1410 - 1416

- Esser, J., Gliederungsvorschriften, Bewertung, Gewinnverwendung und Pflichtangaben nach dem Aktiengesetz 1965, in: AG 1965, S. 310 - 319
- Forster, K.-H., Neue Pflichten des Abschlussprüfers nach dem Aktiengesetz von 1965, in: WPg 1965, S. 585 - 606
- Greener, M., Accounting Standards, 3 Teile, in: The Accountant 1969, S. 347 - 349, 387 - 389 und 585 - 606
- Gustafson, G.A. Status of Accounting Research Study Nos. 1 and 3, in: The Journal of Accountancy, March 1970, S. 56 - 60
- Heigl, A., Zielvorgaben und Aufgabenstellung der aktienrechtlichen Prüfung, in: DB 1970, S.
- Heubeck, G., Der Ausweis von Pensionsverpflichtungen nach dem Aktiengesetz 1965, in: DB 1966, S. 629 - 632
- Holmes, G.A., Going, going ... gone, in: Accountancy 1969, S. 689 - 693
- Howard, L.R., Working Capital Statements for Managerial Purposes, in: Accountancy 1969, S. 268 - 271
- Koch, H., Die Ermittlung der Durchschnittskosten als Grundprinzip der Kostenrechnung, in: ZfhF 1953, S. 303 - 327
- Kormann, B., Bilanzrechtliche Thesen zur Aktienrechtsreform 1965, in: DB 1966, S. 1777 - 1780
- Kropff, B., Bilanzwahrheit und Ermessensspielraum in den Rechnungslegungsvorschriften des Aktiengesetzes 1965, in: WPg 1966, S. 369 - 380
- Kropff, B., Das Konzernrecht des Aktiengesetzes 1965, in: BB 1965, S. 1281 - 1289
- Layer, M., Herstellkosten in neuester Sicht, in: DB 1970, S. 988 - 992
- Leach, R., Einführung zu Accounting for the results of Associated Companies - Proposed Statement of standard accounting practice, in: Accountancy 1970, S. 495
- Lee, G.A., Working Capital: a Theory of Control, in: Accountancy 1970, S. 504 - 508
- Marshall, E.A., Dangers Unlimited - An Historical Reflection on the Companies Act 1967, in: Accountancy 1968, S. 20 - 27

Matthews, J., Divisible Profits - II. More Case Law,
in: Accountancy 1969, S. 598 - 600

Moxter, A., Die Grundsätze ordnungsmässiger Bilanzierung
und der Stand der Bilanztheorie, in: ZfbF 1966, S. 28 ff.

Niehus, J., The Companies Act 1967. Zur Reform des
Gesellschaftsrechts in England, in: WPg 1968, S. 1 - 10

(o.V.) Companies Act 1967 - Unlimited Companies, 3 Teile,
in: The Accountant 1967, S. 543 - 545, 578 - 580, 610 -
611

(o.V.) After the Poll, in: Accountancy 1970, S. 634

(o.V.) Facts and Fallacies, in: Accountancy 1970, S.
407 - 408

(o.V.) Finance and Commerce - Besprechungen veröffent-
lichter Jahresabschlüsse, in verschiedenen Ausgaben von:
The Accountant 1967 - 1970

(o.V.) Future Plans: The Free Debate, in: Accountancy
1968, S. 516 - 517

(o.V.) Integration - The Final Stages, in: Accountancy
1970, S. 406

Pankoff, L.D., Virgil, R.L., On the Usefulness of Finan-
cial Statement Information: A Suggested Research Ap-
proach, in: The Accounting Review 1968, S. 269 ff.

Pennington, R.R., The Case for Unlimited Partnerships,
2 Teile, in: Accountancy 1968, S. 482 - 483, 545 - 547

Pleyer, K., Eigentum und Wirtschaftsordnung, Betrachtungen
zum Wirtschaftsrecht der Bundesrepublik und der sowjeti-
schen Besatzungszone, in: JuS 1963, S. 1 ff.

Piper, G., Zum Umfang und Inhalt von Geschäftsberichten -
Anregungen aus einem Vergleich mit der amerikanischen
Praxis, in: DB 1970, S. 1141 - 1142

Potthoff, E., Die Sozialberichterstattung, in: DB 1956,
S. 1018 ff.

Rae Smith, D.D., Protection for Shareholders, in: The
Accountant 1967, S. 585 - 589, 621 - 625

Rau, H.-G., Lifo-Bewertung steuerlich nicht zulässig, in:
BB 1966, S. 439

Rau, H.-G., Steuerliche Übernahme der handelsrechtlichen
Bilanzierungsvorschriften, Zustimmung des Bundesrats
zum Gesetz zur Änderung der §§ 5 und 6 EStG, in: DB
1969, S. 676 - 680

Rayman, R.A., Is Conventional Accounting Obsolete?
in: Accountancy 1970, S. 422 - 429

Richards, D.G., Modern Presentation of Information in
Balance Sheets for Shareholders, in: Accountancy 1969,
S. 900 - 906

Russel, J.D., The Presentation of Accounts, in:
Accountancy 1968, S. 13 - 15 und 67 - 70

Saage, G., Die Bedeutung der aktienrechtlichen Bilan-
zierungsvorschriften für die steuerliche Gewinnermitt-
lung, Teil 2, in: DB 1968, S. 407 - 412

Schmalenbach, E., Grundsätze ordnungsmässiger Bilan-
zierung, in: ZfhF 1933, S. 523 - 539

Schmidt, R.-B., Die Sicherung der Aktiengesellschaft
durch Rücklagen, in: ZfB 1966, S. 615 - 631

Schrader, H., Zu den Auswirkungen des Aktiengesetzes
1965 auf das Bilanzsteuerrecht, in: DB 1966, S. 1144 -
1147

Skinner, R.M., Generally Accepted Accounting Principles,
in: The Canadian Chartered Accountant, auszugsweise
abgedruckt in: The Journal of Accountancy 1968, S. 51 -
53

Snavely, H.J., Accounting Information Criteria, in:
The Accounting Review 1967, S. 223- 232

Stamp, E., Auditing the Auditors, in: The Times Busi-
ness News, 11th September 1969

Stamp, E., The Public Accountant and the Public Interest,
in: The Journal of Business Finance, Vol. 1, No. 1,
abgedruckt in: Stamp, E., Marley, Ch., Accounting
Principles and the City Code, a.a.O.,

The Institute of Chartered Accountants in England and
Wales, (Accounting Standards Steering Committee),
Proposed Statement of Standard Accounting Practice -
Accounting for the Results of Associated Companies,
in: Accountancy 1970, S. 496 - 498

The Institute of Chartered Accountants in England and
Wales (Council), Statement of Intent on Accounting
Standards in the 1970's, in: Accountancy 1970, S.
2 - 4

Stützel, W., Bemerkungen zur Bilanztheorie, in: ZfB
1967, S. 314 - 340

Tomkins, C.R., The Development of Relevant Accounting Reports, in: Accountancy 1969, S. 815 - 820

Tubbesing, G., Zur Bilanzierung erhaltener Zuschüsse zu Investitionen, in: WPg 1967, S. 203 - 210

Ullmann, L.S., Survey on Taxes on Income and Profits, in the United Kingdom, in: European Taxation 1965, S. 32 - 51

Van der Velde, K., Herstellungskosten in neuester Sicht, in: DB 1969, S. 1213 - 1221

Van der Velde, K., Problematisches zu den Anschaffungskosten, in: DB 1964, S. 524

Wells, M.T., Revaluation of Assets - South American Experience, in: Accountancy 1970, S. 116 - 119

Zwehl, v., W., Zuschüsse im Jahresabschluss, in: WPg 1970, S. 4 - 13

Gesetzesmaterialien und sonstige Literatur

Bericht des Abgeordneten Dr. Wilhelmi, Anlage zu
Bundesdrucksache IV/3296, Bonn 1965

Board of Trade (Hrsg.), Report of the Committee on
Company Law Amendment, London 1945, Nachdruck 1964
(zitiert als Cohen Report)

Board of Trade (Hrsg.), Report of the Company Law
Committee, London 1962 (zitiert als Jenkins Report)

Bundesministerium der Justiz (Hrsg.), Referentenent-
wurf eines Gesetzes über Gesellschaften mit beschränk-
ter Haftung, Köln 1969

Deutscher Bundestag, Bundesdrucksache IV/171,
Begründung zum Entwurf eines Aktiengesetzes (zitiert
als Regierungsentwurf), Bonn 1962

Kropff, B., Aktiengesetz, Düsseldorf 1965

Minutes of Evidence taken before the Company Law
Committee and Memoranda submitted to the Company
Law Committee, 19 Teile, S. 1 - 1607 (zitiert
unter dem jeweiligen Verfasser)

Registration of Business Names Act 1916, 6 & 7 geo.
5.L.58

Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Statistisches Jahr-
buch für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart
und Mainz 1970

Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Statistisches Jahr-
buch für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart
und Mainz 1967

Rules of The Federation of Stock Exchanges in Great
Britain and Ireland, auszugsweise abgedruckt in:
Magnus, Q.C., Estrin, M., Companies - Law and Prac-
tice, a.a.O., Appendix X

Verlagsbuchhandlung des Instituts der Wirtschafts-
prüfer GmbH, Düsseldorf (Hrsg.), Vorentwurf einer
Richtlinie zur Koordinierung der Schutzbestimmungen,
die in den Mitgliedstaaten den Gesellschaften im
Sinne des Artikels 58, Absatz 2 des Romvertrags im
Interesse der Gesellschafter sowie Dritter vorge-
schrieben sind, um diese Bestimmungen gleichwertig
zu gestalten - Gliederung des Jahresabschlusses und
Bewertung, Inhalt des Anhangs und des Lageberichts,
Prüfung des Jahresabschlusses durch den Abschluss-
prüfer sowie Veröffentlichung des Jahresabschlusses

Ferner:

Aktiengesetz vom 6. September 1965, BGBl. I S. 1089

Companies Act, 1948, 11 & 12 geo. 6, Chapter 38

Companies Act, 1967, Chapter 81

Lebenslauf

24. Mai 1941 geboren in Irlbach/Donau, Kreis Straubing, Ndb., als Sohn der Schiffmeisters-Eheleute Ludwig und Josefa Wurm
- 1947 bis 1951 Besuch der Volksschule in Irlbach
- 1951 bis 1960 Besuch des Humanistischen Gymnasiums in Metten/Donau
13. Juli 1960 Abitur
- Wintersemester 1960/61 bis Sommersemester 1963 Sechs-semesteriges Studium am Auslands- und Dolmetscherinstitut der Universität Mainz in Germersheim
15. November 1963 Abschluss des Studiums in Germersheim mit der Prüfung für Diplom-Übersetzer in den Sprachen Spanisch und Englisch
- Wintersemester 1963/64 Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Wirtschaftshochschule Mannheim
- ab Sommersemester 1964 bis Wintersemester 1966/67 Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Universität München
- Frühjahrstermin 1967 Abschluss des Studiums mit der Prüfung für Diplom-Kaufleute
- seit November 1967 Tätigkeit als Prüfungsassistent bei einer internationalen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

